

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN



**Philosophische Fakultät III**

**Institut für Sozialwissenschaften**

---

**Abschließender Projektbericht:**

---

**Integration und Politik in der multikulturellen Stadt**

---

Die einzelnen Projektberichte im vorliegenden Band sind im Rahmen des Projektseminars „Multikulturelle Stadt“ an der Humboldt-Universität zu Berlin bei Professor Hartmut Häußermann entstanden.

Das Seminar erstreckte sich über einen Zeitraum vom Wintersemester 2006/2007 bis einschließlich zum Sommersemester 2007.

**Die Teilnehmer des Projekts waren:**

Johanna Karpenstein; Tim Kesting; Elke Neumann;  
Mahbubullah Rafiq; Hanna Haag; Lena Lange; Shiang-Yi Li;  
Julia Dröge; Andrea Härtel; Suvi Huikuri;  
Katharina Thanner; Elise Landschek;  
Timo Pongrac; Christopher Schmidt und Tilman Vogt

# Inhaltsverzeichnis

<b>I Einleitung.....</b>	<b>7</b>
<b>II. Parallelgesellschaft .....</b>	<b>12</b>
1. Einleitung.....	12
Teil I: Theoretische Betrachtungen.....	12
2. „Parallelgesellschaft“ – der Begriff und seine Implikationen.....	12
2.1 „Parallelgesellschaft“ – die mediale Prägung des Begriffs .....	13
2.2 Die Ursachen parallelgesellschaftlicher Entwicklungen – ein Überblick.....	14
2.3 Die wissenschaftliche Debatte – Positionen und Definitionen.....	15
2.3.1 Positionen.....	15
2.3.2 Definitionen.....	16
2.3.3 Kritik am wissenschaftlichem Verständnis und der Verwendung des Begriffs .....	18
2.3.4 Vorschläge einer Konkretisierung.....	19
2.4 Die Des-Integrationsdynamik und der Einfluss von Eliten .....	21
2.4.1 Die Des-Integrationsdynamik und die Bedeutung von Ghettos und Ethnischen Kolonien.....	22
2.4.2 (Fundamentalistisch-islamische) Eliten.....	24
2.5 Empirische Einblicke – „Parallelgesellschaft“ in Berlin.....	26
2.6 Ein vorläufiges Fazit.....	27
Teil II: Die empirische Untersuchung.....	29
3. Was ist „Parallelgesellschaft“? .....	29
4. Die Befragung: methodische Überlegungen.....	30
4.1 Das Experteninterview.....	30
4.2 Die Auswahl der Befragten.....	31
4.2.1 Die „Doppelrolle“ der Befragten.....	32
4.3 Die Vergleichsstudie „Muslime in Europa“ .....	33
4.4 Die Arbeitshypothesen.....	34
5. Die Interviews.....	34
5.1 Einschätzungen der Befragten zu unseren Fragestellungen.....	34
5.1.1 Was sind Parallelgesellschaften? Gibt es Parallelgesellschaften (in Berlin)?.....	34
5.1.2 Die Wahrnehmung und Wirkung der öffentlichen Debatte .....	37
5.1.3 Hinwendung zur eigenen Community.....	40

5.2 Einschätzungen der Befragten über unsere Fragestellungen hinaus.....	42
5.2.1 Integration .....	43
5.2.1.1 Integration – Was ist das?.....	43
5.2.2 Was für eine Rolle spielt der 11. September 2001?.....	44
5.2.3 Vorurteile gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und die problematisierte Rolle der Jugendlichen dabei und darüber hinaus.....	46
6. Abschließende Betrachtung.....	48
7. Literatur.....	51
<b>III. Vorurteile „ Die Würde des Menschen ist antastbar“.....</b>	<b>53</b>
1. Einleitung.....	54
2. Begriffsbestimmung.....	54
3. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland.....	57
3.1 Stadt-Land-Vergleich.....	59
4. Die Erklärungsansätze.....	60
5. Antidiskriminierungsmaßnahmen.....	69
5.1 Die makro-soziale Ebene.....	69
5.1.1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der Bundesrepublik Deutschland.....	72
5.1.2 Die Antidiskriminierungspolitik der Stadt Berlin.....	75
5.2 Die mikrosoziale Ebene.....	78
5.2.1 Informations- und Kontaktprogramme.....	78
5.2.2 Strategien und Programme des Antirassismus.....	80
6. Schlussbemerkungen.....	83
7. Literaturverzeichnis.....	86
<b>IV. Nutzungskonflikte im Preußenpark – eine Felduntersuchung im Berliner „Thai-Park“..</b>	<b>88</b>
1. Einleitung .....	88
2. Preußenpark im Überblick.....	89
2.1 „Unser Thai-Park“ - Selbstorganisation von Thai-Frauen im urbanen Raum .....	89
2.2 Die benachteiligte Situation der Thai-Frauen in Berlin.....	91
2.3 Stereotype und Vorurteile gegenüber deutsch-thailändischen Ehen im Preußenpark .....	92
3. Konfliktsituation im Preußenpark.....	93
3.1 Übernutzung des Parks.....	93
3.2 Der Konflikt zwischen Parknutzern und Anwohnern.....	94
3.2.1 Der Standpunkt der Parknutzer .....	94
3.2.2 Der Standpunkt der Anwohner.....	95

3.2.3 Standpunkt der Verwaltung.....	95
4. Fazit.....	100
5. Literatur.....	102
<b>V. Integrationskonzepte.....</b>	<b>103</b>
1. Einleitung .....	103
2. Kriterien für eine an Diversity orientierte kommunale Integrationspolitik.....	105
3. Integrationsverständnis der Integrationskonzepte: Diversity?.....	110
4. Ansiedlung und Steuerung von Integrationspolitik auf kommunaler Ebene.....	111
4.1 Integration als Querschnittsaufgabe?.....	111
4.2 Politische Beteiligung: Partizipation am Entwurf des Integrationskonzepts? .....	112
4.3 Politische Beteiligung: Migrations- bzw. Integrationsbeirat? .....	112
5. Werden Migrantenorganisationen in die Integrationsarbeit einbezogen?.....	113
6. Anerkennungskultur: Kulturelle und religiöse Repräsentation von Minderheiten.....	113
7. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Öffentlichen Dienstes .....	115
7.1 Zentrale Anlaufstelle für Integrationsangelegenheiten .....	115
7.2 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung .....	116
7.3 Kommune als Arbeitgeberin .....	116
8. Berichterstattung und Controlling .....	117
9. Integrations- oder Imagepolitik?.....	118
10. Fazit.....	119
<b>VI. Islamforum.....</b>	<b>124</b>
1. Einleitung.....	124
2. Muslim/innen und muslimisches Leben in Berlin.....	126
2.1 Muslimische Bevölkerung in Berlin.....	126
2.2 Die Organisationsformen der Muslim/innen in Berlin.....	127
3. Die Berliner Integrationspolitik im Integrationskonzept 2005.....	129
3.1 Religion und Zusammenleben“: Zielsetzungen im Integrationskonzept.....	130
3.2 Das Integrationskonzept der Stadt Berlin: „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken..	131
4. Das Berliner Islamforum – Teilnehmer/innen, Themen und bisherige Ergebnisse.....	133
5. Das Berliner Islamforum aus Sicht der Veranstalter.....	136
5.1 Einrichtung und Konzeptionalisierung des Berliner Islamforums.....	138
5.1.1 Warum ein Islamforum in Berlin? Ausgangslage und Motivation zur Gründung des Berliner Islamforums.....	138
5.1.2 Ein verbindlicher, integrationsrelevanter „Dialog mit dem Islam“ zur Verbesserung	

des Austausches zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen? Problematisierung von Begrifflichkeiten und Zielsetzungen.....	141
5.1.3 Wer redet mit wem wie worüber und wer entscheidet das? Die Konzeption des Berliner Islamforums.....	148
5.2 Die praktische Durchführung des Berliner Islamforums aus Sicht der Veranstalter.....	152
5.2.1 Eine „kritische Auseinandersetzung 'auf gleicher Augenhöhe'“? Kommunikationsverhältnisse im Berliner Islamforum.....	152
5.2.2 Vom Austausch zu „verbindlichen Verständigungen“? Zu den Ergebnissen des Berliner Islamforums.....	155
5.2.3 Verbesserung des offenen (öffentlichen) Austausches? Zu den Auswirkungen des Berliner Islamforums über das Forum hinaus.....	157
5.2.4 „Integration durch Teilhabe“? Zur Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten durch das Berliner Islamforum.....	158
5.3 Zwischenergebnisse.....	160
6. Das Berliner Islamforum aus Sicht der muslimischen Vertreter/innen.....	163
6.1 Wer redet mit wem worüber und wer entscheidet das? Die Konzeption des Berliner Islamforums.....	164
6.1.1 Wer ist am Austausch beteiligt? Die Zusammensetzung des Forums.....	165
6.1.2 Worüber wird geredet? Die Themensetzung im Forum.....	167
6.2 Die Praktische Durchführung des Berliner Islamforums.....	168
6.2.1 Eine „kritische Auseinandersetzung auf 'gleicher Augenhöhe'“.....	168
6.2.2 Vom Austausch zu „verbindlichen Verständigungen“? Zu den Ergebnissen des Berliner Islamforums.....	171
6.2.3 Verbesserungen des offenen (öffentlichen) Austauschs? Zu den Auswirkungen des Berliner Islamforums über das Forum hinaus.....	173
6.2.4 „Integration durch Teilhabe“? Zur Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten durch das Berliner Islamforum.....	174
7. Fazit.....	177
8. Literatur.....	182
<b>VII. Genealogie des Zorns. Sozialer Protest in den französischen Vorstädten.....</b>	<b>183</b>
1. Einleitung .....	183
2. Soziale Proteste.....	185
2.1 Wider die ereignishafte Befangenheit.....	185
2.2 Grenzen der Betrachtung sozialer Proteste.....	187

2.2.1 Umriss einer Phänomenologie sozialen Protests .....	188
2.2.2 Die Vieldeutigkeit von Interesse und Rationalität.....	188
2.2.3 Zur Frage der Gewalt.....	189
2.3 Die Vorfahren der nachindustriellen Stadttürmer.....	191
2.3.1 Bewegliche Klassenidentität?.....	193
2.3.2 Am Schreibtisch, im Salon oder an der Werkbank: Fear of the Lumpen-proletariat..	193
3. Geschichte der Vororte.....	195
3.1 Der Urbanismus als Antwort auf die soziale Krise (1848-1880).....	195
3.2 Die Geburt der modernen Arbeitswelt und die des Proletariats. Die ökonomischen Transformation.....	199
3.2.1 1880-1900.....	199
3.2.2 1900-1930. Die Geburt der modernen Arbeitswelt.....	201
3.3 Das Entstehen der roten Vorstädte. Die kulturellen Transformationen.....	204
3.4 Gegenwart: Der Niedergang der roten Vorstädte.....	208
4. Die vergoldeten Käfige – Stadtpolitik in Frankreich .....	210
4.1 Theoretische Annäherung an ein Fass ohne Boden.....	212
4.1.1 Bestandsaufnahme.....	212
4.1.2 Definitionsversuche.....	213
4.1.3 Akteure .....	214
4.2 Vom Standard zum Stigma – die Entwicklung der Stadtpolitik .....	214
4.2.1 Oberste Priorität: das Ideal der sozialen Durchmischung.....	215
4.2.2 Handlungsform: Die “Action à distance” .....	217
4.3 No way out - Zwei Beispiele zur Problemanalyse .....	218
5. Spuren des Elends – sozio-ökonomische Grundlagen der Misere.....	220
5.1 Arbeitslosigkeit und Produktivität.....	221
5.2 Die Krise der Arbeitsgesellschaft.....	223
5.3 Auswirkungen der Flexibilisierung.....	224
5.4 „Du fric ou boum“ – wenn die Fabrik brennt... ..	227
5.5 ...brennt auch bald das Viertel.....	228
6. Spuren der Gewalt und Gegengewalt im Alltag der Vorstädte.....	231
6.1 Die „culture de la provocation“ als alltägliche Gegengewalt .....	231
6.2 Die Reaktion der Politik .....	232
6.3 Die Reaktion der „anständigen Arbeiter“ und die Etablierung der FN.....	234
6.4 Rassismus seitens der Polizei als Auslöser für die Vorortunruhen.....	236

7. Fazit und Ausblick.....	238
8. Literatur.....	243
<b>VIII. Fazit.....</b>	<b>250</b>



# **I Einleitung**

Der im Herbst 2005 vom Kollegium der Neuköllner Rütli-Schule verfasste sogenannte Brandbrief, welcher die aufgrund sich häufender Gewalttaten als unmöglich erachteten Lernbedingungen anprangert, der aktuelle Streit um den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld und die andauernde Diskussion um die Herausbildung einer „Parallelgesellschaft“ sind drei von unzähligen Beispielen, aus denen sich die gegenwärtige Debatte über vermeintliche Integrationsdefizite der migrantischen Bevölkerung in Deutschland speist. Jenseits der insbesondere in den Medien und der Politik emotional geführten Diskussion versuchen die sechs Beiträge des Projektberichts „Integration und Politik in der multikulturellen Stadt“, die unterschiedlichen Gesichtspunkte dieses Themas sachlich zu durchleuchten. Dabei soll der Blick nicht nur auf die angebliche Bringschuld der Migrantinnen und Migranten gerichtet werden, sondern auch auf die Rolle der oftmals zu Unrecht verschonten Mehrheitsgesellschaft. Da das umfangreiche Themenfeld in unserem Rahmen nicht angemessen systematisch abgehandelt werden kann, wird im Folgenden eine exemplarische Auswahl an Aspekten unter den Kriterien „Integration“ und „politische Maßnahmen“ dargestellt. Kurz zusammengefasst werden die jeweiligen Inhalte in den nächsten Absätzen. Während sich die ersten fünf Kapitel mit der deutschen Diskussion beschäftigen, wirft das abschließende sechste einen Blick über den Tellerrand hinaus und thematisiert mögliche Ursachen der Unruhen in französischen Vorstädten im Herbst 2005.

In den letzten Jahren ist im Zuge der politischen Auseinandersetzung um Migration und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere ein vermeintliches Phänomen in den Mittelpunkt gerückt, das der „*Parallelgesellschaft*“, mit dem sich der gleichnamige erste Projektbeitrag von *Johanna Karpenstein, Tim Kesting, Elke Neumann* und *Mahbubullah Bobby Rafiq* befasst. Dieser Terminus ist als „Kampfbegriff“ anfangs vor allem in der Presse aufgetaucht und von der Politik instrumentalisiert worden. Wie aber wird „Parallelgesellschaft“ wissenschaftlich definiert? Beschreibt er deutsche Wirklichkeit? Oder ist er ein Medienkonstrukt? Antworten auf diese Fragen sollen im theoretischen Teil des Kapitels gesucht, alternative Zugänge angeboten werden. Man wird sehen, dass auch dabei die herkömmlichen Bedingungen für Integration zentral sind.

Des Weiteren werden die Ergebnisse einer Befragung von Berlinern mit muslimischem Migrationshintergrund, die als Multiplikatoren für „ihre“ Minderheit fungieren, vorgestellt. Wie nehmen sie bzw. Angehörige ihrer „Community“ die Diskussion um „Parallelgesellschaft“ in Deutschland wahr? Fühlen sie sich durch sie stigmatisiert? Ändert die Debatte um Abschottung etwas an ihrer Situation? Wie definieren sie eigentlich „Parallelgesellschaft“? Schließlich: Erkennen

sie eine Entwicklung zur – auch räumlichen – Separierung in der Minderheitsgesellschaft? In diesem Zusammenhang wird darüber hinaus die Bedeutung der Mehrheitsgesellschaft thematisiert. Sie scheint nämlich – um ein Ergebnis vorwegzunehmen – hinsichtlich der Frage von Integration und Desintegration nicht nur aus Sicht der Befragten eine wichtige Rolle zu haben: Integration wird mehrheitlich als zweiseitiger Prozess gesehen. Alle Befragten thematisierten und definierten zum Teil ungefragt Integration, was nochmals veranschaulicht, dass „Parallelgesellschaft“ als Gegenstück zu Integration betrachtet wird.

Der zweite Projektbeitrag *„Die Würde des Menschen ist antastbar“* von *Hanna Haag und Lena Lange* nimmt zum Ausgangspunkt, dass multikulturelle Einwanderungsgesellschaften in der Regel nicht durch ein harmonisches Klima geprägt sind, sondern durch vielfältige Konflikte und Spannungen, die in unterschiedlicher Intensität zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den zugewanderten Minderheiten, als auch innerhalb der beiden Gruppen ihren Ausdruck finden. Zu diesen Konflikten zählen unter anderem auch die destruktiven Phänomene des Rassismus, der Diskriminierung, des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit. Von allen sozialen Verhaltensweisen wirkt fast keine zerstörerischer auf die individuelle Würde des Einzelnen und die sozialen Beziehungen unter den Menschen als Vorurteile. Vorurteile berühren das Leben fast aller, ob nun auf der Grundlage von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, des nationalen Ursprungs, des Geschlechts, von geistiger und körperlicher Behinderung oder der sexuellen Orientierung. Vorurteile sind allgegenwärtig und ein weit verbreitetes Phänomen in allen Gesellschaften dieser Welt. Eine Forschungsrichtung, die es sich zur Aufgabe macht, die Ursachen menschenfeindlicher Einstellungen und Ideologien zu analysieren und zu verstehen, ist die Vorurteilsforschung. Durch die verschiedenen Blickwinkel und Konzepte, die hier im Laufe der Zeit entstanden sind, wird eines deutlich: Rassismus und fremdenfeindliche Einstellungen sind multidimensionale Problematiken, bei denen individuelle, soziale und gesellschaftliche Faktoren wirken. Neben der Ursachenanalyse und Begriffsbestimmung soll weitergehend gefragt werden, in welchem Ausmaße sich zurzeit rechtsextreme Einstellungen in Deutschland etablieren konnten. Hierzu werden einige Ergebnisse aus der Studie von Oliver Decker und Elmar Brähler aus dem Jahre 2006 vorgestellt, die zeigen, dass rechtsextreme Einstellungen zunehmend zu einem politischen Problem in der „Mitte“ der Gesellschaft werden. Mit welchen Konzepten und Ideen reagieren nun Politik und Gesellschaft auf diese wachsenden Phänomene? Für die Beantwortung dieser Frage sollen sowohl theoretisch entworfene Maßnahmen auf makro- und mikrosozialer Ebene vorgestellt, als auch ihre praktische Anwendung und Umsetzung diskutiert werden. Als Beispiel für die Umsetzung antidiskriminatorischer Maßnahmen im makrosozialen Kontext soll Berlin als Beispiel dienen und kritisch erörtert werden.

Dass in multikulturellen Städten öffentliche Räume immer wieder zum Austragungsort von Konflikten werden, nimmt *Shiang-Yi Li* zum Anlass, sich näher mit dem Preußenpark in Berlin Steglitz zu befassen. Dieser gilt als Schaubühne, die zeigt, wie sich Konflikte abspielen, die aus den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen unterschiedlicher sozialer Gruppen resultieren. Die Ergebnisse einer Felduntersuchung zu diesen Konflikten werden im Kapitel „*Nutzungskonflikte im Preußenpark – eine Felduntersuchung im Berliner „Thai-Park”*““ präsentiert.

Im ersten Teil der Studie wird jene paradoxe Situation vorgestellt, dass trotz der multikulturellen, friedlichen Atmosphäre des Parks Vorurteile gegen Thai-Frauen und ihre Ehemänner existieren. Während sich asiatische Minderheiten einerseits einen eigenen öffentlichen Raum zur Erholung oder zum Austausch von Lebenserfahrung und Informationen verschaffen, sind sie andererseits von den Vorurteilen betroffen, sogar regelrecht dämonisiert. Diese Abhängigkeit vom Preußenpark verstärkt die räumlich isolierte Subkultur.

Im zweiten Teil geht es um die Konflikte zwischen Parknutzern und Anwohnern. Die Nutzung der öffentlichen Räume spiegelt die Machtverhältnisse zwischen den sozialen Gruppierungen wider. Der Preußenpark war ehemals ein traditioneller Treffpunkt von Homosexuellen. Seit dem verstärkten Auftreten von Personen asiatischer Herkunft in diesem Gebiet ist ein Konflikt zwischen beiden Gruppen entstanden, bei dem vor allem im Bezug auf die Parknutzung im Allgemeinen und die Verwendung der City-Toilette im Speziellen Unstimmigkeiten herrschen. Mittlerweile verlagern sich die Konflikte vom Machtkampf zwischen Homo- und Heterosexuellen zu einem zwischen Parknutzern und Anwohnern. Es wird deutlich, dass die Wandlung der öffentlichen Räume in einer multikulturellen Stadt vermeintlich einen Konfliktherd zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen darstellt.

Im Anschluss hieran wendet sich der Projektbeitrag „*Integrationskonzepte*“ von *Julia Dröge* politischen Maßnahmen einer multikulturellen Stadt zu und befasst sich mit der städtischen Integrationspolitik, in dem ausgewählte kommunale Integrationskonzepte deutscher Städte daraufhin untersucht werden, ob sie sich an dem Diversity-Ansatz orientieren. Dieser Ansatz setzt auf die gleichzeitige Förderung von Vielfalt und Zusammenhalt in heterogenen Gesellschaften, wobei Vielfalt nicht rein kulturalistisch, sondern im Sinne einer Vielfalt von Lebenswelten verstanden wird. Im Gegensatz zum Multikulturalismus, nach dem die politische Förderung eines friedlichen *Nebeneinanders* der Kulturen genügt, sollen beim Diversity-Ansatz gemeinsame, verbindliche Grundwerte für und mit alle(n) in den Städten lebende(n) Menschen in einem partizipativen Prozess geschaffen werden. Als entscheidend wird bei der Analyse der Integrationskonzepte gewertet, ob sich das jeweilige dargelegte Integrationsverständnis in den tatsächlichen kommunalen Partizipationsstrukturen für Menschen mit Migrationshintergrund

niederschlägt. Handelt es sich eher um eine neuaufgelegte integrationspolitische Rhetorik, welche das weltstädtische Image der Städte aufpolieren soll, oder werden tatsächlich Formen der Partizipation und Repräsentation für Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen? Im Projektseminar wurden zur Beantwortung dieser Frage Kriterien für die Analyse kommunaler Integrationspolitik entlang des Diversity-Ansatzes erarbeitet. Der Beitrag wird zeigen, dass Tendenzen zum Diversity-Ansatz in allen Städten mehr oder weniger stark anzutreffen sind und dass diese Orientierung in allen Städten ähnliche institutionelle Konsequenzen nach sich zieht, beispielsweise in Form der Einrichtung von Migrationsbeiräten und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Allerdings stehen die Anwerbung von qualifizierter Neuzuwanderung und damit die Imagepolitik in einigen Städten mehr im Vordergrund der Integrationskonzepte als in anderen. Was dies für den zukünftigen Erfolg der städtischen Integration bedeutet, kann erst durch ein konsequentes Monitoring von Integrationserfolgen entlang verlässlicher Indikatoren erfasst werden. Somit ist die Installation eines umfassenden Integrationsberichterstattungswesens ein abschließendes Kriterium für die Analyse der Konzepte.

Eine spezifische Herangehensweise der Berliner Integrationspolitik nimmt der Projektbeitrag *„Stadtpolitik und Islam – Eine Untersuchung des Berliner Islamforums“* von Andrea Härtel, Suvi Huikuri und Katharina Thanner genauer in den Blick. Ausgangspunkt ist hierbei der religiöse Aspekt der Integration von Migranten/innen: Der multikulturelle Charakter Berlins zeigt sich zu einem bedeutenden Teil in der religiösen Vielfalt seiner Einwohner/innen. Infolge jahrzehntelanger Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern sind dabei die Muslime/innen in Berlin zur drittgrößten Glaubensgemeinschaft herangewachsen. In öffentlichen Diskussionen dominiert oftmals das religiöse Element die Wahrnehmung dieser Migranten/innen, wobei die starke Heterogenität der muslimischen Glaubensgemeinschaft – ihre Prägung durch verschiedenste Migrationszusammenhänge, kulturelle und ethnische Bindungen und religiöse Richtungen innerhalb des Islam – weitestgehend außer Acht gelassen wird. Und auch bezüglich der Integration von Migranten/innen in die Berliner Stadtgesellschaft wird die Religionszugehörigkeit thematisiert: Primär und zunehmend im Hinblick auf Probleme im Zusammenleben, die auf religiöse Aspekte zurückgeführt werden, aber auch hinsichtlich der Möglichkeiten, die religiöse Vergemeinschaftung – im Sinne von „Integrationsressourcen“ – eröffnet.

Auch die Berliner Integrationspolitik – dargelegt im 2005 vom Senat beschlossenen Integrationskonzept – nimmt die (individuell mehr oder weniger stark ausgeprägte) religiöse Ausrichtung eines Teils der Migranten/innen als einen Ansatzpunkt ihrer Politik. In ihrer erklärten Bestrebung, Muslimen/innen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Berlin zu ermöglichen, setzt sie dabei einen Schwerpunkt auf den sogenannten „Dialog mit dem Islam“,

welcher in „verbindliche Vereinbarungen“ münden soll. Doch was ist hiermit genau gemeint und wie kann dieses Vorhaben – in Anbetracht der Heterogenität der muslimischen Glaubensgemeinschaft und der fehlenden zentralen Repräsentanz der Muslime/innen – in der Praxis umgesetzt und integrationspolitisch wirksam werden? Das im Integrationskonzept als Senatsinitiative angekündigte und im November 2005 gegründete „Berliner Islamforum“ – ein Kooperationsprojekt zwischen dem Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration und der Muslimischen Akademie in Deutschland – bietet die Gelegenheit, diesen Fragen nachzugehen und die praktische Umsetzung des „Dialogs mit dem Islam“ zu untersuchen.

Der über die deutsche Diskussion hinausgehende und den Projektbericht abschließende Beitrag *„Genealogie des Zorns. Sozialer Protest in den französischen Vorstädten“* von *Elise Landschek, Timo Pongrac, Christopher Schmidt und Tilman Vogt* befasst sich mit der Interpretation der Ereignisse von 2005, die den Gipfel der bereits seit den 1980er-Jahren existierenden und beständig wiederkehrenden Banlieueaufständen darstellen. Es soll dabei versucht werden, in der so oft als irrational verteuflten und vermeintlich ungerichteten Gewalt das Muster einer versteckten politischen Artikulation zu dechiffrieren, die als Antwort der sozioökonomisch und räumlich segregierten Jugendlichen auf die veränderten Bedingungen der französischen Gesellschaft und ihres städtischen Raumes verstanden werden kann.

Die zentrale These und Interpretationsfigur, welche der Untersuchung zugrunde liegt, lautet hierbei, dass die *emeutiers* als postindustrielle Wiederkehr des prä- bzw. frühindustriellen Mobs gedeutet werden können. Die ereignishafte Zusammenkunft der zahlreichen wie vereinzelt wütenden Ausgegrenzten ist hierbei mit einer Auflösung der integrativen Strukturen einer politisch konstituierten und klassenbewusst handelnden Arbeiterbewegung und -kultur zu erklären.

Dazu soll zunächst der Aufstieg und Fall der „roten Vorstädte“ – also auch des Mikrokosmos, in dem sich die Immigranten größtenteils bisher bewegten – nachgezeichnet werden. Ein weiteres Unterkapitel zeigt die an diese Entwicklungen anknüpfenden und auf sie reagierenden stadtpolitischen Auffangversuche. Die gewonnenen Ergebnisse werden anschließend in einen eher strukturell-ökonomischen Rahmen eingeordnet. Damit ist ein Interpretationsraster für die urbanen Veränderungen und Krisenerscheinungen gegeben, das die Transformationsprozesse von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft reflektiert.

Vor diesem Hintergrund wird abschließend die deviant-rebellische Jugendkultur analysiert und entsprechend der Ausgangshypothese als Ausdruck und Akt sozialen Widerstands gegen die omnipräsente strukturelle Gewalt gedeutet.

## **II. Parallelgesellschaft**

### **1. Einleitung**

Das nun folgende Kapitel setzt sich mit der Debatte um „Parallelgesellschaft“ auseinander. Wie wird „Parallelgesellschaft“ wissenschaftlich definiert? Beschreibt der Begriff deutsche Wirklichkeit? Oder ist er ein Medienkonstrukt? Außerdem werden die Ergebnisse einer Befragung von Berlinern mit Migrationshintergrund, die als Multiplikatoren für „ihre“ Minderheit fungieren, vorgestellt. Wie nehmen sie bzw. Angehörige ihrer „Community“ die Diskussion um „Parallelgesellschaft“ wahr? Fühlen sie sich durch diese stigmatisiert? Ändert die Debatte um Abschottung etwas an ihrer Situation? Erkennen sie eine Entwicklung zur – auch räumlichen – Separierung in der Minderheitsgesellschaft?

Nach einer kritischen Darstellung der aktuellen wissenschaftlichen Literatur und einer eigenen daraus resultierenden Definition werden Fragestellung und Methodik der Erhebung erläutert. Ein weiterer Teil des Kapitels beschäftigt sich mit der Analyse der Interviews. Abschließend werden Theorieteil und Auswertung bilanzierend zusammengeführt und neue Perspektiven eröffnet.

### **Teil I: Theoretische Betrachtungen**

### **2. „Parallelgesellschaft“ – der Begriff und seine Implikationen**

Die Debatte um „Parallelgesellschaft“ ist vor allem in ihrer wissenschaftlichen Ausprägung zunächst von Auseinandersetzungen über den Begriff selbst geprägt. Da der Begriff der „Parallelgesellschaft“ tatsächlich in diversen Kontexten uneinheitlich verwendet und verstanden wird, soll in den folgenden Ausführungen zunächst ein Überblick über die Grundzüge jener Debatte und die in ihr vertretenen Positionen gegeben werden.

Es soll den Fragen nachgegangen werden, was unter dem Begriff der „Parallelgesellschaft“ zu verstehen ist, beziehungsweise unter welchen Vorraussetzungen die Existenz von „Parallelgesellschaft“ angenommen werden kann. Es werden zunächst kurz mediale Verständnisse von „Parallelgesellschaft“ aufgeführt und sodann Positionen der wissenschaftlichen Debatte gegenübergestellt.

## 2.1 „Parallelgesellschaft“ – die mediale Prägung des Begriffs

Vieles deutet darauf hin, dass der Begriff der „Parallelgesellschaft“ (auch) ein Medienkonstrukt ist<sup>1</sup>. Einige Beispiele aus den deutschen Printmedien der letzten Jahre sollen dies – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – verdeutlichen:

Die Wochenzeitung *Der Spiegel* schrieb anlässlich der Debatten um das Zuwanderungsgesetz im Oktober 2002: „Mitten in Deutschland leben Millionen von Immigranten in blickdichten Parallelwelten nach eigenen Regeln von Recht und Ordnung.“ Zur Diskussion um Zwangsehen und Ehrenmorden in Deutschland berichtete die *Süddeutsche Zeitung* am 18.05.2005, dass muslimische Mädchen immer häufiger vom Turnunterricht abgemeldet würden und dass sich ganze Familien in „Parallelgesellschaften“ zurückzögen. *Die Welt* schrieb am 21.01.2006, dass in Teilen von Kreuzberg und in anderen Stadtteilen (Berlins) eine „Parallelgesellschaft“ entstanden sei. „Perspektiveloze Einwandererkinder leben in ihrer eigenen Ghetto-Welt. Sozialarbeiter gehen die meisten Jugendlichen verloren.“ *Die Welt* zitiert unter anderen Ahmad Omid Yazdani, Soziologe und Leiter des Sportjugendclubs Kreuzberg, der von einer drastischen Zunahme von Gewalt und Drogenabhängigkeit sowie einem „Prozess der Ghettoisierung“ spricht. Im Zusammenhang mit den Ereignissen an der Rütli-Schule konnte man in der *Welt* vom 16.09.2006 lesen: „Wer heute nach Berlin zieht und noch kein Geld hat, geht erstmal nach Neukölln vor Anker. Wer ins Halb- oder Illegale sackt, bildet das, was Politiker und Journalisten Parallelgesellschaft, gescheitertes Multikulti, Ghetto nennen.“ Das in diesem Kontext derzeit aktuellste (Medien-)Ereignis bildet die Entscheidung einer Familienrichterin aus Frankfurt am Main im März 2007, die einer vorzeitigen Ehescheidung vor Ablauf des Trennungsjahres eines Ehepaars marokkanischer Herkunft wegen Gewaltausübung seitens des Mannes nicht statt gab, da die Frau mit der Einwilligung in eine Ehe nach islamischen Wertvorstellungen mit der gewaltvollen Behandlung durch den Ehemann habe rechnen müssen. Die Entscheidung habe, so ist in der Ausgabe des *Spiegel* 13/2007 zu lesen, „deutlich gemacht, dass die dritte Gewalt sich schwer (tut) mit den Problemen der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Allzu viele Urteile spielten bereits Islam-Fundamentalisten in die Hände.“

Wie aus diesen Zitaten hervorgeht, handelt es sich ausschließlich um Einwanderer muslimischen Glaubens, wenn von „Parallelgesellschaft“ gesprochen wird. Oft werden Jugendliche als problematische Gruppe dargestellt. Der Begriff der „Parallelgesellschaft“ scheint von dem des „Ghettos“ oder der „Ghettoisierung“ nicht differenziert zu werden. „Parallelgesellschaften“ scheinen sich zudem, nach hier dargelegtem Verständnis, durch ein eigen-ethnisches Rechtssystem

---

<sup>1</sup> Wilhelm Heitmeyer nutzte 1996 als erster Wissenschaftler das Wort „Parallelgesellschaft“, vgl. Artikel in der *tageszeitung* „Der Vater der Parallelgesellschaft“, Ausgabe vom 16.04.2007.

auszuzeichnen. „Eine Diskussion darüber, was unter ‘Parallelgesellschaft’ zu verstehen ist, findet in der Öffentlichkeit kaum statt. Ähnlich wie der Begriff der ‘Leitkultur’ ist der der Parallelgesellschaft längst zur Phrase mutiert, derer man sich unreflektiert bedient und über deren Inhalt keine Klarheit herrscht“ (Jansen/Polat 2006: 11).

Auffallend ist, dass in von uns für diesen Überblick hinzugezogenen Tageszeitungen überwiegend „mehrheitsgesellschaftliche“ Autoren die Debatte bestimmen. Beispielsweise in der *tageszeitung* hingegen ergänzen zumeist Soziologen wie Yasemin Karakasoglu (*die tageszeitung*, 19.01.2006) oder Ismail Ermagan (*die tageszeitung*, 25.06.07) die Diskussion um Des-/Integration und „Parallelgesellschaft“ um ihre Stimme aus migrantischer Perspektive.

Im Folgenden wird anhand des darzustellenden wissenschaftlichen Diskurses über „Parallelgesellschaft“ deutlich werden, inwiefern die veröffentlichte Meinung sich mit der wissenschaftlichen Vorstellung davon, was unter „Parallelgesellschaft“ verstanden werden müsse, überschneidet oder unterscheidet.

## **2.2 Die Ursachen parallelgesellschaftlicher Entwicklungen – ein Überblick**

Die Ursachen, die für die Entwicklungen von so genannten „Parallelgesellschaften“ genannt werden, sind komplex: Zunächst werden die Versäumnisse der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Politik genannt, die zu lange die Illusion gehegt habe, kein Einwanderungsland zu sein (Schiffauer 2006: 3). Die Konsequenzen dieser Mängel zeigten sich heute insbesondere in Bereichen wie Schulbildung von Zuwanderern, der Integrationspolitik insgesamt, den Möglichkeiten der beruflichen und politischen Teilhabe sowie nicht zuletzt im Zuwanderungsrecht (vgl. Luft 2007). Die Ursachen lägen auch bei dem globalen industriellen Wandel, den Einbrüchen in den Sektoren der Schwer- und Leichtindustrie, in denen Zuwanderer in den 60er Jahren zumeist Arbeit gefunden hätten, so Schiffauer. Von den Veränderungen in diesem Sektor seien auch die Gewerkschaften und Arbeiterparteien betroffen, die eine wichtige Rolle als „Integrationsmaschinen“ gespielt hätten. Die zurückgehende Integrationskraft der Gesellschaft läge auch in der sinkenden Finanzkraft der öffentlichen Haushalte begründet. Zudem sei es heute leichter – aufgrund des Fortschritts der Massen- und Kommunikationsmedien sowie der Verbilligung von Transportmöglichkeiten – den Kontakt zur Heimat zu pflegen. Die so auch für die Folgegenerationen von Zuwanderern entstehenden Vernetzungsstrukturen oder transnationalen sozialen Lebenswirklichkeiten seien, so Schiffauer, ein weiterer Grund für Desintegrationsentwicklungen. Letztlich spiegeln all diese Entwicklungen sich vor allem in großstädtischen Wohngebieten, die sich durch eine besonders hohe Anzahl migrantischer Bewohner auszeichneten, so der Konsens derer, die sich – medial, politisch oder wissenschaftlich – mit dem



Phänomen ethnischer Segregation und deren gesellschaftlichen Konsequenzen auseinandersetzen.

### **2.3 Die wissenschaftliche Debatte – Positionen und Definitionen**

Der Begriff der „Parallelgesellschaft“ werde in der politischen Auseinandersetzung dazu benutzt, „um Defizite der Integration von Zuwanderern zu beschreiben, die zu einer Bedrohung für das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft in einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft werden können“ (Gesemann 2006: 1). Dies beziehe sich weit gehend auf ethnische Wohngebiete in der Großstadt (Schiffauer 2006: 3). Die bisherige wissenschaftliche Debatte um „Parallelgesellschaft“ hat diesbezüglich unterschiedliche Positionen hervorgebracht. Die Komplexität der Debatte, so Thomas Meyer (Meyer 2002: 1), resultiert aus der Tatsache, dass der Begriff in seiner vielfältigen Verwendung weit gehend unbestimmt geblieben ist, was zu Missverständnissen führe.

#### **2.3.1 Positionen**

Dieter Obernhöfer versteht „Parallelgesellschaften“, die „zunehmende Vielfalt oft wenig miteinander verbundener Parallelgesellschaften oder Lebenswelten“ (Obernhöfer zit. nach Gesemann 2006: 2), als charakteristisch für moderne Gesellschaften. Er verweist darauf, dass auch Einwanderer das Recht hätten, sich ihre eigene Lebenswelt zu suchen und sich dabei von anderen Lebenswelten abzusondern. Nach Oberndörfer ist vor allem eine soziale Entmischung von Stadtvierteln ein Gefahrenpotential. Es sei nicht ethnisch begründbar, dass die Gefahr einer „Verwandlung großstädtischer Einwandererviertel in Ghettos kriminalisierter Subkulturen“ bestehe, es handele sich um ein generelles Problem „aller sich sozial und kulturell abschottenden Subkulturen.“ Obernhöfer vertritt somit die Position, dass parallelgesellschaftliche Entwicklungen in modernen Gesellschaften erwartbar und legitim sind. Demgegenüber stehen Ansichten der „soziologische(n) Klassiker, deren Annahme, dass die gesellschaftliche Differenzierung die ethnischen Kategorisierungen und ihre dramatischen Folgen zum Verschwinden bringen würde, doch ziemlich gründlich gescheitert ist“ (Heitmeyer 2001: 4). Hartmut Esser etwa begreift „Parallelgesellschaft“ als soziale Distanzierung, räumliche Segregation und kulturelle Segmentation, welche wiederum Prozesse zur Etablierung ethnischer Schichtungen seien. Insbesondere in modernen, funktional differenzierten Gesellschaften habe dies zur Folge, dass Einwandergruppen – je größer, desto selbstgenügsamer die ethnische Gemeinde – „immer unausweichlicher zu spät und zu kurz kämen“ (Esser zit. nach Gesemann 2006: 2). Zudem könnten ethnisch geschichtete „Parallelgesellschaften“ und gespaltene Identifikationen einen strukturellen Grund für Konflikte darstellen und die (System-)Integration der Gesellschaft gefährden.

Ayşe Caglar hingegen vertritt die Auffassung, dass die Bezeichnung „Parallelgesellschaft“ als stigmatisierende Metapher fungiere, die ethnische Minderheiten an ethnokulturelle Räume binde. Das Festhalten an kulturellen Differenzen und die Aufrechterhaltung von Bindungen an das Herkunftsland würden somit als Integrationshindernis interpretiert. Sie verweist auf die Nicht-Beachtung sich wandelnder Formen von migrantischen Lebenswelten, die in Folge von zunehmender Globalisierung von wirtschaftlichen und kulturellen Aktivitäten neue soziale Räume herausbildeten und das Selbstverständnis sowie die Zugehörigkeiten von Migranten veränderten (Caglar zit. nach Gesemann 2006: 2). Caglar argumentiert somit, dass neue und alternative Formen der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben der Stadt erprobt würden, die mit der diktatorischen Teilung von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft (Schiffauer 2006: 4), die sich im Begriff der „Parallelgesellschaft“ verberge, nicht treffend beschrieben werden könnten.

Jene nicht mehr zwangsläufig an ethnische oder nationale Kategorien der Zugehörigkeit gebundenen migrantischen Lebenswirklichkeiten, so genannte transnationale soziale Räume, sind laut Goebel und Pries transnationale Netzwerkstrukturen (vgl. Goebel/Pries 2002), die vor allem durch die Ausbreitung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien sowie durch steigende und zunehmend günstige Transportmöglichkeiten entstehen können. Jene transnationalen Räume interpretiert Leggewie wiederum als Grund für zurückgehende Ausbildung von integrativem Potential seitens der Einwanderer, da der Bezugsrahmen nicht mehr der nationale der Mehrheitsgesellschaft sei und sein müsse (Leggewie 2002: 91).

Den bisher aufgeführten Positionen liegt vor allem die Frage zugrunde, ob eine moderne bzw. spätmoderne Gesellschaft durch geteilte Werte und Normen verbunden und systemintegriert sein müsse oder ob kultureller Pluralismus im Sinne nebeneinander existierender Lebenswelten eben gerade charakteristisch für unsere Gesellschaft und damit unausweichlich gegeben sei. Die Frage, die sich daran anschließt, ist die nach den Gründen für sowie den Konsequenzen von ethnisch-kulturellen Separierung von Lebenswelten.

Diese Aspekte werden auf unterschiedliche Weise, jedoch immer mit Bezugnahme auf das Spannungsfeld zwischen der Integrationsentwicklung einer liberal-demokratischen Gesellschaft und der Integrations- bzw. Desintegrationsdynamik von Migranten in die Mehrheitsgesellschaft, diskutiert. Bevor jene Fragen eingehender betrachtet werden können, muss untersucht werden, was genau mit dem Begriff „Parallelgesellschaft“ erfasst werden kann und soll.

### **2.3.2 Definitionen**

Thomas Meyer legt detaillierte Kriterien an, nach denen das Vorhandensein von „Parallelgesellschaft“ analysiert werden kann. Der Begriff „Parallelgesellschaft“ soll nach Meyer

zunächst nur für soziale Kollektive verwendet werden, auf die in Ausschlag gebendem Maße folgende Kriterien zutreffen: Erstens eine ethno-kulturelle bzw. kulturell-religiöse Homogenität, zweitens eine nahezu vollständige lebensweltliche und zivilgesellschaftliche sowie weit gehende Möglichkeit der ökonomischen Segregation, drittens eine nahezu komplette Verdoppelung der mehrheitsgesellschaftlichen Institutionen, viertens eine formal freiwillige Form der Segregation und fünftens eine siedlungsräumliche oder nur sozial-interaktive Segregation (Netzwerke/Kommunikationsmedien), sofern die anderen Merkmale erfüllt sind. Die Segregation muss nach Meyer also nicht an streng segregierte Wohnbezirke gebunden sein, sondern kann auch aus verstreuten Wohnlagen durch Vernetzungen entstehen. Ein zusätzliches Kriterium ist nach Meyer die „komplette Segregation“, womit „nach Auffassung zahlreicher Forscher“ (Meyer 2002: 2) die Ausbildung eines eigenen segregierten Rechtskreises gemeint sei. Meyer plädiert dafür, dieses Kriterium nicht auf seine formal-rechtliche Bedeutung zu begrenzen, sondern auch von solchen auszugehen, wenn „ein erheblicher sozialer oder sozio-kultureller Druck innerhalb der betreffenden Gemeinschaft besteht, wesentliche staatlich garantierte Grundrechte nicht zu nutzen oder im Streitfall nicht die staatlichen Gerichte, sondern eigen-ethnische bzw. kulturell-religiöse Schiedsstellen anzurufen und sich deren Urteil zu unterwerfen“ (Meyer 2002: 1). Nur bei Erfüllung aller Kriterien, inklusive dem zuletzt genannten, geht Meyer von vollständigen Parallelgesellschaften aus.

Nach Heitmeyer ist die Entstehung von Parallelstrukturen, wie er sie nennt, abhängig davon, ob sich in einer Einwanderungsgesellschaft Eliten „des politischen Islam mit z.T. fundamentalistischen Varianten“ (Heitmeyer 2001: 4) ausbildeten, die gegenüber den entsprechenden Minderheiten steuerungs- und gegebenenfalls mobilisierungsfähig seien, vor allem aber eigene Machtinteressen verfolgten. Parallelstrukturen entstünden dann, wenn sie durch Eliten auf partiale Homogenisierung ausgerichtet seien, in zentralen Einstellungen und Grundnormen von denen der Aufnahmegesellschaft abwichen, von der gesellschaftlichen Öffentlichkeit abgeschirmt würden und sich der öffentlichen Kontrolle von Machtprozessen entzögen. Weiterhin seien Parallelstrukturen dann gegeben, wenn Eliten bei den Mitgliedern ideelle oder existenzielle (neue) Abhängigkeiten erzeugen könnten und somit der demokratischen Kontrolle entgegenstehende Machtstrukturen aufbauten (Heitmeyer 2001: 3).

Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, sind folgende Eckpunkte für den Diskurs um „Parallelgesellschaft“ maßgeblich: Zunächst geht es um die Integrations- bzw. Desintegrationsdynamik, die von bestimmten Strukturen, vornehmlich in Einwanderungsvierteln, ausgehen kann. Segregation (oder Vernetzungen ethnischer Gruppen) in ihrer freiwilligen und unfreiwilligen Formen bilden den Ausgangspunkt hierfür. Der Ausbau eigen-ethnischer

ökonomischer, rechtlicher sowie sozialer Strukturen bzw. Institutionen werden als potentielle oder bereits beobachtbare Konsequenzen von Segregation diskutiert. Fundamentalistisch-islamische Eliten, die interessengetrieben die ganzheitliche Abgrenzung der Minderheit von der Mehrheitsgesellschaft fördern oder gar steuern, werden nach Heitmeyer als grundlegende Voraussetzung für die Ausbildung von „Parallelgesellschaft“ gesehen. Insofern ergänzt dies die Definition Meyers.

Es scheint sinnvoll die wissenschaftliche Debatte um den Begriff der ethnischen Kolonie einzubeziehen, um die Frage, ob Segregation als Voraussetzung für „Parallelgesellschaftsbildung“ verstanden werden kann, präziser zu beleuchten.

Zuvor soll jedoch die wissenschaftliche Debatte um den Begriff der „Parallelgesellschaft“ und seine Verwendung durch kritische Töne innerhalb der Debatte sowie einige Konkretisierungsversuche vervollständigt werden.

### **2.3.3 Kritik am wissenschaftlichem Verständnis und der Verwendung des Begriffs**

Halm und Sauer kritisieren an der Definition von Meyer, dass sie zu eng gefasst sei. Es sei auch ohne empirische Überprüfung ersichtlich, dass „Parallelgesellschaften“ von Zuwanderern zumindest in Deutschland in diesem Sinne nicht existierten. Insofern seien die Kriterien Meyers nicht für die empirische Überprüfung von „Parallelgesellschaften“ tauglich, jedoch für eine dynamische Betrachtung sinnvoll: Entwicklungen oder Tendenzen hin zu oder weg von „Parallelgesellschaften“ könnten mit Meyers „Messlatte“ untersucht werden. Meyers Definition konzentrierte sich allerdings auf die Form des Zusammenlebens und blende das ‚Warum‘, also soziale, ökonomische und kulturelle Benachteiligungen der Minoritätengruppe aus. Damit blende der Begriff „Parallelgesellschaft“ das Maß sozialer und wirtschaftlicher Teilhabe als wichtigste Bestandteile gesellschaftlicher Integration aus (Halm/Sauer 2006: 19).

Der Begriff der „Parallelgesellschaft“ gründet auf der Annahme, dass parallelgesellschaftliche Entwicklungen die Integrationsmöglichkeiten der Angehörigen von ethnischen Minderheiten schwächen und ein Hindernis für die gesamtgesellschaftliche Integration darstellen. Dennoch differenzierte der Begriff nicht zwischen unterschiedlichen Dimensionen von Integration wie zwischen systemischer, soziokultureller und kultureller Integration<sup>2</sup> (Schiffauer 2006: 4). Obgleich man soziokulturell aber gleichzeitig nicht systemisch integriert sein kann – wobei natürlich ein sich gegenseitiges Bedingen der verschiedenen Integrationsdimensionen nicht von der Hand zu weisen

---

<sup>2</sup> Systemische Integration meint die Integration in gesellschaftliche Teilsysteme wie Wirtschaft, Recht, Politik und Bildung. Soziokulturelle Integration bezieht sich auf das Ausmaß der wahrgenommen kulturellen Nähe oder Distanz und damit der Identifikation mit der Mehrheitsgesellschaft. Sie wird in der Regel an Indikatoren wie Heiratsverhalten, sozialen Beziehungen oder Freizeitverhalten, also an den sozialen Konsequenzen der Identifikationen abgelesen. Kulturelle Integration bezieht sich schließlich unter anderem auf Sprachkenntnisse.

ist – berücksichtige der „Parallelgesellschaftsbegriff“ diese Differenzierungen nicht. Ein binäres Verständnis von vollständiger oder nicht gelungener Integration werfe erstens die Frage auf, so Schiffauer, ob in spätmodernen Gesellschaften eine Integration überhaupt noch auf allen Ebenen stattfinden muss und kann, ob heutige Gesellschaften über geteilte Normen und Werte integrierbar seien. Zudem sei der Begriff der „Parallelgesellschaft“ in seiner dualen Konstruktion unbrauchbar, da nur entweder eine Zugehörigkeit zu der „Parallelgesellschaft“ oder zu der Mehrheitsgesellschaft möglich sei. Die Möglichkeit der Vielfältigkeit der Bezüge zwischen Mehr- und Minderheitsgesellschaft auf unterschiedlichen Ebenen werde durch den Begriff ausgeblendet (Schiffauer 2006: 2). Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass der Begriff der „Parallelgesellschaft“ sich ausschließlich auf ethnische Minderheiten beziehe, nicht aber auf der Mehrheitsgesellschaft angehörige Gruppierungen, Gemeinschaften oder Subkulturen. Der Begriff enthalte, so Schiffauer, eine klare Schuldzuweisung gegenüber Einwanderergruppen und thematisiere in der Konsequenz unzureichend die wechselseitigen Prozesse und Ursachen von Abgrenzungen wie beispielsweise Diskriminierungen am Wohnungs- und Arbeitsmarkt sowie Mängel der bundesrepublikanischen Einwanderungspolitik. Zudem liege dem Begriff der „Parallelgesellschaft“ ein statisches Kulturverständnis zugrunde, welches Veränderungen und Reinterpretationen von kulturellen Werten und Traditionen im Zuge des Migrationsprozesses seitens der Minderheiten ebenso wie durch die Entwicklung zu einem Einwanderungsland hinsichtlich des Selbstverständnisses der Mehrheit, nicht berücksichtige. In Folge dessen werde beispielsweise die Herkunftskultur als für Desintegrationstendenzen verantwortlich verstanden. An diese Kritik Schiffauers anschließend, argumentiert Oberndörfer (Oberndörfer zit. nach Gesemann 2006: 2), dass die Verwendung des Begriffes „Parallelgesellschaft“ auf einer Ethnisierung sozialer Probleme basiere. Schließlich sei der Begriff untauglich, da er als Kampfbegriff fungiere, so wiederum Schiffauer. „Die Existenz von ‘Parallelgesellschaften’ ist eindeutig negativ konotiert. Damit lässt sich die Frage nach der Funktion, die parallelgesellschaftliche Strukturen haben könnten, nicht mehr stellen – sie ist in gewissem Sinne vorentschieden“ (Schiffauer 2006: 4).

„Der Begriff der Parallelgesellschaft ist – wie alle Begriffe – kritisch zu sehen. Dies gilt insbesondere dann, wenn er instrumentell als Kampfbegriff verwendet wird und ganzen, künstlich homogenisierten Migrantengruppen strategische Aktivitäten zuschreibt, die planmäßig auf Rückzug, Abschottung und Ausnutzung des gesellschaftlichen Wohlstands hinauslaufen“ (Heitmeyer 2001: 1).

#### **2.3.4 Vorschläge einer Konkretisierung**

Schiffauer schlägt eine an seine Kritik an dem bisherigen Verständnis von „Parallelgesellschaft“

bzw. der Verwendung des Begriffs anschließende Differenzierungen vor. Er schlägt eine begriffliche Aufschlüsselung der Unterscheidung „Parallelgesellschaft/Mehrheitsgesellschaft“ vor, indem jene durch „Integrations-/Desintegrationserscheinungen“ ersetzt werden. Dies ermögliche, die zahlreichen Abstufungen und Übergänge in der Unterscheidung aufzuzeigen und einzubeziehen, dass Prozesse und Widersprüche Vorgänge von Integration/Desintegration ständig begleiteten und dass auf unterschiedlichen Ebenen bzw. Dimensionen ein unterschiedliches Maß von Integration durch Individuen erreicht werden kann. Er legt mit Hilfe eines Schemas dar, was sich der Begriffskonstruktion „Parallelgesellschaft“ entziehe. Das Schema unterscheidet zwischen Assimilation, Integration, Segregation und Isolation. All jene Formen der Teilhabe an der Mehrheitsgesellschaft sind in eine ökonomische, eine politische, eine schulische, eine soziokulturelle sowie eine sprachliche Dimension unterteilt. So reichen die Formen der Integration in die Mehrheitsgesellschaft von einer absoluten Gleichstellung und Orientierung an der Einwanderungsgesellschaft (Assimilation) über geringere Chancen als Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft bei erfolgter ökonomischer und sprachlicher Integration und gleichzeitigem Aufrechterhalten der eigenen als different zur Mehrheit wahrgenommen Werte und herkunftspolitischen Orientierungen (Integration). Ökonomische, politische und schulische Teilhabe in eigen-ethnischen Institutionen bei eingeschränkter sprachlicher und soziokultureller Integration mache die Segregation aus. Die Isolation schließlich sei gekennzeichnet durch Arbeitslosigkeit, ausschließliche Herkunftorientierung, unzureichende schulische und mehrheitssprachliche Bildung sowie auf der soziokulturellen Ebene durch Anomie.

Wilhelm Heitmeyer beginnt seine Ausführungen „Parallelgesellschaft – Ein soziologischer Versuch im politisch verminten Gelände“ mit dem Hinweis, dass grundsätzlich davon auszugehen sei, dass alle Migranten ein Interesse an einer Integration in die Aufnahmegesellschaft hätten. Letztere müsse dazu jedoch die geeigneten Strukturbedingungen schaffen. Nach Heitmeyer sind Zugang, Teilnahmemöglichkeiten und Zugehörigkeiten sowie eine Anerkennungsdimension in individueller wie kollektiver Hinsicht sowohl für die Minderheit als auch die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft hierbei die wesentlichen Ziele. Er legt somit einen Schwerpunkt auf die Schaffung entsprechender Strukturen durch die Aufnahmegesellschaft zur Herstellung von Möglichkeiten der System- und Sozialintegration. Heitmeyer geht gewissermaßen umgekehrt vor und definiert zunächst, unter welchen Umständen keine Parallelstrukturen in einer Gesellschaft auftreten: „Sie existieren dann nicht, wenn die strukturelle Offenheit gegeben ist und die damit existierenden Lebensmöglichkeiten von den in der Gesellschaft lebenden Personen als gerecht interpretiert werden, sowie zweitens die Übereinstimmung in Grundnormen existiert und drittens Individuen wie Kollektive sich anerkannt fühlen“ (Heitmeyer 2001: 3). Weiterhin weist Heitmeyer

darauf hin, dass zwischen Plural- und Parallelstrukturen unterschieden werden müsse: Pluralstrukturelle Lebensweisen und Wertvorstellungen liefen einer Homogenisierung entgegen, würden aber im Gegensatz zu Parallelstrukturen über Kernnormen verbunden bleiben und zudem durch Beteiligung am öffentlichen Diskurs einer sozialen Kontrolle unterliegen und der Gesellschaft zugänglich bleiben. Zudem betont Heitmeyer, dass die Integrations-/Desintegrationsdynamik als ein komplexer Prozess verstanden werden müsse, in dem teilweise Abgrenzungen und Abwehr durch Teile der Mehrheitsgesellschaft zusammenwirken mit dem Ausbau von partikularen oder separaten Einflusstrukturen (Heitmeyer 2001: 12). Dies schließt an die genannte Kritik Schiffauers an, welche auf die mangelnde Berücksichtigung der Wechselwirkungsprozesse zwischen Mehr- und Minderheit verweist. Zudem ermöglicht Heitmeyer hier eine Unterscheidung zwischen Parallel- und Pluralstrukturen, die als Antwort auf oben erwähnte Debatte über die Zwangsläufigkeit in modernen Gesellschaften gedeutet werden kann: Pluralstrukturen bleiben über gesellschaftliche Kernnormen verbunden und gefährden die gesellschaftliche Integration insofern nicht, Parallelstrukturen hingegen schon. Schließlich spricht Heitmeyer durchgängig von Parallelstrukturen an Stelle von „Parallelgesellschaft“. Er äußert sich nicht hinsichtlich einer beabsichtigten Vermeidung dieses Begriffes, dennoch scheint ähnlich wie nach dem Schema von Schiffauer auch nach seinem Konzept eine parallelstrukturelle Entwicklung in Teilbereichen der systemischen oder sozialen Integration möglich, während „Parallelgesellschaft“ nach einer Definition wie von Meyer beispielsweise nur allumfassend verstanden werden kann.

## **2.4 Die Des-Integrationsdynamik und der Einfluss von Eliten**

Laut Meyer ist die Zivilgesellschaft die „zentrale Gelegenheitsstruktur für die Ausbildung und Selbsterhaltung einer gemeinsamen politischen Kultur“ (Meyer zit. nach Gesemann 2006: 3) und damit Voraussetzung für die demokratische politische Integration. Über die Minimalbedingungen einer gemeinsamen Sprache oder Gelegenheiten der fortwährenden Übersetzung hinaus brauche eine politische Kultur ein gewisses Maß an Hintergrund- und Geschichtswissen zur Ausbildung einer kollektiven politischen Identität eines Gemeinwesens. Grundlegende gemeinsame soziale, politische und zivilgesellschaftliche Handlungsorientierungen produziere die Zivilgesellschaft auf allen Ebenen des Zusammenlebens auf Basis einer politischen Kultur, da diese von Vertrauen, Verständnis- und Kooperationsfähigkeit sowie von Solidarität geprägt sei. Parallelgesellschaftliche Entwicklungen seien folglich als eine „ausschließende Gruppensolidarität“, „je vollständiger und geschlossener sie sind in um so stärkerem Maße“ (Meyer 2002: 2) der Ausbildung einer gemeinsamen politischen Kultur hinderlich und entfremdeten ethno-kulturelle oder kulturell-

religiöse Gruppen voneinander.

Im Folgenden sollen die wesentlichen Aspekte der Debatte um „Parallelgesellschaft“, die Integrations- Desintegrationsdynamik auf gesamtgesellschaftlicher sowie der Ebene der ethnischen Minderheiten sowie die Rolle von islamischen Eliten vertieft werden. Auf Basis der wissenschaftlichen Debatte um ethnische Kolonien sollen vor allem die ambivalente Funktion ethnischer Kolonien und Gemeinschaften erarbeitet werden.

#### **2.4.1 Die Des-Integrationsdynamik und die Bedeutung von Ghettos und Ethnischen Kolonien**

Die in den letzten Jahrzehnten verstärkt entstandenen ethnisch-verdichteten Wohngebiete sind Gegenstand der Debatte um „Parallelgesellschaft“. Handelt es sich bei solchen Siedlungsgebieten, bereits um so genannte „Parallelgesellschaften“? Oder bilden sie den Nährboden zur Entstehung solcher? Oder dienen sie (auch) der Förderung von Integration? Die Fachtagung „Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften“ der Friedrich-Ebert-Stiftung kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Begriff der „Parallelgesellschaft“ zwar oft verwandt, jedoch unklar definiert bleibe (Gesemann 2006: 2). Insofern scheint die Abgrenzung von dem Diskurs um die wissenschaftlich etablierteren Begriffe der ethnischen Kolonie und des „Ghettos“, welcher Konsequenzen von ethnischen Segregationsentwicklungen und Großstädten thematisiert, angemessen.

Während der Begriff des „Ghettos“ sich historisch aus der jüdischen Diaspora der europäischen Neuzeit sowie während des Nationalsozialismus herleitet, wird er heute mit ethnisch-segregierten Armutsvierteln in US-amerikanischen Großstädten assoziiert und ist insofern Ausdruck einer politisch-sozial erzwungenen Segregation. „Ethnische Wohngebiete werden meistens durch die einheimische Mehrheitsbevölkerung, also durch Etablierte, skandalisiert und politisiert. Dabei werden häufig und undifferenziert Parallelen zu den Ghettos bzw. Slums in den USA hergestellt. In der sozialwissenschaftlichen Literatur wird für das Phänomen der ethnischen Segregation der Begriff der ethnischen Kolonie verwendet. Im Gegensatz zu dem Ghetto-Begriff wird mit diesem Terminus eine differenziertere und letztlich für die bundesrepublikanischen Verhältnisse adäquatere Definition angestrebt“ (Ceylan 2006: 45). Zudem ist es die genannte ambivalente Funktion ethnischer Kolonien zwischen „Ressource“ für Zuwanderer und Mobilitätsfalle, die für die Analyse der Entstehung von „Parallelgesellschaft“ maßgebliche Desintegrations-/Integrationsdynamik wesentlich ist. Ethnische Koloniebildung sei auf „den Fall der freiwilligen siedlungsräumlichen Segregation ethno-kultureller Minderheiten“ bezogen, so Thomas Meyer. Sie ist nach Heckmann „die freiwillige Aufnahme und Weiterführung innerethnischer Beziehungen“ (Heckmann zit. nach



Ceylan 2006: 50). Anders als beim „Ghetto“, in dem räumliche Integration und soziale Organisation durch Zwang zusammenfielen, sei die Entwicklung eines sozial-kulturellen Eigensystems der Minderheit nicht notwendig mit der Existenz zusammenhängender bzw. segregierter Wohnbezirke verbunden „auch wenn diese der sozial-kulturellen Organisation der Minderheit vermutlich förderlich sind und empirisch häufig – wie beim Ghetto, doch aufgrund anderer Mechanismen – zusammentreffen“ (Heckmann zit. nach Ceylan 2006: 51). Entscheidend sei, dass es möglich ist, in dem jeweiligen Raum soziale Beziehungen aufzubauen und zu erhalten, so Heckmann. Strukturelemente einer ethnischen Kolonie sind nach Heckmann Verwandtschaft, Vereinswesen, religiöse Gemeinden, politische Organisationen, informelle Netzwerke, ethnische Medien und ethnische Ökonomie.

Sowohl von Meyer als auch von Häußermann wird eine Ambivalenz bezüglich solcher ethnischen Kolonien festgestellt (Gesemann 2006: 8ff): Einerseits erfüllten sie gerade für neu ankommende Migranten eine persönliche Hilfs- und Orientierungsfunktion. Insofern können ethnische Communities oder Kolonien eine Starthilfe sein, die das Finden und somit den Integrationsprozess in neue gesellschaftliche Kontexte erleichtert. Andererseits kann jene Schleusenfunktion sich langfristig in eine Integrations- oder Mobilitätsfalle verwandeln, wenn Neuzuwanderer langfristig in eigen-ethnischen Institutionen und Kontaktkreisen verbleiben. Nach Meyer werden ethnische Kolonien zwangsläufig für den Einzelnen zur Integrationsfalle und bewirkten gesamtgesellschaftlich ein systematisches Integrationshemmnis. Das Leben in ethnischen Kolonien oder „Parallelgesellschaften“, wie Meyer sie bereits in diesem Kontext benennt, bewirke eine Prägung, deren Konsequenz eine Isolation von der Sprache, den Verhaltenstechniken und sozialen Umgangsformen der Mehrheitsgesellschaft bewirke (Meyer 2002: 8). Aus dieser äußeren, strukturellen Distanz entwickle sich eine „innere“, so Meyer, welche die ohnehin sehr ungleichen Integrationschancen in die Mehrheitsgesellschaft verstärke. So bewirkten ethnische Kolonien, dass aus kultureller Differenz eine dauerhafte ethno-kulturelle soziale Schichtung zu Lasten der Minderheit werde. Nach Häußermann (Gesemann 2006: 8) könnten ethnische Kolonien, auch unter den Gegebenheiten räumlicher Segregation, ein Merkmal der kulturellen Produktivität von Großstädten sein, sofern es einen intensiven Austausch der ethnischen Kulturen und ausreichend Brücken zwischen den verschiedenen segregierten Räume gäbe. Zum Problem würden ethnische Kolonien dann, wenn sie in Folge erzwungener Segregation entstünden. Es sei daher Aufgabe der Aufnahmegesellschaft, jene „Brücken“ zu gewährleisten und Möglichkeiten sozialer und funktionaler Integration zu schaffen.

Gesemann zufolge könne man die Begriffe ethnische Kolonie und „Parallelgesellschaft“ in jenen Fällen sinnvoll verknüpfen, wenn sie auf ethnische Kolonien oder Milieus angewandt würden, die

kaum noch über Brücken zur Mehrheitsgesellschaft verfügen. Insofern könnten ethnische Kolonien die Entstehung von „Parallelgesellschaft“ fördern, wenn die Segregation von Zuwanderern sozial erzwungen sei, in mehrfacher, also ethnisch-kultureller, sozioökonomischer, sozialräumlicher und politisch-kultureller Form auftrete und schließlich, wenn die Integrationspolitik nicht ausreichend Angebote schaffe, um in den Bereichen der Identifikationsangebote, der Bildungserfolge sowie der Arbeitsmarktchancen sowie der Gleichstellungspolitik Integration zu fördern (Gesemann 2006: 9). Nun ist oben genannten Definitionsansätzen zufolge nicht lediglich der Verlauf der Integrations-/Desintegrationsdynamik Ausschlag gebend dafür, ob man von „Parallelgesellschaft“ sprechen kann, sondern auch das Vorhandensein von und die Einflussnahme durch (islamisch-fundamentalistischen) Eliten.

#### **2.4.2 (Fundamentalistisch-islamische) Eliten**

Strittig scheint zu sein, ob jene oben bereits genannten – in diesem Kontext zumeist fundamentalistisch- islamische Eliten –, die auch laut Meyer an Einfluss gewinnen (Meyer 2002: 5), ein Interesse an der Integration der islamischen Minderheit in die Aufnahmegesellschaft haben, diese gar forcieren und insofern eine Art Brückenfunktion einnehmen oder ob sie das Ziel verfolgen, „soziales und politisches Kapital der abgesonderten ethnisch-kulturellen Identität“ (Meyer 2002: 5) zu mehren und „Orientierungsmarken der ethnisch-kulturellen Identität mit kollektiver Verbindlichkeit“ (Meyer 2002: 5) zu definieren, um an Einfluss zu gewinnen und insofern desintegrativ wirken (Meyer 2002: 5). Insofern spielen jene Eliten und ihr tatsächlicher Einfluss eine große Rolle bei der Frage um die des-/integrierende Funktion ethnischer Kolonien. Meyer geht davon aus, dass jene „organisierten Eliten“ eine wachsende Fähigkeit zur Interaktion, also eine Annäherung zwischen „vermeindlich unversöhnlichen Identitäten“ immer als Gefahr für die eigene Stellung erscheinen müsse. Daher können die Überbetonung und die Verbreitung eines ethnisch-kulturellen Identitätsdenkens sowie ein erhöhter Konformitätsdruck zur Alltagspraxis innerhalb von Parallelgesellschaften werden. Dies wiederum enge die Einzelnen innerhalb der Minderheiten ein, ließe eine Identitätsfindung zwischen den zahlreichen Identifikationsmöglichkeiten der Mehr- und Minderheitsgesellschaft nicht zu und kontrolliere gerade jene Gruppen der jüngeren Generation, die dazu tendierten, einen solchen eigenen Weg zu wählen.

Im Folgenden wird versucht, sich jener These durch einen Einblick in die Empirie zu nähern<sup>3</sup>. Schiffauer kommt nach einer näheren Betrachtung einiger muslimischer Organisationen, zu dem

---

<sup>3</sup>Da sich hier lediglich auf eine Untersuchung, nämlich die Schiffauers, bezogen wird, soll dies nicht dazu dienen, die These Meyers zu widerlegen, sondern die möglichen Funktionen solcher Eliten differenziert betrachten zu können.

Ergebnis, dass jene, meist bereits in den 1970er Jahren „von wertkonservativen Migranten“ (Schiffauer 2006: 5) gegründeten muslimischen Selbsthilfeorganisationen, der Integration in die Mehrheitsgesellschaft förderliche Maßnahmen ergreifen. Er untersuchte islamische Gemeinden, welche aus unterschiedlichen Motiven und mit variierenden Zielsetzungen und Methoden vor allem Beratungen und Bildungsangebote fördern, die unter anderem Jugendlichen eine erfolgreiche Schulbildung ermöglichen. Schiffauer unterscheidet zwischen islamischen Gemeinden zu Zeiten ihrer Gründung und heute. Heute sei neu, dass eine so genannte „zweite Generation“ bikulturell geprägt sei und sich für die Etablierung ihrer Religion in der Gesellschaft einsetze, während die „erste Generation“ eine Trennung von Herkunftstraditionen und Aufnahmegesellschaft aufrecht erhalten habe. Die heutigen Meinungsführer führten ein Leben zwischen Moschee und Elternhaus sowie den mehrheitsgesellschaftlichen Bildungsinstitutionen.

Die von Schiffauer untersuchten Gemeinden haben bei unterschiedlichen Strategien das gemeinsame Ziel, die marginale Stellung des Islam in der Mehrheitsgesellschaft zu überwinden, wozu der Erwerb von ökonomischem und sozialem Kapital Voraussetzung sei. Geht man davon aus, dass die islamische Organisation Milli Görüs, der, so Schiffauer, vom Verfassungsschutz vorgeworfen werde, sie vermittele ein abgeschlossenes Weltbild und unterwerfe ihre Mitglieder einer strengen Hierarchie, als eine Elite im Sinne Meyers begriffen werden kann, lohnt sich die von Schiffauer durchgeführte empirische nähere Betrachtung. Laut Schiffauer entwickelt Milli Görüs zahlreiche Aktivitäten als Reaktion auf Probleme in Einwanderervierteln in den Bereichen Schule, politisches Engagement, Freizeitbetreuung, Familienberatung und Sozialarbeit. Den Organisationsrahmen bilde eine feste Struktur, in der jedes Mitglied eine feste Funktion einnehme, aus der nach erfolgreicher Erfüllung in der Hierarchie der Positionen aufgestiegen werden kann. Nach eigener Aussage von Sprechern von Milli Görüs, so Schiffauer, erlaube die Einbindung in diese Struktur Jugendlichen keine in Einwanderervierteln häufig auftretenden anomischen Verhaltensweisen wie Kriminalität und Drogenkonsum- oder Handel mehr. Laut Nikola Tietze, auf deren Forschung Schiffauer seine Ausführungen stützt, sei das vermittelte Islambild innerhalb von Milli Görüs offen in dem Sinne, dass es differenzierte Diskussionen und heterogene Anschauungen zulasse. Ehemalige Mitglieder von Milli Görüs hätten, so Tietze, einerseits über die hierarchischen Strukturen der Organisation geklagt, andererseits bestätigt, dass gerade diese ihnen zu einem Schul- oder Bildungsabschluss verholfen habe. Eine von Milli Görüs angebotene Rechtsberatung helfe Eltern, welche ihre Töchter beispielsweise vom Schwimmunterricht befreien möchten. Dies wurde, wie aus oben zitierten Zeitungsartikeln hervorgeht, in der veröffentlichten Meinung als ein Indiz für parallele Strukturen gesehen – laut Schiffauer spreche dies jedoch dafür, dass es sich hierbei nicht um einen Rückzug in eine „Parallelgesellschaft“ handele, sondern um den „Kampf auf das Recht

zur Differenz“ (Schiffauer 2006: 8).

In diesem Sinne kommt Schiffauer durch die Untersuchung der Ziele und Aktivitäten des Verbandes der islamischen Kulturzentren sowie der so genannten Gülen-Gemeinde zu dem Ergebnis, dass die Festigung einer islamischen Identität als kultureller Rückzug zu werten ist, der jedoch gleichzeitig systemische Integration ermögliche. Insofern legt Schiffauer dar, wie eben jene Gemeinden aufgrund der Verfolgung von möglicherweise als Eigen- oder Machtinteressen zu bezeichnenden Motive, im Ergebnis für die Integration ihrer Mitglieder in die Aufnahmegesellschaft eine Brückenfunktion einnehmen (können). „Die Gemeinden betonten zwar die kulturelle und soziale Segregation und Isolation. Indem sie aber stabilisierten, wirkten sie sich positiv in Hinblick auf systemische Integration in die Bereiche Arbeit und Schule aus“ (Schiffauer 2006: 5).

Es zeigt sich, dass sowohl ethnische Kolonien als auch islamische Gemeinden oder Eliten ambivalente Funktionen hinsichtlich der Des-/Integrationsdynamik von ethnischen Minderheiten haben können<sup>4</sup>. Insofern können weder räumlich Segregation noch die Ausbildung islamischer Eliten in ihrer Wirkung als ausschließlich negativ oder Parallelstrukturen fördernd begriffen werden.

## **2.5 Empirische Einblicke – „Parallelgesellschaft“ in Berlin**

Abschließend soll ein kurzer Einblick gegeben werden, welche empirischen Hinweise für die Existenz von „Parallelgesellschaften“ in Berlin sich aus bisherigen Untersuchungen ableiten lassen, da das anschließende Forschungsprojekt sich auf den Raum Berlin konzentriert<sup>5</sup>. Das Wissenschaftszentrum Berlin kam in Folge einer Umfrage unter türkischen, italienischen sowie Zuwandergruppen aus der ehemaligen Sowjetunion im Jahre 2001 zu dem Ergebnis, dass die Befürchtung, es könnten sich „ethnische Parallelgesellschaften“ herausbilden, unbegründet sei. Die Befragten hätten sich sowohl identifikativ als auch politisch mehr mit Berlin als mit ihrer Herkunftsregion identifiziert und ihre Unterstützung demokratischer Werte sei „bei Zuwanderern in mancher Hinsicht größer als bei Deutschen“ (Gesemann, 2006:5). Die Befragten türkischer Herkunft seien vergleichsweise stark an den politischen Geschehnissen der Herkunftsregion orientiert. Dies stehe jedoch nicht im Gegensatz zu Integrationsbestrebungen in die deutsche Aufnahmegesellschaft, da ein Engagement in türkischen Vereinen zumeist mit einem solchen in deutschen Vereinen einherginge. Im Auftrag der Berliner Ausländerbeauftragten kam eine

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch Gaitanides (2004: 5), welcher die Schutzfunktion ethnischer Netzwerke und Gemeinden vor anomischem Verhalten in Einwanderervierteln hervorhebt.

<sup>5</sup> Die folgend aufgeführten Studienergebnisse wurden anlässlich der Fachtagung der Friedrich Ebert Stiftung von Gesemann 2006 in einem Schlusswort genannt.

Befragung der türkischen Wohnbevölkerung Berlins im Jahre 2002 zu dem Ergebnis, dass ein wachsender Wille zur Integration zu beobachten sei (Gesemann 2006: 5). Gesemann rezitiert aber auch den Dezernatsleiter Organisierte Kriminalität des Landeskriminalamtes Berlin, Markus Henninger, der in Berlin „deutliche(n) Tendenzen einer ‘Ethnischen Abschottung’“<sup>6</sup> in Teilbereichen der organisierten Kriminalität wie beispielsweise Schutzgelderpressung, Drogenhandel sowie Schleusung feststelle.

Zusammenfassend kann man sagen, dass keine der Studienergebnisse, die Gesemann anlässlich der oben genannten Fachtagung der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgriff, empirisch die Existenz von „Parallelgesellschaften“ in Berlin nachweisen konnten. Es seien allenfalls Tendenzen einer solchen Entwicklung zu erkennen, so Gesemann. Eine Untersuchung, die 2000 – allerdings im Auftrag der bayerischen Staatsregierung – unter anderem von Friedrich Heckmann durchgeführt wurde, schlussfolgerte, dass im ökonomischen und institutionellen Bereich keine „Parallelgesellschaftsentwicklung“ abzusehen sei. Allerdings seien sozial-identifikative Tendenzen einer „Parallelgesellschaftsgründung“ unter den Befragten der so genannten zweiten Generation festzustellen. Die eigentliche Stärke dieses Ergebnisses – welches für den Raum Berlin nicht anwendbar ist – liegt in der Differenzierung von Lebensbereichen, innerhalb derer von „Parallelgesellschaftstendenzen“ gesprochen werden kann. Auch erscheint es sinnvoll, unterschiedliche Migrantengruppen bzw. -generationen getrennt zu betrachten. Dies erscheint als logische Konsequenz, der in der theoretischen Debatte aufkommenden Forderung nach einer Ausdifferenzierung des Verständnisses von „Parallelgesellschaft“.

Die Ergebnisse dieser Untersuchungen zusammenfassend, sei es sinnvoller von Parallelwelten im Sinne einer ethnischen Abschottung von Milieus zu sprechen, so Gesemann.

## **2.6 Ein vorläufiges Fazit**

Mit welchem Ziel dreht sich die Debatte zunächst so ausführlich um den Begriff der „Parallelgesellschaft“? Innerhalb der Ausführungen wurde deutlich, dass mit diesem Begriff vorsichtiger und präziser verfahren werden sollte. Einerseits steht er im Kontext einer erst seit wenigen Jahren medial geprägten Begriffsgeschichte, die bisher das, was unter „Parallelgesellschaften“ zu verstehen sei, relativ offen lässt. Dennoch ist eines relativ klar: Es handelt sich um eine Negativassoziation oder Schuldzuweisung, wie Schiffauer es nennt, zu Lasten von muslimischen Einwanderergruppen. Erst bei genauerem Hinsehen ist es auch ein Kampfbegriff gegenüber der deutschen Zuwanderungspolitik.

<sup>6</sup> Zu den Merkmalen ethnischer Abschottung gehöre, laut Henninger, gemeinsame Religion und Herkunft sowie patriarchalisch-hierarchische Familienstrukturen, Ehegatten aus der Heimatregion sowie eigene Finanz- und Sanktionssysteme.

Ist der Begriff für die wissenschaftliche Auseinandersetzung folglich hilfreich? Offenbar ersetzt er nicht lediglich etablierte Begriffe wie ethnische Kolonie, Milieu oder Ghetto, sondern geht ein Stück weiter. Ob es dieses 'Stück weiter' im Sinne einer vollständigen Parallelität innerhalb einer Mehrheitsgesellschaft schon gibt oder geben wird, bleibt zukünftig empirisch zu belegen. Auch umfasst der Begriff unzureichend theoretisch-konzeptionelle Modelle von Integration, was sowohl für die Analyse der Gründe für die Entstehung parallelgesellschaftlicher Entwicklungen als auch für die Teilhabechancen der ihnen Angehörigen maßgeblich wäre.

In jedem Fall sollte der Begriff der „Parallelgesellschaft“ nicht darüber hinwegtäuschen, dass parallelstrukturelle Entwicklungen sich in einzelnen Bereichen von migrantischen Lebenswelten entwickeln können, nicht jedoch zwangsläufig zu parallelen Gesellschaften führen müssen. Zudem ist sowohl hinsichtlich der Dichotomie von Mehrheitsgesellschaft und Minderheitsgesellschaft, die dem Begriff inne liegt, als auch die Ausblendung unterschiedlicher Integrationsdimensionen betreffend, Vorsicht geboten.

Die bisherige Debatte beantwortet die Frage, ob in spätmodernen Gesellschaften und angesichts der fortschreitenden Globalisierung ein am Nationalstaat verhaftetes Verständnis von individueller und gesamtgesellschaftlicher Integration noch sinnvoll ist, nicht. Die Entwicklung migrantischer transnationaler (Lebens-)Wirklichkeiten ist nicht umzukehren. Sie schlicht als negativ oder als Gefahr zu begreifen, scheint der Integration(spolitik) nicht förderlich zu sein. So scheint es zunächst in einem (nur) an den Nationalstaat gebundenen Integrationsverständnis, begründet zu liegen, dass die Entstehung von „Parallelgesellschaft“ als Konfliktherd verstanden wird. Ist die Forderung einer gewissen Homogenität der Gesellschaft sinnvoll? Ist nicht selbst innerhalb islamischer Gemeinden die Heterogenität zu groß, um von „Parallelgesellschaft“ zu sprechen? (Heitmeyer 2001: 9). Die nicht erfüllbare Forderung von Integration oder gar Assimilation bei gleichzeitiger Nicht-Legitimität des Ausbaus eigener Lebenswelten ist eine in der Diskussion selten berücksichtigte Wechselwirkung zwischen Mehr- und Minderheitsgesellschaft. So vertritt Gustav Seier in seinem Artikel aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 23.11.2004 „Meine wunderbare Parallelgesellschaft“ die Meinung, dass die Entwicklung von „Parallelgesellschaften“, die sich aus dem Zusammenleben in spätmodernen urbanen Gesellschaften notwendigerweise entwickelnde Freiheit des Einzelnen ist, die es zu schützen gilt: „Dass ohne gemeinsame Sprache und ohne Respekt des Rechtsstaats ein Einwanderungsland wie das unsere nicht existieren kann, ist so trivial wie unbestritten. Man könnte das Problem aber auch von einer anderen Seite aus ansehen: Der Mörder Theo Van Goghs war ein Feind von „Parallelgesellschaften“. Es war ihm unmöglich, gelassen mit dem Unterschied zu leben. Die Kultur der 'Parallelgesellschaften' ist das Gegenteil des Fundamentalismus. Sie ist jene Freiheit, die wir verteidigen müssen.“

Eine ganz andere Perspektive wirft das kürzlich veröffentlichte Werk von Stefan Luft „Abschied von Multikulti“ auf. Während Gesemann noch berichtet, dass innerhalb der wissenschaftlichen Diskussion die positiven Effekte ethnischer Kolonien angesichts von Armut und Arbeitslosigkeit und einer daraus resultierenden Neubewertung der räumlichen Konzentration von Zuwanderern in Frage gestellt werden (Gesemann 2006: 7), erklärt Luft die positiven Tendenzen ethnischer Kolonien bereits für beendet (Luft 2006: 254). Luft problematisiert zudem ausführlich, dass „Parallelgesellschaften“ insbesondere für Frauen „das Ausbrechen schwer machen“ (Luft 2006: 243) und begründet dies mit der Gefahr von Ehrenmorden, auch innerhalb von Familien der zweiten Zuwanderergeneration. Dass Jugendliche jener „zweiten Generation“ das größte Gefahrenpotential für die Bildung von „Parallelgesellschaften“ darstellten, da sie dazu tendierten, Integrationsdefizite durch Beteiligung in islamistischen Gemeinden auszugleichen, stellt Luft ebenso mit größerer Deutlichkeit fest, als dies in der bisherigen wissenschaftlichen Auseinandersetzung über „Parallelgesellschaften“ zu finden war. Nachdem bisher hauptsächlich die türkische Minderheit Gegenstand der Debatte sowie der empirischen Forschung war, problematisiert Luft wiederholt die Gruppe der „kurdisch-libanesischen Minderheit“. Ob sein Werk eher eine neue Position innerhalb des Diskurses oder eine aktuelle Erkenntnis beinhaltet, sei dahingestellt.

Abschließend möchten wir noch einmal eine konstruktive Kritik Schiffauers aufgreifen, die für die Debatte und die integrationspolitischen Konsequenzen, die aus ihr erwachsen sollten, maßgeblich erscheint: „Während in der angelsächsischen Welt (...) das Engagement unabhängiger Gemeinden begrüßt wird, wird es hierzulande mit Misstrauen betrachtet. Die Vorwürfe, dass diese Gemeinden parallelgesellschaftliche Strukturen fördern würden, stehen in dieser deutschen Tradition. (...) Die Anerkennung der eigenen Besonderheit erleichtert die Integration und erschwert sie nicht. Schließlich müssen wir lernen zu differenzieren und genau hinzublicken. Suggestive Bilder, die die Gefahren einer islamischen „Parallelgesellschaft“ beschwören, produzieren nur Angst. Angst ist aber ein schlechter Ratgeber, wenn es um die Lösung der tatsächlich erheblichen Probleme geht, mit denen wir im Rahmen einer neuen globalen Situation konfrontiert sind“ (Schiffauer 2006: 14).

## **Teil II: Die empirische Untersuchung**

### **3. Was ist „Parallelgesellschaft“?**

Das der empirischen Untersuchung in diesem Kapitel zu Grunde liegende Verständnis von „Parallelgesellschaft“ muss an dieser Stelle konkretisiert werden. Aus der wissenschaftlichen Debatte geht keine einheitliche Definition hervor. Dennoch schließen wir uns einigen Positionen an. Wir gehen nicht davon aus, dass es eine „Parallelgesellschaft“ gibt, sondern unterstellen den

migrantischen Lebenswirklichkeiten eine nicht nur nach Herkunft und Religiosität ausdifferenzierte Heterogenität. Diese widerspricht einer dichotomen Trennung in Mehr- und Minderheitsgesellschaft und somit auch der Ausbildung einer einheitlichen „Parallelgesellschaft“. Insofern möchten wir – wenn überhaupt – von „Parallelgesellschaften“ im Sinne von Minderheiten innerhalb der Minderheitsgesellschaft sprechen. Diese muss sich nicht zwangsläufig nach ethnischen Kriterien bestimmen lassen.

Uns jedoch erscheint es sinnvoller, zwischen Parallelstrukturen verschiedener Ausprägung zu unterscheiden. Heitmeyer führt diese Begrifflichkeit lediglich in Bezug auf islamistische Eliten in die Auseinandersetzung ein. Wir verstehen „Parallelstrukturen“ weitergehend. Sie können etwa ökonomischer, soziokultureller oder religiöser Art sein. Dieser Begriff greift somit eine mögliche partielle Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft auf, ohne Menschen mit Migrationshintergrund zugleich den Aufenthalt innerhalb einer definitorisch sämtliche Lebensbereiche umfassenden Parallelgesellschaft zu unterstellen.

Damit einher geht ein differenziertes Verständnis von Integration. Je nach Form und Möglichkeit der Inkorporation in die Mehrheitsgesellschaft kann ökonomische, soziokulturelle oder auch nur sprachliche Integration unabhängig voneinander stattfinden. Dafür spielen die Art und die Gründe der Einwanderung sowie die soziale Herkunft als auch die Vernetzungsstrukturen in die Ankunftsgesellschaft eine Rolle. Hierbei erlangt nun auch die Frage Relevanz, ob Segregation und/oder ethnische Kolonien ein auslösender Faktor für Parallelstrukturen sind. Wir sind der Auffassung, dass ethnisch-räumliche Konzentration förderlich sein kann, aber nicht Bedingung ist.

Der Einfluss von Eliten erscheint uns maßgeblich, sobald diese versuchen, ausschließlich fundamentalistische Haltungen durchzusetzen. Dies kann nicht pauschal für alle islamischen Gemeinden oder Organisationen angenommen werden. Vielmehr gehen wir davon aus, dass jene Eliten transnational vernetzt agieren und insofern nicht zwangsläufig mit ethnischen Kolonien oder religiösen Organisationen zusammenhängen. Darüber hinaus wurde gezeigt, dass auch innerhalb jener Gruppierungen eine starke Heterogenität vorherrscht.

## **4. Die Befragung: methodische Überlegungen**

### **4.1 Das Experteninterview**

Die These, dass sich in Deutschland „Millionen von Immigranten“ (Bölsche et al. 2002: 36) in „Parallelgesellschaften“ abschotteten, ist nicht neu, sie wurde schon vor Jahren massenwirksam publiziert (vgl. 2.1). Aber hat sie auch etwas mit der Realität zu tun? Und falls ja, worin liegt die Ursache für den in ihr beschriebenen Sachverhalt? Der Antworten darauf wurde sich versuchsweise



im Rahmen einer überschaubaren Reihe von Experteninterviews genähert. Diese Herangehensweise bot sich an, weil Experteninterviews zur Rekonstruktion sozialer Prozesse beitragen können (vgl. Gläser/Laudel 2004: 107), im vorliegenden Beispiel zu der des vermeintlichen Rückzugs eines wesentlichen Teils der Migrationsbevölkerung. Ebenso erhofften wir uns mit dieser Methode Einschätzungen über die Wahrnehmung einer möglichen Stigmatisierung in migrantischen Bevölkerungsgruppen.

Radtke erwähnt in Anlehnung an Hoffmeyer-Zlotnik, dass die Vorliebe für qualitative<sup>7</sup> Methoden in der Forschung mit und über Menschen mit Migrationshintergrund im Wesentlichen drei Gründe habe: „Probleme der Repräsentativität und des Zugangs zum Forschungsfeld; erhöhter Explorationsbedarf aufgrund der Unvertrautheit mit dem Forschungsfeld; Verständigungsprobleme aufgrund syntaktischer, grammatischer, aber vor allem auch semantischer Unterschiede“ (Radtke 1991: 392). Während die beiden ersten Hinweise durchaus auch für diese Studie Gültigkeit besaßen, traf letztes Argument bei den Untersuchungen definitiv nicht zu: Die hier befragte(n) Expertin und Experten sprachen alle gut bis akzentfrei deutsch.

Die Erhebung wurde in Form offener Leitfadeninterviews mit teilstandardisiertem Charakter und narrativen Elementen, jeweils im „Tandem“ (Helfferich: 151, Fußnote 1), also von zwei Fragenden, durchgeführt.

## **4.2 Die Auswahl der Befragten**

In den Interviews wurden eine Multiplikatorin und sieben Multiplikatoren befragt, das heißt aktive oder ehemalige Funktionärinnen und Funktionäre von in Berlin ansässigen Organisationen und Vereinen, deren Mitglieder dem islamischen Kulturkreis entstammen, jedoch unterschiedlicher Herkunft sind. So sollte verhindert werden, dass der Blick auf den türkischen Hintergrund verengt wird. Denn Öffentlichkeit, Medien und Politik sprechen häufig relativ unterschiedslos von Integrationsschwierigkeiten der muslimischen Bevölkerung im Allgemeinen.

Trotzdem befanden sich unter den acht Interviewten vier mit türkischen Vorfahren, je einer mit irakischen, kurdischen, libanesischen und afghanischen. Alle Befragten besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. Dass es doch zu einem Übergewicht befragter Personen mit türkischem Hintergrund kam, war nicht zufällig, sondern vielmehr der Tatsache geschuldet, dass Türiinnen und Türiken die größte ethnische Minderheit in Deutschland bilden und am besten organisiert sind. Dadurch konnte der Vorteil genutzt werden, in ihren Institutionen leicht Ansprechpartnerinnen und

---

<sup>7</sup> Die Fragwürdigkeit der begrifflichen Unterscheidung von „qualitativer“ und „quantitativer“ Forschung ist uns durchaus bewusst. Da in der Experteninterviews betreffenden wissenschaftlichen Literatur diese Terminologie überwiegend beibehalten wurde, findet sie auch in dieser Arbeit Verwendung.

-partner zu finden.

Der deutsch-libanesischer Vertreter gab an, nichtgläubiger Christ zu sein. Da er als in Beirut Aufgewachsener, aber einem vorwiegend muslimischen Kulturkreis entstammt und auch der „libanesischen Community“ in Deutschland ein Rückzug in „Parallelgesellschaften“ vorgehalten wird (vgl. Luft 2007), passte er dennoch zu unseren Auswahlkriterien.

Als Gesprächspartnerin und -partner standen – in alphabetischer Aufzählung – folgende Personen, die uns ihr Einverständnis gaben, namentlich erwähnt zu werden, zur Verfügung: Ferzi Akta, Mitglied des Kurdischen Kulturvereins, Ghassan Bou Hamad, ehemaliger Vorstand der Gemeinde der libanesischen Emigranten in Deutschland, Gürkan Buyurucu, Mitglied der Organisation Gays and Lesbian aus der Türkei, Nazar Mahmood, Mitglied des Arabischen Kulturinstitutes, Baris Tokat, Lehrer für „Deutsch als Fremdsprache“ bzw. Nachhilfelehrer für Jugendliche mit Migrationshintergrund, früher aktiv in einer Organisation für Studierende türkischer Herkunft, Tanju Tügel, Mitarbeiter der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für migrationspolitische Fragen, Eren Ünsal, Sprecherin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, und Sabour Zamani, Vorstand des Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrums.

Ursprünglichen Überlegungen zufolge sollten eigentlich Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund, denen vorgeworfen wird, sich abzuschotten und nicht integrieren zu wollen, direkt interviewt werden. Es sollten also nicht explizit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren gesucht werden, die sowieso oft als „integriert“ gelten bzw. wahrgenommen werden. Bereits zu Planungsbeginn, während erster Recherchen zur geschicktesten Rekrutierung, wurde jedoch klar, dass es schwierig werden würde, diese Personen zu finden und zu einem Interview zu überreden. Wo sollte man sie ansprechen? In Cafés oder Vereinslokalen, in der Moschee oder Gebetsräumen? Wie sollte man sie ansprechen? Spontan auf der Straße? Mit welchen Argumenten könnte man sie zu einem Interview bewegen? Wegen dieser Schwierigkeiten wurde schließlich die oben erwähnte Stichprobe ausgewählt, auch in der Hoffnung, mithilfe dieser „Türwächter“ (Helfferich 2005: 155) in einem zweiten „Forschungsschritt“ jugendliche „Nicht-Multiplikatoren“ und „Nicht-Funktionärinnen“ für eine Gruppendiskussion kontaktieren zu können. Bis Redaktionsschluss konnte dieses Vorhaben – vorwiegend aus terminlichen Gründen – leider nicht realisiert werden.

#### **4.2.1 Die „Doppelrolle“ der Befragten**

Auf eine nicht zu unterschätzende Besonderheit der acht Interviewten muss noch hingewiesen werden, ihre „Doppelrolle“. Sie bestand darin, dass die Befragten nicht nur Expertin und Experten für eine gesellschaftliche Diskussion (um Rückzugstendenzen) waren, sondern auch in gewissem Maße unfreiwillig Objekt dieser Diskussion. Dementsprechend wurde versucht, die Interviewten als

Funktionsträgerin bzw. -träger und als Privatperson zu befragen, nach dem Modell: „Fühlen sich Ihre Klientinnen und Klienten durch die Diskussion über ‘Parallelgesellschaften’ diskriminiert? Fühlen Sie sich persönlich dadurch diskriminiert?“ Dieser Spagat misslang gelegentlich sowohl den Fragestellerinnen und -stellern als auch den Antwortgebenden. Das dürfte nachvollziehbar sein und war vom Projektleiter bereits vorhergesagt worden.

Diese „Doppelrolle“ der Expertin und Experten in unserer Untersuchung widerspricht jedoch der wegweisenden Experteninterview-Definition von Meuser und Nagel: „Im Unterschied zu anderen Formen des offenen Interviews bildet bei ExpertInneninterviews nicht [Hervorhebung des Autors/der Autorin] die Gesamtperson den Gegenstand der Analyse, d.h. die Person mit ihren Orientierungen und Einstellungen im Kontext des individuellen oder kollektiven Lebenszusammenhangs. Der Kontext, um den es hier geht, ist ein organisatorischer oder institutioneller Zusammenhang, der mit dem Lebenszusammenhang der darin agierenden Personen gerade nicht identisch ist und in dem sie nur einen ‘Faktor’ darstellen“ (Meuser/Nagel 1991: 442). Die Unschärfe der Rolle der Stichprobe dürfte somit die größte Schwäche der Interviewreihe gewesen sein. Sie muss vor allem bei der Auswertung der Ergebnisse beachtet werden.

#### **4.3 Die Vergleichsstudie „Muslime in Europa“**

Einige zusätzliche methodische und inhaltliche Anregungen bekamen wir durch eine 2004 gemachte Umfrage, die sich den Einstellungen, Identitäten und Diskriminierungserfahrungen der muslimischen Bevölkerung Berlins widmete (Vergleichende Studien zu Muslimen in Europa 2004). Diese Umfrage war Teil einer in Deutschland, England, Spanien und den USA durchgeführten Vergleichsstudie, finanziell unterstützt von der Europäischen Kommission sowie der Universität Michigan. In diesem Rahmen wurden 235 türkisch- bzw. kurdischstämmige Migrantinnen und Migranten standardisiert befragt. Die Interviewten wurden in einem aufwendigen Verfahren unter Mithilfe türkischsprachiger studentischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wiederum der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg rekrutiert hatte, akquiriert.

Obwohl diese Umfrage in Form, Umfang und Ausstattung selbstverständlich nicht mit der in diesem Kapitel beschriebenen kleinen Interviewreihe zu vergleichen ist, ließen sich doch interessante Schlüsse vor allem für die Hypothesengenerierung unserer Expertenbefragung ziehen. Deren Ergebnisse konnten die aus der wissenschaftlichen Lektüre gewonnene Erkenntnis, dass es in Deutschland keine „Parallelgesellschaften“ gebe, größtenteils bestätigen. So hätten 98 Prozent der Befragten der Einschätzung zugestimmt, dass es gut sei, wenn in ihrer Nachbarschaft Deutsche und Türken zusammenlebten. Außerdem hätten die Menschen mit Migrationshintergrund viel weniger Vertrauen in muslimische Organisationen als zum Beispiel in die Berliner Polizei (Angemerkt sei

allerdings, dass die viel diskutierten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Jugendlichen im Kreuzberger Wrangelkiez erst 2006 stattfanden).

Es gibt aber auch differenziertere Antworten. Zwar seien Berliner Muslime türkischer Herkunft generell eher säkular, die Jüngerer hingegen schließen sich mitunter einer konservativeren Interpretation des Islam an. Die Mehrheit der Befragten befürworte zwar ausdrücklich einen Balanceakt von Anpassung und Eigenständigkeit; immerhin 25 Prozent hätten dafür plädiert, sich auf die eigenen Lebensgewohnheiten zu beziehen, offenbar ohne in diesem Punkt Zugeständnisse machen zu wollen.

Dass die Jüngerer sensibler auf die Themen „Vorurteile“ und „Diskriminierungen“ reagierten, zeige folgende Zahl: Mit 24 Prozent fühlten sich überproportional viele Jüngere nicht wohl in Deutschland. Insgesamt hätten 46 Prozent der Migrationsbevölkerung den Eindruck, diskriminiert zu werden. Da gerade das letztgenannte deutliche Ergebnis mit standardisierten Methoden kaum angemessen zu spezifizieren ist, war das Thema „Diskriminierungserfahrungen“ ein wesentlicher Bestandteil unserer „qualitativen“ Interviews.

#### **4.4 Die Arbeitshypothesen**

Nach den im ersten Teil dieses Kapitels angestellten Überlegungen (vgl. 2.3) und den Erkenntnissen der eben skizzierten Studie ergaben sich – entgegen der eingangs in 4.1 paraphrasierten Behauptung – folgende drei Arbeitshypothesen: Es gibt in Deutschland keine „Parallelgesellschaften“. Die öffentliche Debatte über „Parallelgesellschaften“ wirkt stigmatisierend auf die muslimische Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Durch diese Stigmatisierung verstärkt sich die Hinwendung dieser Bevölkerungsgruppe zur eigenen Community.

Um die Hypothesen zu untersuchen, wurden aus ihnen fünf zentrale Fragen entwickelt: Gibt es in Deutschland „Parallelgesellschaften“? Führt der Vorwurf der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik an die Migrationsbevölkerung mit muslimischem Hintergrund, dass es „Parallelgesellschaften“ gebe, zu einem Gefühl der Stigmatisierung bzw. Diskriminierung? Wenn ja, wie wirkt sich dieses Gefühl aus? Wendet sich dieser Bevölkerungsteil deswegen der eigenen Community zu?

### **5. Die Interviews**

#### **5.1 Einschätzungen der Befragten zu unseren Fragestellungen**

##### **5.1.1 Was sind Parallelgesellschaften? Gibt es Parallelgesellschaften (in Berlin)?**

Es lassen sich bezüglich unserer Fragestellungen einige inhaltliche Überschneidungen in allen geführten Interviews finden.

So wurde in allen Interviews genannt, was unter Parallelgesellschaften verstanden wird und dabei waren sich die Befragten zumeist einig, so dass folgende Dimensionen aus Sicht der Befragten als kennzeichnend für Parallelgesellschaften herausgearbeitet werden können:

- Parallelgesellschaften sind Gesellschaften für sich.
- Sie kennzeichnen sich durch die ausschließliche Nutzung von ethnischen Medien, ausschließlich innerethnische Kontakte, ethnische Dienstleistungen bzw. eine ethnische Ökonomie und die Nutzung der eigenen Sprache aus.

Wichtig ist auch der Hinweis eines Befragten, der angab, es handele sich dabei um einzelne Gruppen, die bewusst zusammenleben wollen – getrennt von anderen Gruppen der Stadt.

Weiterhin wurden Berlin-Kreuzberg und Berlin-Wedding konkret als Beispiele bezeichnet, an denen es Parallelgesellschaften gäbe. Eindringlich zeigt das ein Zitat aus dem Interview mit Gürkan Buyurucu (Organisation Gays and Lesbian aus der Türkei): „Das die Leute trotz ihres Berlinaufenthalts im Kopf in der Türkei sind. Die laufen zum Beispiel durch Kreuzberg wie durch einen Bezirk in Istanbul. Wenn ich Heimweh habe, dann gehe ich in den Wedding.“ Die theoretische Schwammigkeit und Uneinigkeit in wissenschaftlichen Arbeiten darüber, ob eine lokale Verortung notwendig sei für die Bildung von Parallelgesellschaften, wird hier konkret. Nach Ansicht der Befragten muss es diese lokale Konzentration von Gruppen geben um überhaupt solch eine Organisation und Vernetzung zu erreichen.

Auch das Zitat aus dem Interview mit Tanju Tügel (Mitarbeiter der PDS für migrationspolitische Fragen) zeigt die Auffassung der Befragten zur Existenz von Parallelgesellschaften: „Ob der Begriff richtig ist oder nicht, das weiß ich nicht, aber für mich ist das Realität. Es gibt eine Gruppe, eine Minderheit – ich kann das nur für Türken sagen – in Berlin, die hier als Türken in Berlin leben, ohne ein einziges Wort deutsch zu sprechen, ohne mit Deutschen Kontakt zu haben. Sie können ihre Bedürfnisse befriedigen, extrem gesagt vom türkischen Puff bis zum türkischen Rechtsanwalt gibt es alles. Man braucht kein einziges Wort deutsch zu können. Ich brauche nicht einmal deutsche Produkte kaufen, was in der Türkei gemacht wird.“

Weiterhin wird im Zitat aus dem Interview mit Tanju Tügel eine andere wichtige Dimension deutlich, die häufig von den Befragten genannt wurde und sich auch in unserer theoretischen Bearbeitung zeigt, nämlich, dass der Begriff doch eher kritisch zu betrachten sei. Zum einen werde er ausschließlich für Muslime verwendet und es gäbe genügend Anlass um diesen Begriff auch auf Deutsche zu beziehen, zum anderen wird er nicht dafür benutzt um konstruktiv ein gesamtgesellschaftliches Problem zu behandeln, sondern um bestimmte Bevölkerungsteile zu stigmatisieren. Parallelgesellschaft werde heute automatisch auf Migranten bezogen.

Der Begriff und seine Implikationen seien eine Kreation der Mehrheitsgesellschaft, besonders

deutlich wird dies im Interview mit Mahmood (Institutsleiter des Arabischen Kulturinstituts e.V.): „Und dann fühle ich mich als würde ich in einer Parallelgesellschaft leben, nicht weil ich das will, die anderen haben diese Parallelgesellschaft aufgemacht.“ Fremdzuschreibungen durch die Mehrheitsgesellschaft spielen hierbei also nach Auffassungen der Befragten eine entscheidende Rolle. In diesem Zitat ist auch, die von uns schon benannte „Doppelrolle“ der Experten deutlich geworden. Zwar äußert sich Mahmood allgemein zu einem Gefühl der Fremdzuschreibungen, doch kann sich der Leser an dieser Stelle nicht gänzlich wehren, zu glauben, er beziehe sich selbst hiermit ein. Letztlich wäre dies nur allzu verständlich, denn schließlich ist er ja selbst Mitglied in einer der betroffenen Communities.

Der Begriff werde in Medien und Öffentlichkeit so unterschiedlich gebraucht, dass er höchst indifferent und verwirrend erscheint – so alle Befragten. Der Begriff und die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit scheinen eher Emotionen als eine konstruktive Auseinandersetzung mit Problematiken zu Integration zu befördern.

Wie oben schon angemerkt, geben die Befragten übereinstimmend – trotz aller Kritik am Begriff und den damit einhergehenden Diskussionen in der Öffentlichkeit – an, es gäbe Parallelgesellschaften. Sie beziehen diese Diagnose stets auf eine Minderheit der Migranten, das ändert jedoch nichts an der Brisanz dieser Einschätzungen. Als Beispiel wird vor allem die türkische Bevölkerung in Berlin angeführt (Aus dem Interview mit Gürkan Buyurucu von der Organisation Gays and Lesbian aus der Türkei: „Es gibt Orte, wo ich denke, wo leben die denn eigentlich, wir sind doch nicht in der Türkei.“)

Eingeschränkt wird diese Einschätzung zum einen durch den Bezug auf eine kleine Gruppe von Migranten und zum anderen durch die Anmerkung, es sei eine langsame Entwicklung und es gäbe positive Gegenbeispiele, die nicht unbeachtet bleiben dürften. Mahmood (Arabisches Kulturinstitut e. V.) hierzu: „Viele Migranten haben verstanden, dass es keine Zukunft für ihre Kinder gibt, wenn sie in ihrer Community bleiben.“

Auch hier wird – wie schon bei den begrifflichen Einschätzungen zu Parallelgesellschaften – der Hinweis gegeben, dass es auch unter Deutschen so etwas wie Parallelgesellschaften gäbe. Auch unter Deutschen gäbe es eine Gruppe, die nicht Teil hat am gesellschaftlichen Leben mit all seinen Standards und hier stelle sich demnach ein soziales Problem, kein ethnisches.

Eine Gefahr für die Bildung von Parallelgesellschaften überhaupt bzw. für die verstärkte Bildung von Parallelgesellschaften wird vor allem für einen Teil der so genannten dritten Generation ausgemacht. Für diejenigen also, die im Zuge von schlechter Bildung bzw. schlechterer Bildungschancen der Zugang zum Arbeitsmarkt und damit zu gesellschaftlich anerkannten Rollen versagt bleibt. Damit wird auch deutlich welches Hauptproblem von den Befragten gesehen wird,

nämlich die Bildung.

Auch diese Einschätzungen der Befragten betreffen jedoch hauptsächlich die türkische Bevölkerung, ein Teil von ihnen wird durchaus als Problem wahrgenommen.

Entgegen unsere Hypothese, es gäbe keine Parallelgesellschaften, haben die Befragten angegeben, es gäbe diese. Das ist durchaus eine brisante Einschätzung, die weitere Fragen nach sich zieht, zum Beispiel, wie werden die weiteren Entwicklungen eingeschätzt, betrifft die Zugehörigkeit zu Parallelgesellschaften eine immer größer werdende Gruppe, hat sich die Hinwendung zur eigenen Community unter der migrantischen Bevölkerung in den letzten Jahren verstärkt? Die Frage, die hier bedeutend scheint, ist die Frage nach dem Trend dieser Entwicklung (weiter hierzu unter 5.2.3 Hinwendung zur eigenen Community)?

### **5.1.2 Die Wahrnehmung und Wirkung der öffentlichen Debatte**

Im Verlauf unserer Arbeit wurde eines klar: Die Wahrnehmung der Debatte bzw. ihre Konsequenzen muss bei der Betrachtung in der vorliegenden Arbeit zwei Ebenen mit einbeziehen: Zum einen die direkte Wahrnehmung der öffentlichen Diskussion selbst durch Migranten und zum anderen die eventuellen Wirkungen, die von dieser Debatte ausgehen, die jedoch nicht zwangsläufig auch von der konkreten Wahrnehmung abhängen. Ganz im Gegenteil, es können Migranten durchaus Veränderungen im Umgang mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft feststellen, zum Beispiel, dass der Umgang rauer geworden sei, Diskriminierung stärker erfahren wird, ohne wirklich auch die Debatte in den deutschen Medien zu verfolgen.

Das heißt, relevant sind hierbei neben der Frage nach der direkten Wahrnehmung der Diskussion (direkte Wirkungen) vor allem auch Fragen nach Diskriminierungserfahrungen und Stigmatisierungsgefühlen auf Seiten der migrantischen Bevölkerung (indirekte Wirkungen).

#### **5.1.2.1 Zur direkten Wahrnehmung der Diskussion**

Zentral herauszuarbeiten ist, dass nach Angaben der Befragten, die Debatte wohl eine eher 'deutsche' Diskussion zu sein scheint. Für die eigentlich Betroffenen habe die Debatte direkt kaum eine Relevanz – ganz im Gegenteil, sie scheint nicht wahrgenommen zu werden. Diejenigen, die (scheinbar) in einer Parallelgesellschaft leben, nutzen hauptsächlich ethnische Medien, so dass die Diskussion der deutschen Öffentlichkeit so gut wie keine direkte Wirkung hat. Damit wirkt sie nicht, wie von uns angenommen, direkt auf Prozesse der Stigmatisierung und Diskriminierung. Zumindest geben unsere geführten Interviews keinen Hinweis hierauf. Wichtiger scheinen in diesem Zusammenhang indirekte Rückwirkungsprozesse, die von der deutschen

Mehrheitsgesellschaft ausgehen. Sind also Veränderungen im Umgang zwischen der migrantischen und der deutschen Bevölkerung festzustellen, insofern als das die Debatte um Parallelgesellschaften das Verhalten der deutschen Bevölkerung verändert hat?

#### **5.1.2.2 Indirekte Wirkungen der Debatte**

In Bezug auf indirekte Wirkungen der Debatte müssen wir in der vorliegenden Arbeit auf alltägliche Erfahrungen von Migranten zurückgreifen. Dieses Vorgehen bezieht sich auf die dritte von uns aufgestellte Frage im Projekt: Führt der Vorwurf der Öffentlichkeit/der Medien/der Politik an die Migrationsbevölkerung mit muslimischem Hintergrund, dass es Parallelgesellschaften gäbe, zu einem Gefühl der Stigmatisierung bzw. Diskriminierung?

In der Befragung haben wir dann auch nach Einschätzungen zu alltäglichen Diskriminierungserfahrungen und Stigmatisierungserfahrungen gefragt. Nehmen diese Erfahrungen zu, haben sie sich in den letzten Jahren verstärkt, ist der Umgang und das Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft rauer geworden in den letzten Jahren? Die indirekte Wirkung der Debatte um Parallelgesellschaften muss also an den Wechselbeziehungen zwischen der deutschen und der migrantischen Bevölkerung gemessen werden.

Übereinstimmend geben die Befragten an, es werden Diskriminierungserfahrungen gemacht. Viele Migranten hätten das Gefühl, nicht willkommen zu sein und für sie sei Diskriminierung im Alltag stets spürbar und erlebbar. Diese Diskriminierung und durchaus auch Stigmatisierung scheint insofern eine neue Qualität zu bekommen, als dass bestimmte Begrifflichkeiten Eingang in den alltäglichen Sprachgebrauch gefunden haben, die vor einigen Jahren nicht so deutlich verwendet wurden. Eindeutig zeigt dies ein Zitat aus dem Interview mit dem Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum: „Einmal habe ich mitbekommen, wie eine Deutsche über eine muslimische Frau, die kein Kopftuch getragen hat, gesagt hat: ‘Diese Islamisten, die streiten wieder!’ Ich wollte mit der deutschen Frau diskutieren. Da hat sie sich umgedreht und ist weggegangen.“ Das zum Beispiel der Begriff *Islamist* in den gängigen Sprachgebrauch übergegangen ist, nicht hinterfragt und nicht auf seine Richtigkeit überprüft wird, kann als ein Zeichen für eine zunehmende Stigmatisierung und damit eine alltägliche Diskriminierung von Migranten gesehen werden.

Mahmood vom Arabischen Kulturinstitut e. V. macht auf eine weitere Dimension von alltäglicher Diskriminierung aufmerksam: „Im bin im Gesetz nicht diskriminiert, aber in der Realität schon. Wenn ein Arbeitgeber aufgrund meines Namens meine Bewerbung zur Seite legt, dann ist das Diskriminierung, obwohl ihm das per Gesetz nicht erlaubt ist. Und dann fühle ich mich, als würde ich in einer Parallelgesellschaft leben, nicht weil ich das will, die anderen haben diese Parallelgesellschaft aufgemacht.“ Damit wird auf eine strukturelle Diskriminierung hingewiesen,



die sich im Bereich des Arbeitsmarktes zeigt.

Diskriminierungserfahrungen würden auch in der Schule gemacht, zumindest empfinden migrantische Jugendliche nach Aussage von Baris Tokat (Nachhilfelehrer für migrantische Jugendliche) dies so: „Die türkischstämmigen Schüler haben sehr wenig Kontakt zu Deutschen und reden abfällig über sie. Nicht nur über Mitschüler, sondern auch über Lehrer. Die Schüler denken, sie würden benachteiligt. Die Lehrer hätten sie auf dem Kieker.“ Ob diese Diskriminierung tatsächlich stattfindet oder nicht, können wir an dieser Stelle nicht beurteilen, dies ist jedoch auch nicht so wichtig, wenn man bedenkt, dass auch eine subjektiv empfundene Diskriminierung Rückwirkungsprozesse bei dem Einzelnen in Gang setzten, die sich negativ auswirken können (weiter dazu unter 5.2.3).

Gürkan Buyurucu von der Organisation Gays and Lesbian aus der Türkei gibt jedoch zu bedenken, dass die eben beschriebene empfundene Diskriminierung für den Einzelnen auch durchaus eine Funktion hat. Folgendermaßen bringt unser Interviewpartner das zum Ausdruck: „Aber die zweite und dritte Generation, die Jugendlichen, die hier leben, aber eigentlich sich als Türken bezeichnen ... Sie leben hier und bezeichnen sich als Opfer. Das ist leichter für sie oder auch eine Art Faulheit. Sie haben ihren einfachen Weg gefunden.“ Weiter konstatiert er hierzu: „Sie fühlen sich schnell beleidigt, wenn Dinge wie Religion hinterfragt werden. Sie werden dann selbst in Frage gestellt. Das wollen sie nicht. Sie neigen auch schnell dazu, sich schnell diskriminiert zu fühlen und behaupten dann, sie würden etwas nicht bekommen und sie hätten keine Zukunft, weil sie Türken sind. Man rutscht aber schnell in diese Opfer-Rolle hinein. Ich kenne das auch von mir. Auch wenn man die Staatsangehörigkeit annimmt, bleibt der Name ausländisch. Und gelegentlich neigt man dazu, dann in diese Haltung hineinzufallen. Man fragt sich dann, was man alles machen muss, um dazu gehören zu können.“

Neben den alltäglichen Erfahrungen mit Diskriminierung, wird von den Befragten Diskriminierung der migrantischen Bevölkerung auch als Resultat des Desinteresses und der Unfähigkeit der Politik, bestehende Probleme zu lösen, eingeschätzt – Probleme, die vor allem soziale Ursachen haben und sich besonders auf Seiten von Migranten stark auswirken, sich sogar strukturell verfestigen können wie zum Beispiel die hohe Arbeitslosigkeit unter jugendlichen Migranten.

Diskriminierung sei damit nicht schlicht als Angst oder Vorbehalt gegenüber Fremden zu betrachten, sondern muss vielmehr auch unter Berücksichtigung der allgemeinen Probleme und Veränderungen in Deutschland in den letzten Jahren gesehen werden. Als wichtige Eckpunkte werden hier von den Befragten zum einen die Wende und der Strukturwandel von der Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft genannt. Mahmood aus dem Arabischen Kulturinstitut e. V. bringt dies im Interview folgendermaßen zum Ausdruck: „Für

arabische Jugendliche besteht oft nur die Möglichkeit in der, ich sage dazu 'Falafel-Wirtschaft', zu arbeiten. Wir sind jetzt in einer Wissensgesellschaft angekommen, das bedeutet viel Veränderung. Planung, Organisation und Ideen werden gebraucht, die Arbeit wird woanders gemacht. Da haben die fast keine Chance.“ Das bedeutet, dass die sowieso schon stärker gewordene Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt besonders diejenigen trifft, die keine oder nur eine geringfügige Ausbildung besitzen. Dies trifft in verstärktem Maße auf migrantische Jugendliche zu. Die Befragten differenzieren demnach zwischen einer subjektiv empfunden Diskriminierung zum Beispiel in der Schule und einer strukturellen Diskriminierung zum Beispiel auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Nach Angaben der Befragten kann Diskriminierung in den letzten Jahren als verstärkt angesehen werden, hier haben entscheidend die allgemeinen Veränderungen in Deutschland dazu beigetragen. Unsere Hypothese, die in Deutschland geführte Debatte über Parallelgesellschaften habe die Diskriminierung und Stigmatisierung der migrantischen Bevölkerung verstärkt, kann hier nicht eindeutig belegt werden. Die Befragten sehen diese Dimension eher als einen langen Prozess an, der sich vor allem durch strukturelle Veränderungen in Deutschland verstärkt hat, die Debatte ist dabei ein Teil (jedoch dadurch nicht weniger brisant) von vielen im derzeitigen Diskurs.

### **5.1.3 Hinwendung zur eigenen Community**

Im Interview haben wir unsere Gesprächspartner nach ihren Einschätzungen zu derzeitigen Entwicklung befragt – und zwar hinsichtlich der Auswirkungen der gemachten Diskriminierungserfahrungen auf Seiten von Migranten. Dieses Vorgehen bezieht sich auf unsere dritte Hypothese nach der wir davon ausgingen, dass die Diskriminierung und Stigmatisierung der letzten Jahre mit einer verstärkten Hinwendung zur eigenen Community einhergehen. Dabei bestand und besteht jedoch eine Gefahr, nämlich mit dem Begriff der Community von einer homogenen Gruppe von Migranten auszugehen. Auch wenn uns bewusst ist, dass wir dies hier nicht verallgemeinern können, lassen sich doch Aussagen über Trends an dieser Stelle machen. Auch unter Migranten wird kein einheitliches Bild darüber bestehen, was für ihre jeweilige Kultur spezifisch ist. Wichtig ist, zu erfahren, ob sich verstärkt ein Gefühl der Zugehörigkeit zur nicht-deutschen Gesellschaft herausgebildet hat, was auch immer der Einzelne dann damit verbindet. Im Verlauf der Ausführungen wird daher der Begriff Community beibehalten mit all seinen Einschränkungen.

Nach Aussagen der Befragten, scheint sich eine verstärkte Hinwendung zur jeweils eigenen ethnischen Gruppe herausgebildet zu haben. Eren Ünsal vom Türkischen Bund Berlin hierzu: „Es gibt eine große Gruppe von Menschen, die sich damit abgefunden haben, in ihren Communities zu

leben, die sagen: 'Die müssen mich nicht lieben, ich muss sie nicht lieben.' Das ist eine große Gruppe, die in ihrem geschützten Raum lebt.“

Die Verstärkung dieses Zugehörigkeitsgefühls scheint zum Schutz der eigenen Identität bzw. zur Identitätssuche stattzufinden. Viele Migranten würden sich hier in Deutschland nicht wohl fühlen, weil sie sich nicht willkommen fühlen. Die geringen Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt würden ein Übriges tun, um ein Gefühl des Nicht-dazu-zu-Gehörens hervorzurufen. Was auch immer als spezifisch türkisch, afghanisch, libanesisch usw. ausgemacht wird, unterliege der Konstruktion des Einzelnen und biete somit viel Raum für eigene Interpretation. Auf der Suche nach der eigenen Identität erscheine die Kultur der Eltern und Großeltern als Möglichkeit, sich zu behaupten und zu finden. Gürkan Buyurucu hierzu: „Die Eltern erzählen immer sehnsüchtig von der Türkei. Das ist eine Gewohnheit und dadurch bekommt man das durch die Erziehung mit. In jungen Jahren geht man immer mit zum Urlaub in die Türkei. Es geht einem gut. Man muss keine Steuern zahlen, keine Formulare ausfüllen für das Arbeitsamt. Es ist dort alles einfacher für sie, sie leben dort auf dem Land. Hier müssen sie lernen. Man korrigiert sie, wenn sie Fehler beim Sprechen machen. Drüben machen sie auch Fehler, aber sie werden nicht korrigiert, weil sie als Gäste angesehen werden. Die Jugendlichen denken dann, die Türkei, das ist mein Land, das ist mein Traum.“ Auf die Frage, welchem Land und welcher Kultur sich die Jugendlichen zugehörig fühlten, gab Baris Tokat (Nachhilfelehrer für migrantische Jugendliche) die Antwort: „Der Türkei, das gilt bestimmt für 99 Prozent der Türken. Auch wenn sie in Deutschland geboren sind. Was für die meisten gilt! Meistens haben die Verwandte in der Türkei, die dann regelmäßig besucht werden. In der Türkei ist dann immer alles ganz toll!“

Der stärkere Rückzug zur eigenen Community wird von den Befragten als eine Reaktion auf die derzeitigen Entwicklungen gesehen. Mahmood vom Arabischen Kulturverein hierzu im Interview: „Wenn ich nun fühle, dass Muslime in den Medien angegriffen werden, natürlich meinen die Islamisten, aber das ist Spielerei mit den Worten, fühle ich mich angegriffen und dann sage ich, ich bin Moslem und stehe dazu. Und wenn ich auch vorher nicht in die Moschee gegangen bin, dann gehe ich jetzt in die Moschee. Ich verteidige meine Identität, die ich nicht selbst gewählt habe.“ Diese Entwicklung ist also eine Reaktion und weiter noch könnte man fast einschätzen, eine Trotzreaktion auf die Behandlung von Muslimen bzw. Migranten in der Öffentlichkeit. Eren Ünsal vom Türkischen Bund Berlin hierzu: „Wenn die Menschen immer wieder mit bestimmten Vorurteilen und Klischees konfrontiert werden, dann sagen die auch irgendwann: 'Dann wollen wir auch nichts mehr mit der Mehrheitsgesellschaft zu tun haben.' Wir haben das bei Gruppen von Jugendlichen, die plötzlich türkischer sind als jeder Türke, obwohl sie noch nie in der Türkei waren oder muslimischer sind als jeder Moslem, obwohl sie noch nie ein Wort aus dem Koran gelesen

haben. Das ist sozusagen diese Abkehr von Werten und Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft, auch als eine Art von Selbstschutzaktion, Identitätsfindungsaktion.“

Dabei wird von den Befragten teilweise zwischen Männern und Frauen differenziert. Frauen scheinen sich in Deutschland wohler zu fühlen. Sabour Zamani vom Afghanischen Kommunikations- und Kulturzentrum hierzu: „Afghaninnen fühlen sich in der afghanischen Gesellschaft, mit den afghanischen Werten, nicht wohl, weil sie für Frauen ungerecht ist. Deshalb fühlen sie sich in Deutschland wohler als in Afghanistan. Die afghanischen Jungs sind sehr unsicher, weil sie sich hier nicht so männlich fühlen können.“

In allen Interviews wird vom allem für die jugendlichen Migranten der Zwiespalt, in dem sie leben, beschrieben. Hierzu aus dem Interview mit Gürkan Buyurucu: „Ja, die leben in zwei Welten. Zu Hause leben sie in der Türkei und draußen, in der Schule, leben sie in Deutschland.“ Sabour Zamani in Bezug auf afghanische männliche Jugendliche hierzu: „Sie leben zwischen zwei Kulturen, gepresst sozusagen: einmal die Familie, die Eltern. Sie sollen als ältere Brüder auf die Geschwister, vor allem auf die Schwestern, aufpassen. Aber draußen auf der Straße und in der Schule können sie das nicht machen, da sind sie machtlos. Viele Afghanen, viele Ausländer sitzen viele Jahre lang zwischen zwei Stühlen.“

Sicherlich hat die derzeitige Art und Weise wie die Debatte über Migranten in Deutschland geführt wird (und dazu gehört auch die Diskussion um Parallelgesellschaften) ihren Teil dazu beigetragen ein Gefühl der Fremdartigkeit unter Migranten hervorzurufen, einen verstärkten Rückzug zur eigenen Community mit ihr erklären zu wollen, ist nicht ausreichend. Weitere Faktoren wie die schlechten Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Migranten kommen hinzu, die eine Rückbesinnung auf *alte* Werte und Traditionen verstärken. Die Diagnose aus den geführten Interviews bleibt jedoch bestehen, nämlich dass eine verstärkte Hinwendung zur eigenen Community zu beobachten ist.

## **5.2 Einschätzungen der Befragten über unsere Fragestellungen hinaus**

In diesem zweiten Teil unserer Interviewauswertung soll es um Aspekte gehen, die von mehr oder weniger allen Interviewten angesprochen wurden, aber im Rahmen unserer Fragestellung zunächst keine bzw. nur eine indirekte Rolle spielten, jedoch für das Gesamtverständnis der Problemlage von Bedeutung sein können.

Zwei größere Themenkomplexe und ein weiterer von einigen erwähnter Punkt lassen sich dies bezüglich ausmachen: a) Integration (Was ist das?, Wer ist für ihre Verwirklichung verantwortlich?), b) Was für eine Rolle spielt der 11. September 2001? und c) Vorurteile gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und die problematisierte Rolle der Jugendlichen dabei und darüber

hinaus.

## **5.2.1 Integration**

### **5.2.1.1 Integration – Was ist das?**

Vier Aspekte spielen für die Interviewten in der Verwirklichung von Integration eine wesentliche Rolle:

1. Akzeptanz durch die Mehrheitsgesellschaft bzw. gegenseitige Akzeptanz
2. Sprache
3. Bildung
4. Arbeit,

wobei sich diese Punkte gegenseitig bedingen, nach Aussagen der Befragten. So fördere logischerweise die Beherrschung der Sprache, die gegenseitige Akzeptanz oder erhöhe die Chancen für Bildung und Arbeit. Diese Punkte seien jedoch lediglich wichtige Voraussetzungen, ihre Erfüllung allein entspricht nicht für jeden der Interviewten automatisch einer gelungenen Integration.

„Integration ist für mich, dass man sich wohl fühlen kann (...). Wer sie nicht akzeptieren kann (die Mehrheit, B.R.), kann sich auch nicht wohl fühlen“ (Zamani).

Viele Migranten verstanden unter Integration die Beherrschung der Sprache und die Ausübung einer Tätigkeit. Wenn man sich jedoch mit einigen unterhalte, dann stelle man fest, dass sie trotzdem „so richtig gut türkisch, afghanisch oder arabisch bleiben“ wollten (ebd.).

Integration wird auch als Gegenstück zu einer möglicherweise bestehenden „Parallelgesellschaft“ verstanden. Ihre Förderung stehe der Bildung eben dieser entgegen (Mahmood).

Gleichstellung spiele ebenfalls für eine gelungene Integration eine große Rolle. So sagt zum Beispiel Tanju Tügel auf die Frage, was gegen Rückzugstendenzen zu unternehmen sei, es müssten „über Nacht etliche Migranten zu gleichberechtigten Bürgern in diesem Land werden“, womit ebenso eine erleichterte Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit gemeint sein kann, als auch die Vermehrung von Partizipationsmöglichkeiten für Migranten dies- und jenseits des Passes (Tügel). Letztendlich implizieren alle oben aufgeführten Aspekte diesen Punkt. Gleichstellung beginne aber für viele schon mit dem Wunsch, willkommen zu sein (Buyurucu).

### **5.2.1.2 Integration – Wer ist für ihre Verwirklichung verantwortlich?**

Integration wird als ein zweiseitiger Prozess verstanden, in dem sowohl die deutsche als auch die Minderheiten-Seite eine Rolle spielen.

So wird eine Öffnung gegenüber dem (vermeintlich) anderen auch von deutscher Seite gefordert (Aktas). Die Mehrheitsgesellschaft müsse „die realistischen Möglichkeiten geben, sich zu integrieren“ (Mahmood). Andere wollen das Wort Integration durch Partizipation ersetzt wissen. „Nicht ich muss mich integrieren, sondern gemeinsam muss etwas passieren“ (Buyurucu). Integration scheint im Falle einer solchen Interpretation des Begriffs zu sehr eine Art Bringschuld seitens der Migranten zu implizieren und dadurch tendenziell negativ konnotiert zu sein.

Eigentlich alle Organisationen, denen die Befragten zugehörig sind, betreiben aktive Integrationshilfe. Sie bieten beispielsweise Rechts- und Sozialberatungen an, führen Sprach- und Computerkurse durch oder helfen bei der Ausbildungsplatzsuche. In einem Fall gibt es sogar „geschulte Mediatoren“, die bei Konflikten in der Nachbarschaft eingreifen (Mahmood).

Ein weiterer Punkt erscheint sehr interessant: Viele migrantische Organisationen scheinen zunehmend multiethnische Klientel zu haben. So suchen den Türkischen Bund Berlin-Brandenburg eben nicht nur türkischstämmige Personen auf, sondern ebenso Menschen mit griechischem, russischem, arabischem oder kurdischem Hintergrund. Gleiches gilt für das Arabische Kulturinstitut oder für die Förderangebote von BTBTM (vgl. Ünsal, Mahmood und Tokat). Dies zeigt, dass es, quer durch alle Migrantenzusammenhänge, einen hohen Beratungsbedarf gibt, der dem Vorwurf einer allgemeinen Abschottung und Konzentration auf die eigene Herkunft widerspricht.

### **5.2.2 Was für eine Rolle spielt der 11. September 2001?**

Über den Einfluss des 11. September sind sich die Befragten uneinig. Einen direkten Bezug zwischen den Anschlägen und einer Veränderung der Politik oder des Diskurses sehen nur zwei Interviewte (Mahmood, Tügel). Alle anderen verneinen mehr oder weniger eine Unmittelbarkeit, sehen jedoch Konsequenzen für die Atmosphäre zwischen Mitgliedern der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft, beispielsweise in der Art und Weise der Berichterstattung, der Diskussionsführung und sicherlich auch des politischen Handelns.

Da die Arbeitsgruppe die Frage nach dem Einfluss des 11. September 2001 offen gestellt und nicht näher erläutert hat, lässt sich möglicherweise die Reaktion der meisten Befragten erklären: Sie verneinen zunächst einen direkten Einfluss, um anschließend Beispiele zu liefern, die mindestens für einen indirekten Einfluss stehen. Für Tügel und Mahmood war dieses Datum Auslöser für bestimmte Debatten bzw. für die vorwurfsvolle Art der Diskussionen. Für andere spielt es eher eine verstärkende Rolle in den Bereichen der Vorurteile und bereits bestehender Debatten.

Mahmood vom Arabischen Kulturinstitut ist der Meinung, das politische Bewusstsein der Menschen habe sich seitdem verändert. Der migrantischen Seite attestiert er eine defensive Position und verbindet dies mit einer erfolgreichen „Vermarktung“ der Thematik seitens der Medien und der

Politik. Die migrantische Seite vermute, „dass alles politisiert und für andere Ziele benutzt“ würde. „Man kann sich nicht vorstellen, dass die gesamte Nato-Kraft die Führer von Al-Qaida nicht festnehmen kann“ (Mahmood).

Tanju Tügel sieht in den Diskussionen, die seit den Anschlägen geführt wurden und werden, den vorläufigen Höhepunkt einer Serie von Debatten, die in unregelmäßigen Abständen in Deutschland stattfinden und die Atmosphäre vergiften würden. „Seit Anfang der 90er Jahre wird immer mal zu bestimmten Anlässen die Diskussion wieder aufgepeutscht.“ Neben dem Schlagabtausch zur Änderung der Asylgesetzgebung Anfang der Neunziger, zählt er die Unterschriftenkampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft, von Roland Koch in Hessen initiiert, ebenso zum Debatten-Ritual, wie eben auch den Diskurs, der seit den Anschlägen geführt wird (Tügel). Im Unterschied zu vergangenen Debatten und vor allem Debattenthemen sei jedoch die aktuell geführte am unqualifiziertesten, da unklar sei, worauf man sich beziehe und mit welchem Ziel sie geführt würde. Ziel der Asyldebatte sei die Änderung des Artikel 16 gewesen, die Verhinderung der Doppelten Staatsbürgerschaft das der Unterschriftenkampagne. Was sei jedoch bei der gegenwärtigen Debatte das Ziel? Die Atmosphäre würde zusätzlich vergiftet, indem verschiedene Themen in einen Topf geworfen würden: „Und irgendwann wurden sogar Beispiele – die ja immer da waren- von irgendwelchen arabischen und türkischen Jugendbanden herangezogen, die damit überhaupt nichts zu tun haben“ (ebd.).

Einig sind sich jedoch alle Befragten darin, dass sich seit dem 11. September 2001 die Stimmung geändert hat. Baris Tokat spricht davon, dass sich die Auswirkungen im Alltagsleben eher weniger zeigen würden, die Fronten in den Köpfen jedoch härter geworden seien. „Man könnte sagen, dass der Westen sich jetzt das Feindbild Islam ausgesucht hat. Und die Leute fühlen sich dadurch angegriffen, auch wenn sie nicht sehr gläubig sind“ (ebd.). Gürkan Buyurucu von Gladts sieht es ähnlich: „Wenn du ständig als Islamist gesehen wirst, dann denkst du, ich bin Islamist ... aus Protest.“ Auch Mahmoods Äußerungen gehen in diese Richtung: „Und wenn ich auch vorher nicht in die Moschee gegangen bin, dann gehe ich jetzt in die Moschee. Ich verteidige meine Identität, die ich nicht selbst gewählt habe.“

Der 11. September hat sicherlich keine neuen Debatten ausgelöst, die von Dauer waren oder sind. Er hat jedoch bisherige Diskussionen in ihrer Qualität beeinflusst und somit einen Katalysator-Effekt gehabt, der das Potenzial zu besitzen scheint, einen Teufelskreis-Mechanismus auszulösen, durch den so genannte sich selbsterfüllende Prophezeiungen manifestiert werden könnten. Dafür sprechen die oben aufgelisteten Äußerungen: Man wird (quasi aus Protest) plötzlich religiöser als man zuvor war.

Eren Ünsal vom TBB behauptet, die Angst vor islamistischem Terror wirke sich auf die

Migrationspolitik aus und ebenso auch auf „den generellen Blick auf Menschen mit Migrationshintergrund“. Die Menschen hätten Angst, die dann diffus übertragen und dadurch eine mögliche Diskriminierung verstärken würde. Denn diese würde über die Herkunft hinaus auch auf den muslimischen Glauben bezogen. „Das heißt, wir haben da eine Formel aufgebaut zwischen ethnischer Herkunft und Religionszugehörigkeit.“

Die in diesem Kapitel bereits erwähnte Studie „Muslime in Europa“ und die dazu gehörende Umfrage unter Muslimen in Berlin hat bezüglich der Anschläge vom 11. September 2001 ergeben, dass sich im Anschluss an diese, 15 Prozent der Befragten in Deutschland nicht mehr wohl gefühlt hätten. Im Anschluss an die Anschläge in Madrid am 11. März 2003 hätten sich 13 Prozent in Deutschland nicht mehr zu Hause gefühlt. Die Gründe hierfür werden in der Studie nicht explizit benannt. Jedoch ist davon auszugehen, dass es an der (auch medial entstandenen) Atmosphäre lag, die eine skeptischere Einstellung gegenüber Menschen, die aus islamischen Zusammenhängen stammen bzw. in diesen leben, zur Folge hatte. Dies würde die Annahmen der von uns Befragten stützen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass zwischen dem Abschluss der Studie „Muslime in Europa“ und unserer Interviewreihe weitere drei Jahre vergangen sind, in denen die Debatten über muslimisch geprägte Lebenswelten in Deutschland teilweise hitzig fortgesetzt wurden. Einige der im Theorieteil zur „Parallelgesellschaft“ zitierten Medienschlagzeilen belegen dies.

### **5.2.3 Vorurteile gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und die problematisierte Rolle der Jugendlichen dabei und darüber hinaus**

Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft scheint nicht nur innerhalb der Mehrheitsgesellschaft Vorurteile zu schaffen oder zu verstärken, sondern auch auf der Minderheiten-Seite gegenüber der Mehrheit.

Diese beziehen sich größtenteils auf zwei Aspekte:

1. die Lebensweise von – vor allem weiblichen – Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft und
2. auf Behörden im weiteren Sinne (Arbeitsamt, Arbeitsplatz, Schule etc.).

Sabour Zamani berichtete von einer Diskussion mit einem jungen Afghanen, der über die deutschen Mädchen herzog. Sie seien „ganz schlimm“, würden mit allen Männern Sexbeziehungen eingehen. Generell gingen viele Afghanen davon aus, dass der bloße Kontakt zwischen zwei Deutschen dafür stehe, dass diese Personen auch sexuell etwas miteinander hätten.

Interessanterweise scheint diese Annahme vor allem von Afghanen, aber nicht von Afghaninnen auszugehen. Diese seien eher bereit, die deutsche Kultur zu akzeptieren. Dies liege wohl daran, dass afghanische Werte für Frauen zumeist ungerecht seien. Die deutschen Werte im Gegenzug dazu würden, gerade wegen der Freiheit, die sie böten, die Jungs eher verunsichern, „weil sie sich hier



nicht so männlich fühlen können“ (ebd.).

Gürkan Buyurucu stellt vor allem bei Jugendlichen der so genannten zweiten und dritten Generation fest, dass sie einem gewissen Opfer-Mythos nachgingen. „Sie leben hier und bezeichnen sich als Opfer.“ Das sei leichter für sie, sie hätten ihren einfachen Weg gefunden. „Sie neigen auch schnell dazu, sich schnell diskriminiert zu fühlen und behaupten dann, sie würden etwas nicht bekommen und sie hätten keine Zukunft, weil sie Türken sind.“ Zugleich verteidigt er jedoch diese Haltung ein wenig oder versucht sie zumindest zu erklären. „Man rutscht aber schnell in diese Opfer-Rolle hinein. Ich kenne das auch von mir. Man fragt sich dann, was man alles machen muss, um dazu gehören zu können.“ Hintergrund solcher Einstellungen sind dann, davon ist zumindest auszugehen, Vorurteile, die man pflegt, um den eigenen Opferstatus aufrecht erhalten zu können.

Konkreter scheint sich dies im schulischen Bereich auszudrücken, wo sich SchülerInnen mit Migrationshintergrund benachteiligt fühlen, weil sie denken, der Lehrer hätte sie zwangsläufig auf dem Kieker (Tokat). Das automatische Hineinrutschen in einen Deutsch-Förderunterricht, welches sich in vielen Fällen nur am Namen festzumachen scheint, bestätigt dann wohl solche Vorurteile. So berichtet Ünsal von einem Fall, in dem eine Mutter über die Gründe der Teilnahme ihres Kindes am Förderunterricht „nicht oder unfreundlich aufgeklärt“ worden sei. Die Verwunderung der Eltern sei auch insbesondere deshalb groß, weil ihre Kinder in vielen Fällen fließend deutsch sprechen würden (Ünsal).

Sicherlich sind es verschiedene Kategorien von Vorurteilen, die hier benannt werden. So können Vorurteile, die die Lebensweise von „den“ Deutschen betreffen, nicht gleichgesetzt werden mit jenen, die die Einstellung des (deutschen) Gegenübers einem selbst betreffen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund scheinen für die Mehrheit der Befragten eine besondere Position einzunehmen. Sie bereiten ihnen große Sorgen. Nicht nur, dass bei ihnen, gerade im schulischen Bereich, viele Vorurteile entstehen und auch teilweise ihre Bestätigung erfahren. Sondern vor allem, weil sich Abschottungstendenzen und Integrationshindernisse abzeichnen, die bei Angehörigen älterer Generationen nicht so stark ausgeprägt schienen.

Mahmood erklärt zwar an einer Stelle im Interview, die Eltern hätten verstanden, „dass es keine Zukunft für ihre Kinder gibt, wenn sie in ihrer Community bleiben“, von daher förderten und forderten sie diese. An anderer Stelle jedoch merkt er an, unter diesen Kindern gäbe es kaum Freundschaften zwischen „migrantischen und deutschen Jugendlichen. Migrantische Jugendliche fliehen dann in den Bodybuilderwahn – aus Perspektivlosigkeit“ (Mahmood).

Tügel meint, es gebe unter den Jugendlichen ein Gefühl, nicht gleichberechtigt wahrgenommen zu werden. Es existierten Rückwärtstendenzen. Sie würden von der Idee geleitet, wenn die Mehrheit sie nicht wolle, dann wollten sie auch die Mehrheit nicht. „Der Anteil der migrantischen

Jugendlichen an der Bevölkerung wächst durch die niedrige Geburtenrate bei den Deutschen. Da wächst eine Gruppe heran, die zahlenmäßig stark ist, kaum Bildung hat und vom eigentlichen gesellschaftlichen Leben ausgestoßen ist“ (Tügel).

Aktas vom Kurdischen Kulturverein meint, dass die so genannte dritte Generation in der Lage sein sollte, sehr gut deutsch zu sprechen, „aber wir hören, dass viele das nicht können.“ Darüber hinaus sei es auffällig, dass die Jugendlichen sich mehr abgrenzten (ebd).

„Die Jugendlichen, die hierher kommen, die sprechen auch darüber, dass sie einerseits keine Ausbildungsstelle kriegen und man sich andererseits immer als Ausländer fühlt. Und wenn die sich hier nicht wohl fühlen, nicht akzeptiert fühlen, dann nehmen sie die Angebote von der deutschen Seite auch nicht in Anspruch. Dann gehen sie in Gruppierungen, in denen sie mit Gewalt zeigen wollen, dass sie 'was können“ (ebd.).

## **6. Abschließende Betrachtung**

Seit einigen Jahren, in besonderem Maße seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, berichten deutsche Medien über die Gefahr der Herausbildung oder gar die Existenz einer muslimischen „Parallelgesellschaft“. Auch in der sozialwissenschaftlichen Literatur taucht dieser Terminus seit Mitte der 90er-Jahre auf. Zuletzt (vor allem 2006) ist die Zahl der Publikationen gestiegen und in ihnen der Versuch unternommen worden, den Begriff zu konkretisieren, wie im vorläufigen Fazit (vgl. 2.6) herausgearbeitet wurde. Jedoch wurde über die Diskussion und ihre Wirkungen mit den eigentlich Betroffenen meistens nicht direkt gesprochen. Außerdem waren bisher weder definitorische Ansätze noch Ansichten über das Vorhandensein einer „Parallelgesellschaft“, geäußert von der Minderheitsgesellschaft, bekannt.

So war der Ausgangspunkt des empirischen Teils dieser Arbeit, die mehrheitsgesellschaftlich geprägte Debatte um „Parallelgesellschaft“ durch Auffassungen der muslimischen Bevölkerung Berlins zu ergänzen.

Die wissenschaftlichen Ansätze versuchen festzulegen, welche Faktoren erfüllt sein müssen, um die Existenz „parallelgesellschaftlicher“ Entwicklungen nachzuweisen. Die Messlatte wird dabei hoch angesetzt. Deutlich wird dies vor allem in Meyers Definition von „Parallelgesellschaft“ (vgl. 2.3.2). Die Befragten waren sich – im Gegensatz zum wissenschaftlichen Tenor – weitestgehend einig, dass es eine „Parallelgesellschaft“ gäbe. Das kann daraus abgeleitet werden, dass sie einzelne Kriterien der wissenschaftlichen Definitionen (vgl. 5.1.1) aufgreifen, diese jedoch ihrer Ansicht nach nicht erst in der Summe zu einer „Parallelgesellschaft“ führen. Sie legen die Messlatte also erkennbar niedriger an. Unklar bleibt dabei indessen, ob dies bewusst geschieht oder ob der mediale Diskurs reproduziert wird.

Während die wissenschaftliche Debatte nicht präzisiert, ob „Parallelgesellschaft“ nun eine räumliche Ausprägung hat bzw. ethnische Segregation beinhaltet, ist aus Sicht der Interviewten klar, dass „Parallelgesellschaft“ beispielsweise in Kreuzberg, im Wedding sowie in bestimmten Hamburger Stadtteilen zu verorten sei. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass segregierte Quartiere auch eine netzwerkartige Separierung begünstigen.

Einige der Befragten stellen fest, dass es sich bei „Parallelgesellschaft“ lediglich um geringe Anteile der muslimischen Bevölkerung handle. Dies betreffe vornehmlich die türkische, die größte ethnische Minderheit in Deutschland. Die Wissenschaft geht auf diesen Aspekt, sozusagen eine „Minderheit innerhalb der ethnischen Minderheit“, nicht näher ein. Zudem verdeutlichen die Interviews, dass sich das Leben der muslimischen Bevölkerung Berlins durch eine große religiöse wie kulturelle Heterogenität auszeichnet und die Formen von Integration vielschichtig sind. Wie in der Skizzierung der theoretischen Debatte bereits dargestellt, ist es jene Heterogenität, die durch den Begriff der „Parallelgesellschaft“ und seine Verwendung ausgeblendet wird (vgl. 2.3.3).

Eine relevante Rolle spielt in den Interviews das Verhalten von Teilen der Mehrheitsgesellschaft. Die Wechselwirkung zwischen Diskriminierung, Perspektivlosigkeit in den Bereichen Bildung/Arbeitsmarkt und der Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft wurde von allen Befragten thematisiert. Der Begriff der „Parallelgesellschaft“ erfasst dies nicht. Im ersten Abschnitt dieses Kapitels (vgl. 2.3.3) wurde das kritisch erwähnt.

Weiterhin wird im Theorieteil die binäre Verwendung des Begriffs „Parallelgesellschaft“ kritisiert. Ayse Caglar hebt dies hervor. Die dem Begriff immanente Dichotomie zwischen Zugehörigkeit zur Mehr- oder Minderheitsgesellschaft führe zu einer Stigmatisierung. Diese Erfahrung wird bezeichnenderweise auch von den Befragten häufig angeführt. Sie fühlten sich allerdings nicht durch die Debatte an sich diskriminiert, sondern durch die Haltung der Mehrheitsgesellschaft, die durch die Debatte als verhärtet wahrgenommen wird.

Genau genommen widerspricht dies unserer These, die öffentliche Auseinandersetzung über „Parallelgesellschaft“ verstärke die Hinwendung zur eigenen Community. Trotzdem muss festgehalten werden, dass die Debatte eine Wirkung hat, wenn auch eine indirekte. In diesem Zusammenhang muss konstatiert werden, dass wir mit der ursprünglichen Formulierung „eigene Community“ in die Falle getappt sind, diese sei annähernd homogen. In welche Richtung eine so genannte Hinwendung stattfindet, bleibt unklar, so dass zunächst einmal von einer Abwendung von der Mehrheitsgesellschaft die Rede sein sollte. Denn die Bezeichnung „eigene Community“ entspricht einem Pauschalurteil, das der bereits erwähnten Heterogenität der Minderheitsgesellschaft nicht gerecht wird.

Hinsichtlich von Konflikten zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft ist den Antworten

der – generell eher linksliberalen, dass sei hinzugefügt – Interviewten der indirekte Hinweis auf die Ethnisierung sozialer Probleme gemein. Für diese Konflikte seien eben nicht kulturelle Unterschiede ursächlich, sondern sozioökonomische Faktoren.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es zwischen dem wissenschaftlichen Verständnis von „Parallelgesellschaft“ und dem der Befragten nur einen kleinen gemeinsamen Nenner gibt. Die Befragung zeigt aber auch, dass die Einbeziehung derer, über die die Debatte pauschal geführt wird, bisher theoretisch hergeleitete Kritikpunkte an dem Verständnis von „Parallelgesellschaft“ bestätigt und veranschaulicht. So belegten die Interviews die bereits erwähnten Einwände Ayse Caglars, dass die dichotome Verwendung des Begriffs sich wandelnde migrantische Lebenswirklichkeiten nicht beachte. Das Aufrechterhalten von Bindungen an das Herkunftsland werde somit als Integrationshindernis gewertet. Damit einhergeht ein essentialistisches Verständnis von Ankunfts- und Herkunftskultur. Im Zuge der Interviews wurde deutlich, dass gerade die häufig problematisierten Jugendlichen der so genannten dritten Generation neue, eigene Bezüge zum Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern herstellten (vgl. Ausführungen von Gürkan Buyurucu) und somit neue Formen der Zugehörigkeit konstruieren. Dabei kann es sich um „dritte Räume“ von Zugehörigkeit und/oder vernetzter Lebenswirklichkeiten handeln, die in der Debatte um „Parallelgesellschaft“ bisher keinen Einzug fanden. Hierzu bietet sich eine Ergänzung der Diskussion um „Parallelgesellschaft“ durch Ansätze aus der Transnationalismus-Forschung an. Darüber hinaus ist nicht abzustreiten, dass jene ethnisch-kulturellen Selbstverortungen auch abhängig von Stigmatisierung und weiteren Diskriminierungserfahrungen entstehen können. Diesen Punkt umschreiben in den Interviews Eren Ünsal, Sprecherin des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg, Nazar Mahmood vom Arabischen Kulturinstitut und Gürkan Buyurucu von „Gays and Lesbians aus der Türkei“.

Schlussfolgernd kann festgehalten werden: Wenn überhaupt wäre es angemessen von „Parallelgesellschaften“ zu sprechen (vgl. 2.6). Wir jedoch plädieren für die Verwendung der Terminologie „Parallelstrukturen“. Dies wird der in dieser Arbeit dargestellten Heterogenität migrantischer Lebenswirklichkeiten und der Einsicht in die Notwendigkeit, nicht vorschnell die Existenz von „Parallelgesellschaft“ zu proklamieren, gerechter.

## 7. Literatur

Bölsche, Jochen et al (2002): Die Rückseite der Republik. In: Der Spiegel, 4. März 2002: 36-56.

Ceylan, Rauf (2006): Ethnische Kolonien. Entstehung, Funktion und Wandel am Beispiel türkischer Moscheen und Cafés, Wiesbaden.

Gaitanides, Stefan (2006): Die Legende von der Bildung von Parallelgesellschaften. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. Dokumentation einer Fachtagung vom 11. Mai 2004, Berlin.

Gesemann, Frank (2006): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. Dokumentation einer Fachtagung vom 11. Mai 2004, Berlin.

Gläser, Jochen / Laudel, Grit (2004): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, Wiesbaden.

Goebel, Dorothea / Pries, Ludger (2002): Transnationale Migration und Inkorporation von Migranten – einige konzeptionell theoretische Überlegungen zu einem erweiterten Verständnis gegenwärtiger Inkorporationsprozesse von Migranten. In: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hg.): Migration-Integration-Minderheiten, Wiesbaden.

Halm, Dirk / Sauer, Martina (2006): Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2006.

Heitmeyer, Wilhelm (2001): Parallelgesellschaften. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Ethnische Kolonien, Ghettos und Parallelgesellschaften. Dokumentation einer Fachtagung vom 11. Mai 2004, Berlin.

Helfferrich, Cornelia (2005): Die Qualität qualitativer Daten. Manual für die Durchführung qualitativer Interviews, Wiesbaden.

Jansen, Andrea / Polat, Ayca (2006): Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2/2006.

Leggewie, Claus (2002): Integration und Segregation. In: Bade, Klaus J. / Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven, Frankfurt/Main.

Luft, Stefan (2006): Abschied von Multikulti. Wege aus der Integrationskrise, München.

Meuser, Michael / Nagel, Ulrike (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Detlef Garz / Klaus Kraimer (Hg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen, Opladen: 441-471.

Meyer, Thomas (2002): Parallelgesellschaften und Demokratie. In: Münkler, Herfried; Llanque, Marcus / Stepina, Clemens, K. (Hg.): Der demokratische Nationalstaat in Zeiten der Globalisierung, Berlin: 193-229.

Vergleichende Studien zu Muslimen in Europa (2004): Bericht zur Befragung türkischer Muslime in Berlin, Berlin.

Radtke, Frank-Olaf (1991): Migration und Ethnizität. In: Uwe Flick et al. (Hg.): Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Methoden und Anwendungen, München: 391-394.

Schiffauer, Werner (2005): „Parallelgesellschaften“ und islamische Gemeinden. In: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik GEP (Hg.): Leben Migrantinnen und Migranten in „parallelen Welten“? Möglichkeiten der Integration. Tagungsdokumentation Nr. 37, Frankfurt/M: 20-28.

### III. Vourteile „Die Würde des Menschen ist antastbar“



13.07.2006 / Berlin-Friedrichshain. Gegen 10.30 Uhr wird ein Mann ghanaischer Herkunft in der Bänischstrasse von zwei Männern angegriffen. Er wird mit Fäusten unter anderem ins Auge geschlagen und auf dem Boden liegend weiter getreten. Ein Zeuge, der den Angriff aus dem Fenster seiner Wohnung mitbekommt, benachrichtigt die Polizei. Die Täter können festgenommen werden. Das Foto dieses Tatortes lässt nicht die Angst und die Schmerzen der Opfer erkennen, ebenso wenig wie den konkreten Tathergang. Durch die Gegenüberstellung dieses Fotos mit der Meldung entsteht ein mögliches Szenario in der Phantasie des Betrachters. Für die einen sind es ganz normale Orte, für die anderen Orte des Traumas...

## **1. Einleitung**

Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften sind in der Regel nicht durch ein harmonisches Klima geprägt, sondern durch vielfältige Konflikte und Spannungen, die in unterschiedlicher Intensität zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den zugewanderten Minderheiten, als auch innerhalb der beiden Gruppen ihren Ausdruck finden (Schulte, 2002). Zu diesen Konflikten zählen unter anderem auch die destruktiven Phänomene der Diskriminierung, des Rassismus, des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit. Ethnische Vorurteile und menschenverachtende Einstellungen, die sich in einer Gesellschaft etablieren können, haben eine Betonung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Individuen zum Inhalt und gefährden damit ihre physische und psychische Integrität. Von allen sozialen Verhaltensweisen wirkt fast keine zerstörerischer auf die individuelle Würde des Einzelnen und die sozialen Beziehungen unter den Menschen als Vorurteile. Vorurteile berühren das Leben fast aller, ob nun auf der Grundlage von ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit, nationalem Ursprungs, dem Geschlecht, von geistiger und körperlicher Behinderung oder sexueller Orientierung. Vorurteile sind allgegenwärtig und ein weit verbreitetes Phänomen in allen Gesellschaften dieser Welt. In dieser Arbeit sollen mögliche Erklärungsansätze für die Entstehung dieser Phänomene vorgestellt werden. Die unterschiedlichen Konzepte und Blickwinkel der Vorurteilsforschung haben mittlerweile eine Vielzahl von Erklärungsansätzen hervorgebracht, um diese destruktiven Phänomene zu beschreiben und zu analysieren. Hierbei wird eines deutlich: Rassismus und fremdenfeindliche Einstellungen sind multidimensionale Problematiken, bei denen individuelle, soziale und gesellschaftliche Faktoren wirken. Zudem soll vorgestellt und diskutiert werden, welche Interventions- und Präventionsmaßnahmen sich in einem mikro- und makrosozialen Kontext ergeben und zur Zeit ihre Anwendung finden.

## **2. Begriffsbestimmung**

Die Sozialpsychologie definiert Vorurteile als eine feindselige oder negative Einstellung gegen eine Gruppe von Menschen, die sich nur auf deren Gruppenzugehörigkeit stützt (Aronson, Wilson, Akert, 2004). Vorurteile werden also als Einstellungen definiert und besitzen damit drei Komponenten: eine affektive Komponente, die den Charakter der Emotion, welcher mit der Einstellung verbunden ist, repräsentiert. Eine kognitive Komponente, welche Ansichten und Gedanken umfassen, die die Einstellungen ausmachen und eine Verhaltenskomponente (Diskriminierung), welche sich auf ungerechtfertigte negative oder schädliche Handlungen bezieht



(Aronson, Wilson, Akert, 2004). In der Verhaltens-Komponente wohnt dem Vorurteil ein besonders destruktiver und gefährlicher Charakter inne, welcher im Laufe der Geschichte immer und immer wieder in menschenverachtenden Handlungen der Folter, des Mordes oder gar dem Völkermord seinen Ausdruck fand. Der Begriff des Vorurteils soll hier auf eine wichtige Dimension fokussiert werden: dem ethnischen Vorurteil, welches nach Andreas Zick (1997) im Zusammenhang mit den Phänomenen des Rassismus und dem Ethnozentrismus steht. Schönbach et al. (1981, zitiert nach Zick 1997) schreiben dem ethnischen Vorurteil folgende fünf Eigenschaften zu: (1) Die Zielgruppe oder Person von Vorurteilen wird meist durch wenige Eigenschaften beschrieben (concentration on a few traits). (2) Diese Eigenschaften stammen aus einem eng umrissenen Bedeutungsbereich (clustering of traits) und werden (3) allen Mitgliedern dieser Gruppe zugeschrieben: Vorurteile sind also Generalisierungen von meist negativen Stereotypen auf bestimmte Personen und Gruppen. (4) Die Zielgruppe der Vorurteile wird als Outgroup bezeichnet und ihr kommen meist negative Konnotationen zu. (5) Die Outgroup wird deutlich von der Ingroup abgegrenzt. Zudem wird die Outgroup als homogen und ihre negativen Eigenschaften als resistent und extrem wahrgenommen. Negative ethnische Vorurteile, werden in der sozialpsychologischen Forschung auch oft als Ethnozentrismus formuliert. Nach Sumner (1906, nach Zick 1997) ist unter diesem Begriff eine Neigung zu verstehen, die eigene ethnische Gemeinschaft als „Zentrum von Allem“ zu verstehen, durch das alle anderen Gruppen bewertet werden. Diese Bewertung funktioniert nach dem Prinzip der Ingroup-Aufwertung und der Outgroup-Abwertung. Kommen wir nun zum Begriff des Rassismus. In den Sozialwissenschaften wird der Rassismus als eine ideologische Differenzierung von Menschen nach quasi- biologischen Kriterien verstanden, dem ein bestimmter gesellschaftlicher Unterdrückungsmechanismus innewohnt (Zick, 1997). Herbert (1991, nach Zick 1997) spricht in diesem Zusammenhang von einer „Biologisierung der Gesellschaften“. Der Übergang zwischen Vorurteilen und Rassismus ist fließend, denn nicht zuletzt basiert jede Form des Rassismus auf einer Reihe von Vorurteilen. Rassismus kann also als eine institutionalisierte und ideologische Form von Vorurteilen verstanden werden, um Macht- und Dominanzansprüche durch pseudo-wissenschaftliche Rassentheorien zu stützen und zu rechtfertigen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Verwendung des Wortes „Rasse“ kritisch betrachtet werden muss. Bedeutet dies doch möglicherweise in der Alltagssprache, dass wir anerkennen, dass es unterschiedliche Rassen gibt. Dies muss aber ganz eindeutig bestritten werden!

Ethnische Vorurteile und menschenverachtende Einstellungen, die sich in einer Gesellschaft etablieren können, haben insgesamt also eine Betonung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Individuen zum Inhalt und gefährden damit ihre physische und psychische

Integrität. Wilhelm Heitmeyer (2006) spricht in diesem Zusammenhang auch von einer Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Die verschiedenen Facetten dieses Phänomens, neben den bereits angesprochenen (siehe ethnische Vorurteile etc.), sollen hier noch einmal in ihrem qualitativen und zeitgeschichtlichen Charakter unterschieden werden.

1. Die Fremdenfeindlichkeit bezieht sich auf die Abwehr von Menschen fremder ethnischer Herkunft, die zum einen aus einer bedrohlich wahrgenommenen Konkurrenz um knappe Ressourcen resultiert und zum anderen auf die vermeintliche Idee der kulturellen „Rückständigkeit“ dieser Menschen ausgerichtet ist. Das Entstehen von Fremdenfeindlichkeit im Sinne eines Konkurrenzkonzeptes hat einen engen Bezug zu der jüngeren Migrationsgeschichte und ist im besonderen Maße abhängig von der ökonomischen Situation einer Gesellschaft (Heitmeyer, 2002).

2. Der Antisemitismus richtet sich auf die Abwertung von Menschen jüdischen Glaubens (Heitmeyer, 2006).

3. Die Heterophobie ist eine Form der Angst vor all jenen Gruppen, die von der „Norm“ abweichen und sich im nahen Sozialraum des eigenen Stadtviertels aufhalten. Dazu zählen insbesondere Homosexuelle, Behinderte oder Menschen, die sich einer anders geprägten religiösen Lebensweise zugehörig fühlen. Die Heterophobie ist nach Wilhelm Heitmeyer (2002) eine Erscheinung jüngeren Datums.

4. Der Begriff des Rechtsextremismus wird laut eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes für Parteien und Organisationen verwendet, deren politische Konzepte und Ideologien die Grundzüge und Werte eines demokratischen Verfassungsstaates ablehnen. Hierzu gehört vor allem die Ablehnung der fundamentalen Gleichheit aller Menschen, die Ablehnung von Menschen- und Freiheitsrechten, des Demokratieprinzips, der Gewaltenteilung, der Oppositions- und Minderheitenrechte. Weitergehend wird das Prinzip der Parteienkonkurrenz negiert, rassistische Einstellungen etabliert und ein extremer Nationalismus mit dem dazugehörigen Führerprinzip gepflegt (Lin, 2002).

5. Islamophobie: Islamophobie ist ein relativ junger Begriff und wurde erstmals 1997 in einem Bericht des britischen Runnymede Trust („Islamophobia: A Challenge for Us All“) wissenschaftlich erwähnt. Hier bezeichnet der Begriff Angst, Hass und Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam.

Exkurs: Islamophobie:

Das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia gibt unter anderem folgende Anhaltspunkte zur Feststellung von Islamophobie:

- Der Islam wird als „Außenseiter“ gesehen und hat keine gemeinsamen Werte mit anderen

Kulturen.

- Der Islam wird als gewalttätig, aggressiv, bedrohlich und als Terrorismus unterstützend angesehen.
- Der Islam wird als politische Ideologie angesehen.
- Eine Feindschaft dem Islam gegenüber wird als natürlich und normal angesehen.

Weiterhin bringt zum Beispiel Nacéra Rech (2004) an, dass oft aus westlicher Sicht Islamisten, wie zum Beispiel die Organisation El Quaida mit dem Islam und Moslems gleichgesetzt und als einheitliche Masse betrachtet werden, obwohl ihrer Meinung nach gerade Islamisten Islamgegener sind und „verfälschte Dogmen“ benutzen. Dieses Zusammenwürfeln von Islam und Islamisten bestätigt auch die Sprachwissenschaftlerin Sabine Schiffer, die zu dem Urteil kommt, dass sich der Bedeutungsinhalt des Begriffes „Moschee“ in den letzten Jahren von Gebetsort hin zu Raum für Konspiration verschoben hat. Andererseits wird auch gerade seit dem 11. September 2001 immer wieder behauptet, dass der Begriff der Islamophobie auch von fanatischen islamistischen Gruppen als Vorwand benutzt wird, um Moslems übertrieben als vermeintliche Opfer darzustellen. Wie viel Uneinigkeit der Begriff Islamophobie aufwirft, lässt sich allein schon durch die derzeit zwei verschiedenen etablierten Schreibweisen erkennen: „Islamphobie“ versus „Islamophobie“? Der Begriff wird wohl auch in Zukunft noch viel Stoff für Diskussionen und Debatten liefern und gerade im Hinblick auf die Situation im Nahen Osten an Präsenz und Relevanz gewinnen.

### **3. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland**

In einer Studie aus dem Jahre 2006 von Oliver Decker und Elmar Brähler, welche im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin durchgeführt wurde, untersuchte man das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Gearbeitet wurde hier mit einem Fragebogen (mit 18 Einzelfragen Items), der rechtsextrem Einstellungen auf folgenden sechs Dimensionen misst: Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur. Der Fragebogen zum Rechtsextremismus wurde jeweils 2002, 2004 und 2006 eingesetzt, wodurch ein zeitvergleichender Blick ermöglicht wird. Von den 4872 Befragten gingen 3.876 Westdeutsche und 996 Ostdeutsche in die Untersuchung mit ein.

Die Ergebnisse im zeitlichen Verlauf: 2002 bis 2006

▪die Entwicklung in Westdeutschland:

<b>West</b>			
	2002	2004	2006
	(N = 995)	(N = 1879)	(N = 3845)
Befürwortung Diktatur*	6,5	6,3	4,4
Chauvinismus	20,8	19,9	20,1
Ausländerfeindlichkeit	23,7	25,5	25,7
Antisemitismus*	13,8	10,9	9,5
Sozialdarwinismus	5,3	5,5	4
Verharmlosung Nationalsozialismus	5,3	4,6	4,6

Tabelle 1

In Westdeutschland ist vor allem zu verzeichnen, dass sich ausländerfeindliche Einstellungen mit einem konstant hohen Anteil von durchschnittlich 25 % in der Bevölkerung etablieren konnten (siehe Tabelle 1). Im zeitlichen Verlauf von 2002 bis 2006 kam es vor allem zu einer Abnahme antisemitistischer Einstellungen von 13,8 % auf 9,5 %.

die Entwicklung in Ostdeutschland:

<b>Ost</b>			
	2002	2004	2006
	(N = 978)	(N = 563)	(N = 987)
Befürwortung Diktatur	8,9	6,9	6,5
Chauvinismus	15,7	15,9	16,1
Ausländerfeindlichkeit	30,2	25,4	30,6
Antisemitismus *	4,8	7	4,2
Sozialdarwinismus*	5,1	9,3	6,2
Verharmlosung Nationalsozialismus	2,8	3,8	2

Tabelle 2

In Ostdeutschland liegt der Anteil ausländerfeindlicher Einstellungen im Jahre 2002 und 2006 etwa 5 % höher als im Westen (siehe Tabelle 2). Im Jahre 2004 kam es jedoch zu einer einmaligen Annäherung an westliche Verhältnisse mit einem immer noch hohen Prozentsatz von 25, 4%. Im Bereich des Antisemitismus ist über den zeitlichen Verlauf ein recht geringer Prozentsatz von durchschnittlich 5 % zu verzeichnen.

▪Entwicklung Gesamtdeutschland:

<b>Gesamt</b>			
	2002	2004	2006
	(N = 1973)	(N = 2442)	(N = 4832)
Befürwortung Diktatur*	7,7	6,4	4,8
Chauvinismus	18,3	19	19,3
Ausländerfeindlichkeit	26,9	25,5	26,7
Antisemitismus	9,3	10	8,4
Sozialdarwinismus*	5,2	6,4	4,5
Verharmlosung Nationalsozialismus	4,1	4,1	4,1

Tabelle 3

Die ausländerfeindlichen Einstellungen zeigen sich im Verlauf von 2002 bis 2006 mit einem hohen Anteil von durchschnittlich 26% als sehr konstant (siehe Tabelle 3). Die Dimensionen der Ausländerfeindlichkeit und des Chauvinismus sind die beiden Skalen mit den höchsten Zustimmungswerten. Es folgt der Antisemitismus als ein sehr bedeutsames Merkmal rechtsextremer Einstellung, welches immerhin von jedem zehnten Deutschen geteilt wird. Bei der Befürwortung einer Diktatur hingegen ist in den letzten Jahren eine statistisch bedeutsame Abnahme der Zustimmung zu allen Aussagen dieser Skala zu verzeichnen.

Weitergehend wurde festgestellt, dass rechtsextreme Einstellungen durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten werden. Der Begriff des Rechtsextremismus wird somit irreführend, da er dieses Problem als ein Randphänomen beschreibt, es jedoch zunehmend ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft wird (Decker und Brähler, 2006). Hinsichtlich des Bildungsniveaus und des Geschlechts lassen sich auch Unterschiede ausmachen: Befragte mit hohem Bildungsabschluss stimmen rechtsextremen Aussagen in der Regel seltener zu, wie auch Frauen seltener als Männer diesen Aussagen zustimmen.

### 3.1 Stadt-Land-Vergleich

Differenziert nach soziodemographischen Merkmalen, sind ausländerfeindliche und rechtsextreme Einstellungen eher für die ländlichen Regionen charakterisierend als für Städte. In einer Stadt-Land-Analyse aus dem Jahre 1998 zu fremdenfeindlichen Einstellungen Berner Berufsschüler kam es zum Beispiel zu folgenden Ergebnissen: Lehrlinge aus ländlichen Wohnorten wiesen rund 13 Prozentpunkte höhere Fremdenfeindlichkeitswerte als ihre Mitschüler aus dem städtischen Umfeld auf (Eser Davolio, 2003). Weitergehend zeigte sich ein rechtsextremes Wahlverhalten im Jahre

2006 der ostdeutschen Landtagswahlen als ein eher ländliches Phänomen (Landesamt für Verfassungsschutz, 2006). Die NPD ist hier in den Großstädten auf durchschnittlich 5,8 % der Stimmen gekommen, während sie in den Landgemeinden und Dörfern 8 % bis 9 % für sich verbuchen konnte. Im äußersten Wahlkreis Rostocks kam die NPD mit 15 % auf ihr bestes Ergebnis.

#### **4. Die Erklärungsansätze**

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges, als die zerstörerische Wirkung der nationalsozialistischen Rassenpolitik deutlich sichtbar wurde, konnte sich endgültig eine Forschungsrichtung durchsetzen, die es sich zur Aufgabe machte die Ursachen menschenfeindlichen Einstellungen und Ideologien zu analysieren und zu verstehen: die Vorurteilsforschung. Im Folgenden sollen nun die verschiedenen Ideen und Konzepte der psychologischen, sozialpsychologischen und soziologischen Vorurteilsforschung vorgestellt werden. In den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts entstanden erstmals PSYCHOANALYTISCHE ERKLÄRUNGSANSÄTZE für die Erforschung des Rassismus. Ein besonderes Augenmerk lag zu dieser Zeit auf der Ursachanalyse des Antisemitismus. Eine wichtige Bedeutung für die klassische Vorurteilsforschung hatte vor allem der Aufsatz Sigmund Freuds aus dem Jahre 1919 mit dem Titel „Das Unheimliche“, welches als zentrales Prinzip für die Entstehung von Ängsten und Abneigungen gegenüber „Fremden“ die Projektion vorschlägt. Freud (1919) sieht in der Feindseligkeit gegenüber dem Fremden vor allem eine Feindseligkeit gegenüber dem eigenen Subjekt. Seine Grundthese: Im Fremden begegnen uns Anteile des Selbst: die negativen Anteile des eigenen Ichs (Schwächen, Ängste, tabuisierte Regungen) werden auf den Fremden projiziert und abgestoßen und somit nicht mehr als eigen anerkannt oder gar wahrgenommen. Wohingegen die positiven Anteile bei dem eigenen Subjekt gehalten werden. Dieser Prozess wird als Spaltung definiert. Und gerade durch dieses Prinzip entfremdet sich das Subjekt zwangsläufig auch von sich selbst, da es sich dieser eigener Impulse entledigt und von ihnen distanziert (Selbstentfremdung). Ein Beispiel: Migranten werden von Rechtsextremen oft als schmutzig, kriminell, dumm, feige oder böartig usw. vorgeführt. Den Migranten werden im Endeffekt alle negativen Eigenschaften zugeteilt, die man sich nur vorstellen kann. Die psychoanalytische Idee: das tiefsitzende Gefühl der eigenen Schmutzigkeit, Regungen nach dem Ausleben deviantem Verhaltens, das Gefühl der eigenen intellektuellen Unzulänglichkeit, der Ängste oder destruktiver Ideen werden auf den Fremden übertragen. Auf der anderen Seite steht das eigene Ich frei von negativen Eigenschaften, sauber, rein, rechtschaffend, hilfsbereit und überlegt. Der „Fremde“ wird zum „Container“ für den eigenen Seelenmüll, mit seiner Hilfe werden

eine Vielzahl innerer Konflikte ausagiert (Menschik-Bendele, 1998). Alle rationalen Prozesse sind bei diesen Vorgängen ausgeschaltet. Denn um diese Vorurteile und Abneigungen aufrechtzuerhalten, darf keine Gegenüberstellung des projizierten Bildes und der Realität stattfinden. Die Theorie der autoritären Persönlichkeit von Theodor W. Adorno, Else Finkel-Brunswick und anderen aus dem Jahre 1950 und die mit ihr zusammenhängenden Studien der Frankfurter Schule, gehören zu den wohl bekanntesten Theorien der klassischen Vorurteilsforschung (Zick, 1997). Die wesentlichen Arbeiten der Frankfurter Schule, die für das Verständnis der Theorie der autoritären Persönlichkeit von Bedeutung sind, sind die Studien über Autorität und Familie, das „Dialektik-Projekt“, die Propaganda-Analysen und das Antisemitismus-Projekt (Zick, 1997). Die Studien über Autorität und Familie wurden Mitte der 30er Jahre publiziert und entwarfen folgende Arbeitshypothese: die Instanz der Familie sozialisiert ihre Mitglieder derart, dass sie autoritäre Persönlichkeitsstrukturen ausbilden, welche sie zu gut angepassten und funktionierenden „Untertanen der kapitalistischen Ausbeutungskultur“ macht. Den wichtigsten psychologischen Beitrag lieferte Erich Fromm hierfür mit dem Begriff des sadomasochistischen bzw. autoritären Charakters (Zick, 1997). Seine These: Die familiäre Sozialisation wirkt auf die Bildung von Selbstvertrauen und Ich-Stärke des Kindes. Diese Ich-Stärke des Kindes ist vor allem dann gering, wenn Eltern ein rigides und autoritäres Erziehungsverhalten zeigen, welches das Kind in die Unterwerfung vor Autoritäten zwingt (Zick, 1997). Der gesellschaftlich normierte Erziehungsstil erzeugt somit eine Persönlichkeitsstruktur, welche die gesellschaftlichen Machtverhältnisse reproduziert. Horkheimer und Adorno griffen die Thesen Fromms in der „Dialektik der Aufklärung“, aus dem Jahre 1947 weiter auf. Ihre grundlegende Argumentation: autoritäre Bewusstseinsstrukturen entwickeln sich vor allem in autoritär organisierten Gesellschaften und Kulturen. Der Autoritarismus wird also nicht nur auf bestimmte Persönlichkeitsstrukturen zurückgeführt, sondern auch auf gesellschaftliche Prozesse der Mechanisierung und Bürokratisierung (Zick, 1997). Autoritäre Gesellschaftsstrukturen fordern Formen der Mechanisierung, die wiederum vom Individuum eine Anpassung fordern, also eine Form der Selbststandardisierung. Diese wiederum fördere die mechanisierte und bürokratisierte Übernahme der Ideologien und Weltbilder der Mächtigen. Dieses „Ticketdenken“ macht die individuelle Urteilsbildung obsolet und befreit das Individuum von der Aufgabe eigenständig die Kompliziertheit gesellschaftlicher Prozesse zu begreifen und beraubt sie damit auch ihrer Mündigkeit. Die Dialektik der Aufklärung enthält zudem ein Kapitel über „Elemente des Antisemitismus“, in welchem die Affinität zum Antisemitismus mit den von Freud entwickelten Ideen aus der Abhandlung „Über das Unheimliche“ referiert wird: „Der Antisemitismus beruht auf falscher Projektion [...]. Regungen, die vom Subjekt als dessen eigene nicht durchgelassen werden

und ihm doch eigen sind, werden dem Objekt zugeschrieben; dem prospektiven Opfer.“, (Horkheimer und Adorno, 1967, S. 196 nach Zick, 1997. S. 83). Zeitgleich mit dem Dialektik-Projekt kam eine Arbeit von Löwenthal und Guttermann mit dem Titel „Agitation und Ohnmacht“ heraus. Sie vertraten die These, dass faschistoide Propaganda vor allem bei Menschen auf große Affinität stößt, die ein allgemeines Unbehagen plagt (Zick, 1997). Da sie jedoch die Ursache für dieses Unbehagen nur schwer identifizieren können, finden die Reden und Artikel faschistoider und antisemitischer Propagandeure bei ihnen großen Anklang, denn sie definieren einen Feind (einen Sündenbock), der für dieses Unbehagen verantwortlich gemacht wird. Die Theorie der Autoritären Persönlichkeit von Adorno et al. (1950, zitiert nach Zick, 1997) wurde im Rahmen des so genannten „Antisemitismus-Projektes“ entwickelt. Adorno et al. entwickelten hier einen Fragbogen (die so genannte Fascism-Scale), der antisemitische Einstellungen indirekt erheben sollte (also ohne die Erwähnung von Juden in den Items): Es wurde die Ambivalenz zwischen Konservatismus und Rebellentum erfasst, denn Adorno vertrat die These, dass Autoritarismus im Kern eine konservative Ideologie darstelle und konservative Ideen jederzeit ein Äquivalent zum Antisemitismus finden. Die Ergebnisse bestätigten die These, dass zwischen Autoritarismus und den verschiedenen Formen von ethnischen Vorurteilen ein Zusammenhang besteht (Stroebe, 2002). Mit der Theorie der autoritären Persönlichkeit vertraten Adorno et al. die Idee, dass der Antisemitismus Ausdruck eines allgemeinen Meinungsklimas der Gesellschaft (siehe Dialektik-Projekt) und ein Teil einer psychischen Struktur sei, die anfällig für die Abwertung verschiedener gesellschaftlicher Minderheiten ist. Der Ansatz dieser Theorie ist die Zurückführung von Vorurteilen und Rassismus auf intra-personale Determinanten (Persönlichkeitsstrukturen). Die Ursache für die Ausbildung „faschistischer“ Persönlichkeitsstrukturen liegt in einer autoritären Erziehung begründet, die wiederum Produkt eines autoritären (also konservativen) Meinungsklimas ist: Der Vater als Patriarch fordert von seinem Kind, aufgrund seiner Position als Autorität, Unterordnung und rigide Anpassung. Das Kind lernt, sich aufgrund dieser Erziehungsstrukturen, schnell zu unterwerfen und sich in dieser Form der Unterordnung wohl zu fühlen, und sich mehr und mehr an Autoritäten und Führungsstrukturen zu gewöhnen. Auf der anderen Seite lernt es auch die Macht zu lieben und Autoritäten zu neiden. Es entstehen Impulse des Neides und der Aggression gegenüber den Mächtigen. Diese Impulse können jedoch gegenüber dem Mächtigen, aus einer Angst und Ich-Schwäche heraus, nicht ausgelebt werden. Die Aggressionen brauchen ein Entladungsobjekt, ein alternatives Ziel, einen „Sündenbock“. Die Affektlage der Aggression wird verschoben. Wahrscheinliche Zielobjekte wären Individuen, die schwächer oder minderwertiger als man selbst wahrgenommen werden, wie zum Beispiel Mitglieder „abweichender“ Gruppen oder ethnische Minderheiten. Das Endresultat stellt eine Persönlichkeit dar, welche sich gegenüber allen



Autoritäten übermäßig unterwürfig verhält (weil sie den Vater repräsentieren) und Unterwerfung von anderen ersehnt. Einige Jahre später zog dieser Ansatz jedoch starke Kritik auf sich. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1985 von Pettigrew (zitiert nach Stroebe, 2002) konnte in Südafrika überraschenderweise sogar zeigen, dass weiße Südafrikaner zwar hohe Ausprägungen von Vorurteilen gegenüber Schwarzen zeigten, sie jedoch keine besonders hohen Werte für den Autoritarismus erzielten. Ein weitergehendes Problem ist die historische Spezifität dieses Ansatzes im Hinblick auf die autoritären Erziehungsmethoden, die sich im Laufe des letzten Jahrhunderts als führendes Erziehungskonzept nicht halten konnten und von anti-autoritären Konzepten weitgehend abgelöst wurden. Mit der Idee der verschobenen Aggression, welche in der Theorie über den autoritären Charakter zu finden ist, ergibt sich in einer Weiterführung mit den Ansätzen der Frustrations- Aggressions- Hypothese von Dollard, Doob, Miller, Mowrer und Sears (1939, zitiert nach Stroebe, 2002) ein neues Konzept: die Sündenbocktheorie (Schäfer und Six, 1978 zitiert nach Zick, 1997). Mit der Frustrations-Aggressions-Hypothese wird zunächst grundsätzlich angenommen, dass Aggression immer eine Folge von Frustration ist und Frustration zu Aggression führt. Zu einer Verschiebung dieser aggressiven Impulse kommt es immer dann, wenn die Frustrationsursache unbekannt, zu mächtig, oder nicht erreichbar ist. Man denke hier zum Beispiel an die komplizierten Zusammenhänge von wirtschaftlichen Krisen oder gar Naturkatastrophen. Um dieser Lähmung der Handlungsfähigkeit zu entfliehen, wird die Ursache benannt und personifiziert. Es entsteht der Sündenbock. Somit wird die vermeintliche Frustrationsquelle greifbar und es ist möglich gegen sie vorzugehen. Minderheiten oder Personen, die als schwächer oder minderwertiger betrachtet werden, werden somit Opfer dieser aufgestauten aggressiven Impulse (Stroebe, 2002). Nach Nolting (1993, zitiert nach Lin, 2002) werden weitergehend Sündenböcke nicht nur für aktuelle Problematiken verantwortlich gemacht, sondern ihnen darüber hinaus dauerhaft negative Eigenschaften zugeschrieben. Dies ist der klassische Vorgang der Stereotypisierung, welcher im nächsten Abschnitt besondere Beachtung finden wird. Durch die dauerhafte Zuschreibung dieser negativen Eigenschaften werden die Sündenböcke zu Schuldigen, die eine aggressive Behandlung verdient haben. Im Gegensatz zu der Theorie der autoritären Persönlichkeit wird die Entstehung von Vorurteilen nicht auf Persönlichkeitsstrukturen zurückgeführt, sondern vor allem auf eine bestimmte Affektlage. Sündenböcke sind nicht aufgrund ihrer qualitativen Merkmale Sündenböcke, sondern werden erfunden, konstruiert. Hierzu ein passender Ausspruch Hermann Görings: „Wer Jude ist bestimme ich!“, (Terkessidis, 2002. S. 24). Die bisher vorgestellten Erklärungsansätze weisen bis auf die Frustrations-Aggressions-Hypothese einen psychodynamischen Charakter auf. Psychologische Erklärungsansätze, welche die grundlegenden Formen der Wahrnehmungs- und Denkprozesse für die Entstehung von Vorurteilen

verantwortlich machen, sind den KOGNITIVEN THEORIEN zuzuordnen. In der sozialpsychologischen Forschung hat sich ein eigenständiger Forschungsbereich etabliert: Die Stereotypenforschung (Zick, 1997). Und auch hier bildet das Individuum den Ausgangspunkt. Vertreter dieser kognitiven Theorien gehen zunächst wertneutral davon aus, dass der Mensch ein informationsverarbeitendes Individuum ist, welches einen unzureichenden Wahrnehmungsapparat besitzt. Es ist für ihn somit unmöglich die Totalität der gesamten sinnlichen Eindrücke zu erfassen oder gar wiederzugeben, wodurch er dazu gezwungen wird, diese Komplexität auf ein erträgliches Maß zu reduzieren (Terkessidis, 1998). Der Prozess der Kategorisierung bietet sich in diesem Zusammenhang als eine sinnvolle Strategie der Informationsverarbeitung an. Auf die interpersonale Wahrnehmung angewendet bedeutet dies, dass Individuen nach bestimmten Kriterien in Gruppen klassifiziert werden. Sie können zum Beispiel nach ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität oder nach ihrem Beruf kategorisiert werden. Gerade dieser Prozess der Beschränkung ist verantwortlich für die Entstehung von Stereotypen und eben auch von Vorurteilen. Mit dem Stereotyp wird ein Zusammenhang zwischen einer Kategorie (wie zum Beispiel Geschlecht, Nationalitäten etc.) und bestimmten Eigenschaften (wie Intelligenz, Fleiß, etc) erstellt. Diese Mittel der Kategorisierung wären jedoch weiter nicht tragisch, wenn sie einen klaren und objektiven Realitätsbezug hätten (Lin, 2002). Jedoch kommt es in den meisten Fällen zu unzutreffenden Verallgemeinerungen und fehlerhaften Zusammenhängen. Mit der Theorie der illusorischen Korrelation von Hamilton et al. (Zick, 1997) wird ein solch falscher, aber als zutreffend empfundener (illusorischer) Zusammenhang (Korrelation) von Eigenschaften und Kategorien erklärt. Ein Beispiel wäre ein angenommener Zusammenhang zwischen der Kategorie „Frau“ und der Eigenschaft eines schlechten Fahrverhaltens im Straßenverkehr. Stereotype sind also grob vereinfachte und fehlerhafte Zuschreibungen von Eigenschaften zu bestimmten Gruppen. Hinzu zu dem Prinzip der illusorischen Korrelation kommt jedoch noch der Effekt der Akzentuierungstheorie (McGarty, Haslam et al, 1993 zitiert nach Zick, 1997): Unterschiede zwischen Mitgliedern der eigenen Gruppe (Ingroup) werden unterschätzt, wohingegen Unterschiede zwischen den Mitgliedern einer fremden Gruppe (Outgroup) und der eigenen Gruppe überschätzt werden.

Der Einfluss von stereotypen Erwartungen und der Effekt der Akzentuierungstheorie zeigt sich besonders deutlich in einem Versuch von Duncan aus dem Jahre 1976, welcher die Aggressivität sowohl eines schwarzen als auch eines weißen Gesprächspartners beurteilen ließ (nach Lin, 2002. S. 2): „Weiße amerikanische Studenten sollten eine gefilmte Diskussion zwischen einem Weißen und einem Schwarzen beurteilen. Diese war zwar gefilmt, den Versuchspersonen wurde jedoch erzählt, dass die beobachtete Situation im Nebenzimmer stattfinden würde: Ein Schwarzer und ein Weißer diskutierten miteinander. Der Verlauf der Diskussion führte dazu, dass Diskutant A Diskutant B

anrempelte. In der Hälfte der Fälle war der Schwarze der Diskutant A. Bei der anschließenden, von den Versuchsleitern bereits vorher festgelegten alternativen Interpretation beurteilten die weißen Versuchspersonen das Verhalten von Diskutant A, wenn er ein Schwarzer war, zu 75% als gewalttätig. War er ein Weißer, beschrieben ihn nur 17% als gewalttätig. Außerdem wurde das Verhalten des Schwarzen in der Rolle des Diskutanten A aus seiner Persönlichkeit heraus erklärt, wogegen das Verhalten des Weißen als Diskutant A auf die Umstände zurückgeführt wurde.“

Tajfel und Turner (1979, 1986 zitiert nach Zick 1997) erweitern die kognitiven Konzepte der Stereotypenforschung in ihrer Theorie der sozialen Identität auf intergrupale Prozesse. Denn die Prozesse der Kategorisierung reduzieren nicht nur ein Übermaß an einlaufenden Informationen und leisten auf diese Weise eine kognitive Strukturierung der Umwelt, sondern sie werden darüber hinaus auch von einer großen Anzahl von Menschen geteilt, also von Gruppen. Gruppen tragen zur sozialen Identität von Individuen bei, indem sie ihnen einen klaren Platz in der sozialen Umwelt zuschreiben. Tajfel und Turner (1979 zitiert nach Zick 1997) nehmen an, dass Individuen einen Teil ihres Selbstkonzeptes über eine Gruppe, der sie sich zugehörig fühlen, definieren: über ihre Soziale Identität. In jedem Individuum steckt jedoch auch das motivationale Verlangen nach einer Selbstwertsteigerung. Da durch die Identität der Gruppe, ein Teil der eigenen Identität gebildet wird, bedeutet dies in der Konsequenz, dass die Zuteilung eines positiven Bildes zu der Eigengruppe auch für das Individuum eine Selbstwertsteigerung nach sich zieht. Für die Stabilisierung dieser positiven sozialen Identität dient auch hier wieder das Prinzip der Spaltung, eine Kategorisierung der Welt in „Gut und Böse“. Der Fremdgruppe werden negative, der Eigengruppe positive Eigenschaften zugeschrieben (Zick, 1997). Über das Prinzip der Abwertung der Fremdgruppe kommt es zu einer Sicherung der eigenen Interessen, Werte und Lebensweisen. Aber nicht nur der Fremdgruppe werden in diesen Prozessen bestimmte Eigenschaften zugeordnet, sondern auch der Eigengruppe. In diesem Zusammenhang spricht man auch von einer Selbstkategorisierung (Turner et al., 1987 zitiert nach Zick, 1997). Abschließend erfüllen Stereotype also auf individueller Ebene zwei Funktionen: Zum einen ordnen und strukturieren sie die soziale Umwelt. Zum anderen haben sie eine Wertfunktion, indem sie zu einer positiven Selbstbewertung der sozialen Identität beitragen. Die sozialen Funktionen von Stereotypen und Vorurteilen lassen sich auf folgende Weise unterteilen in:

- a) Soziale Kausalität: Stereotype und damit auch Vorurteile bieten Erklärungen für schwer greifbare gesellschaftliche Prozesse und soziale Notlagen.
- b) Soziale Rechtfertigung: Sie bieten Rationalisierungen und Rechtfertigungen für die Behandlung und Beurteilung von bestimmten sozialen Gruppen.
- c) Soziale Differenzierung: Sie erklären und akzentuieren die Differenz zwischen sozialen Gruppen.

Ein weiteres kognitives Modell, welches nun noch vorgestellt werden soll, ist das integrative Modell für Stereotype und personale Überzeugungen von Devine (1989, zitiert nach Zick, 1997). Devine geht davon aus, dass in jeder sozialen Gemeinschaft ein Wissensbestand über Stereotype existiere und somit Vorurteile auch als Teil des kulturellen Wissens vorliegen. Alle Mitglieder verfügen in der Regel über ein Wissen gesellschaftlicher Stereotype. Sie sind also in jedem Individuum „angelegt“, bevor es überhaupt die Fähigkeit besitzt diese kognitiv zu modifizieren. Aus dieser Tatsache heraus ergibt sich eine Differenz zwischen dem Wissen um Vorurteile und ihrer Akzeptanz.. Vorurteilsfreie unterscheiden sich von vorurteilsbelasteten Menschen durch das Ausmaß des Konfliktes, den sie zwischen den Stereotypen und ihren Überzeugungen empfinden. Eine Vorurteilsfreiheit wird demnach auch als eine Hemmung oder Blockierung dieser automatischen und durch die Sozialisation erworbenen Stereotypenaktivierungen definiert. Frei von Vorurteilen zu sein, ist mit einem mühsamen Lernprozess verbunden, denn jede Änderung von Vorurteilen zieht einen aktiven und kontrollierten Umgang mit ihnen nach sich. In einer Untersuchung konnte Devine (1989, zitiert nach Zick, 1997) diese Idee validieren. Sie zeigt, dass die Fähigkeit einer Person den Inhalt von Stereotypen über ethnische Minderheiten wiederzugeben, nicht in Verbindung zu den Einstellungen dieser Personen steht. Personen mit starken und schwachen Vorurteilen können ähnliche Vorurteile über bestimmte Outgroups aktivieren, weil sie über dasselbe kulturelle Wissen verfügen. Weitergehend führt Devine aus, dass die Bereitschaft negative ethnische Vorurteile zu äußern und zu vertreten, signifikant negativ mit dem Bildungsniveau von Individuen korreliert. An diesem Punkt, soll nun die SOZIOLOGISCHE THEORIE des Poor–White-Racism-Phänomen vorgestellt werden (Zick, 1997). Dieses Phänomen beschreibt die Korrelation zwischen sozialer Schichtzugehörigkeit oder dem Bildungsniveau und Vorurteilsneigungen: Je niedriger die soziale Schicht und je niedriger das formale Bildungsniveau eines Individuums ist, desto stärker wird es dazu neigen negative Einstellungen gegenüber einer bestimmten Minderheit zu äußern (Wagner, 1994 zitiert nach Zick, 1997). In einer Reihe von Studien, die in den USA, England, Australien, dem Iran, Südafrika und Deutschland durchgeführt wurden, konnten die Einflüsse dieser Bildungs- und Schichteffekte auf die Bildung von Vorurteilen und diskriminierenden Handlungen nachgewiesen werden. Bereits Max Weber (1906, zitiert nach Zick, 1997) wies in seiner Theorie der sozialen und ökonomischen Organisationen darauf hin, dass die Zugehörigkeit zu einer niedrigen sozialen Schicht in der Regel ein niedriges Ausmaß an formaler Bildung indiziert. Schönbach et al. (1981, zitiert nach Zick, 1997) postulieren, dass Personen mit einem höheren Bildungsniveau über ein höheres Maß an kognitiver Flexibilität verfügen. Diese Fähigkeit ermöglicht es, Informationen eher zu differenzieren, also sie unter einem anderen Blickwinkel zu betrachten und sie in Frage zu stellen. Personen, die über ein geringes Maß

an Bildung verfügen, sind zum Beispiel nicht ausreichend über geschichtliche oder gesellschaftliche Prozesse und das aktuelle Tagesgeschehen aufgeklärt, wodurch eine differenzierte Meinungsbildung stark in Mitleidenschaft gezogen werde. Marx (1967, zitiert nach Zick 1997) formulierte des weiteren die Hypothese, dass Personen aus einer niedrigeren sozialen Schicht stärker zu der Entwicklung von Vorurteilen neigen, weil sie sich durch eine ethnische Outgroup materiell bedroht fühlten, nicht zuletzt aus der Tatsache heraus, dass in wirtschaftlichen Krisenzeiten vor allem die Unterschicht von materieller Not betroffen ist. Bildungs- und Schichtzugehörigkeit sind in diesem soziologischen Konzept zentrale sozi-demographische Faktoren, die psychische Determinanten beeinflussen. Die vorgestellte Theorie ist jedoch mit einem kritischen Blick zu betrachten, da Personen mit einem höheren Bildungsniveau mit großer Wahrscheinlichkeit auch eher dazu neigen werden, weniger Vorurteile gegenüber Minderheiten zu zeigen oder zu äußern, weil sie um die soziale Unerwünschtheit von Vorurteilen wissen. Jones (1991, zitiert nach Zick, 1997) zeigt zum Beispiel mit einer Untersuchung, dass eine Reihe von Indikatoren dafür sprechen, dass auch in höheren Sozial- und Bildungsschichten Vorurteile weit verbreitet sind, sie sich dort jedoch auf subtilere Art und Weise zeigten. Weitergehend ist zu bedenken, dass Gruppen- und Rassenideologien in der menschlichen Geschichte vorwiegend von dominanten Gruppen entwickelt wurden, um ihre Machtansprüche zu rechtfertigen und nicht zuletzt auch die Wissenschaft in rassistische Ideologien verwickelt war. Ein weiterer wichtiger Ansatz der Soziologie, ist der Desintegrationsansatz von Wilhelm Heitmeyer. Dieser Ansatz geht auf die Anomie-Theorie Emile Durkheims zurück. Der Begriff der Anomie (Normlosigkeit, von Nomos = Gesetz oder Regel) bezeichnet einen Zustand der sozialen Desintegration, der durch den Abbau sozial befriedigender und solidarischer Kontakte entsteht. Durkheim sieht in der Beachtung sozialer Regeln, Werte und Normen eine Notwendigkeit für die Kanalisierung der menschlichen Bedürfnisse. Bei instabilen (sozialen) Verhältnissen und Prozessen zunehmender Individualisierung gehen diese sozial-vermittelnden Normen jedoch verloren: Es entsteht der Zustand der Anomie (Schubarth, 2000). Im Gegensatz zu den psychologischen Erklärungsansätzen, die das Individuum in den Mittelpunkt des Interesses stellen, legen die soziologischen Erklärungsansätze ihr Interesse vor allem auf gesamtgesellschaftliche Einflüsse und Prozesse. Der Rechtstextremismus ist nach Wilhelm Heitmeyer (1987) eine durch Verunsicherung ausgelöste Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen sozialer, beruflicher und politischer Desintegrationsprozesse. Gesellschaftliche Veränderungen beziehen sich hier vor allem auf eine zunehmende Modernisierung und Individualisierung der kapitalistischen Industriegesellschaft, die Desintegrationserfahrungen in Form von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Deklassierung produzieren. Vor wenigen Jahrzehnten jedoch konnten diese Prozesse durch gemeinschaftliche Erfahrungen der Gewerkschaften,

Verbände, Nachbarschaften oder durch die Familie angemessen kompensiert werden. Durch den Verlust dieser traditionellen Lebensformen und gemeinschaftlichen Erfahrungen werden die verschiedenen Formen der Desintegration als individuelles Schicksal erlebt und müssen alleine bewältigt werden. Zunehmende gesellschaftliche Individualisierung verschärft also die soziostrukturell bedingte personale Desintegration und führt zu einer Auflösung sozialer Zusammenhänge. Individualisierung schafft zwar auf der einen Seite mehr Entwicklungsfreiräume, doch in der Realität zwingt die Konkurrenz- und Verwertungslogik des Kapitalismus immer mehr zu utilitaristisch-kalkulativem Verhalten und führt damit längerfristig zu Konkurrenz, Desintegration und einer Auflösung des Sozialen. Es wird hier auch von der so genannten Individualisierungsfalle gesprochen (Schubarth, 2000). Gerade bei Jugendlichen rufen diese Prozesse Ohnmachtgefühle und Handlungsunsicherheiten hervor (zu beachten ist, dass Heitmeyer zunächst rechts-extremistische Orientierungen bei Jugendlichen in den Blick genommen hat). An diesem Punkt setzen rechtsextreme Konzepte an: Sie versprechen dem Individuum vermeintliche Stabilität und feste Kategorien, Orientierungsmuster und Gruppenzugehörigkeit (z.b. durch die Nation oder „Rasse“). Sie liefern ihren Mitgliedern ein klar eingeteiltes Weltbild und geben ihnen über die Theorien der nationalen und biologischen Überlegenheit der „weißen Rasse“ das Selbstbewusstsein zurück. Rechtsextreme Konzepte liefern ihren Mitgliedern auf diese Weise ein leistungsunabhängiges Zugehörigkeitskriterium. Die Thesen über das Verhältnis von Rechtsextremismus und Individuationsrisiken sind auch schon in den Theorien Erich Fromms zu finden. Er erklärt die Entstehung und Akzeptanz faschistischer Strukturen vor dem Hintergrund der kapitalistischen „Überindividuation“. Die Freiheit der Individuation werde nicht auf sinnvolle Ziele verwendet, sondern führe zu einer „Furcht vor der Freiheit“, zum Beispiel bedingt durch die Weltwirtschaftskrise und der drohenden Arbeitslosigkeit (Fromm, zitiert 1966 nach Menschik-Bendele, 1998). Einen Unterschlupf bieten hier die autoritären „sekundär-symbiotischen“ Systeme des Faschismus. Die Annahme, dass Desintegrationsprozesse zur Entwicklung feindseliger Haltungen beitragen, fand das Team um Heitmeyer in einer bundesweiten Repräsentativbefragung zur »gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« bestätigt. Heitmeyers Theorie zog jedoch eine Menge Kritik auf sich und konnte durch andere Studien teilweise widerlegt werden. Eine Forschungsgruppe der Universität Trier stellte zum Beispiel fest, dass rechtsextreme Gewalttäter vorwiegend auch aus ganz „normalen“ und keineswegs überdurchschnittlich oft aus einem zerrütteten sozialen und familiären Umwelt stammen. Zum Abschluss möchte ich noch einmal einen Blick auf die Thematik der Adoleszenz werfen, welche auch in Heitmeyers Konzept, wie bereits gezeigt, eine besondere Rolle spielt. Besonders zu erwähnen sind hier vor allem die Ideen des Psychologen und Identitätsforschers E. H. Erikson (1966, zitiert nach Menschik-Bendele,

1998). Erikson sieht als eine Ursache für eine erhöhte Aggressionsbereitschaft Jugendlicher gegenüber Ausländern einen psychosozialen Konflikt mit Einsetzen der Pubertät. Während der Pubertät gerät durch biologische, psychische und soziale Veränderungen das Selbstverständnis, Selbstkonzept sowie die soziale Identität der Jugendlichen ins Wanken. All diese Bereiche müssen neu bearbeitet und um eine geschlechtliche und berufliche Identität erweitert werden. Bei Misslingen dieser Entwicklungsaufgabe entsteht eine Rollendiffusion, die unter anderem zu Verunsicherung und Desorientierung führen kann. Zygmund Baumann (1996, zitiert nach Menschik-Bendele) vergleicht die Situation des postmodernen Jugendlichen in der Phase der Adoleszenz mit der Situation eines Bastlers, der seine Identität aus einem reichhaltigen Angebot des Pluralismus selbst zusammenbauen muss. Daher scheint es recht verführerisch zu sein, dieses komplizierte Bastelprojekt gegen eine vorgefertigte Identität mit klaren Geschlechtsrollenentwürfen und eine stützende Zugehörigkeit einzutauschen. Und eben an diesem Punkt setzen rechtsextreme Gruppierungen an. Insbesondere Jungen haben nach David Gilmore (1993, zitiert nach Menschik-Bendele, 1998) in der Adoleszenz besondere Probleme sich mit einer männlichen Identität darzustellen. An eben diesem Punkt setzen die Konzepte der Rechtsextremen besonders an. Dies dürfte dann auch unter anderem erklären, warum tendenziell mehr junge Männer als Frauen eine hohe Affinität zu diesen Gruppen entwickeln. Es gibt einige wenige Untersuchungen, wie zum Beispiel von Nadig (1998, zitiert nach Menschik-Bendele, 1998), die zeigen, dass Männlichkeitsmodelle der rechtsextremen Jungen und Männer sehr klar entworfen und strukturiert sind damit für junge Männer klare Orientierungspunkte liefern können.

## **5. Antidiskriminierungsmaßnahmen**

### **5.1 Die makro-soziale Ebene**

Zuwanderungsbewegungen von Arbeits-Emigranten und politischen Flüchtlingen sind vor allem ein Ausdruck internationaler sozialer Ungleichheiten der Arbeits- und Lebenschancen (Wolf-Almanasreh, 2002). Im Unterschied zu einer Fluchtmigration findet die Arbeitsmigration in eine eindeutige Richtung statt: von weniger entwickelten und armen Ländern in die entwickelteren und reichen Länder. Aufgrund der Tatsache, dass seit Beginn des 21. Jahrhunderts mehr Menschen in absoluter Armut als je zuvor leben, ist davon auszugehen, dass eine Bewegung der Arbeitsmigration anhalten wird und auch nach Deutschland weitere Zuwanderungen erfolgen werden. Dies bedeutet, dass sich Politik, Verwaltung und Gesellschaft mit all ihren dazugehörigen Institutionen nachhaltig auf die Integrations- und Zuwanderungsprozesse einstellen sollten. Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften sind in der Regel jedoch nicht durch ein harmonisches Klima geprägt,

sondern durch vielfältige Konflikte und Spannungen, die in unterschiedlicher Intensität zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den zugewanderten Minderheiten, als auch innerhalb der beiden Gruppen ihren Ausdruck finden (Schulte, 2002). Zu diesen Konflikten zählen unter anderem auch die destruktiven Phänomene der Diskriminierung, des Rassismus, des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit. In der Integrationspolitik sollte daher auch den Antidiskriminierungsmaßnahmen eine besondere Bedeutung zukommen. Unter Diskriminierung versteht man eine Ungleichbehandlungen, die Gleichheits- und Gleichbehandlungsgrundsätzen widerspricht und eine Benachteiligung oder Bevorzugung zum Ziel oder zur Folge hat (Rittstieg und Rowe, 1992 zitiert nach Schulte, 2002). Weitergehend ist zu unterscheiden zwischen institutioneller (staatlicher) Diskriminierung, welche rechtliche Normen oder Aktivitäten staatlicher Einrichtungen beinhalten und einer gesellschaftlichen und privaten Diskriminierung, die von Einzelpersonen oder sozialen Gruppen getragen wird. Verpflichtungen zu Antidiskriminierungsmaßnahmen ergeben sich zum einen aus integrationspolitischen Gesichtspunkten, aber auch vor allem aus Normen des Völker-, Europa- und Verfassungsrechtes. Bei dem hier verankerten Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Diskriminierungsverbots geht es vor allem um folgende Punkte (Schulte, 2002):

- Diskriminierungsverbote, die im Völker-, Europa- und Verfassungsrecht verankerten sind, sollen durch einfachgesetzliche Bestimmungen ergänzt werden, die die Formen der direkten als auch der indirekten Diskriminierung erfassen.
- Im zivilrechtlichen Bereich sind Ansprüche auf Unterlassung, Schadensersatz und Genugtuung bei diskriminierenden Handlungen in den Bereichen Verkauf und gewerbliche Vermietung von Wohnungen, Ausbildung und Beruf sowie Warenverkauf und öffentliche Dienstleistungen aller Art (Geschäfte, Diskotheken, Hotels, Banken, Versicherungen etc.) zu gewährleisten.
- Die Schwierigkeiten des Nachweises von diskriminierenden Handlungen sollen durch eine Beweislastumkehr vermindert werden.
- Es sollen wirksame Vorkehrungen für die Durchsetzung der rechtlichen Ansprüche der Opfer geschaffen werden.
- Lösungen in konkreten Diskriminierungsfällen sollten nicht ausschließlich auf gerichtlichem Wege, sondern auch durch Vermittlung oder Schlichtung ermöglicht werden.



- Strafrechtliche Normen bei der Verfolgung von ausländerfeindlichen und rassistischen Übergriffen, Gewaltakten und Propaganda sollen konsequenter umgesetzt und gegebenenfalls verschärft werden.
- Antirassistischen Vereinigungen soll die Möglichkeiten eingeräumt werden, Untersuchungen durchzuführen und bei Prozessen als Nebenkläger aufzutreten,
- Die Durchführung ‚positiver‘ Maßnahmen soll ermöglicht werden: Der Gleichbehandlungsgrundsatz hindert danach die Mitgliedsstaaten nicht daran, zur Gewährleistung der vollen Gleichstellung in der Praxis spezifische Maßnahmen beizubehalten oder zu beschließen, mit denen Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft verhindert oder ausgeglichen werden.
- Der Zugang zur Erwerbstätigkeit, der Beschäftigung unter Arbeitsbedingungen, zu jeder Art von Berufsausbildung, Mitgliedschaften in Berufsorganisationen, zum Sozialschutz, den Gesundheitsdiensten, zu Bildungsangeboten und zum Wohnraum muss gewährleistet sein.
- Diskriminierungsfälle von amtlichen Stellen sind systematisch zu erfassen, auszuwerten und zu veröffentlichen.

In mehreren Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden bereits Konzepte entwickelt, um Diskriminierungsprozessen gegenüber Minderheiten entgegenzuwirken. Die Beweislastumkehr (also die Forderung, dass die Diskriminierenden beweisen müssen, dass ihre Handlung nicht rassistisch oder ähnlich motiviert war) spielt in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle (Wolf-Almanasreh, 2002). Einige Mitgliedstaaten der EU haben bereits Antidiskriminierungsgesetze in ihrem institutionellen System eingegliedert und spezielle Stellen oder Rechtsorgane etabliert, um Diskriminierungsprozesse in der Gesellschaft zu registrieren und gegen sie vorzugehen. Die Einrichtung solcher Institutionen, die Erlassung bestimmter Gesetze gegen Diskriminierung und die Gewährleistung ihrer Funktionstüchtigkeit stehen jedoch in vielen Ländern und eben auch in Deutschland noch aus. Hierzu zunächst einige Informationen über die Entwicklung, Anwendung und die Problematiken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) der Bundesrepublik Deutschland.

### **5.1.1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) der Bundesrepublik Deutschland**

Anstoßpunkt zur Erlassung eines Antidiskriminierungsgesetzes in Deutschland war die von der Europäischen Union erlassene Richtlinie „Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder ethnischen Herkunft“ bis zum Sommer 2003 zu verabschieden (Kahlweit, 2002). Ziel sollte es sein Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen Herkunft diskriminiert werden, die Möglichkeit einzuräumen, sich auf juristischer Ebene gegen diese Ungleichbehandlungen zur Wehr zu setzen. Die Bundesregierung nahm Diskriminierungen, die auf Grundlage ethnischer Zugehörigkeit stattfinden, aber auch des Alters, der Religion, der geistigen oder körperlichen Behinderung, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung mit in ihren Entwurf auf. Anfangs war geplant, das Gesetz bereits im März 2002 zu verabschieden. Allerdings rief der Entwurf Widerstand hervor und führte zu heftigen Debatten. Unter anderem forderten die Kirchen dazu auf, den Aspekt der Religion zu streichen, da ein solches Gesetz zur Folge hätte, dass sich theoretisch jeder einen Platz im christlichen Altenheim oder Kindergarten einklagen könnte. Dem widersprachen Vertreter des Zentralrates der Juden und Vertreter der Muslime in Deutschland und meinten, dass das Gesetz unter Ausschluss der Religion quasi sinnlos wäre, da Juden und Muslime dann weiterhin diskriminiert werden könnten. Ein anderer Kritikpunkt ist der, dass gerade rechtsextreme Parteien auf Grundlage dieses Gesetzes Klage erheben könnten, da ihnen aus weltanschaulichen Gründen das Vereinsrecht versagt bleibt. Norbert Geis (CSU) ging sogar so weit zu behaupten, dass das Gesetz einen Eingriff in das Privateigentum darstelle. Aufgrund all dieser Kritiken und Diskussionen dauerte es fast sechs Jahre bis das Gesetz letztendlich am 18. August 2006 verabschiedet werden konnte. Das AGG soll seine Anwendung in den Bereichen des Arbeits-, Zivil- und Sozialrechts finden. Die Bundesrepublik kommt mit diesem Gesetz ihrer europarechtlichen Verpflichtung nach, vier von der EU verabschiedeten Richtlinien gegen Diskriminierung umzusetzen. Deutschland wurde bereits vom Europäischen Gerichtshof wegen der nichtfristgerechten Umsetzung der beiden ersten EU-Richtlinien verurteilt. Trotz der langen Bearbeitungszeit, gibt es immer noch viele Kritikpunkte, so zum Beispiel von Seiten der Antidiskriminierungsbüros in Deutschland, die behaupten, das Gesetz bleibe an einigen relevanten Stellen hinter den EU- Richtlinien zurück. Zudem werde die Sichtweise und das Interesse der Betroffenen zu wenig berücksichtigt. Weiterhin schließe es den gesamten Bereich öffentlicher Verwaltung und Institutionen sowie Diskriminierung zwischen Privatpersonen außerhalb von Vertragsverhältnissen aus. Auf ein Unverständnis stößt auch die Verwendung des Begriffs der „Rasse“ im AGG (Chicote, 2006). Gesellschaftliche Diskussionen sowie zahlreiche Medienberichte zeigen, dass dieser Begriff ohne jegliche Erklärung und undifferenziert verwendet wird und auf

diesem Wege den Glauben an die Existenz der „menschlichen Rassen“ nur begünstigt. Auch die Vernachlässigung der Merkmale Staatsangehörigkeit und Sprache beim Diskriminierungsschutz, sowie der nicht nachvollziehbare Diskriminierungsschutz im zivilrechtlichen Teil sind zu kritisieren. Hinsichtlich der schleppenden Bearbeitungszeit, der es bedurfte das Gesetz zu verabschieden, lassen sich zwei konträre Standpunkte finden. Die unabhängigen Antidiskriminierungsbüros Deutschlands (2006) meinen, dass durch diese Vorgehensweise der Eindruck in der Gesellschaft entstand, dass das Gesetz eine von der EU aufgezwungene bürokratische Belastung sei und eher ein Kostenfaktor für die Wirtschaft darstelle, als eine Bereicherung der Gesellschaft. Dem widersprechend lässt sich bei Wilhelm Heitmeyer (2002) finden, dass vielleicht gerade durch diese andauernden Debatten Antidiskriminierung zum Dauerthema werden könnte und so mehr Aufmerksamkeit erhalten und länger im öffentlichen Bewusstsein bleiben wird. Die Wirksamkeit des Gesetzes muss sich nun in der Praxis bestätigen, es ist allerdings absehbar, dass das Gesetz wohl nicht mehr als eine Signalwirkung darstellen wird. Weitergehend kann ein solch umfassendes Gesetz wie das AGG seine sensibilisierende Kraft nur dann entfalten, wenn es Maßnahmen gibt, dies es begleiten.

Nach Ansicht von Rosi Wolf-Almanasreh (2002) reicht eine Gesetzesänderung alleine nicht aus, um nachhaltig gegen Diskriminierungsprozesse in der Gesellschaft auf institutioneller (also in der öffentlichen Verwaltung, des Bildungswesens, der Polizei, der Justiz etc.) und individueller oder gesellschaftlicher Ebene vorzugehen. Sie plädiert hier vor allem für eine umfassende Antidiskriminierungspolitik, welche helfen sollte das gesellschaftliche Klima insgesamt zu verbessern. Und dies kann vor allem auf Ebene der Kommune geschehen. Nach Rosi Wolf-Almanasreh (2002) findet die Diskriminierung ethnischer Minderheiten und Migranten in öffentlichen Institutionen (besonders in Behörden) im gleichen Ausmaß statt, wie durch private Institutionen und Personen. Hierzu führt sie zum Beispiel an, dass sich in Frankfurt am Main 90 % der Diskriminierungsmeldungen auf diskriminierende Verhaltensweisen der Beschäftigten der Stadtverwaltung und Polizei bezögen. Doch gerade die öffentlichen Institutionen sind per se Kommunikationsinstrumente zwischen dem Staat und seinen Bürgern und sollten daher eigentlich auf konstruktive Art und Weise genutzt werden. Die Kontakte, welche die Verwaltung täglich mit den Menschen wahrnimmt, sollten Chancen ergeben, Ideen, Vorschläge und Hinweise der Bürger sammeln, um zum Beispiel Gesetzeslagen, die den aktuellen Einwanderungs- und Integrationsprozessen nicht mehr entsprechen, überarbeiten zu können. Es geht hier also vor allem um die Idee der Vernetzung, zwischen den Bürgern, den öffentlichen Institutionen und der Legislative, um realitätsbezogene Informationen und Rückmeldungen der Bevölkerung in konstruktive Maßnahmen und Konzepte umsetzen zu können (siehe Abbildung 1). Um das

Negative ins Positive zu wenden, sollte jedoch zunächst auf institutioneller Ebene geguckt werden, worin die diskriminierenden Verhaltensweisen der Verwaltungsmitglieder begründet liegen und hier spielt vor allem Zeitmangel, Arbeitsdruck, Überforderung und die fehlende Unterstützung durch Vorgesetzte eine entscheidende Rolle (Wolf-Almanasreh, 2002). Damit ergibt sich eine Forderung nach einer veränderten Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten, welche den Umgang mit Einwanderungs- und Integrationsproblematiken mit einschließt, sowie die Etablierung eines kompetenten Fachmanagements in öffentlichen Institutionen. Maßnahmen dürfen jedoch nicht nur einseitig sein, da auch Migranten durchaus Beschäftigte des öffentlichen Dienstes beleidigen und verbal angreifen können. In diesem Fall wäre es zum Beispiel möglich, Mitglieder kooperationswilliger Ausländervereine als Vermittler und Schlichter einzusetzen. Sofern es auch auf Stadtteilebene zu sozialen oder anderen Konflikten kommt, sei es nach Wolf-Almanasreh, (2002) auch hier ratsam eine Einrichtung von Stadtteilvermittlern oder eines interkulturellen Stadtteilmanagements unterschiedlicher Muttersprachen zu etablieren. Denn Lösungen in konkreten Diskriminierungsfällen sollten nicht ausschließlich auf gerichtlichem Wege, sondern auch durch Vermittlung oder Schlichtung ermöglicht werden. Dieser Gesichtspunkt ist auch in den Normen des Völker-, Europa- und Verfassungsrechtes (siehe oben) aufgeführt. Eine Schulung dieser Vermittler als Mediatoren und eine gute Zusammenarbeit mit den öffentlichen Institutionen und der Polizei haben hier besonderen Stellenwert. Die Idee ist es also, dass sich die Kommune ihren eigenen Pool an Helfern aufbaut, um auch auf diesem Wege einen intensiveren Kontakt zwischen den Bürgern, den exekutiven und iudikativen Institutionen zu ermöglichen und mit den Themenstellungen der Integration und Antidiskriminierung gemeinsam in Kontakt zu kommen.

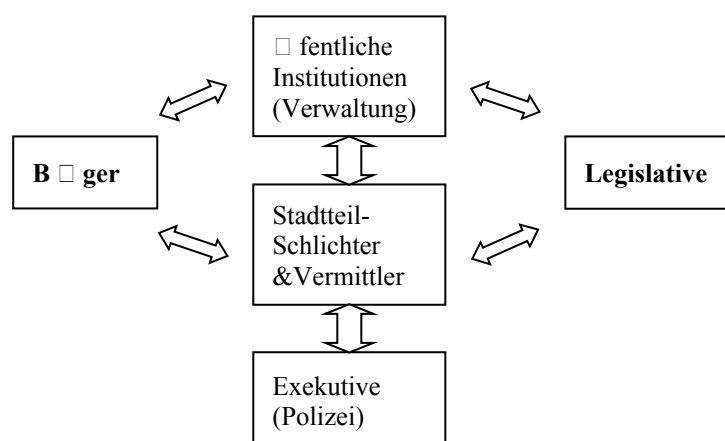


Abb. 1

Weitergehend sollte es eine besondere städtische Förderung von Vereinen und Verbänden geben,

die gewissenhaft Antidiskriminierungsarbeit leisten oder sich um Integrationsprozesse bemühen (Sportvereine etc.). Für die Etablierung eines gesellschaftlichen antidiskriminatorischen Klimas sind jedoch vor allem auch überzeugende Worte und Politik des Stadtteilparlaments gegen jegliche Form der Ungleichbehandlung von großer Bedeutung.

Kommen wir nun von den theoretisch konzipierten Maßnahmen und Forderungen zu den praktizierten Konzepten einer multikulturellen Stadt. Als Beispiel die Stadt Berlin, in welcher Menschen aus rund 180 Nationen leben. Wie sich der Berliner Senat mit den Problematiken von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzt, soll nun im Folgenden gezeigt werden.

### **5.1.2 Die Antidiskriminierungspolitik der Stadt Berlin**

Untersuchungen des Berliner Verfassungsschutzes aus dem Jahre 2004 ergaben, dass rechte Gewalt in Berlin großen Schwankungen unterliegt, sich jedoch insgesamt auf einem bedenklich hohen Niveau bewegt. Bei rechtsextremen Gewaltstraftaten lag im Bundesvergleich nach Fallzahl pro 100.000 Einwohner/innen Berlin an dritter Stelle. Deutlich gestiegen innerhalb der Gewaltdelikte ist im Jahre 2004 die Zahl der Volksverhetzungsdelikte und der antisemitischen Straftaten. Auch hat die Anzahl der vom Verfassungsschutz registrierten Neonazis stark zugenommen. Rassistische Handlungen, Gewalt und Vorurteile zeigen sich aber auch zunehmend innerhalb einzelner Migrantengruppen. Neben konkreten Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierungen geht es Berlin vor allem auch darum eine allgemeine Kultur der Akzeptanz in der Gesellschaft zu aktivieren und zu etablieren. Zentrale Bedeutung kommt dabei der kommunalen Integrationspolitik zu, denn Integrationsprozesse sowie Diskriminierungen finden vor allen in den Stadtteilen und Bezirken statt (Berliner Senat, 2005). Vor dem Hintergrund der EU-Richtlinien wurde im Januar 2005 die Einrichtung einer Senatsleitstelle gegen Diskriminierung aus Gründen der ethnischen Herkunft, der Weltanschauung und der Religion eingerichtet. Zu ihren Hauptaufgaben gehört es zunächst durch Öffentlichkeitsarbeit, Empowerment und Dialoge das Bewusstsein für die Phänomene ethnischer Vorurteile und die damit verbunden Diskriminierungsprozesse zu aktivieren. Beratung, Recherche und Unterstützung im Einzelfall, sowie die Sammlung von Fakten, die Aufdeckung von Zusammenhängen und Strukturen und die Vernetzung der in der Antidiskriminierungsarbeit tätigen Verwaltungen und nichtstaatlichen Organisationen fallen weitgehend in ihren Aufgabenbereich. Das Thema Homosexualität ist unter Migranten/innen besonders stark tabuisiert und Homosexuelle sind besonders ihrer Gewaltübergriffe ausgesetzt. Ziel

der Politik des Senats ist es, homosexuelle Migranten/innen vor Angriffen und Anfeindungen zu schützen und Aufklärung in den Migrantengemeinschaften zu betreiben, gleichgeschlechtliche Lebensweisen zu akzeptieren. Hierzu unterstützt der Senat eine Reihe von Initiativen und Aktivitäten. Die Antidiskriminierungsarbeit dieser Senatsstelle ist mit tätigen Verwaltungen und nichtstaatlichen Organisationen vernetzt, hinzu kommt eine enge Zusammenarbeit mit der Landespolizeischule zur Antidiskriminierungsarbeit und interkulturellen Öffnung. Weitergehend wird sie durch die Antidiskriminierungsarbeit von freien Trägern unterstützt, insbesondere durch das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin, das neben Einzelfallarbeit breite Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzungen leistet. Auch in den Bezirken und Stadtteilen werden Maßnahmen getroffen. Der Senat betrachtet gerade diese Arbeit als ein besonders wichtiges Handlungsfeld: Im Landesprogramm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ werden seit 2002 pro Jahr ca. 30 Projekte, die es zum Ziel haben zivilgesellschaftliche demokratische Strukturen, Respekt und Toleranz in und zwischen vielfältigen Bevölkerungsgruppen zu fördern, unterstützt. Zu weiteren Handlungsfeldern gehören: Beratungsarbeit, die Stärkung der Nachbarschaft und der kommunalen Integration, sowie Opferberatung und die Dokumentation und Recherche fremdenfeindlicher Gewalttaten. Das Programm berücksichtigt dass Minderheiten potenzielle Opfer von Übergriffen sind, aber auch innerhalb von Migranten-Communities demokratiefeindliche Erscheinungen bestehen. In dem Schwerpunktbereich „Demokratische Jugendkultur und Stärkung der Zivilgesellschaft“ sowie „Kommunale Integration - Nachbarschaft stärken“ lernen beispielsweise Jugendliche mit Konflikten konstruktiv umzugehen, kulturelle und ethnische Unterschiede zu akzeptieren und Mitverantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Ähnliche Ziele verfolgt das Förderprogramm respectABel - Aktion Berlin, welches kleine kommunale Initiativen gegen fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt, die von jungen Menschen selbst initiiert werden, fördert. Ergänzt werden die Programme durch Einrichtungen im Sozialraum: hier spielen vor allem Nachbarschaftszentren und Selbsthilfekontaktstellen eine entscheidende Rolle. Ähnliches gilt für die Jugendzentren. In besonders ausgeprägten sozialen Brennpunktgebieten befasst sich auch das Quartiersmanagement mit demokratiefeindlichen Entwicklungen. Das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin ist die Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Sie hat die Aufgabe langfristige und nachhaltige Präventionsarbeit zur Reduzierung von Gewalt und Kriminalität in Berlin zu unterstützen und zu fördern, indem sie gewalt- und kriminalpräventive Projekte initiiert und fördert, Untersuchungen zu Gewalt- und Kriminalitätsprävention durchführt, Rahmenbedingungen für die Präventionsarbeit in Berlin gestaltet und die Vernetzung von Präventionsakteur/innen vorantreibt. Die Landeskommision hat darüber hinaus den Auftrag die

Umsetzung des Senatsbeschlusses vom September 2000 „Maßnahmen und Konzepte gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ zu koordinieren. Um einen weiten Informationsaustausch zum Thema „Rechtsextremismus“ zu gewährleisten, organisiert die Kommission jährlich mindestens einen Erfahrungsaustausch unter den Akteuren/innen, die sich mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassen. Als Informations- und Servicestelle bringt sie Publikationen zu den Themen „Rechtsextremismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“ heraus, organisiert die von ihr veranstalteten Berliner Präventionstage und bietet im Internet Informationen zu Projekten und Maßnahmen an. Weitergehend wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ eingerichtet. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik gibt es nämlich eine überproportionale Belastung von männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Bereich der Rohheitsdelikte. Die Stadt Berlin hat es sich weitergehend zur Aufgabe gemacht, jegliche rechtsextremistische Handlungen mit allen Mitteln des Rechtsstaats zu verfolgen und strafrechtlich zur Rechenschaft zu ziehen. In dem Bereich politischer Delikte ergreift der Verfassungsschutz Berlin angemessene Massnahmen.

In Berlin gibt es vermutlich die größte Dichte an Projekten und Einzelmaßnahmen. Zu Versuchen der Vernetzung und Koordination dieser Projekte, organisiert die Senatsstelle gegen Diskriminierung und die Landeskommision Berlin jährlich mindestens einen Erfahrungsaustausch unter den Akteuren/innen, die sich mit der Bekämpfung des Rechtsextremismus befassen. Die Aktivierung und Unterstützung dieser Synergieeffekte ist als positiv zu erachten. Diese Programme, die vor allem in den Stadtteilen und Bezirken ihr Aufgabenfeld haben, fördert die Stadt Berlin und deckt damit ein besonders wichtiges Handlungsfeld der Antidiskriminierungsarbeit ab. Weitergehend ist die Etablierung einer Opferberatungsstelle, die mobilen Beratungstätigkeiten, die Dokumentation und Erfassung rechtsextremer Gewalttaten, sowie die Bildungs- und Aufklärungsarbeit als durchaus positiv zu bewerten. Auch Konflikten, die innerhalb der Migranten-Communities stattfinden (wie zum Beispiel der Aspekt der Homophobie), kommen bereits in Ansätzen eine Bedeutung zu. In welcher Qualität diese Maßnahmen nun insgesamt in der Realität ihre Anwendung finden, bleibt natürlich dahingestellt. Angesichts der vielen Fälle von rassistisch motivierter Jugendgewalt, wundert es mich, dass sozialpädagogische Aufgabenfelder besonders im Bereich der Schule und anderen Bildungseinrichtungen, dem Anschein nach, keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Es werden in diesem Bereich lediglich Maßnahmen in Jugendzentren angemerkt. Weitergehend scheint der Aspekt der institutionellen Diskriminierung in den Konzepten der Stadt Berlin keine besondere Bedeutung zu bekommen. Da jedoch ein nicht unbedeutender Anteil von Diskriminierungsfällen in der öffentlichen Verwaltung stattfindet, ergibt

sich meiner Meinung nach dadurch eine unbedingte Forderung nach einer veränderten Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten in diesen Institutionen (siehe Rosi Wolf-Almanasreh, 2002). Auch die Zusammenarbeit mit der Landespolizeischule zur Antidiskriminierungsarbeit und interkulturellen Öffnung, von der hier die Rede ist, wird in ihrer Qualität durch eine nicht geringer Anzahl rassistisch motivierter Handlungen von Polizeibeamten immer noch stark in Frage gestellt (vgl. Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg, 2005). Auch auf der Ebene des Arbeits-, Zivil- und Sozialrechts, sind laut des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin kritische Elemente zu verzeichnen. Es geht hier vor allem um das AGG und seiner Relevanz für Stadt Berlin. Das AGG sieht beispielsweise vor, dass Menschen nicht-deutscher Herkunft auch zukünftig von Hausverwaltungen aufgrund ihrer Herkunft abgelehnt werden dürfen, um eine ausgewogene und sozial-kulturelle Mischung in Wohnhäusern und Stadtteilen zu gewährleisten. Ferner müssen laut AGG Betroffene, um Entschädigungs- oder Schadensersatzansprüche geltend machen zu können, dies innerhalb von zwei Monaten tun. Diese Fristsetzung ist weder im Sinne der Betroffenen, noch konform mit den EU-Richtlinien. Zusätzlich steht diese zu knapp bemessene Frist dem Ziel des Gesetzes entgegen, vorrangig eine außergerichtliche Einigung anzustreben. Während im arbeitsrechtlichen Teil Diskriminierungen untersagt sind, wenn die diskriminierende Person nur ein Diskriminierungsmerkmal annimmt, muss im Bereich des Zivilrechtes das Diskriminierungsmerkmal auch tatsächlich vorliegen. Diese Inkonsistenz stellt ein Einfallstor für Diskriminierung dar und steht einem effektiven Schutz für all jene, die aufgrund äußerlicher Merkmale bestimmten Gruppen zugeordnet werden, stark im Wege. Florencio Chicote (2006), ein Mitarbeiter des Antidiskriminierungsnetzwerkes Berlin des TBB weist weitergehend darauf hin, dass Betroffene, um Ansprüche geltend zu machen, auch trotz des AGGs immer noch selbst Indizien vorlegen müssten, die eine Benachteiligung aufgrund eines Diskriminierungsgrundes vermuten lassen. Eine echte Beweislastumkehr steht, diesen Berichten zu Folge, damit stark in Frage.

## **5.2 Die mikrosoziale Ebene**

### **5.2.1 Informations- und Kontaktprogramme**

In der sozialpsychologischen Forschung zur Reduktion von Vorurteilen dominieren vor allem zwei Ansätze, die sich gegenseitig ergänzen: die Informations- und Kontaktprogramme. „Zwischen“ diesen beiden Konzepten sind die Kategorisierungsansätze der kognitiven Stereotypenforschung anzusiedeln (Zick, 1998). Informationsprogramme haben in der Regel das Ziel, auf Rassismus und Vorurteile aufmerksam zu machen und ein kritisches Bewusstsein, durch einen Appell an Normen, für diese destruktiven Phänomene zu aktivieren. Dies wird zum Beispiel unter anderem durch



Plakate, TV-Spots, Flugblätter und so weiter versucht. Hier ist zu unterscheiden zwischen normativ-ideologischen und normativ-handlungsorientierten Informationsprogrammen. Eine Reihe von Aktionen gegen Rassismus versuchen antirassistische Normen durch die Festlegung auf Regeln zu implementieren. Dies sind die normativ-handlungsorientierten Programme. Zum Beispiel wurden in dem Projekt "Schule ohne Rassismus", welches von der Aktion „Courage“ und „SOS-Rassismus“ initiiert wurde, Regeln für eine „Schule ohne Rassismus“ aufgestellt, auf die sich die Schüler einer Schule verständigen sollten. Unterstützt wird dieses Programm durch den "Europäischen Pass gegen Rassismus", den die Schüler bei sich tragen und dokumentieren, dass sie gegen Rassismus Stellung beziehen und sich verpflichten bei Angriffen einzuschreiten (Zick, 1998). Im Gegensatz zu Informationsprogrammen, die auf die Akzeptanz von sozialen Normen abzielen, versuchen andere Kampagnen stärker Handlungsperspektiven zu entwickeln. Der Rotterdamer Antidiskriminierungsrat (RADAR) arbeitet zum Beispiel seit Jahren mit der Polizei zusammen. Grundsatz der Arbeit ist die Auffassung, dass antirassistische Gruppen und die Polizei Partner im Kampf gegen Rassismus sein können (Triesscheijn, 1997, zitiert nach Zick, 1998). Denn antidiskriminierende Handlungen können Vorurteile und rassistische Einstellungen ändern, ebenso wie Einstellungen Verhaltensweisen determinieren (Zick, 1998). Insgesamt lassen sich Informationsprogramme wissenschaftlich durch folgende drei Annahmen begründen (Zick, 1998): (1) Einstellungen lassen sich durch persuasive, also überzeugende Kommunikation verändern. (2) Stereotype und Vorurteile sind erlernt, was bedeutet, dass sie durch geeignetes Informations- und Lernmaterial reduziert werden können. (3) Informationsprogramme sind für die kognitiven Prozesse der sozialen Kategorisierungen (s.o.) von Bedeutung, da sie bestehende Kategorien differenzieren und kritisch in Frage stellen können. Informationsprogramme werden in der Praxis meist mit Kontaktprogrammen gekoppelt, denn jeder interkulturelle Kontakt ist gleichsam ein Austausch von Informationen. Zu Kontaktprogrammen gehören unter anderem kooperative (Schüler-)Lerngruppen mit ethnisch heterogener Zusammensetzung, sowie Schüleraustauschprogramme und sozialpädagogische Seminare. Intergruppale Kontakte als Mittel der Vorurteilsreduktion fokussieren zum Beispiel auch Bowers & Swanson (1988, zitiert nach Zick, 1998) in ihrem Schulinterventionsprogramm. Sie entwickelten ein Lern- und Erziehungsprogramm zur Reduktion ethnischer Vorurteile und Stereotype für Schüler der fünften Klasse. Speziell sollten hier positive Erfahrungen bei Interaktionen zwischen Mitgliedern verschiedener ethnischer Gruppen vermittelt werden, verschiedene Interaktionsfähigkeiten bei den Kindern aufgebaut und die Akzeptanz von Gruppenunterschieden und individuellen Unterschieden erhöht werden. Die Basis-Ideen dieser Programme gehen auf die so genannte Kontakthypothese zurück. Allport (1954, zitiert nach Zick, 1998) stellte mit als Erster die Hypothese auf, dass mit der Häufigkeit der Kontakte zwischen den

Gruppen gegenseitige Vorurteile der Gruppen abnehmen. In der Forschung dominieren vier Erklärungsansätze für die Wirksamkeit dieses Konzeptes (Zick, 1998):

(1) Der Kontakt reduziert Vorurteile durch einen Lernprozess, indem die Outgroup besser kennen gelernt wird und so eine größere Handlungssicherheit gewonnen werden kann. (2) Kontakte führen zu Verhaltensänderungen, die Einstellungsänderungen zur Folge haben. (3) Kontakte schaffen affektive Verbindungen zur Outgroup. Wenn positive Emotionen aktiviert werden, können auf diesem Wege Antipathien reduziert werden. (4) Durch den Kontakt kommt es ebenfalls zu einer Neubewertung der Ingroup, da die eigenen Normen nicht mehr als universeller Standard zur Beurteilung der sozialen Welt herangezogen werden können. Die allgemeine Güte der Kontakt-Hypothese wird jedoch stark durch den von Pettigrew (1998, zitiert nach Zick) erwähnten Einwand in Frage gestellt, dass sich in den meisten initiierten pädagogischen Kontaktsituationen kaum Personen finden lassen, die besonders vorurteilsvoll und rassistisch sind. Weitergehend fügen Devine und Vasques (1998, zitiert nach Zick 1998) an, dass die Kontakt-Hypothese nicht die Perspektive der Minderheiten berücksichtigt, denn auch sie können nicht nur Opfer diskriminierenden Verhaltens sein, sondern genauso gut auch die Täter. Denn Vorurteile sind immer funktional für beide Gruppen.

Kommen wir nun zu dem Kategorisierungsansatz der Stereotypenforschung und dem aus ihm abgeleiteten Modell (Zick, 1998). In der Grundlagenforschung wird hier zunächst angenommen, dass die Veränderung der Kategorisierung einen direkten Einfluss auf die Reduktion von Vorurteilen hat. In der Forschung dominieren drei wesentliche Modelle zur Verarbeitung und Änderung von Stereotypen (Zick, 1998): 1. Das Bookkeeping-Modell: Stereotypenänderungen werden als graduelle Prozesse betrachtet, in welchen jede neue inkongruente Information Stereotype verändern kann. 2. Das Konversionsmodell: durch einzelne, für das Individuum bedeutsame inkongruente Informationen kann das gesamte Stereotyp geändert werden. 3. Das Subtyping-Modell: Stereotype werden als hierarchische Strukturen definiert, die durch neue Erfahrungen zustande kommen. Die Aufnahme inkongruenter Informationen führt dann zu einer Differenzierung der vorhandenen Vorurteile. An diesem Punkt angelangt, lässt sich nun folgendes beobachten: die Effekte der Informationsverarbeitung (insbesondere der sozialen Kategorisierung) und die Effekte des interkulturellen Kontaktes sind immer interaktiv.

### **5.2.2 Strategien und Programme des Antirassismus**

Die bereits existierenden und angewendeten Interventions- und Präventionsprogramme zur Änderung von Vorurteilen und Rassismus basieren zum größten Teil auf den Ideen der Kontakt- und Informationsprogramme. Am weitesten verbreitet sind hier vor allem die kognitiven Trainings,

beziehungsweise die Trainings von Selbsteinsicht. Zu diesen Konzepten gehören Maßnahmen, die ihren Ansatzpunkt in Denk- und Wahrnehmungsprozesse haben, um Vorurteile zu reduzieren (Zick, 1998). Das Prinzip der Perspektivübernahme ist hier eine besonders wichtige Voraussetzung und Fähigkeit, die aktiviert und gefördert wird. Dies kann zum Beispiel in besonderer Weise über Rollenspiele geschehen: Hier kommt es zum Erlernen einer Perspektive zur Problematik des Rassismus anhand konkreter Erfahrungen. Vorurteile werden dadurch reduziert, dass sich die Vorurteilsträger über die Ursachen von Vorurteilen bewusst werden. Sie werden somit also sichtbar und damit ergibt sich auch die Möglichkeit sie zu behandeln und zu verändern (siehe Abbildung 3).

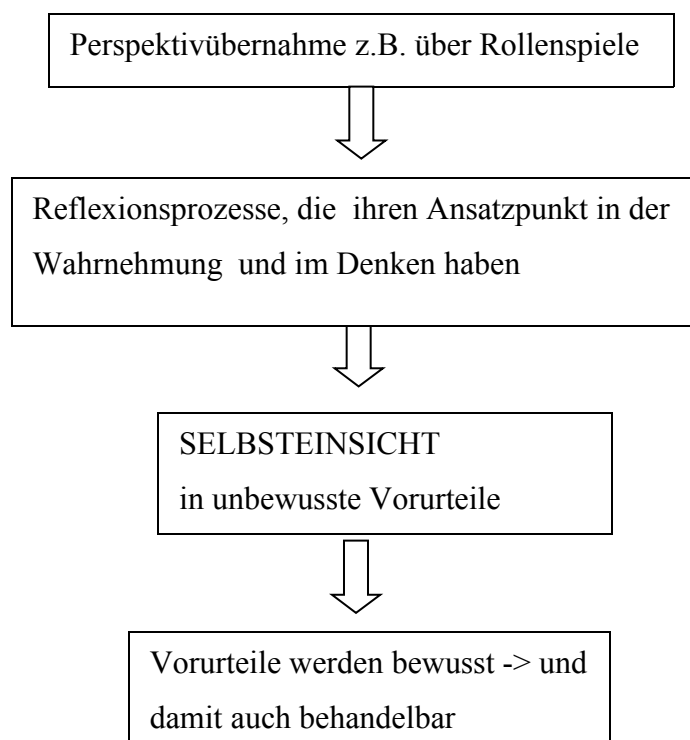


Abb. 3

Ein Training, welches die Elemente der Perspektivübernahme mit Hilfe eines Rollenspiels besonders gut darstellt, ist das Blue-Eyed-Brown-Eyed-Training, welches von der amerikanischen Lehrerin Jane Elliot entwickelt wurde und Diskriminierungsprozesse anhand der Augenfarbe verdeutlicht, also einer physischen Eigenschaft die nicht verändert werden kann (Zick, 1998). Das Training basiert in erster Linie auf einer Aufteilung von Menschen in ihre Augenfarbe: also in Braunäugige und Blauäugige. Den Blauäugigen werden alle schlechten Eigenschaften, die in unseren Gesellschaften Minderheiten anhängen, zugeteilt. Die Braunäugigen werden ganz im Gegensatz dazu mit positiven Eigenschaften charakterisiert und mit Privilegien ausgestattet, die den Blauäugigen nicht zukommen. Auf der Homepage des Zentrums für Rassismusforschung in Marburg (Adresse: <http://www.uni-marburg.de/dir/eyetoeye>) stellt Jürgen Schlicher die Durchführung dieses Programms in einer deutschen Schule als Beispiel vor.

‚Hinsetzen, Klappe halten, Beine zusammen!’ Mit diesem Kommando beginnt für die eine Hälfte der Schüler der Montagmorgen. Mit einem grünen Kragen bekleidet werden die Blauäugigen in ein leeres Zimmer geschickt. Dort warten sie, fast eine Stunde lang. Niemand erklärt ihnen, warum. Nach dieser Stunde sind sie müde. Und werden danach - unwissentlich - alle negativen Vorhersagen erfüllen. (...) Die Braunäugigen werden im Klassenraum mit Saft und Keksen empfangen. Der Programmleiter gibt folgende Erklärung ab: ‚Das Problem mit Blauäugigen ist, daß sie nichts lernen wollen. Sie hören nicht zu und vergessen alles sofort.’ (...) Dann werden sie in die Regeln eingewiesen: Als Braunäugige dürfen sie sich nicht mit den anderen solidarisieren, keine Erklärungen anbieten. Sonst droht die Degradierung zum Blauäugigen. Bei Diskriminierung, so erklärt Schlichter, gehe es um eine Machtausübung einer Gruppe. Deswegen müsse oben und unten klar getrennt bleiben. Die einen diktieren die Spielregeln, die anderen müssen sie einhalten. (...) Die zwei nach Augenfarbe sortierten Gruppen erleben den Vormittag unter gänzlich verschiedenen Voraussetzungen. Die Blauäugigen bleiben uninformiert und werden bei allem benachteiligt. Sie erleben, wie es ist, auf der falschen Seite zu stehen, keine Chance zu haben jemals zu gewinnen. Die Braunäugigen erleben, wie willig sie sich in die Rolle der Privilegierten fügen. (...) Die Blauäugigen platzen wie eine Bombe ins Klassenzimmer: Laut und aggressiv weigern sie sich auf den ihnen zugewiesenen Stühlen Platz zu nehmen. (...) und dagegen, sich "Zuhör-Regeln" diktieren zu lassen. Jedes Fehlverhalten wird kommentiert: "Seht ihr! Blauäugige können nicht einmal ..." Nach kurzer Zeit ist der Klassenverband zerfallen. (...) Nach zwei Stunden läutet Schlichter die Schlußrunde ein: Die Jugendliche sollen notieren, wie sie sich gefühlt und die anderen wahrgenommen haben. Danach wird diskutiert. Viele sind wütend, legen ihre Trotzhaltung nicht ab. Andere sind in sich gekehrt. "Das war die schlimmste Stunde meines Lebens", sagt Alexa. Und der blauäugige Peter, der die Übung als Braunäugiger mitgemacht hat, gesteht: ‚Ich habe mich braunäugig gefühlt’.

Das Erlernen einer Perspektive zum Thema des Rassismus geschieht hier also anhand konkreter Erfahrungen. Alle Unterlagen zum Training weisen darauf hin, dass die Teilnehmer die Erlebnisse im Training als spannungsvoll und aversiv erleben. Und je stärker diese emotionalen Erlebnisse sind, desto größer werden die Erkenntnisse am Ende empfunden. Die meisten Antirassismus-Trainings sind in der Regel als Racial Awareness Trainings (RAT) bedeutsam (Zick, 1998). Den RATs können eine Reihe spezifischer Trainingsmethoden untergeordnet werden, die auf eines abzielen: eine Veränderung des rassistischen Bewusstseins der Angehörigen sozial dominanter Gruppen. Programme, die ihre Ansatzpunkte auch auf Seiten von Minderheiten haben, sind leider die Seltenheit. Dies ist stark zu kritisieren. Zudem sind nach Zick (1998) die Mehrzahl der angewandten Antirassismus-Trainings konzeptuell nicht gut begründet noch evaluiert. Auch die

Zielrichtung und Anwendungsbereiche bleiben oft im Unklaren. Programme, Aktionen und Trainings konzentrieren sich vor allem auf Einstellungsänderung. Die Reduktion von Vorurteilen fokussiert sich also primär auf eine Änderung der Kognitionen und Affekte. Das bedeutet jedoch noch lange nicht, dass sich damit aus der Vorurteilsfreiheit antidiskriminierende Verhaltensweisen ergeben (Schütz & Six, 1996 zitiert nach Zick, 1998). Antirassismus-Trainings sollten daher auch immer mit Handlungselementen interkultureller Kompetenz-Trainings verbunden werden und generell als Komponenten in einem multidimensionalen Konzept eingesetzt werden (Zick, 1998). Weitergehend genügt es nicht davon auszugehen, dass es sich bei Vorurteilen um bloße Fehleinschätzungen handelt, die durch die Vermittlung von Fakten, Informationen und Argumenten problemlos widerlegt werden können. Jeder Versuch Vorurteile und Feindbilder durch Informationen zu widerlegen, muss mit erheblichen Widerständen derjenigen rechnen, die so aufgeklärt werden sollen. Konzepte, die im Kern als Belehrung Unwissender konzipiert sind, müssen sich mit der Problematik der Konfrontationsfalle auseinandersetzen: Die Adressaten wehren dann Argumente gerade deshalb ab, weil sie wahrnehmen, dass Pädagogen versuchen auf sie einzuwirken. Es ist meines Erachtens somit notwendig den Themenkomplex der Fremdenfeindlichkeit auch als einen von der Person unterschiedenen Lerngegenstand anzubieten und die Teilnehmer dieser Trainings nicht als unwissende und zu belehrende „Schüler“ zu behandeln. Die Trainer sollten daher immer darauf achten, dass sie dialogfähig bleiben und die Teilnehmern als Gesprächspartner akzeptieren. Folglich sind Trainer, Lehrer/innen und Sozialpädagogen aufgefordert sich Kompetenzen anzueignen, die erforderlich sind um sachhaltig über Fragen der ethnischen Vorurteile und auch der Asylpolitik zu diskutieren.

## **6. Schlussbemerkungen**

Multikulturelle Einwanderungsgesellschaften sind in der Regel durch vielfältige Konflikte und Spannungen geprägt, die in unterschiedlicher Intensität zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den zugewanderten Minderheiten, als auch innerhalb der beiden Gruppen ihren Ausdruck finden. Zu diesen Konflikten zählen unter anderem auch die Phänomene der Diskriminierung, des Rassismus, des Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit, welche auf besonders destruktive Art und Weise auf die individuelle Würde des Einzelnen und die sozialen Beziehungen unter den Menschen wirken. Die unterschiedlichen Konzepte und Blickwinkel der Vorurteilsforschung haben mittlerweile eine Vielzahl von Erklärungsansätzen hervorgebracht um diese destruktiven Phänomene zu beschreiben und zu analysieren. Hierbei ist vor allem eines deutlich geworden: Rassismus und fremdenfeindliche Einstellungen sind multidimensionale Problematiken, bei denen

individuelle, soziale und gesellschaftliche Faktoren wirken. Interventions- und Präventionsmaßnahmen sollten somit auch einen umfassenden und mehrdimensionalen Charakter besitzen und in einem mikro- und makrosozialen Kontext, also auf unterschiedlichen Interventionsebenen ihre Anwendung finden. Die vorgestellten Antidiskriminierungsprogramme fokussieren eine Veränderung von individuellen, inter-personalen und intergruppalen Einstellungen. Sie können langfristig jedoch nicht erfolgreich sein, wenn keine Veränderung im makro-sozialen Kontext stattfindet. Antirassistische Interventionsstrategien können nur dann erfolgreich sein, wenn sie durch entsprechende Antidiskriminierungsgesetze und eine progressive Minderheitenpolitik gestützt werden (Zick, 1998). Damit ergibt sich vor allem die Notwendigkeit einer Einbettung dieser Programme in politische Konzepte und auch umgekehrt. Maßnahmen, die allein auf politischer und gesetzlicher Ebene stattfinden, müssen durch konkrete mikrosoziale Maßnahmen ihre Unterstützung finden. Die derzeitige Lage in Deutschland stellt jedoch eine progressive Einwanderungspolitik zur Stützung antirassistischer Interventionen sehr in Frage. Längerfristige und verallgemeinerbare Effekte antidiskriminatorischer Trainings und gesamtgesellschaftlicher Maßnahmen können also nur nachhaltig wirken, wenn Staat und Politik sich zum Antirassismus bekennen und aktiv dagegen vorgehen. Die alarmierende Regelmäßigkeit jedoch mit der in den Medien über rassistische Übergriffe oder Neonazi-Aufmärsche berichtet wird, deutet auf eine politische Sorglosigkeit gegenüber diesen destruktiven Phänomenen hin. Es kam von Seiten der Amnesty International zum Beispiel bereits zu mehreren Aufforderungen an die Bundesregierung in Absprache mit Nichtregierungsorganisationen einen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus zu entwickeln und konsequent umzusetzen (Hasskamp, 2007). Selbst an den Bundesmodellprogrammen gegen Rassismus ist zu bemängeln, dass Ausgrenzungsideologien wie Islamophobie und Antisemitismus nur als Randphänomene behandelt werden und ihnen keine spezifische Interventionsebene zu Teil wird. Aus der Sicht der Betroffenen mangelt es weitergehend an vielen Stellen immer noch an einer konsequenten Umsetzung strafrechtlicher Verfolgung rechtsextremer Gewalttäter. Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zur Anti-Rassismus-Konvention macht deutlich, dass Menschenrechtsbildung bei der Polizei und Bundeswehr nicht ernst genug genommen wird. Die Weigerung von Polizeiauszubildenden in Berlin einen Holocaust-Überlebenden zuzuhören, wurden hier zum Beispiel als Einzelfälle abgetan. Und auch in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen kommt die Menschenrechtsbildung zu kurz: Nach einem Kommentar der UN zu Kinderrechtskonventionen, ist eine Regierung dort, wo immer Fälle von Rassismus unter Beteiligung von Minderjährigen erfolgen, ihrer Aufgabe auf staatlicher Erziehung für Frieden, Toleranz und Verständigung nicht nachgekommen. Angesichts der vielen Fälle von rassistisch motivierter Jugendgewalt trifft dieser Kommentar auch auf die deutschen

Behörden der Bundes- und Landesebene zu. Guckt man sich die Situation der sozialpädagogischen Aufgabenfelder in diesem Bereich unter Berücksichtigung des von Wilhelm Heitmeyer aufgestellten Desintegrationsansatz an, so ergibt sich ein Paradoxon: Programme die es zur Aufgabe haben, Vorurteile rechtsextremer Jugendliche zu verändern und ihnen menschenfreundliche Werte zu vermitteln, stoßen doch aufgrund der sich immer weiter auflösenden sozialen Zusammenhänge und Werte schnell an die Grenzen ihrer Authentizität. Es besteht hier eine Diskrepanz zwischen den proklamierten und prämierten Werten: Prämiert werden in dieser Gesellschaft Durchsetzungsvermögen und Überlegenheit. Die menschenfreundlichen Werte werden hingegen zwar proklamiert, zählen letztlich jedoch recht wenig. Hierzu ein passendes Zitat aus dem Interview von Anton Landgraf (Amnesty International Journal, 06/2007. S.19) mit Wilhelm Heitmeyer: „Vorurteile funktionieren auch als psychische Stabilisatoren, sorgen für die eigene Aufwertung und bringen Klarheit in ein zerfasertes Weltbild. Wenn man sie wegnimmt, ohne etwas anzubieten, kommen die Belehrungen nicht an.“ Wird der Rechtsextremismus also als eine durch Verunsicherung ausgelöste Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen sozialer, beruflicher und politischer Desintegrationserfahrungen in Form von Arbeitslosigkeit, Verarmung und Orientierungslosigkeit verstanden, dann geht es hier also um mehr: die Forderung nach einer politischen Kultur und demokratischen Atmosphären, welche für alle Mitglieder dieser Gesellschaft ein Partizipation zu gesellschaftlichen Teilsystemen (Arbeitsmarkt, Bildung etc.), die Sicherung gemeinschaftlicher Einbindung und ein menschenfreundlicheres Klima gewährleistet, um gegen die utilitaristischen und instrumentalistischen Grundmaximen des modernen Kapitalismus gegenzusteuern. Politik darf nicht reflexartig auf demokratiefeindliche Erscheinungen reagieren, sondern sollte langfristige, koordinierte und gesamtstaatliche Maßnahmen initiieren und finanziell angemessen unterstützen. Diese Aufgabe darf nicht länger aufgeschoben werden: Mehrere Studien warnen bereits immer wieder vor einer grassierenden „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (vgl. Heitmeyer, 2006), welche längst die Mitte der Gesellschaft erreicht hat. Es muss erkannt werden, dass es sich bei Rechtsextremismus und Rassismus nicht um eine kurzfristige Krisensituation handelt, sondern um ein langanhaltendes gesellschaftliches und politisches Phänomen.

## 7. Literaturverzeichnis

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg (2005): Islamophobie. Einblick in die Alltagsdiskriminierung von Muslima und Muslimen in Berlin. Berlin: Concept Verlag.

Aronson, Elliot/ Wilson, Timothy/ Akert, Robin. (2004): Vorurteile: Gründe und Gegenmaßnahmen. In: Sozialpsychologie. München: Pearson.

Berliner Senat (2005): Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt. In: Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin. Verfügbar unter: <http://www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html> (05.06.2007)

Chicote, Florencio (2006): Aus der Mitte der Gesellschaft In: Berliner Zustände 2006 Verfügbar unter: <http://www.reachoutberlin.de/doc/Schattenbericht-2006> (07.07.2007)

Eser- Davolio, Miryam. (2003): Zum Umgang mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in der Schule Verfügbar unter: [www.nfp40plus.ch/m/mandanten/174/download/M.Eser-Davolio.Bern12.10.pdf](http://www.nfp40plus.ch/m/mandanten/174/download/M.Eser-Davolio.Bern12.10.pdf) - (24.05.2007)

Freud, Sigmund (1919): Das Unheimliche. In: Aufsätze zur Literatur / Sigmund Freud. Frankfurt am Main: Fischer.

Hasskamp, Dorothee (2007): Flickwerk gegen rechts. Amnesty Journal, 06/2007, S. 15.

Heitmeyer, Wilhelm (2002): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse. In: Heitmeyer, Wilhelm ( 2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm ( 2006): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, Wilhelm (1987): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. Weinheim: München

Kahlweit, Cathrin (2002): „Benachteiligt sind irgendwie alle“. In: Heitmeyer, Wilhelm (2002). Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Landesamt für Verfassungsschutz (2006): 10/2006 - Rechtsextremistisches Abschneiden bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin: Prognostizierter Erfolg und erwartete Niederlagen. Verfügbar unter: [http://www.verfassungsschutz.bw.de/rechts/files/r\\_parteien\\_2006-10\\_1.htm](http://www.verfassungsschutz.bw.de/rechts/files/r_parteien_2006-10_1.htm) (04.12.2006)

Landgraf, Anton (2007): „Abgrenzung nach Unten“. Amnesty Journal, 06/2007, S. 18-19.

Lin, Susanne (2002): Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Verfügbar unter: [http://www.friedenspaedagogik.de/themen/stereotypen\\_vorurteile\\_feindbilder/](http://www.friedenspaedagogik.de/themen/stereotypen_vorurteile_feindbilder/)



(26.04.2007)

Lin, Susanne (2002): Die kognitiven Theorien

Verfügbar unter:

[http://www.friedenspaedagogik.de/themen/stereotypen\\_vorurteile\\_feindbilder/sozialpsychologische\\_vorurteilsforschung/die\\_kognitiven\\_theorien](http://www.friedenspaedagogik.de/themen/stereotypen_vorurteile_feindbilder/sozialpsychologische_vorurteilsforschung/die_kognitiven_theorien) (26.04.2007)

Menschik-Bendele, Jutta/ Ottomeyer, Kluas (1998): Sozialpsychologie des Rechtsextremismus. Entstehungen und Veränderungen eines Syndroms. Opladen: Leske und Budrich.

Rech, Nacéra (2004). Allahs Tränen, Islam, Islamismus, Islamophobie. Gelnhausen: Wagner.

Schubarth, Wilfried (2000): Gewaltprävention in der Schule und Jugendhilfe.

Neuwied; Kriftel :Luchterhand.

Schulte, Axel (2002): Integrations- und Antidiskriminierungspolitik in

Einwanderungsgesellschaften: Zwischen Ideal und Wirklichkeit der Demokratie

Verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/01407.pdf> (21.05.2007)

Stroebe, Wolfgang/ Jonas, Klaus/ Hewstone, Miles (2002): Sozialpsychologie. Berlin: Springer.

Terkessidis, Mark (1998): Psychologie des Rassismus. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag

Unabhängige Antidiskriminierungsbüros Deutschland (2006), Öffentlichkeit gegen Gewalt (Köln) e.V. : Stellungnahme zum AGG. Verfügbar unter:

<http://www.oggev.de/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=129&active=3>  
(02.04.2007)

Wolf-Almanasreh, Rosi (2002): Antidiskriminierungspolitik und Antidiskriminierungsmaßnahmen zur Integration von Zuwanderern in der Kommune. Vortrag. Kongress der Gewerkschaft ver.di. Fürth/Bayern, 2002. Verfügbar unter: <http://www.almanasreh.de/antidiskriminierungspolitik.rtf> (11.05.2007)

Zick, Andreas (1997): Vorurteile und Rassismus : eine sozialpsychologische Analyse. Münster: Waxmann.

Zick, Andreas (1998): Wirksamkeit von Antirassismus-Trainings.

Verfügbar unter: [http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Zick%20\(1998\)%20Antirassismus-Gutachten.pdf](http://www.uni-bielefeld.de/ikg/zick/Zick%20(1998)%20Antirassismus-Gutachten.pdf) (21.04.2007)

## **IV. Nutzungskonflikte im Preußenpark – eine Felduntersuchung im Berliner „Thai-Park“**

### **1. Einleitung**

In Berlin-Wilmersdorf liegt der Preußenpark, der auch als „Thai-Park“ oder „kleines Bangkok“ bezeichnet wird. Wenn man einen Augenblick im Park, vor allem an einem sonnigen Wochenende, verweilt, kann man gut erkennen, wie Deutsche und Asiaten auf der Wiese liegen, sich unterhalten und zusammen Karten spielen. Diese Szenerie verleiht den Eindruck von Toleranz und Akzeptanz gegenüber Minderheiten und Harmonie trotz der Unterschiede. Das friedliche und multikulturelle Bild geht einher mit einem Jahre währenden Problem – der Nutzungskonflikt zwischen den Parknutzern und den Anwohnern. Gerade wegen dieser unterschiedlichen Facetten ist der Preußenpark ein gutes Fallbeispiel, den Konfliktprozess zwischen Minderheit und Mehrheit in einem öffentlichen Raum zu veranschaulichen. Seit März 2007 besuchte ich in unregelmäßigen Abständen, an sonnigen Wochenenden, den Preußenpark, um einerseits qualitative Interviews mit Parknutzern, Anwohnern und Ordnungsbeamten zu führen und um andererseits, selbst in der Rolle des Parknutzers, Zeit im Park zu verbringen.

In diesem Text wird aufgezeigt, wie zwei oder mehrere soziale ethnische Gruppen in einem öffentlichen Raum interagieren und welche Konsequenzen daraus resultieren. Insbesondere werden die Nutzungskonflikte eines öffentlichen Raums sowie Vorurteile und Diskriminierung gegenüber einzelnen Gruppen behandelt. Den öffentlichen Räumen wohnen Passivität und Aktivität inne. Die Nutzungsform der öffentlichen Räume wird nicht nur von sozialen Faktoren (Macht, Politik, Kultur usw.) bestimmt, sondern umgekehrt übt der öffentliche Raum auch Einfluss auf die Interaktionen zwischen den Akteuren aus verschiedenen sozialen Gruppen aus.

Im ersten Teil der Felduntersuchung wird die nachteilige Situation der Thai-Frauen in Berlin aufgezeigt. Der Preußenpark gilt als ein öffentlicher Raum, wo sich die asiatischen Minderheiten in Berlin erholen und ihre Lebenserfahrungen austauschen können. Es stellt paradoxerweise eine Segregation dar. Durch die regelmäßigen Treffen der asiatischen Minderheiten, vor allem der Thai-Frauen, wird die räumliche Abgrenzung verstärkt und es entwickelt sich eine räumlich isolierte Subkultur, die sich deutlich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. Diese Subkultur ist von Vorurteilen und Stereotypen betroffen. Im zweiten Teil wird der Konflikt zwischen Parknutzern und Anwohnern behandelt. Die Wandlung der öffentlichen Räume stellt Konfliktprozesse und Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen Schichten und sozialen (ethnischen, geschlechtlichen) Gruppen dar. Die Nutzungswandlung der öffentlichen Räume kann man als einen

dynamischen Prozess ansehen, um zu beobachten, wie sich die Konflikte, die aus verschiedenen Gewinnen und Bedürfnissen der sozialen Gruppen resultieren, in den öffentlichen Räumen abspielen.

Für das Projekt wurde die Felduntersuchung als Untersuchungsmethode angewendet. Der Schwerpunkt dieser Felduntersuchung besteht nicht darin, eine vorher konstruierte Hypothese zu bestätigen oder zu widerlegen. Das heißt aber nicht, dass der Forscher keinerlei vorläufige Annahme oder Erwartung hat. Aus einer am Anfang offenen, uneingeschränkten Beobachtung als Ausgangspunkt entdeckt man viele unerwartete Phänomene, welche die vorläufige Vorstellung modifizieren. Das Ziel der Felduntersuchung besteht nicht in der Suche nach einer absoluten Tatsache (zum Beispiel, einige Indikatoren zu finden, um zu beweisen, ob die Asiaten wirklich diskriminiert werden), sondern darin, anhand widersprüchlicher Meinungen verschiedener Akteure, Parknutzer, Anwohner und Verwaltungsbeamter, in eine Konfliktsituation als ein Phänomen in der multikulturellen Stadt Licht zu bringen.

## **2. Preußenpark im Überblick**

### **2.1 „Unser Thai-Park“ - Selbstorganisation von Thai-Frauen im urbanen Raum**

Was für den Türken der Tiergarten ist, ist für den Asiaten der Preußenpark. Zwischen Ende März und Anfang Oktober treffen sich die Leute dort jedes Wochenende – überwiegend Thailänderinnen und deren deutsche Ehemänner. Angeblich haben vier deutsch-thailändische Ehepaare im Jahre 1992 angefangen, sich im Preußenpark zum Picknick zu treffen. Mit der Zeit vergrößerten sich diese familiären Treffen, welche ihre Struktur im Wesentlichen beibehielten – der Mann ist Deutscher und die Frau ist Thailänderin. Hintergrund könnte der Anstieg an deutsch-thailändischen Eheschließungen sein: zwischen 1983 und 1990 erhöhte sich die Zahl der deutsch-thailändischen Eheschließungen drastisch und nahm die erste Stelle der Heiratsstatistik „Deutsche mit ausländischen Frauen“ ein. „Jedenfalls fällt sogleich das sehr erhebliche weibliche Übergewicht (knapp 85 Prozent) der Thai in Deutschland auf.“ (Richnow 2001:38)

Als erster Schritt der ethnologischen Felduntersuchung wird eine dichte Beschreibung des Thai-Treffs in einem synchronen Schnitt geliefert. Heutzutage verschwimmt das ehemals von Thailändern dominierte Bild allmählich zu einem multikulturellen Bild. Nicht nur deutsch-thailändische Ehepaare versammeln sich im Park, sondern auch diverse andere ethnische Gruppen, wie z.B. Philippiner, Vietnamesen, Indonesier, Türken, Kubaner, Polen usw. Natürlich sind auch nicht wenige Deutsche dort. Bei gutem Wetter treffen sich über 600 Leute auf der Wiese, um sich zu unterhalten, Karten zu spielen und zu kochen. Allerdings verkaufen einige illegal Speisen oder

spielen um Geld.

Ein hoher Prozentsatz der asiatischen Parkbesucher kommt nicht aus Wilmersdorf, sondern aus anderen Bezirken, die wie beispielsweise Marzahn weit entfernt liegen. Warum bevorzugen sie den Preußenpark gegenüber näher gelegenen Parks ihrer eigenen Wohngebiete? „Ich fühle mich wie zu Hause“, ist der hauptsächliche Grund für den Asiaten im „Thai-Park“. Der regelmäßige Treff im Preußenpark ist kein Zufall, denn der Park gilt als Erholungsgebiet im Gastland, wo die Asiaten die heimatliche Atmosphäre fühlen, die landestypischen Speisen essen und die Freunde aus den Heimatländern treffen. „Die Berliner Orte sind Artikulation von Lebensbedingungen und Lebenserfahrungen, die sich hier in spezifischer Weise zum Ausdruck bringen.“ (Braun 2001: 10). Der Preußenpark übt eine starke Anziehungskraft nicht nur auf die asiatische Minderheit in Berlin (vor allem asiatische Frauen, die unter nachteiligen Lebensbedingungen leben), sondern auch auf die deutsch-thailändische Ehen aus. Aufgrund ähnlicher Hintergründe bildet sich eine innere Geschlossenheit und ein solidarisches Gefühl. Es gibt insgesamt drei Funktionen des Thai-Treffs im Preußenpark:

Lebenssituation und Schwierigkeiten auszutauschen und sich zu unterstützen  
rechtliche Informationen, wie z.B. Behördenangelegenheiten, Institutionen beider Länder, Umzug und Heirats- bzw. Scheidungsgesetz auszutauschen  
andere deutsch-thailändische Ehepaare und Leute aus dem Heimatland kennen zu lernen.

Eine Thai-Frau, die zurzeit mit ihren thailändischen Freundinnen in Rudow wohnt, erzählte ihre Geschichte im Park. Sie ist seit 15 Jahren verheiratet, hat aber seit Jahren nicht mehr mit ihrem schwer kranken Ehemann zusammen gewohnt. Sie geht sehr oft in den Preußenpark, um Speisen zu verkaufen, sich zu unterhalten oder mit ihren Freundinnen spazieren zu gehen. Ihrer Meinung nach ist die Situation der mit deutschen Männern verheirateten Thai-Frauen sehr unterschiedlich. Oftmals hört man negative Geschichten. Während des Gesprächs mit ihr begrüßte sie vorbeigehende Leute. Obwohl die Parknutzer sich in viele kleine Gruppen im Park verteilen, kennen sie sich untereinander. Meine Gesprächspartnerin wich hin und wieder vom Thema ab und erklärte: „Dieser Mann kommt aus China und diese Männer aus Vietnam.“ Wenn Parkbesucher etwas zum Essen kaufen wollten, zeigte sie mit dem Finger in eine bestimmte Richtung: „Nicht bei mir, Papayasalat dort! Die Frau mit der gelben Kleidung“. Die Verkäuferinnen zeigten den Kunden, bei wem sie die gewünschte Ware kaufen können. Es scheint, dass die Parknutzer einander gut kennen und gute Kenntnisse ihrer Umgebung haben. Trotz vieler Angebote mehrerer Verkäuferinnen auf der Wiese treten sie nicht miteinander in ernstzunehmende oder bösartige Konkurrenz. Wer früher auf die Wiese kommt, stellt sich auf einen beliebigen Platz und belegt nicht absichtlich einen bestimmten, auffälligen Platz, um sich einen Verkaufsvorteil zu sichern. Beim Speisehandel unterhalten sich die

Verkäuferinnen mit ihren deutschen Kunden. Anscheinend sind diese deutschen Besucher Stammkunden und kennen die Verkäuferinnen. Viele deutsche Käufer kommen aus anderen Bezirken. Mit zunehmendem Bekanntheitsgrad durch Massenmedien wissen die deutschen Interessenten, dass hier viele authentische, ostasiatische Speisen angeboten werden.

Die Parknutzer bilden trotz der verschiedenen ethnischen Hintergründe ein utopisches, friedliches und harmonisches Bild. Im Preußenpark, der als ein Erholungsraum für die asiatischen Minderheiten in der fremden Stadt gilt, werden die Gemeinsamkeiten und gemeinsamen Interessen der Nutzer betont, sich über Verschiedenheiten dagegen relativ hinweggesetzt.

## **2.2 Die benachteiligte Situation der Thai-Frauen in Berlin**

Der Preußenpark gilt als Schaubühne, die darstellt, wie die Geschlechter, unterschiedliche ethnische Herkunft und soziale Klassen interaktiv verwickelt werden. Die nachteilige Lebenssituationen der Thai-Frauen spiegelt sich in den regelmäßigen Treffs im Preußenpark wieder. Der „Thai-Treff“ im Preußenpark bietet die Anschauung eines postkolonialen Ereignisses, welches sich in der vorliegenden Kompaktheit als Paradebeispiel für die Verquickung von „race-gender-class“ in transnationalen Zusammenhängen kaum besser erfinden ließe (vgl. Braun 2004:9).

Im Preußenpark lassen sich unterschiedliche ethnische und geschlechtliche Verteilungen erkennen. Die deutschen Männer sitzen zusammen und sprechen deutsch, die Thai-Frauen sitzen auf der Matte und sprechen thailändisch. Jede Gruppe bleibt autonom, aber vernetzt sich mit anderen Gruppen. Diese klare Trennung zwischen Frauen- und Männergruppen bietet eine entspannte Atmosphäre, um ihre Lebenserfahrungen in Deutschland auszutauschen.

Ein hoher Prozentsatz der Thai-Frauen lässt sich innerhalb von fünf Jahren von ihren Ehemännern scheiden. Die komplizierte Scheidungsverhandlung ist für viele Thai-Frauen ein Problem und viele fühlen sich hilflos. Aus diesem Grund bieten Selbsthilfvereine Förderung, Hilfe bei der Übersetzung und gesetzliche Beratung für Thai-Frauen in Berlin an. Der Scheidungsprozess kann jahrelang dauern, währenddessen bekommen sie keine Unterhaltszahlungen vom Ehemann, vielmehr müssen sie die Kosten für den Scheidungsprozess und -anwalt selbst bezahlen. Außerdem wird von mit Deutschen verheirateten Thai-Frauen erwartet, ihre Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen. Diese doppelte finanzielle Belastung erschwert ihr Leben in Deutschland und drängt sie in die Unterklasse.

Viele Thai-Frauen leben jahrelang in Berlin, verfügen aber nicht über ausreichende Deutschkenntnisse, um das Alltagsleben selbstständig zu bewältigen. Sie sind in hohem Maß auf ihre thailändische Gemeinschaft angewiesen. Wegen der unzureichenden sprachlichen Fähigkeit, einem Mangel an Ausbildung sowie ihrer ethnischen Herkunft befinden sie sich in einem

Teufelskreis: „In führenden Positionen und im Öffentlichen Dienst sind alle Ausländer deutlich unterrepräsentiert und diskriminiert, besonders aber ausländische Frauen“ (BBA 2000: 144). Wegen geringerer Arbeitschancen und einer gescheiterten Ehe geraten sie in die Armutsgefahr. „Sie (ausländische Frauen) werden generell, vor allem im Arbeitsleben, viel stärker diskriminiert und sind insbesondere im Alter eher von Armut bedroht.“ (Karakasoglu/ Waltz 2002: 150). Wenige Arbeitschancen, nachteilige Lebensbedingungen, vor allem schlechter finanzieller Zustand und die hochgradige Abhängigkeit von Thai-Gruppen bedeuten, dass sie von der deutschen Gesellschaft ausgeschlossen werden. Das bedeutet auch, dass sie auf einige bestimmte soziale Räume (wie den Preußenpark) beschränkt sind und stärker darauf angewiesen sind. Das immer schlimmer werdende illegale Handeln im Preußenpark hat mit den nachteiligen Arbeits- und Lebenschancen der asiatischen Minderheiten – vor allem der Thai-Frauen – zu tun. Neben den drei größten Arbeitsmöglichkeiten für Thai-Frauen in Berlin (Putzfrau, Masseurin und Kellnerin) haben sie die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt im Preußenpark zu verdienen. Angeblich verdienen die Händler im Park in der Saison schätzungsweise zwischen 2.000 und 6.000 Euro monatlich.

Im Preußenpark treffen sich ethnische Gruppen, die ähnliche Lebenserfahrungen und Interessen haben und die gemeinsam von ähnlichen Anpassungsschwierigkeiten betroffen sind. Der ethnische Treffpunkt dient als Selektionsmechanismus, welcher die „Mitglieder“ nach Merkmalen wie kultureller Hintergrund, Lebensstil, soziale Schicht und Geschlecht verbindet und gleichzeitig die „Nichtmitglieder“ ausschließt. An diesem ethnischen Treffpunkt spiegeln sich Multikultur und Toleranz der Stadt wider; paradoxerweise stellt dieser Treffpunkt jedoch gleichzeitig eine räumliche Abgrenzung von Minderheitsgesellschaften dar. Hinter dem multikulturellen und friedlichen Bild versteckt sich ein Integrationsproblem – geringe Chancen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, eingeschränkte Lebensräume und ein großer Mangel an Informationen und Ressourcen, welche vor allem dazu beitragen würden, den nach Deutschland eingewanderten Thai-Frauen die Integration in die Mehrheitsgesellschaft zu erleichtern. Diese Frauen sind in hohem Maße auf enge Beziehungen mit Freunden aus Deutschland sowie aus dem Heimatland angewiesen. Für sie gleichermaßen wichtig sind Treffpunkte wie der Preußenpark und Organisationen wie z.B. thailändische Buddhisten-Vereine, in denen kulturelle und religiöse Traditionen gelebt werden können.

### **2.3 Stereotype und Vorurteile gegenüber deutsch-thailändischen Ehen im Preußenpark**

Im Preußenpark sind die Vorurteile gegenüber deutsch-thailändischen Ehen groß, insbesondere sind deutsche Männer thailändischer Frauen von diesen Vorurteilen betroffen. Sie fühlen sich diskriminiert. Passanten, die nicht zur Thai-Gruppe gehören, werfen ihnen verächtliche Blicke zu. „Er spürt nicht selten abfällige Blicke von Passanten, die in ihm wohl den Sextouristen sehen, der

seine Frau aus einem Bordell in Pattaya mitgebracht hat“ (Steinke 2004: 20). Sie werden mit Sextouristen und Frauenkäufern assoziiert. Oder sie werden angesehen, als wären sie bei der Partnersuche gescheitert und haben als letzte Möglichkeit eine Thai-Frau geheiratet. Die mit deutschen Männern verheirateten Thai-Frauen werden dagegen als sexuelle Objekte bzw. Produkte auf dem internationalen Heiratsmarkt angesehen.

„Intermarriage“ gilt für die Thai-Frauen aus ärmeren Schichten oder aus ärmeren Gebieten im Norden Thailands als eine Möglichkeit, der Armut zu entfliehen und den finanziellen Zustand ihrer Familie zu verbessern, da ihre Ehemänner ihre Familie finanziell unterstützen können. Viele Untersuchungen zeigen aber deutlich, wie auch bei Felduntersuchungen bewiesen, dass viele Thai-Frauen ein Bewusstsein dafür haben, wie das Leben in Deutschland aussieht. Sie treffen eine bewusste Migrationsentscheidung und wissen auch, sich nach Deutschland einzuheiraten, ist keine Märchengeschichte. Durch „Intermarriage“ sind sie aber als ignorante, materialistische Sex- oder Körperverkäuferin stigmatisiert. Mit Hilfe von „Intermarriage“ ihren Lebenszustand zu verbessern und ihre Familie finanziell zu unterstützen, erscheint vielen Frauen aus Industrieländern unvorstellbar. Für Thai-Frauen ist es dagegen ein Ergebnis nach rationalem Abwägen.

### **3. Konfliktsituation im Preußenpark**

#### **3.1 Übernutzung des Parks**

Seit 1997 steigt die offene Spannung zwischen dem Preußenpark und dem Bezirksamt Wilmersdorf an. Die Gründe dafür sind zum einen, dass die Anwohner durch die Nutzung Probleme wie illegales Handeln, Müll, Grillgerüche usw. in den Preußenpark gebracht haben; zudem nahm die Zahl der Parknutzer stetig zu. Im Jahr 1997 ist ein dreisprachiges Schild aufgestellt worden: Die Zubereitung und der Verkauf von Speisen sowie Glücksspiel sind verboten. Im Jahr 2002 hatte die Auseinandersetzung einen Höhepunkt erreicht, so dass Essensverkauf, Glücksspiel und Drogenhandel überprüft werden sollten. Die Polizei hatte im Sommer 2004 die illegalen Händler aus dem Park entfernt, welche aber am nächsten Tag einfach wiederkamen. Das Ironische ist, dass trotz der Kontrollen der Verwaltung der Bekanntheitsgrad des Preußenparks wegen der hohen Medienpräsenz weiter ansteigt und dass exotische Speisen und die multikulturelle Atmosphäre im Preußenpark bei Touristen langsam bekannter werden. Die Parkordnung wurde weiter verschärft. So sind Sonnenschirme und Zelte seit einigen Jahren verboten, im Mai 2006 folgte ein Verbot des Aufstellens von Gartenmöbeln. Die Behörden scheinen im Vergleich zu den Anwohnern den Parknutzern gegenüber relativ unfreundlich zu sein. Es wird auch kritisiert, dass die Maßnahmen der Behörde gegen die Gleichbehandlung verstießen.

Obwohl die Parkordnung verschärft wurde, wird der (illegale) Verkauf von Essen und Alkohol durch immer neue Händler und ein immer breiteres Warenangebot zunehmend kommerzieller. Die Verkäufer sind heutzutage nicht mehr nur Thailänder, sondern mittlerweile auch Vietnamesen, Chinesen und Deutsche.

### **3.2 Der Konflikt zwischen Parknutzern und Anwohnern**

#### **3.2.1 Der Standpunkt der Parknutzer**

Die Begründung der deutschen Parknutzer für ihren regelmäßigen Besuch im Preußenpark ist fast jedes Mal die gleiche: Sie finden, dass dieser Park friedlich und multikulturell ist. Die deutschen Parknutzer haben Mitgefühl und solidarisches Gefühl. Sie stehen auf der gleichen Linie mit den asiatischen Parknutzern und fühlen sich ungleich behandelt. Ein deutscher Parknutzer, der seit zehn Jahren oft vom Wedding zum Preußenpark geht, erzählte mit stolzer Stimme, wie alle Parknutzer im Sommer 2006 einen großen Protest gegen die Verschärfung der Parkordnungen erhoben. Er kennt viele andere Parknutzer, sogar die Kontrolleure des Ordnungsamtes. Sie begrüßen die Asiaten, die vorbeikommen. „Hier duzen wir uns miteinander, kein ‘Sie’.“ Die Segregation zwischen Deutschen und Asiaten im kleinen Park ist offensichtlich viel kleiner als im normalen Alltagsleben. Die langjährigen deutschen Parknutzer haben mehr Geduld (oder sie sind schon daran gewöhnt), mit den asiatischen Parknutzern, die nur über geringe Deutschkenntnisse verfügen, zu sprechen und Karten zu spielen. Sie machen einen guten Eindruck auf die asiatischen Gruppen.

Die meisten deutschen und nicht-deutschen Parknutzer sehen den Park positiv. Der Grund ist, dass man im Preußenpark eine freundliche, friedliche und multikulturelle Atmosphäre erfährt und natürlich auch die original asiatische Küche genießen kann. Sie finden, dass die Situation im Preußenpark, im Vergleich zu anderen ethnischen Treffpunkten, wie z.B. dem Tiergarten, friedlicher, sauberer und ordentlicher ist. „Hier versammeln sich viele Leute, aber sie machen keine Probleme“, sagte ein deutscher Parknutzer. Es ist für einige regelmäßige Parknutzer unvorstellbar, warum ein solch friedlicher und einfacher Park der Verwaltung ein Dorn im Auge ist. Es wird oft kritisiert, dass die Maßnahmen der Behörde gegen die Gleichbehandlung verstößt. Ein gutes Beispiel hierfür ist ein Brief von einem deutschen Parknutzer, der in dem Thai-Magazin „Farang“ in Berlin veröffentlicht wurde:

*Brief vom 10.07.2006 an das Bezirksamt Berlin-Wilmersdorf*

*.....nach 15 Jahren Duldung der Thais und der Deutschen im Preußenpark haben Sie von heute auf morgen ein Verbot aufgestellt, dass Stühle und Tische im Preußenpark verboten sind.*

*Als Bürger und Steuerzahler der Bundesrepublik Deutschland und der Stadt Berlin habe ich das*



*Recht (als alter Mann von 67 Jahren) weiterhin meinen Stuhl und meinen Tisch im Preußenpark aufzustellen. Nicht nur, dass Sie gegen das Gewohnheitsrecht verstoßen, Sie verstoßen auch gegen das Grundgesetz (Gleichbehandlung).....*

*Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es in ganz Berlin kein Parkgelände gibt, das so sauber am Abend hinterlassen wird wie der Preußenpark.*

*Scheinbar haben Sie nur Mut, ihre polizeiliche Stärke an dem kleinen Volk der Thais zu zeigen.....*  
(Müller 2006)

### **3.2.2 Der Standpunkt der Anwohner**

Nicht nur die illegalen Lebensmittelverkäufe, sondern auch Lärm- und Geruchsbelästigung, das Müllproblem, die zu starke Nutzung des Parks und eine damit verbundene Minderung ihrer Lebensqualität stellen die Hauptkritikpunkte der Anwohner dar. Die Anwohnerkinder haben nicht genug Spielplätze, sie werden sogar von den Parknutzern vertrieben, wenn sie auf der Wiese Ball spielen. Der Widerstand der Anwohner hat nichts mit ethnischen Hindergründen der Parknutzer zu tun. Es wird betont, dass das, was die Parknutzer im Park unternehmen, offensichtlich gegen die Parkordnung verstoße und die Anwohner stört. Ein gutes Beispiel ist ein Leserbrief eines Anwohners im Tagesspiegel vom 18. August 1997:

*“..... Da geht es nicht um deutsche Ordnung statt Multikulti oder gar um Fremdenfeindlichkeit. Dieser kleine Park ist einfach nicht der geeignete Ort für einen stadtweit organisierten Dauertreff einer ganzen Landsmannschaft; egal ob Thais oder Deutsche.“* (Schwenger 1997)

Ein Teil der Anwohner vertritt eine andere Meinung. Die Tätigkeiten im Preußenpark, insbesondere während der Nacht, erregen durchaus Ärger, wenn zum Beispiel ihre Kinder in der Nacht nur schwer einschlafen können. Trotzdem halten sie die Probleme für tolerierbar und erträglich, da sie den multikulturellen Park im Gesamtbild als positiv erachten. Diese Anwohner besuchen den Park selbst hin und wieder. Sie haben beide Rollen inne, nicht nur die des Anwohners, sondern auch die eines regelmäßigen Parknutzers.

### **3.2.3 Standpunkt der Verwaltung**

Die Verwaltung ist nicht dagegen, dass ein multikultureller Park mitten in Berlin liegt. Die meisten Parteien vertreten keine strikte Meinung gegen Multikulti im Preußenpark. Das Problem besteht darin, dass das, was die Parknutzer in Park unternehmen (wie z.B. Schwarzhandel, Kriminalität und Kartenspiel um Geld) gegen die Parkordnungen verstößt. Durch illegales Handeln ist der Park

beispielsweise ökonomisch und hygienisch gefährdet. Das hat nichts mit Diskriminierung gegen asiatische Minderheiten zu tun.

Nach meinen bisherigen Beobachtungen und Erfahrungen ist das Problem des Schwarzhandels noch nicht gelöst worden. Das Geschäft des Schwarzhandels laufe in der Saison sehr gut – das weiß auch das Ordnungsamt. Die Kontrolleure kommen für 10-15 Minuten, schauen sich um und gehen dann wieder. Wenn die Schwarzhändler danach gefragt werden, was sie machen, sagen sie einfach, sie haben eine Party. Wenn die Kartenspieler gefragt werden, sagen diese, „wir spielen nur aus Spaß, nicht um Geld“. Die Kontrolleure wissen aber, was Tatsache ist. Unter den Parknutzern, mit denen ich gesprochen habe, hatte keiner jemals eine Bestrafung wegen illegalen Handels gesehen oder davon gehört. Aber Parknutzer, die mit ihrem Fahrrad über die Wiese fahren oder mit ihrem Stuhl auf der Wiese sitzen, werden mit einer Zahlung von 20 Euro bestraft.

Seit 1997 wurden viele Auseinandersetzungen durch den Nutzungskonflikt hervorgerufen. Vorher hat die Polizei die illegalen Händler vertrieben, aber die Händler kamen am nächsten Tag wieder. Die Verwaltung bemerkte, dass das Schwarzhandel-Problem auf diese Weise nicht ausreichend gelöst werden kann. Eine langfristige Maßnahme zur allmählichen Reduzierung des Schwarzhandels war erforderlich. Ein Grund für das Verbot der Gartenmöbelaufstellung auf der Wiese besteht beispielsweise darin, dass der illegale Handel, vor allem Speisenverkauf, durch diese ungünstige Situation langsam verschwindet. Aber der Widerstand der Parknutzer ist kräftig. Es wird kritisiert, dass die Maßnahme der Verwaltung eine Diskriminierung gegen asiatische Minderheiten darstelle und gegen die Gleichbehandlung verstoße. Die Anwohner gründen andererseits Bürgerinitiativen, die das Bezirksamt auffordern, die unerträgliche Situation zu lösen. Die Verwaltung ist immer mit zwei Seiten – Anwohner und Parknutzer – konfrontiert. Nachdem die neue Parkordnung im Mai 2006 ausgehängt war, gab das Ordnungsamt bekannt, dass bis zur Fußballweltmeisterschaft der Park verstärkt auch von der Polizei kontrolliert wird. Die Parknutzer organisierten daraufhin einen Protest auf der Wiese.

Die Verwaltung befindet sich in einem Dilemma: Wie kann sie eine Balance zwischen Anwohnern und Parknutzern erreichen? Wie lassen sich unterschiedliche Interessen ausgleichen? Jahrelang ist es trotz vieler Diskussionen mit Anwohner- und Parknutzervertretern noch immer zu keinem Kompromiss gekommen. Es gab zwar noch keinen direkten Konflikt zwischen Anwohnern und Parknutzern, doch eine Lösung, die beide Parteien gleich zufrieden stellt, scheint unerreichbar. Beschwerden, Dulden, Selbsthilfe, Widerstand bewegen sich ständig im Kreis.

Die Verwaltung vertritt trotzdem die Meinung: Nur wenn die Grenze zwischen den Parknutzern und Anwohnern klar gesetzt wird, kann der Konflikt zwischen Anwohnern und Parknutzern reduziert werden. Oberflächlich scheint es so, dass die Parknutzer mehr von den Parkordnungen

eingeschränkt werden, als es tatsächlich der Fall ist. Beispielsweise dürfen sie nur an einem bestimmten Grillplatz bis 22 Uhr grillen, aber tatsächlich können sie ein Picknick machen oder grillen, ohne von den Anwohnern angezeigt zu werden. Auf dem Grillplatz wurden vier feste Feuerstellen eingerichtet und im ganzen Park wurden auch mehr große Mülleimer aufgestellt, damit die Parknutzer ihren Müll ordnungsgemäß beseitigen können. Die Anwohner, die früh am Morgen im Park joggen, werden nicht von kleinen Müllbergen gestört. Zeitliche und räumliche Beschränkung dienen als Puffer, um einen größeren Konflikt zwischen Anwohnern und Parknutzern zu verhindern. Von diesem Standpunkt aus gesehen sind die Maßnahmen keine Diskriminierung gegen den Parknutzer, sondern eine Gewährleistung der beidseitigen Interessen.

Nachdem die Standpunkte der Parknutzer, Anwohner und der Verwaltung vorgestellt werden, werden zwei Paradoxe, die in dieser Konfliktsituation wahrgenommen werden, im kommenden Teil aufgezeigt. Erstens ist die Multikultur mit den Konflikten verkoppelt. Das wird durch den Fall des Nutzungskonflikts im Preußenpark verdeutlicht. Das zweite Paradox ist an der Ineffektivität der Maßnahmen erkennbar.

Der Park, in dem sich viele ethnische Gruppen versammeln, scheint friedlich und harmonisch zu sein. Augenscheinlich haben die Parknutzer während der jahrelangen Treffen allmählich eine eigene Parkordnung entwickelt, selbstverständliche Verhaltensregeln. Zum Beispiel treten die Verkäuferinnen in keine bössartige Konkurrenz. Trotz vieler den ganzen Tag andauernden Tätigkeiten, werden die Rasenflächen sauber gehalten. Die Thai-Frauen sind auch für die Sauberkeit der Toiletten zuständig. Trotz der verschiedenen kulturellen Hintergründe hört man nie etwas von Gewaltverbrechen unter den asiatischen Parknutzern. Die selbstentwickelte „Parkordnung“ weicht jedoch von der offiziellen Parkordnung ab – Kartenspiel und Speisenverkauf sind jedenfalls nicht erlaubt.

Wenn eine ethnische Gruppe einen öffentlichen Raum langfristig und intensiv nutzt, entwickeln sich allmählich eigene Verhaltensregeln, die einen starken Einfluss (sogar stärker als die offizielle Parkordnung) auf die Nutzungsform und den Schein dieses öffentlichen Raumes ausüben; gleichzeitig steht diese selbstgeschaffene Parkordnung der Autorität und anderen sozialen Gruppen gegenüber. Die in dem ethnischen Treffpunkt entstehenden Subkultur und Verhaltensweisen differenzieren sich offensichtlich von dem Prinzip der Mehrheitsgesellschaft.

Diese von Thai-Gruppen entwickelten selbstverständlichen Verhaltensregeln ändern auch die Verhaltensweise der Mehrheitsgruppen in einem subkulturell-dominanten Raum. Oft treffen sich deutsche Gruppen nach dem Feierabend oder am Wochenende im Preußenpark. Einige deutsche Parknutzer verkaufen Getränke, spielen Karten um Geld usw.: Verhaltensweisen, welche in anderen deutschen Parks eher selten beobachtet werden können.

In diesem Zusammenhang ist es nennenswert, dass die Äußerungen der Parknutzer und die der Anwohner einen markanten Unterschied aufweisen. Die Anwohnerinitiativen vertreten die Meinung, sie hätten jahrelang unangenehme Gerüche und Lärm ertragen und ihre Geduld und Toleranz dürfe nicht mehr auf die Probe gestellt werden. Die Parknutzer behaupten stattdessen, dass die Verwaltung speziell gegen Thai-Gruppen immer strengere Maßnahmen ergreift.

Der Preußenpark als ein öffentlicher Raum hat ein zwiespältiges Image. Die Anwohnerinitiative behauptet, dass die illegalen Speiseverkäufe ein hygienisches Problem hervorrufen. Außerdem würden Kriminalität, Alkoholismus und Drogenhandel im Preußenpark ihre Sicherheit gefährden. Einige Presseartikel berichten, dass asiatische Speiseverkäufer nicht nur mit Essen, sondern auch mit Drogen handeln. Außerdem würden sie erotische Massagen und Prostitution vermitteln und Kleinkriminalität begehen. Deutsche Parknutzer, welche seit vielen Jahren den Park besuchen, verneinen, dass jemals die Vermittlung von erotischen Massagen oder Prostitution stattgefunden habe.

Angeblich treffen sich Drogenhändler und Abhängige im Park, insbesondere wenn die Polizei den zentralen Anlaufpunkt an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche am Zoologischen Garten verstärkt kontrolliert.

Die Sorge um Kriminalität könnte aus Feindschaft oder Angst vor Fremden resultieren. Ein Parknutzer sagte: „Sie (Protestler gegen Parknutzer) haben Angst und sind verärgert, dass ihr Lebensraum von Thai-Leuten gestört wird. In Berlin gibt es viele solche Orte, wo Menschen, egal ob Deutsche oder Ausländer, sich regelmäßig treffen und etwas miteinander unternehmen, aber auf die Treffen im Preußenpark reagieren sie besonders unfreundlich.“

Während die Anwohner empfinden, dass ihre Toleranz jahrelang missbraucht und ihre Rechte ignoriert werden, verspüren die Parknutzer, dass sie diskriminiert, dämonisiert und schikaniert werden. Diese zwei Standpunkte stellen einen Meinungskonflikt dar, der aus verschiedenen Nutzungsweisen, Ideologien und Erwartungen der sozialen Gruppen resultiert. Im Idealfall kann ein öffentlicher Raum in einer multikulturellen Stadt multiple Nutzungsformen und Funktionen entwickeln, welche den Nutzungsansprüchen aller Gruppen genügen. Sonst sind (sichtbare oder unsichtbare) Konflikte zwischen den sozialen Gruppen unvermeidbar. Die Annahme ist, dass je multikultureller eine Stadt ist, desto höher ist der Konfliktgrad. Paradoxerweise gehen Konflikte um Verhaltensweisen und Lebensstile sowie die Nutzungsweise öffentlicher Räume mit Multikulturen einher. Zum Beispiel war der Preußenpark ein bekannter Treffpunkt der Homosexuellen in Berlin. Viele männliche Parknutzer wollten aus diesem Grund nicht die City-Toilette betreten, urinierten deshalb in die Büsche, was wiederum Beschwerden der Anwohner hervorrief. Diese gekoppelten Konflikte (zwischen Homosexuellen und Heterosexuellen und

zwischen Parknutzern und Anwohnern), die aus verschiedenen Nutzungsweisen der verschiedenen sozialen Gruppen resultierten, stellten ein Problem dar – ein öffentlicher Raum, der vor einem multikulturellen Hintergrund steht, kann nicht alle Bedürfnisse und Ansprüche der verschiedenen sozialen Gruppen befriedigen und führt zur Überlastung der öffentlichen Räume. Der Machtkampf um Nutzungsweisen und um Raumverteilung ist unvermeidlich. Die Wandlung der öffentlichen Räume in einer multikulturellen Stadt stellt somit einen Konfliktherd zwischen verschiedenen sozialen Gruppierungen dar.

Das zweite Paradox, welches aus der Konfliktsituation resultiert, spiegelt sich in der Handlungsweise der Verwaltung wider. Es ist für die Verwaltung schwierig, eine konkrete Grenze zwischen dem Begriff der Diskriminierung und der Gleichbehandlung zu setzen. Seit das Bezirksamt beispielsweise das Aufstellen von Gartenmöbeln auf der Wiese verboten hat, um den Schwarzhandel einzudämmen, müssen Parknutzer gegen eine Leihgebühr von zwei Euro Stühlchen vom Parkkiosk ausleihen. Diese Leihgebühr ist für einige Rentenempfänger zu hoch. Sie besuchen den Park oft und wollen nicht, dass sie nur aus diesem Grund den Park seltener besuchen können. Diese neue seit 2006 existierende Parkordnung führte zu heftigem Protest der älteren Parknutzer. Daher stellt sich die Frage, ob die Verwaltung durch die Intervention die Konfliktsituation zwischen Anwohnern und Parknutzern entspannt hat oder ob bestehende Konflikte nur in neue Konflikte umgewandelt wurden. Während das Bezirksamt von den Anwohnern als untätig kritisiert wird, protestieren die Anwohner gleichzeitig auf Grund des Verstoßes gegen die Gleichbehandlung.

Es zeigt sich deutlich, dass sich die Verwaltung im Rahmen der vielfältigen aber auch widersprüchlichen Werte der multikulturellen und demokratischen Gesellschaft nur schwer orientieren kann. Diese unklare Wertschätzung und Unsicherheit der politischen Orientierung spiegelt sich in der Wechselhaftigkeit der Maßnahmen und den paradoxen Handlungen der Kontrolleure im Preußenpark wieder.

Obwohl das Speisenverkaufsverbot und das Glücksspielverbot deutlich ausgeschildert sind, täuscht die Verwaltung die Tatsache vor, den illegalen Handel und illegale Tätigkeiten nicht zu sehen. Die illegalen Speiseverkäufer gewöhnen sich bereits an den unregelmäßigen Besuch der Kontrolleure vom Ordnungsamt. Es ruft unter den Parknutzern keine Panik mehr hervor, auch unter den illegalen Speiseverkäufern nicht, wenn die Polizei oder Kontrolleure vom Ordnungsamt kommen. Wenn das Bezirksamt eine Maßnahme trifft, entwickeln die Händler auch eine Strategie dagegen. Obwohl sich die Parkordnungen anscheinend immer verschärfen, ist die Zunahme der illegalen Händler nachweisbar. Ein Parknutzer verriet, „sogar die Leute aus der Verwaltung kommen hier in der Mittagspause zum Speisenkauf und kennen manche Parknutzer gut“.

Durch die politische Partizipation der Anwohnerinitiativen und Parknutzervertretern entsteht die

Zweiseitigkeit bei der Machtverteilung. Das Bezirksamt wird im Kontext des Machtkampfs als passiv wahrgenommen. Die Verschärfung der neuen Parkordnung einerseits und die kraftlose Kontrolle gegen den Schwarzhandel und Glückspiel gibt dieses Paradox wieder, das aus dem Nutzungskonflikt und Machtkampf zwischen Anwohnern und Parknutzern resultiert.

#### **4. Fazit**

In der Übernutzung des Preußenparks spiegelt sich die nachteilige Situation der asiatischen Minderheiten, vor allem der Thai-Frauen, wider. Sie sind von Armut betroffen, haben geringe Arbeitschancen, ihr Lebensraum ist in hohem Maß eingeschränkt und sie sind von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen. Sie sind deshalb besonders auf Treffpunkte wie den Preußenpark angewiesen. Der Thai-Treff ist ein räumliches Abbild der Segregation in der multikulturellen Stadt. Die aus der Segregation resultierende Wirkung, wie Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit gegen Parknutzer, ist nachvollziehbar.

Eine konkrete, wirkungsvolle Maßnahme gegen die Nutzungskonflikte im Preußenpark ist noch nicht absehbar. Das Problem des Schwarzhandels ist trotz vieler Versuche durch die Parkordnungsänderung oder stärkere Kontrolle noch nicht gelöst. Die vielfältige Debatte um die Probleme im Preußenpark scheint nur ein Papierkrieg zu sein. Die als soziale Kontrolle fungierende Verwaltung gilt als ein Regulierungsmechanismus im Prozess der Integration, um Desintegration zu verhindern und um soziale Ordnung aufrechtzuerhalten. Am Fall des Preußenparks bemerkt man, dass die Maßnahmen den Konflikt nicht verkleinern, sondern nur den Konfliktpunkt in ein anderes Kritikthema umwandeln.

Wenn das Bezirksamt jahrelang nur durch Verbot und räumliche Beschränkung die illegalen Tätigkeiten unter Kontrolle bringt, ist ihre Wirkungslosigkeit heutzutage nachgewiesen. Dieses unlösbare Problem führt zu der Frage, ob der Speisenverkauf im Preußenpark legalisiert werden sollte. Diese Legitimierung des Essenverkaufs im Preußenpark hat zwei Bedeutungen zum Inhalt. Erstens zeigt sie eine Anerkennung und Toleranz gegenüber asiatischen Minderheiten – vor allem die Thai-Frauen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, bekommen eine Arbeitsmöglichkeit. Zweitens wird dieser Speis Handel durch Legitimierung unter Kontrolle gebracht. Wenn der Speisenverkauf rechtlich akzeptiert wird, sind die Verkäufer verpflichtet, Steuern zu zahlen. Die hygienischen Bedingungen müssen überprüft werden. Durch die Legitimierung des Thai-Speisenverkaufs wird ein Park mit asiatischer Atmosphäre systematisch zu einem Touristenort entwickelt. Die Legitimierung des Speisenverkaufs bietet eine andere Möglichkeit, den jahrelangen Kampf zwischen den Parknutzern und den Anwohnern zu vermindern.



## 5. Literatur

BBA – Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen (2000): Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen über die Lage der Ausländer in der Bundesrepublik. Berlin/Bonn.

Braun, Karl (2002): Der Thai-Treff im Preußenpark: Eine ethnographische Spurensuche. In: Berliner Blätter. Heft 33/2004. Berlin: 9-19.

Breidenbach, Joana (2001): Im Preußenpark. Abrufbar unter: [http://www.joanabreidenbach.de/files/im\\_preussenpark1\\_1.pdf](http://www.joanabreidenbach.de/files/im_preussenpark1_1.pdf). (Zugriff 15.6.2007).

Dangschat, Jens (1999): Modernisierte Stadt- gespaltene Gesellschaft. Opladen.

Karakasoglu, Yasemin/Viktoria Waltz (2002): Muslimische Frauen schaffen sich Räume. In: Informationskreis für Raumplanung (Hg.): Raumplanung 102. Heft Juni 2002. Berlin: 150-154.

Leggewie, Claus (2002): Integration und Segregation. In: Bade, Klaus J./Münz, Rainer (Hg.): Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt/Main.

Missbach, Antje (2004): Scheitern. Über Hürden im Feld. In: Berliner Blätter. Heft 33/2004. Berlin: 37-51.

Müller, Klaus (2007): Ein Leserbrief. In: Farang – das Südostasien-Magazin aus Berlin. Heft 9/2006. Abgerufen unter: [http://www.farang.de/Archiv/AUSGABEN/2006\\_09.html](http://www.farang.de/Archiv/AUSGABEN/2006_09.html) (Zugriff 3.2.2007).

Richnow, Jens-Peter (2001): Thai in Berlin. Ausländerbeauftragte des Senats. Berlin

Schwenger, Hannes (1997): Der Tagesspiegel, Rubrik Leserbrief.

Steinke, Karolin (2004): Mann hatte sie sich unterwürfiger vorgestellt. In: Berliner Blätter. Heft 33/200. Berlin: 20-21.



## V. Integrationskonzepte

### 1. Einleitung

Als Antwort auf die Frage nach dem friedlichen und gleichberechtigten Zusammenleben heterogener Bevölkerungsgruppen formulierte das Europäische Komitee für Wanderung anlässlich des 50-jährigen Bestehens des Europarates 1999 die Leitlinie „Vielfalt (*Diversity*) und Zusammenhalt“ (vgl. Schmidt-Fink 2001) für die zukünftige europäische Integrationspolitik. Nach dem *Diversity* (Vorschlag: kursiv oder so..., da der *Diversity* Ansatz im Zusammenhang immer als feststehender Begriff gebraucht wird) Ansatz haben alle Menschen das gleiche Recht darauf, ihre Verschiedenheit auszuleben (Gleichheitsgrundsatz) sowie auf Chancengleichheit, also Partizipation am gesellschaftlichen Leben. Sozialer Zusammenhalt soll gerade durch die Anerkennung von Vielfalt gefördert werden. Dieses Konzept betont die Chancen und Potentiale, welche sich aus der Vielfalt ergeben. Es unterscheidet sich vom bislang vorherrschenden Idealbild des Multikulturalismus dadurch, dass nicht nur ein friedliches Nebeneinander der Kulturen hergestellt werden soll, sondern dass in einem partizipativen Prozess aller Bevölkerungsgruppen verbindliche gemeinsame Grundwerte für eine pluralistische Gesellschaft geschaffen werden müssen (Tibi 2006). Ebenfalls anders als im Multikulturalismus handelt es sich beim *Diversity Konzept* um die Vielfalt von Lebenswelten und nicht von Ethnien oder Kulturen (Piening 2006). Angestrebt ist eine breite Beteiligung der ‚Betroffenen‘, d.h. im Falle von Migrant/innen interkulturelle Gruppenzusammensetzungen, welche das reden *mit*, im Gegensatz zu *über* Migrant/innen ermöglicht, so dass Integration als partizipativer Prozess, nicht als reines Ziel begriffen wird. Eine an *Diversity* orientierte Integrationspolitik zeichnet sich also durch Partizipationsstrukturen für Menschen mit Migrationshintergrund durch die partizipative Schaffung von Leitlinien für das Zusammenleben aller sozialen Gruppen und durch eine Anerkennungskultur für Minderheitenkulturen aus. Praktisch ist es sich durch eine stärkere Bedarfsorientierung gekennzeichnet im Gegensatz zur Orientierung an der kulturellen Herkunft. Bundesweit wird dies beispielsweise deutlich an der Aufhebung der Trennung von Aussiedler- und Ausländerarbeit, da Aussiedler trotz ihrer deutschen Staatsangehörigkeit oft ähnlichen Integrationsbedarf wie andere Migrant/innen haben (vgl. Der Beauftragte 2005).

Dieser Beitrag befasst sich entsprechend der städtischen Ausrichtung des Gesamtprojektes mit der *kommunalen Ebene* der Integrationspolitik. Dies geschieht mittels der Analyse ausgewählter städtischer Integrationskonzepte. Das erste Kapitel beschäftigt sich zunächst mit dem jeweilig in den Konzepten formulierten Integrationsverständnis der einzelnen Kommunen. Die Rhetorik und

das Vokabular aktueller kommunaler Integrationskonzepte lässt erste Tendenzen der kommunalen Integrationspolitik in Richtung des *Diversity* Konzeptes vermuten; so beispielsweise der Titel des Berliner Konzeptes „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ (der Beauftragte für Integration und Migration 2005), welcher sich direkt am Leitmotiv des Europäischen Komitees anlehnt, sowie die Gründung eines Integrationsbündnisses in Stuttgart. Kann hier von einem Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik mit konkreten Auswirkungen auf die Integrationsarbeit und relevanten Institutionen gesprochen werden oder handelt es sich um eine sprachliche Verschiebung, hin zu einer Rhetorik weltoffener Metropolen, welche auf qualifizierte Zuwanderung spekulieren und keine Neuerungen für die ‚klassische‘ Integrationsarbeit bringen? Wie werden die neuen Leitbilder und guten Absichten in der praktischen Integrationsarbeit und den kommunalen Institutionen umgesetzt, wenn überhaupt? Zur Beantwortung dieser Frage wurde im Rahmen des Projektseminars ein Kriterienkatalog für eine an *Diversity* ausgerichtete Integrationspolitik entworfen. Diese Kriterien werden in Kapitel 2 vorgestellt und zunächst im Überblick auf 12 deutsche Städte – die Auswahl der Städte ergibt sich zufällig aus den Präferenzen der Projektteilnehmer/innen – angewandt, um in den folgenden Kapiteln einen tiefer gehenden Blick auf fünf dieser Städte zu richten. Auch diese Analyse bleibt allerdings oberflächlich, da sie sich nahezu ausschließlich an den Inhalten der Integrationskonzepte orientiert und somit keine umfassenden Aussagen zur tatsächlichen, praktischen Integrationsarbeit der Städte zulässt. Tendenzen zur politischen Ausrichtung und institutionellen Ausgestaltung der Integrationsarbeit werden jedoch durch die Analyse sichtbar. Der Erfolg der Integrationsbemühungen wird sich erst langfristig beurteilen lassen, wobei eine ausführliche Messung und Berichterstattung einen essentiellen Bestandteil der Integrationsarbeit darstellt. Im siebten Kapitel wird dementsprechend das kommunale Berichterstattungswesen und Monitoring Mechanismen der Kommunen untersucht. Das abschließende Kapitel geht auf die Imagepolitik der Städte ein, um im Fazit festzustellen, ob eher ein Imagewechsel als ein integrationspolitischer Paradigmenwechsel im Sinne von *Diversity* in den Städten zu konstatieren ist. Es wird sich zeigen, dass die Strategien kommunaler Integrationspolitik alle in Richtung *Diversity* tendieren, aber dass diese trotz oberflächlicher Gemeinsamkeiten sehr unterschiedlich ausgeprägt sind.

Zu den fünf näher untersuchten Städten zählt Frankfurt als ‚klassische‘, seit Beginn der Anwerbung von Arbeitsmigrant/innen angesteuerte Zuwanderungsstadt. Sie hat kein ausformuliertes Integrationskonzept, jedoch finden sich Integrationsleitlinien auf der Homepage des „Amts für multikulturelle Angelegenheiten“, im folgenden AmkA genannt (Amt für multikulturelle Angelegenheiten 2007). Ausführungen in diesem Beitrag richten sich nach Frankfurts Integrationsbericht 2005. Stuttgart hat im Wettbewerb der Bertelsmann Stiftung von 2005

„Erfolgreiche Integrationspolitik ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik“ den ersten Preis in der Kategorie `Großstadt` gewonnen. Ihr Integrationskonzept entstand bereits 2001. Hamburg, mit dem Konzept vom Dezember 2006, wurde aufgrund der offensiven Imagepolitik als internationale Zuwanderungsstadt aufgenommen. Berlin wurde als Bundeshauptstadt ausgewählt und da bereits der Titel des Konzeptes „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ auf eine *Diversity* Orientierung hindeutet. Aussagen zu Berlins Integrationspolitik beziehen sich im wesentlichen auf das Integrationskonzept von August 2005, wobei auch das aktuelle Konzept von 2007 berücksichtigt wird. Leipzig dient als Beispiel einer Kommune, in welche sich die Integrationspolitik ihren Platz noch erkämpfen muss. Dementsprechend existiert noch kein offiziell verabschiedetes Integrationskonzept. Leipzigs Integrationsverständnis wurde dem Bericht des Ausländerbeauftragten 2006 entnommen. Alle Angaben zur Integrationspolitik der Städte sind den oben genannten Konzepten bzw. Berichten entnommen und werden im Folgenden nicht gesondert nachgewiesen.

## **2. Kriterien für eine an *Diversity* orientierte kommunale Integrationspolitik**

Die im folgenden dargestellten Kriterien zur Analyse der kommunalen Integrationskonzepte entlang den Leitlinien der Partizipation und Anerkennung, welche sich aus dem *Diversity* Ansatz ergeben, wurden im Rahmen des Projektes ‚Multikulturelle Stadt‘ zusammengetragen und von der Verfasserin dieses Beitrags weiterentwickelt. Sie wurden durch Vorschläge aus Rosemarie Sackmanns Aufsatz „Einwanderung und Integration: Handlungsmöglichkeiten der Stadtpolitik“ (2001) ergänzt. Die entwickelten Kriterien werden nachfolgend erläutert und in einer Tabelle auf die 12 im Projektseminar ausgewählten Städte angewandt. Dieser Überblick soll erste Tendenzen in der kommunalen Integrationspolitik aufzeigen, wobei eine ausführlichere Analyse der fünf hervorgehobenen Städte in den darauf folgenden Kapiteln erfolgt.

### *Integrationsverständnis*

Zunächst ist zu klären, ob die Städte das Ziel eine auf *Diversity* angelegten Integrationspolitik, wie sie in der Einleitung beschrieben wurde, verfolgen.

### *Steuerung von Integrationspolitik*

Die Ansiedlung bzw. die Steuerung von Integrationspolitik auf kommunaler Ebene zeigt den Stellenwert dessen im gesamtstadtpolitischen Gefüge auf: Wer ist für die Federführung verantwortlich? Herrscht diesbezüglich eine klare Zuständigkeit? Gibt es ein Querschnittsamt für Integrationsangelegenheiten, beispielsweise in Form eines Integrationsbeauftragten?

### *Institutionalisierte Partizipation*

Entscheidender Schritt für die Institutionalisierung von Partizipationsstrukturen ist die Installierung eines Migrations- bzw. Integrationsbeirates, welcher für die Weiterentwicklung der Integrationspolitik mit verantwortlich ist. Idealerweise ist dieser aus Menschen mit Migrationshintergrund und Ausländern zusammengesetzt. In diesem Abschnitt wird außerdem geprüft, ob Menschen mit Migrationshintergrund bei der Verfassung des jeweiligen Integrationskonzeptes beteiligt waren.

### *Einbezug von Migrantenorganisationen*

Obwohl zu der umfassenden Beurteilung städtischer Integrationspolitik ohne Zweifel auch die Beurteilung existierender Programme, Projekte und Initiativen der praktischen städtischen Integrationsarbeit gehört, wird eine entsprechende Bestandsaufnahme ausgespart, da der Schwerpunkt der Analyse auf partizipativen und *Diversity*-orientierten Maßnahmen der Integrationspolitik liegt. In diesem Sinne wird untersucht, in wie fern Organisationen von Migrant/innen in die Integrationsarbeit einbezogen werden.

### *Kulturelle Repräsentation*

Eine an Vielfalt interessierte Stadt müsste ihren heterogenen Bevölkerungsgruppen Repräsentationsmöglichkeiten für ihre jeweilige Kultur und Religion schaffen. Welche Formen der kulturellen Repräsentation bzw. Anerkennung werden ihnen geboten (top-down) bzw. haben sie sich selbst geschaffen (bottom-up)?

### *Interkulturelle Öffnung der Verwaltung*

Mittels eines ‚interkulturellen Mainstreaming‘ sollen nach dem *Diversity* Ansatz existierende kommunale Angebote auf ihre Nutzertauglichkeit für alle gesellschaftlichen Gruppen überprüft werden (vgl. Nahawandi 2004). Dieses steht im Gegensatz zur Schaffung von Sonderdiensten oder speziellen Angeboten für einzelne Gruppen (ebenda). Hier wird also geprüft, ob und wie weit Pläne zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung existieren, d.h. ob die Ausbildung interkultureller Kompetenzen bei den Mitarbeiter/innen in den Regeldiensten vorgesehen ist und ob Vorgaben zur Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationhintergrund im Öffentlichen Dienst gemacht werden. Außerdem dazu gerechnet wird, ob es eine zentrale städtische Anlaufstelle für Integrationsfragen gibt.

### *Berichterstattung und Controlling*

Den Abschluss einer konsequenten Integrationspolitik stellen eine detaillierte Berichterstattung und regelmäßige Kontrolle der Integrationsbemühungen dar.

	<b>Integration s-Konzept</b>	<b>Integrations- Beauftragte</b>	<b>Integrations- Beirat</b>	<b>Öffentlicher Dienst</b>	<b>Berichtswesen</b>
<b>Berlin</b>	8/2005	Int.beauf.	Landesbeirat (seit 2003)	Ausbildungs- plätze	Daten zu migrantischer Demografie, Wirtschaft, Beschäftigung, Bildung, Ausbildung, Integration, Partizipation beim Integrationsbeauftragten.
Bonn	Eckpunkte 1/2007	Referat für Multikulturell es	Integrations- rat 11/2004	Keine Zielformulierung en <sup>8</sup>	Tätigkeitsbericht des Referats für Multikult. 2003 & 2004-2006; Zeitschrift des Integrationsrates
Dortmund	Richtlinien <sup>9</sup> 9/2006	Int.beauf. & Integrations- büro	Ausländer- beirat (seit 1972); Dialogprozess „Integration mit aufrechtem Gang“	Ziel 2015: Zuwander/innen repräsentativ in allen öff. Institutionen	Berichtsvorlagen sollen künftig vom Integrationsbüro vorbereitet werden
<b>Frankfurt</b>	Integrations -bericht 2005	Beauftragte für multikult. Angelegen- heiten	KAV	Aktive Werbung um Auszubildende mit MH (allerdings genereller	Jährlicher Integrationsbericht; Jährlicher Rechenschaftsbericht des Ausländerbeirats;

<sup>8</sup> Migranten in der Verwaltung und Kinder- und Jugendhilfe als ‚Garanten‘ für offene Kommunikation gesehen

<sup>9</sup> 9/2006 wurde der Masterplan Integration vorgelegt, welcher Richtlinien für das weitere Vorgehen in der Dortmunder Integrationspolitik vorgibt

				Einstellungs- stopp)	Mitarbeit bei der KGSt: Entwicklung von Indikatoren zur Wirkungsmessung von kommunaler Integrationsarbeit
<b>Hamburg</b>	02/2007	Int.beauf.	Int.Beirat	20% Jugendliche mit MH in Öff. Verwaltung; Lehrkräfte MH	Angestrebt: Integrationsberichte & Controlling mit Indikatoren
Kiel	Handlungs- empfehlung en9/2006	Referat für Migration	Forum für Migrantinnen und Migranten	k.A.	k.A.
Köln	Ende 2008	Int.kulturelles Referat / Ausländerbe.	Integr. Rat	k.A.	k.A.
<b>Leipzig</b>	7/2006	Ausländerbe.	Nein	Einstellung von Migrant/innen aufgrund generellem Einstellungs- stopp nicht umsetzbar	Bericht des Ausländerbeauftragten (einmalig 2006) Faltblatt: Ausländer in Leipzig
Mannheim	Nein <sup>10</sup> 7/2001	Beauf. Für Int. & Migr.	Migr.Beirat	k.A.	Nein
München	Grundsätze 11/2006	Stelle für interkulturelle Zusammen- arbeit	Ausländer- beirat (seit 1974)	Jugendliche im Öff. Dienst „erwünscht“ Gegen Diskrim. Mitarbeiter mit Migr.Hintergr.	Geplant: Integrationsmonitoring (Stelle für interkulturelle Arbeit)

<sup>10</sup> Richtlinien zur Integrationsförderung von Einwohnern ausländischer Herkunft (Stadt Mannheim 2001) befassen sich nur mit der finanziellen Bezuschussung ausländischer bzw. migrantischer Organisationen

Solingen	2001 (Interkult. Gesamt- konzept)	Ausländer- beauftragter; Int.büro	Zuwanderer- & Int.rat	Interkulturelle Ausrichtung aller öffentl. Dienstleister angestrebt	k.A.
<b>Stuttgart</b>	2001	Int.beauf. bei Stabsabteilun g für Int.politik	Internation. Ausschuss des Gemeinderats	Anteil von Zugewanderten erhöhen	Statistisches Amt: Jährliche Bestands- aufnahme migrations- relevanter Kennzahlen; Entwicklung von Indikatoren zur Wirkungsmessung kommunaler Int.arbeit mit KGSt

Die erste Spalte zeigt, dass nicht alle Städte ein offizielles, vom Stadtrat oder Senat verabschiedetes Integrationskonzept haben, jedoch existieren für alle außer Mannheim offizielle Leitlinien oder Handlungsempfehlungen für die Integrationspolitik. Auf die Notwendigkeit eines offiziell verabschiedeten Integrationskonzeptes machen die Leipziger Integrationsbeauftragte aufmerksam: In Leipzig gibt es kein vom Stadtrat verabschiedetes Integrationskonzept und dies erschwert für den Ausländerbeauftragten und die Verwaltung die Integrationsarbeit, da bei der Planung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen keine Verbindlichkeit bezüglich der Leitlinien herrscht. Alle Städte haben ein Querschnittsamt für Integrationsangelegenheiten, wobei die Bezeichnung „Ausländerbeauftragter“ in Köln, Leipzig und Solingen, sowie das „Amt für multikulturelle Angelegenheiten“ in Frankfurt veraltet erscheinen. Nur Leipzig fehlt es an einem Integrations- oder Migrationsausschuss, da der Antrag zur Schaffung eines Migrationsbeirates am 22.05.2002 keine Mehrheit in der Ratsversammlung fand. Die Erhöhung des Anteils von Migrant/innen im öffentlichen Dienst ist dagegen nur in sieben der Städte ein offiziell erklärtes Ziel und auch dort gib es in einigen Fällen Schwierigkeiten bei der Umsetzung aufgrund eines generellen Einstellungsstopps. Aus der letzten Spalte der Tabelle geht hervor, ob die Städte ein gebündeltes Integrationsberichtswesen eingerichtet haben oder einrichten werden. Dies ist in fünf bzw. drei Städten der Fall. Für Kiel, Köln und Solingen konnten keine Angaben hierzu gemacht werden. In

Mannheim gibt es derzeit keinen Integrationsbericht oder Ähnliches. Die folgenden Kapitel werden die in der Tabelle angegebenen Befunde für die fünf hervorgehobenen Städte ausweiten und vertiefen, um der Frage nach einem möglichen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik nachzugehen.

### **3. Integrationsverständnis der Integrationskonzepte: *Diversity*?**

Kulturelle Vielfalt wird in Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, und Stuttgart als Bereicherung, die interkulturellen und fachlichen Kompetenzen sowie Mehrsprachigkeit von Migrant/innen durchweg als Ressourcen betrachtet. ‚Vielfalt‘ wird von Berlin im Sinne von *Diversity* ausdrücklich nicht ethnisch verstanden, sondern als Vielfalt der Lebenswelten. Allerdings gälte es die Unterschiede sowohl zwischen, als auch innerhalb der Kulturen der Herkunftsländer zu berücksichtigen. Auch Stuttgart hält das Kredo „eine Stadtgemeinschaft – viele Lebenswelten“ (Stuttgarter Bündnis 2005: 5) für eine positive gesellschaftliche Realität und sieht die Notwendigkeit, eine nationalorientierte Förderung durch die Förderung von Chancengleichheit heterogener Bevölkerungsgruppen abzulösen. Frankfurt spricht von „hier beheimateten unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen“ (Amt für multikulturelle Angelegenheiten 2007: 1), während Hamburg und Leipzig die Kategorien der kulturellen und religiösen Vielfalt verwenden. Im Licht des *Diversity* Ansatzes erstaunt im Hamburger Konzept die Aussage, dass das Integrationskonzept Menschen ohne Aufenthaltsstatus ausschließt und sich nur an „Menschen mit Migrationshintergrund, die dauerhaft und rechtmäßig in Hamburg leben“ richtet (Behörde für Soziales 2007: 14).

Alle Integrationskonzepte bekennen sich gemäß *Diversity* Leitlinie zu der Auffassung, dass Integration eine Querschnittsaufgabe sei, welche von allen kommunalen Diensten und Institutionen zu tragen sei. Sie betrachten Integration als Herstellung von Chancengleichheit und als ein Prozess der Annäherung von Zugewanderten auf der einen und der einheimischen Bevölkerung auf der anderen Seite. Die partizipative Einigung auf gemeinsame Grundwerte und die Herstellung einer gemeinsamen Verständigungsgrundlage wird nicht von allen angestrebt, jedoch von Berlin hervorgehoben: „Integration kann sich [...] nicht in der toleranten Anerkennung kultureller Vielfalt erschöpfen“ (Der Beauftragte für Integration und Migration 2005: 6), es muss „die gemeinsame Verständigung über gemeinsame Integrationsziele und Grundwerte“ (ebenda: 7) erfolgen. Der Hamburger Senat erklärt sich noch konkreter zu Gesprächen mit islamischen Vertreter/innen, zur Schaffung gemeinsamer Grundwerte bereit. Auch Stuttgart hält „einen Multikulturalismus [...], bei dem ein unverbindliches Nebeneinander der Kulturen ohne einen Konsens über gemeinsame Grundwerte“ (Stuttgarter Bündnis 2006: 4) herrscht, für integrationspolitisch unzureichend. Leipzig betont die Toleranz der Stadt und die Potentiale von Zuwander/innen, jedoch findet die Schaffung



gemeinsamer Grundwerte keine Erwähnung; - im Gegenteil: „muss das Aufnahmeland Integrationsangebote bereitstellen, während die Zuwanderer berechtigt, aber auch angehalten sind, sie wahrzunehmen“ (Referat Ausländerbeauftragter 2006: 9). Frankfurt nennt Chancengleichheit, friedliches Miteinander und die Unterstützung der *einheimischen* Bevölkerung „um Veränderungen und neue Herausforderungen zu bewältigen“ (Amt für multikulturelle Angelegenheiten 2007: 1), jedoch nicht die Schaffung gemeinsamer Grundwerte, als Integrationsziele. Die Integration ins Erwerbsleben, sowie das Erlernen der deutschen Sprache werden weiterhin von allen Konzepten als zentrale Integrationsmechanismen betrachtet.

Die Analyse des Integrationsverständnisses, welches die Städte ihren Integrationskonzepten zugrunde liegen hat, ergeben, dass sich Berlin und Stuttgart aufgrund ihres Vokabulars („Vielfalt der Lebenswelten“) und ihrer Absicht, gemeinsame Grundwerte für das Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen zu schaffen, am ehesten dem *Diversity* Ansatz verpflichtet. Obwohl Hamburg nicht das entsprechende Vokabular anführt, strebt der Senat die Verständigung mit islamischen Vertretern über gemeinsame Grundwerte an, was in Leipzig und Frankfurt keine Erwähnung findet. Dieses Kapitel gibt lediglich den Maßstab vor, an dem sich die jeweiligen integrationspolitischen Umsetzungen der Städte messen müssen. Erst nach der weiteren Analyse von Integrationsmaßnahmen und Institutionen kann eine Aussage über die *Diversity* Orientierung der Städte getroffen werden; auch dann ist noch nichts über den Erfolg der Maßnahmen gesagt.

## **4. Ansiedlung und Steuerung von Integrationspolitik auf kommunaler Ebene**

### **4.1 Integration als Querschnittsaufgabe?**

Alle Städte verstehen Integration inzwischen im Sinne des *Diversity* Ansatzes als Querschnittsaufgabe. Das heißt, dass, ähnlich wie im Gender Mainstreaming, die gesamte städtische Verwaltung, jedes Amt und jede Institution Integration als Teil ihres Aufgabengebietes verstehen sollte. Zur Koordinierung dient ein entsprechendes Querschnittsamt zur Steuerung der Integrationspolitik. In Berlin, Hamburg und Stuttgart sind dies die Integrationsbeauftragten. In Frankfurt dient das „Amt für multikulturelle Angelegenheiten“ (AmkA) bereits seit 1989 als Querschnittsamt für Integrationsfragen in der Stadtverwaltung, d.h. es leistet Vernetzungs- und Koordinierungsarbeit, plant und bündelt Integrationsmaßnahmen und es hat auch eine beratende und informierende Funktion für Rat suchende Bürger/innen. Auch das „Referat der Ausländerbeauftragten“ in Leipzig übernimmt sowohl Steuerungs- als auch Beratungsfunktionen, wobei letztere aufgrund von Mittelkürzungen stetig abgebaut werden mussten. In Leipzig stellt dieses Referat die treibende Kraft hinter nahezu der gesamten Integrationsarbeit, da sich der

Querschnittscharakter der Aufgabe in der übrigen Verwaltung und in den Ämtern längst noch nicht durchgesetzt hat.

#### **4.2 Politische Beteiligung: Partizipation am Entwurf des Integrationskonzepts?**

Der Entwurf eines kommunalen Integrationskonzeptes bietet die erste Möglichkeit, Zuwander/innen an der Schaffung von geteilten Grundwerten teilhaben zu lassen. In Berlin wurden Migrantenvertreter/innen bei der Erstellung des Konzeptes durch den Senat angehört. Sowohl der Integrationsbeirat als auch verschiedene Migrantenorganisationen wurden in Hamburg unter der Leitung der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) in den Prozess der Konzepterstellung mit einbezogen. In Frankfurt und Leipzig fehlen entsprechend ausformulierte Konzepte, wobei dies für die Leipziger Integrationspolitik eine fehlende Verbindlichkeit bedeutet. In Frankfurt ist der Dialog mit Migrantenvertreter/innen dagegen institutionalisiert (siehe 3.3). Obwohl sich das Stuttgarter „Bündnis für Integration“ (2005) sich als politischer Auftrag für die gesamte Stadt versteht, wurde es in einem *top-down* Prozess von Gemeinderat und der Stabstelle für Integration, bei der die Integrationsbeauftragten angesiedelt sind, erstellt.

#### **4.3 Politische Beteiligung: Migrations- bzw. Integrationsbeirat?**

Der Internationale Ausschuss des Gemeinderates in Stuttgart ist als Expertenvertretung und beratendes Gremium im Stadtrat für die Vertretung der Interessen der in Stuttgart lebenden Zuwander/innen konzipiert, d.h. Staatsangehörigkeit oder Hintergrund der bestellten Mitglieder ist im Gegensatz zu den Integrationsfachkenntnissen nicht entscheidend. Streng genommen stellt dieses Gremium also keine Partizipationsstruktur für Menschen mit Migrationshintergrund dar. In Berlin ist der Landesbeirat für Integrations- und Migrationsfragen seit April 2003 als Staatssekretärsgremium eingerichtet worden. In Frankfurt werden die Mitglieder der Kommunalen Ausländervertretung per Wahl (wahlberechtigt sind alle in Frankfurt lebenden Ausländer/innen) ins Amt berufen; sie entstammen verschiedener Nationen und legen einen jährlichen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeiten ab. Angesichts des zunehmenden Anteils eingebürgerter Migrant/innen, welche sich immer noch mit Integrationshindernissen konfrontiert sehen, erscheint diese Vertretungsform für Integrationsfragen in Frankfurt nicht länger zeitgemäß. In Leipzig wurden mehrfach Anträge zur Schaffung eines Migrationsbeirates eingebracht, welche zuletzt keine Mehrheit in der Ratsversammlung fanden. Berlin, Hamburg und Frankfurt verfügen derzeit über institutionalisierte Partizipationsstrukturen für Migrant/innen, während in Stuttgart eher noch *für* als *mit* Migrant/innen entschieden wird.

## **5. Werden Migrantenorganisationen in die Integrationsarbeit einbezogen?**

Analog zur aktiven Beteiligung von Ausländer/innen an der Integrationspolitik im KAV, findet sich in Frankfurt eine breite Beteiligung von Migrantenorganisationen an der Integrationsarbeit. Der Dialog zwischen Kulturvereinen und der Verwaltung ist institutionalisiert und der Magistrat fördert finanziell die Selbsthilfe und die Entwicklung von Eigeninitiative der Migrantenvereine, beispielsweise von migrantischen Sportvereinen. Berlin schreibt in seiner partizipativen Integrationspolitik Migrantenorganisationen eine zunehmend wichtige Rolle bei der konzeptionellen Weiterentwicklung der Integrationsarbeit und -Politik zu, wobei dies nicht näher spezifiziert wird. Hamburg trifft keine nähere Aussage zur Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen, aber hier wird im Bereich der frühkindlichen Erziehung und der beruflichen Eingliederung von Migrant/innen mit Migrantenorganisationen zusammengearbeitet. In Stuttgart sollen Migrantengruppen den interkulturellen Dialog fördern, allerdings werden weiter keine Angaben bezüglich der Zusammenarbeit mit Migrantengruppen in der Integrationsarbeit gemacht. Hier wird demnach scheinbar die *top-down* Herangehensweise der Stuttgarter Integrationspolitik (siehe 3.3) fortgesetzt. In Leipzig konzentrieren sich die Bemühungen des Ausländerbeauftragten in diesem Punkt auf den Aufbau von Zuwandererorganisationen. Obwohl die Zahl der interkulturellen Organisationen in Leipzig langsam steigt, werden diese kaum als Teil der Bürgergesellschaft wahrgenommen und werden nur vereinzelt als Partner in der Integrationsarbeit herangezogen.

## **6. Anerkennungskultur: Kulturelle und religiöse Repräsentation von Minderheiten**

Eine Politik der Vielfalt gemäß des *Diversity* Ansatzes sieht die Anerkennung von Minderheitenkulturen und die Schaffung von Repräsentationsmöglichkeiten vor. Werden Minderheitensprachen respektiert, sogar gelehrt? Spielen interkulturelle Erziehungsmethoden eine Rolle? Wird z.b. der Moscheebau unterstützt und der interreligiöse Dialog gefördert?

Im Schulbereich sind deutliche Zeichen einer Anerkennungskultur in allen Städten zu erkennen. Berlin und Stuttgart streben ausdrücklich die Stärkung einer interkulturellen Schulkultur bzw. eines Schulprofils an und Migrant/innen sollen in Berlin verstärkt in Schulgremien mit eingebunden werden. In Stuttgart, Hamburg und Leipzig kann die Muttersprache von Kindern mit Migrationshintergrund als 1. oder 2. Fremdsprache anerkannt werden. Stuttgart erachtet allerdings

den Erhalt der Muttersprache als in der Verantwortung der jeweiligen Zuwandererorganisationen. Stuttgart, Berlin und Hamburg streben die vereinfachte Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse an, um damit das Potential der qualifizierten Menschen mit Migrationshintergrund besser auszuschöpfen. In Frankfurt existiert eine Leitlinie für interkulturelle Erziehung in den Kindertagesstätten; in Leipzig soll der ethnische und kulturelle Hintergrund der Kinder in Kitas berücksichtigt werden. Stuttgart nimmt seit dem Schuljahr 2006/07 an dem Modellversuch Baden-Württembergs zur Einführung von Islamunterricht an den Schulen teil, wogegen Berlins *Diversity* Orientierung durch die Einführung eines bekenntnisneutralen Ethikunterrichts in Schulen unterstrichen wird, bei dem „Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher politischer, religiöser und weltanschaulicher Auffassungen sich gemeinsam mit Fragen der Werteorientierung, mit unterschiedlichen Weltreligionen, Weltanschauungen und Lebensauffassungen beschäftigen und im Dialog lernen, eigene Wertvorstellungen zu überprüfen“ (Beauftragter für Integration und Migration 2007: 34).

Als öffentliche Anerkennungssignale können die Einbürgerungsfeiern in Frankfurt und Hamburg und die jährlichen Integrationspreise Berlins und Frankfurts für herausragende Integrationsarbeit gewertet werden. Der Frankfurter Integrationspreis ist mit 15.000€ dotiert und Oberbürgermeisterin Petra Roth hielt die Begrüßung auf den drei Einbürgerungsfeiern, welche allein in 2005 stattfanden. Hamburg setzt auf positive Öffentlichkeitsarbeit, auch in Zusammenarbeit mit den Medien, um interkulturellen Kompetenzen Anerkennung als wertvolle Ressourcen zu verschaffen. Das Berliner Neutralitätsgesetz von Januar 2005 untersagt Lehrkräften, pädagogisch Beschäftigten und Beamten der Polizei, des Justizvollzugs und der Rechtspflege die Demonstration von religiösen oder weltanschaulichen Merkmalen. Auch eine Berliner Besonderheit ist die Auswahl von Justizpersonal, einschließlich Richtern, nach interkulturellen Kompetenzen und/oder Migrationshintergrund.

Eher unpolitisch bieten die verschiedenen interkulturellen Veranstaltungen der Städte kulturellen oder migrantischen Vereinen Repräsentationsraum, oft mit tänzerischem, musikalischem oder künstlerischem Anspruch. In Berlin ist dies beispielsweise die Werkstatt der Kulturen, in Leipzig nehmen inzwischen Migrant/innen an den interkulturellen Wochen teil. Der Berliner Senat fördert Projekte mit hoher künstlerischer Qualität und Innovationskraft, welche zur Verankerung von ansässigen Migrant/innen beitragen. Die vom AmkA unterstützte Dauerausstellung „Von Fremden zu Frankfurtern“ im Historischen Museum in Frankfurt bietet migrationsspezifischen Organisationen eine ständige Plattform zur Selbstdarstellung. In Hamburg soll das Forum der Multiplikatoren des Kulturforums den gleichberechtigten interkulturellen Dialog fördern.

Alle Städte äußern sich bezüglich des interreligiösen Dialogs, wobei Stuttgart den interreligiösen

Dialog als in der Zuständigkeit der Glaubensgemeinschaften sieht. Trotzdem beteiligt sich der Stuttgarter Integrationsbeauftragte an einem Runden Tisch der Religionen, einem Gesprächskreis mit Muslim/innen. Die Vernetzung der Religionsgemeinschaften geschieht in Frankfurt durch das AmKA. In Leipzig treffen sich Vertreter/innen der christlichen, muslimischen und israelitischen Glaubensgemeinschaften zum regelmäßig Austausch beim interreligiösen Runden Tisch (Referat Ausländerbeauftragte 2006b). In Berlin wurde 2005 das Islamforum eingerichtet, welche mittels des interreligiösen Dialogs zu verbindlichen Vereinbarungen zwischen den Glaubensgemeinschaften führen soll. Der unter Diskriminierungsschutz stehende Bau von Moscheen wird in Berlin als Zeichen der Integration gewertet. In Frankfurt soll die Zusammenarbeit mit Imamen verbessert werden.

## **7. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und des Öffentlichen Dienstes**

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung umfasst laut der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, KGSt (2005: 35) erstens, dass Prozesse und Strukturen für Migrant/innen transparent und niederschwellig zu gestalten sind und zweitens, dass eine interkulturelle Orientierung als eine Haltung von Mitarbeiter/innen durch die Vermittlung interkultureller Handlungskompetenz geschult wird. Die Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund auf allen hierarchischen Ebenen unterstützt weiter die Signalwirkung dieser Haltung, sowohl betriebsintern, als auch zur Kommune hin. Als Indikatoren für die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes gelten folglich klare Anlaufstellen für Migrations- bzw. Integrationsfragen, die interkulturelle Schulung von Mitarbeiter/innen und die Beschäftigung von Mitarbeiter/innen mit Migrationshintergrund.

### **7.1 Zentrale Anlaufstelle für Integrationsangelegenheiten**

Mit der Neufassung des Aufenthaltsgesetzes am 01.01.2005 haben sich die Bestimmungen zur Migrationserstberatung geändert, wobei nun der Bund die in den Kommunen angesiedelten Beratungsstellen für neuzugewanderte Ausländer finanziert, um über das Angebot von Integrationskursen zu informieren. Die Jugendmigrationsdienste beraten Neuzugewanderte bis zum Alter von 27 Jahren. Hamburg wirbt mit dem ‚Welcome to Hamburg‘ Portal für Neuzuwander/innen, wobei die Migrationserstberatung in die bestehenden Integrationszentren, welche mit den Bezirksämtern und weiteren Akteuren vernetzt sind und die nachholende Integration ansässiger Migrant/innen fördern sollen, integriert wurden. In Berlin wurde eine Ombudsstelle im Büro des Integrationsbeauftragten eingerichtet. Diese neue Aufnahme- und Willkommenskultur soll

durch eine interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde gewährleistet werden. Das gesamte Personal der vorgesehenen zentralen Aufnahmeeinrichtungen soll nach hoher sozialer Kompetenz ausgesucht und sowohl sprachlich, als auch in der Gesprächskultur intensiv geschult werden und eine klientenorientierte Einzelfallberatung, vor allem für Neuzuwanderer gewährleisten. (Vorschlag: „Ziel ist es, ... zu schulen... usw.“) Auch Stuttgart hebt die Wichtigkeit von „situationsbezogener Integrationspolitik“ (Stuttgarter Bündnis 2005: 5) hervor. Dies schließt Menschen ohne Aufenthaltsstatus mit ein. Im Zuge des neuen Zuwanderungsgesetzes wurde eine zentrale 'erste Beratungs- und Clearing Stelle' im Stuttgarter Sozialamt eingerichtet. Hinsichtlich der Heterogenität der Zuwanderer wird noch geprüft, in welcher Form Integrationsservicestellen für Neuzuwanderer eingerichtet werden können. Frankfurts Ausländerbehörde ist stets um größere Kundenorientiertheit bemüht, welches sich unter anderem im Umzug in ein neues, kundenfreundlicheres Dienstgebäude ausdrückt. In Leipzig musste das Büro des Ausländerbeauftragten die Beratungssprechzeiten aufgrund Personalmangels und wachsender Aufgabenpalette drastisch kürzen.

## **7.2 Interkulturelle Öffnung der Verwaltung**

Frankfurt hat einen ‚Leitfaden zur Implementierung interkultureller Kompetenz im Arbeitsalltag von Verwaltungen und Organisationen‘ entwickelt und interkulturelle Kompetenz als ein Modul im Ausbildungsweg im öffentlichen Dienst eingerichtet. Die so genannten ‚Persönlichen Ansprechpartner‘ im Rhein-Main-Job Center werden zum Thema Migration geschult und alle Mitarbeiter/innen im Publikumsbereich des Personal- und Organisationsamtes in interkultureller Verständigung unterwiesen. Stuttgart hat ebenfalls Handlungsempfehlungen herausgegeben und begreift die interkulturelle Öffnung als Führungsaufgabe, wobei professionell mit kultureller Diversität umzugehen sei. Die *Diversity* Orientierung Berlins wird sehr deutlich darin demonstriert, dass alle Regeldienste auch den Bedürfnissen von Migrant/innen gerecht werden und sich durch allgemein verbesserte Kundenorientierung auszeichnen sollen. Die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes zur Begleitung von Neuzuwanderern in die Regeldienste hinein steht hingegen noch aus. In Leipzig werden bereits seit Mitte der 1990-er Workshops zur interkulturellen Kommunikation und Kompetenz veranstaltet, vornehmlich für Mitarbeiter/innen des Gesundheitsamtes, Jugendamtes und des Schulverwaltungsamtes. Hamburg macht keine Angaben zur interkulturellen Ausbildung von Mitarbeiter/innen im öffentlichen Dienst.

## **7.3 Kommune als Arbeitgeberin**

In Stuttgart soll der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöht

werden. Sowohl Berlin, Frankfurt und Hamburg wollen den Anteil an Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen. Nur Hamburg macht hier eine klare Zielvorgabe von 20% der Auszubildenden. Am deutlichsten wirbt Frankfurt - auf Berufsmessen, in Schulklassen, auf der Homepage der kommunalen Ausländervertretung - um Nachwuchskräfte mit Migrationshintergrund, an deren Beschäftigung der öffentliche Dienst laut Integrationskonzept großes Interesse habe. Hervorzuheben ist auch, dass Mitarbeiter/innen, welche für die Einstellung von Personal verantwortlich sind, bereits interkulturell geschult sind. Wie auch in Leipzig, besteht allerdings gegenwärtig ein genereller Einstellungsstopp aufgrund der defizitären Haushaltssituation. Berlin und Hamburg schöpfen als Stadtstaaten ihre Länder-Kompetenz im Bildungssektor aus und beabsichtigen die Einstellung von mehr Lehrkräften mit Migrationshintergrund.

## **8. Berichterstattung und Controlling**

Die Veröffentlichung von Integrationskonzepten legt den Grundstein für eine transparente Integrationspolitik. Um das Erreichen der formulierten Zielvorgaben zu überprüfen bedarf es weitergehend verlässlicher Indikatoren für die Messung des Integrationserfolges. Diese Indikatoren sollten regelmäßig überprüft und die Ergebnisse der Überprüfung veröffentlicht werden. Außerdem wird eine zielgruppenspezifische Datenerhebung benötigt, da ein Großteil der eingebürgerten Bevölkerung mit Migrationshintergrund sich immer noch mit Integrationsproblematiken konfrontiert sieht. Dies begründet die Notwendigkeit, den Migrationshintergrund zusätzlich zur Nationalität in die amtliche Statistik aufzunehmen.

Der Hamburger Mikrozensus erfasst den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt. Es wird geprüft, ob der Migrationshintergrund künftig unter Einbeziehung weiterer soziodemographischer Merkmale erfasst werden kann. Auch in Leipzig erhebt das Amt für Statistik und Wahlen den Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund. In Berlin erhebt nur die Bildungsstatistik den Migrationshintergrund bzw. den Sprachhintergrund der Eltern; einzelne Studien der Senatsverwaltung berücksichtigen diese Kategorie. Weder in Frankfurt, noch Stuttgart geht der Migrationshintergrund in die amtliche Statistik mit ein.

In Berlin sollen die Berichterstattungsverfahren mit realistischen Zielen in Zusammenarbeit mit dem BAMF, den Bezirken und der Wirtschaft transparenter werden. Geplant ist eine Verbesserung der Datenerhebung im Stadtraum. Seit 2004 gibt der Berliner Integrationsbeauftragte einen umfassenden Datenbericht zur Zuwanderungssituation heraus. Im neuen Entwurf des Integrationskonzeptes von 2007 werden die einzelnen Handlungsfelder mit Indikatoren zur Überprüfung des Integrationserfolges versehen. Auch Hamburg strebt ein regelmäßiges Controlling

mit dazugehöriger Berichterstattung des Integrationserfolges mit verlässlichen Indikatoren an. Diese Indikatoren sollen von den Fachbehörden, Senatsämtern und der BSG erarbeitet werden. In Frankfurt wurden bereits 2001 Integrationsprozesse anhand der amtlichen Statistik, einer repräsentativen Bürgerumfrage und drei Stadtteilstudien evaluiert (Straßburger 2001). Frankfurt und Stuttgart partizipieren beide an Innovationszirkeln der KGSt zur Wirkungsmessung kommunaler Integrationsarbeit, d.h. zur Entwicklung von Standards in der Integrationsarbeit, welche auch die Vergleichbarkeit von Kommunen ermöglichen sollen. Die KGSt wurde 1949 in Köln gegründet und repräsentiert das von Städten, Gemeinden und Kreisen gemeinsam getragene Entwicklungszentrum für kommunales Management. Es existiert in Stuttgart bereits ein System für die jährliche Bestandsaufnahme migrationsrelevanter Kennzahlen aller öffentlichen Institutionen, welches vom Statistischen Amt veröffentlicht wird. Weitergehend sollen künftig nach dem „smart“ Prinzip (statistisch, messbare, akzeptierte, realistische und terminierte Ziele) Indikatoren für die regelmäßige Wirkungsanalyse entwickelt werden. Diese Indikatoren sollen auf die Wirkungsanalyse abzielen, d.h. es soll nicht berichtet werden, was getan, sondern was bewirkt wurde. Die Stabsabteilung für Integrationspolitik wird regelmäßig durch Verwaltung und Gremien über die Integrationsarbeit informiert und wertet diese aus. Zukünftig wird sie regelmäßig einen Integrationsbericht herausgeben, in welchem die bereits stattfindenden Bürgerumfragen mit einfließen. In Leipzig fehlen dem Amt für Wirtschaftsförderung die Mittel, um den Grad der Arbeitsmarktintegration von Ausländer/innen zu ermitteln. Der Bericht des Leipziger Ausländerbeauftragten erschien einmalig 2005.

## **9. Integrations- oder Imagepolitik?**

Wie bereits im ersten Kapitel erwähnt, wird kulturelle Vielfalt als Bereicherung, die interkulturellen und fachlichen Kompetenzen und Mehrsprachigkeit von Migrant/innen in allen Städten als Ressourcen betrachtet. Berlin, Stuttgart und Hamburg betonen die Standortvorteile eines weltoffenen, zuwanderungsfreundlichen Stadtklimas. Berlin sieht sich als „weltoffene Metropole mit starker internationaler Anziehungskraft“ (Der Beauftragte 2005: 71). Sie will den „Austausch mit der Welt aktivieren“ (ebenda: 4), wirbt mit „internationalem Flair“ (ebenda: 4) und positioniert sich als 'Global Player' im Kampf um Investitionen und im Wettbewerb um qualifizierte Menschen. Auch Hamburg sieht sich im „Wettbewerb um die besten Köpfe“ (Behörde für Soziales 2007: 41) und strebt den Status einer „internationalen Wirtschafts- und Wissensmetropole“ (ebenda: 41) an. Das in Kapitel 6.1 erwähnte Hamburger „Welcome-Portal“ richtet sich gemäß des Leitbildes „Metropole Hamburg – Wachsende Stadt“ somit vor allem an *qualifizierte*



Neuzuwander/innen (Behörde für Soziales 2007: 41). Stuttgart sieht sich zwar auch als internationale Stadt mit einer „internationalen Bürgergesellschaft“ (Stuttgarter Bündnis 2006: 15), jedoch wird eher der ‚klassischen‘ Integrationsarbeit dadurch Gewicht verliehen, dass die Integrationsbeauftragten bei der Stabstelle für Integration, welche der Stabstelle des Oberbürgermeisters unterstellt ist, angesiedelt sind. Dies signalisiert eine hohe Verbindlichkeit und verleiht der Integrationsarbeit ein positives Image. Frankfurt lobt sich selbst für ihre langjährigen Integrationserfahrungen und Erfolge und dafür, eine weltoffene und internationale Stadt zu sein. Der Umgang mit Vielfalt gehöre bereits zum beruflichen Alltag in der Großstadtverwaltung. Leipzig bemüht sich um ein integrationsfreundliches Klima, welches als weicher Standortfaktor gewertet wird.

## **10. Fazit**

Eine Analyse der Integrationskonzepte von Berlin, Frankfurt, Hamburg, Leipzig und Stuttgart zeigt, dass die Tendenz zu einer auf Partizipation und Anerkennung angelegten Integrationspolitik aufgezeigt, obwohl sich nicht alle Städte ausdrücklich zur *Diversity* Leitlinie bekennen. Imagepolitik zwecks Wettbewerb um qualifizierte Neuzuwanderung ist zwar in Hamburg und Berlin stärker ausgeprägt, als in den übrigen Städten, jedoch ist sie allenfalls als Parallelbestreben neben der klassischen Integrationsarbeit zu werten. Bezüglich der Institutionalisierung offenbart bereits die im ersten Kapitel angefertigte Tabelle, dass die Institutionalisierung von Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in Form eines Querschnittsamts für Integrationsfragen und die Partizipation in Form eines Integrationsbeirates in allen 12 Städten bereits erfolgt oder im Falle Leipzigs angestrebt ist.

Getreu ihres Konzepttitels weist Berlin von allen Städten das größte Bestreben nach *Diversity* auf. Dies kommt neben Integrationsbeauftragten und –Beirat, vor allem durch das verwendete Vokabular, im Streben nach gemeinsamen Grundwerten (bereits in der Schule), und in der geplanten Zuständigkeit der Regeldienste für alle Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck. Zugleich setzt Berlin mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit auf qualifizierte Neuzuwanderung. Stuttgart nutzt zwar ebenfalls das Vokabular vielfältiger Lebenswelten und hat der Integrationspolitik mit der Ansiedlung bei der Stabstelle der Oberbürgermeisters einen hohen Stellenwert zugewiesen, jedoch ist durchweg eher eine top-down Herangehensweise festzustellen, für die Partizipation nicht an erster Stelle steht. So ist der Internationale Ausschuss ein Expertengremium und nicht ausdrücklich mit Migrant/innen besetzt, die Erstellung des Integrationskonzeptes verlief nicht partizipativ und Migrant\*innenorganisationen wird kein hoher Stellenwert bei der Integrationsarbeit angerechnet.

Dagegen zeigt Frankfurt eine langjährig, eher bottom-up gewachsene Integrationskultur. Diese äußert sich an der breiten Rolle, welche Migrantenorganisationen in der Integrationsarbeit spielen, wobei der Austausch mit dem Magistrat bereits institutionalisiert ist. Obwohl Frankfurt also nicht das entsprechende Vokabular an den Tag legt, scheint sich die *Diversity* Orientierung durchgesetzt zu haben, ohne als Leitlinie propagiert worden zu sein. Hamburg positioniert sich vor allem im Wettbewerb um qualifizierte Neuzuwanderung. Dieser förderlich sind der hohe Stellenwert von medialer kultureller Repräsentation von Minderheiten und die angestrebte vereinfachte Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen. Leipzig steht noch am Anfang einer auf Partizipation angelegten Integrationspolitik, für welche bislang das Referat der Ausländerbeauftragten der treibende Motor war. Der Bericht des Ausländerbeauftragten stellt zwar deutliche Erfolge bei dessen Integrationsarbeit heraus, jedoch ließt sich der Bericht gleichzeitig wie eine Anklage an die Stadt Leipzig, welche den notwendigen politischen Willen und die Ressourcen für das sinkende Integrationsschiff aufbringen muss, bevor es untergeht.

Es ist es wichtig vor Augen zu halten, dass die Beurteilung eines Integrationskonzeptes eine umfassende Analyse der Integrationspolitik, mit all ihren Maßnahmen, Programmen und Akteuren nicht ersetzen kann. Ein Konzept kann top-down erstellt, mit ausgefeiltem Vokabular und Visionen ausgestattet worden sein, während Maßnahmen und Programmen an der Basis halbherzig ausgeführt werden oder gänzlich scheitern. Jede Kommune hat zudem ihre spezifischen historischen und demographischen Eigenheiten, welche die Praxis der Integrationsarbeit mitbestimmen und welche nicht in diese Analyse mit eingeflossen sind. Darüber hinaus kann über den tatsächlichen Erfolg einer an *Diversity* orientierten Integrationspolitik nur langfristig etwas ausgesagt werden. Aus diesem Grund ist die Tendenz hin zur Entwicklung von messbaren Integrationsindikatoren und der Installation eines umfassenden Integrationsmonitoring zu begrüßen und zu forcieren.

Optimistisch ist abschließend festzustellen, dass alleine die Anfertigung derartiger Integrationskonzepte bereits die Grundsteine für einen paradigmatischen Wandel in Deutschland darstellen, hin zu einer partizipativen Integrationspolitik. Sie sind nicht nur Leitbild für ihre jeweiligen Kommunen, sondern erfüllen darüber hinaus gesamtgesellschaftlich eine symbolische Funktion: sie signalisieren den ernsthaften Willen zur Veränderung.

## 11. Literatur

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (Hg.) (2005): Integrationsbericht 2005:  
[http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationsbericht\\_2005.pdf](http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Integrationsbericht_2005.pdf) (08.05.07).

Behörde für Soziales, Familie und Verbraucherschutz (Hg.) (2007): Hamburger Handlungskonzept zur Integration von Zuwanderern: <http://fhh.hamburg.de/stadt/Aktuell/behoerden/soziales-familie/zuwanderung/service/konzept.property=source.pdf> (05.05.07).

Bertelsmann Stiftung (2005): Erfolgreiche Integrationspolitik ist kein Zufall. Strategien kommunaler Integrationspolitik:  
[http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2006/Integration\\_kein\\_Zufall\\_Kurzfassung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Integration\\_kein\\_Zufall\\_Kurzfassung.pdf](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2006/Integration_kein_Zufall_Kurzfassung.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Integration_kein_Zufall_Kurzfassung.pdf) (08.05.07).

Der Beauftragte für Integration und Migration (Hg.) (2007): Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept. Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte:  
[http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/endfassung\\_ik\\_2007.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/endfassung_ik_2007.pdf) (20.07.07).

Der Beauftragte für Integration und Migration (Hg.) (2005): Berliner Beiträge zur Integration und Migration. Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken. Das Berliner Integrationskonzept. Handlungsfelder, Ziele, Leitprojekte:  
<http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/publikationen/berichte/integrationskonzept.pdf> (03.05.07).

Der Oberbürgermeister. Stadt Mannheim (Hg.) (2001): Richtlinie der Stadt Mannheim zur Integrationsförderung von Einwohnern ausländischer Herkunft:  
[http://www.mannheim.de/io2/download/Webseiten/Politik%20&%20Verwaltung/%C3%84mter%20&%20Eigenbetriebe/Beauftragter%20f%C3%BCr%20ausl%C3%A4ndische%20Einwohner/aktuell/dokumente/richtlinien\\_ausl\\_herkunft.pdf?disposition=inline](http://www.mannheim.de/io2/download/Webseiten/Politik%20&%20Verwaltung/%C3%84mter%20&%20Eigenbetriebe/Beauftragter%20f%C3%BCr%20ausl%C3%A4ndische%20Einwohner/aktuell/dokumente/richtlinien_ausl_herkunft.pdf?disposition=inline) (08.05.07).

Der Oberbürgermeister. Stadt Solingen (Hg.) (2001): Interkulturelles Gesamtkonzept. Vision Zusammenleben 2010:  
[http://www2.solingen.de/kommunen/solingen/files.nsf/Files/Broschuere\\_Vision\\_Zusammenleben\\_2010.pdf/\\$File/Broschuere\\_Vision\\_Zusammenleben\\_2010.pdf](http://www2.solingen.de/kommunen/solingen/files.nsf/Files/Broschuere_Vision_Zusammenleben_2010.pdf/$File/Broschuere_Vision_Zusammenleben_2010.pdf) (15.05.07).

Integrationsbüro Dortmund (Hg.) (2005): Integration mit aufrechtem Gang. Dokumentation der Zweiten Integrationskonferenz im Dortmunder Rathaus:  
[http://integrationsbuero.dortmund.de/upload/binarydata\\_do4ud4cms/27/14/11/00/00/00/111427/Integration.pdf](http://integrationsbuero.dortmund.de/upload/binarydata_do4ud4cms/27/14/11/00/00/00/111427/Integration.pdf) (27.05.07).

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (2005): Management kommunaler Integrationspolitik. Strategie und Organisation. Bericht Nr. 7., Köln (30.04.07).

Landeshauptstadt Kiel (Hg.) (2007): Handlungsempfehlungen für die Integration von Migrantinnen und Migranten in der Landeshauptstadt Kiel:  
[http://www.kiel.de/Aemter\\_30\\_bis\\_52/53/Migration/Forum/HANDLU1.pdf](http://www.kiel.de/Aemter_30_bis_52/53/Migration/Forum/HANDLU1.pdf) (15.05.07).

Nahawandi, Doris (2004): Diversity-Leitlinien für eine neue Kultur der Vielfalt im Einwanderungsbezirk Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin. Perspektiven und Herausforderungen Potenziale fördern – Schwächen minimieren. Thesenpapier der Beauftragten für Integration und Migration des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg:  
[http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/Nahawandi\\_ThesenpapierDiversity.pdf](http://www.migration-boell.de/downloads/diversity/Nahawandi_ThesenpapierDiversity.pdf) (30.04.07).

Referat Ausländerbeauftragter Leipzig (2006a): Die Integration der Migranten in Leipzig als Querschnittsaufgabe. Bericht des Referates Ausländerbeauftragter: [http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Leipzig\\_Integrationskonzept.pdf](http://www.migration-boell.de/downloads/integration/Leipzig_Integrationskonzept.pdf) (08.05.07).

Referat Ausländerbeauftragter Leipzig (2006b): Interreligiöser Runder Tisch in Leipzig konstituiert: [http://www.leipzig.de/imperia/md/content/18\\_auslaenderbeauftragter/377-mmb-interreligi\\_ser\\_runder\\_tisch.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/18_auslaenderbeauftragter/377-mmb-interreligi_ser_runder_tisch.pdf) (10.07.07).

Sackmann, Rosemarie (2001): Einwanderung und Integration. Handlungsmöglichkeiten der Stadtpolitik. In: Gestring, Norbert et al. (Hg.): Jahrbuch StadtRegion, Opladen: 13-34.

Schmidt-Fink, Ekkehart (2001): Vielfalt und Zusammenhalt:  
<http://www.isoplan.de/aid/index.htm?http://www.isoplan.de/aid/2001-1/europa.htm> (14.05.07).

Sozialreferat. Amt für Wohnen und Migration (Hg.) (2006): Grundsätze und Strukturen der Integrationspolitik der Landeshauptstadt München:  
[http://www.muenchen.de/cms/prod1/mde/\\_de/rubriken/Rathaus/85\\_soz/04\\_wohnenmigration/31\\_in\\_terkulti/downloads/beschluss20061123\\_anl1.pdf](http://www.muenchen.de/cms/prod1/mde/_de/rubriken/Rathaus/85_soz/04_wohnenmigration/31_in_terkulti/downloads/beschluss20061123_anl1.pdf) (08.05.07).

Stadt Bonn (Hg.) (2007): Eckpunkte Integrationskonzept:  
[http://www2.bonn.de/bo\\_ris/daten/o/htm/07/0710070ED2.htm](http://www2.bonn.de/bo_ris/daten/o/htm/07/0710070ED2.htm) (12.01.07).

Stadt Bonn (Hg.) (2004): Jahresbericht 2003 des Referates für Multikulturelles, Bonn.

Stadt Mannheim (2001): Richtlinien der Stadt Mannheim zur Integrationsförderung von Einwohnern ausländischer Herkunft 24.07.2001:  
[http://www.mannheim.de/io2/download/Webseiten/Politik%20%26%20Verwaltung/%C3%84mter%20%26%20Eigenbetriebe/Beauftragter%20f%C3%BCr%20ausl%C3%A4ndische%20Einwohner/aktuell/dokumente/richtlinien\\_ausl\\_herkunft.pdf?disposition=inline](http://www.mannheim.de/io2/download/Webseiten/Politik%20%26%20Verwaltung/%C3%84mter%20%26%20Eigenbetriebe/Beauftragter%20f%C3%BCr%20ausl%C3%A4ndische%20Einwohner/aktuell/dokumente/richtlinien_ausl_herkunft.pdf?disposition=inline) (05.05.07).

Straßburger, Gabi (2001): Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen:  
[http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Langfassung\\_Studie\\_Strassburger.pdf](http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/738/Langfassung_Studie_Strassburger.pdf) (02.07.07).

Stuttgarter Bündnis für Integration (2006): Grundlagen der Integrationspolitik in der Landeshauptstadt Stuttgart:  
<http://www.stuttgart.de/sde/menu/frame/top.php?seite=http%3A//www.stuttgart.de/sde/publ/gen/9686.htm> (05.05.07).

Tibi, Bassam (2006): Die Ideologie des Multikulturalismus, nicht die Idee der kulturellen Vielfalt ist in der Sackgasse: [http://www.diversity-boell.de/web/integration/47\\_772.asp](http://www.diversity-boell.de/web/integration/47_772.asp) (30.04.07).

## **Internetquellen**

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (2007):

<http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2886>

Integrationsbüro Stadt Dortmund:

<http://integrationsbuero.dortmund.de/project/assets/template1.jsp?content=me&tid=59674&nid=0&ncode=grossprojekte.integrationsbuero&smi=1>

## **VI. Islamforum**

### **1. Einleitung**

Der multikulturelle Charakter Berlins zeigt sich zu einem bedeutenden Teil in der religiösen Vielfalt seiner Einwohner/innen. Infolge jahrzehntelanger Zuwanderung aus muslimisch geprägten Ländern sind dabei die Muslime/innen in Berlin zur drittgrößten Glaubensgemeinschaft herangewachsen. In öffentlichen Diskussionen dominiert oftmals der religiöse Aspekt die Wahrnehmung dieser Migranten/innen, wobei die starke Heterogenität der muslimischen Glaubensgemeinschaft – ihre Prägung durch verschiedenste Migrationszusammenhänge, kulturelle und ethnische Bindungen und religiöse Richtungen innerhalb des Islam – weitestgehend außer Acht gelassen wird. Und auch bezüglich der Integration von Migranten/innen in die Berliner Stadtgesellschaft wird die Religionszugehörigkeit thematisiert: Primär und zunehmend im Hinblick auf Probleme im Zusammenleben, die auf religiöse Aspekte zurückgeführt werden, aber auch hinsichtlich der Möglichkeiten, die eine religiöse Vergemeinschaftung – im Sinne von „Integrationsressourcen“ – eröffnet.

Auch die Berliner Integrationspolitik – dargelegt im 2005 vom Senat beschlossenen Integrationskonzept – nimmt die (individuell mehr oder weniger stark ausgeprägte) religiöse Ausrichtung eines Teils der Migranten/innen als einen Ansatzpunkt ihrer Politik. In ihrer erklärten Bestrebung, Muslimen/innen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Berlin zu ermöglichen, setzt sie dabei einen Schwerpunkt auf den sogenannten „Dialog mit dem Islam“, welcher in „verbindliche Vereinbarungen“ münden und zu einer Verbesserung der Kommunikation zwischen der muslimischen und nichtmuslimischen Öffentlichkeit beitragen soll. Doch was genau ist hiermit gemeint und wie kann dieses Vorhaben – in Anbetracht der Heterogenität der muslimischen Glaubensgemeinschaft und der fehlenden zentralen Repräsentanz der Muslime/innen – in die Praxis umgesetzt und integrationspolitisch wirksam werden?

Das im Integrationskonzept als Senatsinitiative angekündigte und im November 2005 gegründete „Berliner Islamforum“ – ein Kooperationsprojekt zwischen dem Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration und der Muslimischen Akademie in Deutschland – bietet die Gelegenheit, die praktische Umsetzung des angestrebten „verbindlichen Dialogs mit dem Islam“ und deren integrationspolitische Relevanz zu untersuchen. Diverse Ansatzpunkte unserer Untersuchung gründen dabei in dem Ausgangsverdacht, das Berliner Islamforum könne als gutgemeinte Initiative ihren wohlformulierten Zielsetzungen nicht gerecht werden: Hinter gutklingenden Worthülsen vermuten wir in der praktischen Umsetzung eine durch vorherrschende

politische Strukturen geprägte und letztlich machtbasierte Realität, die ein *essentiell gleichberechtigtes Kommunikationsverhältnis* und die *signifikante Beteiligung an politischen Gestaltungsprozessen* im und durch das Forum nicht (oder zumindest nur eingeschränkt) realisierbar mache. Unter den Bedingungen und Vorgaben der politischen Entscheidungsträger werde den als Repräsentanten der muslimischen Bevölkerung anerkannten Vertreter/innen durch das Berliner Islamforum zwar eine Artikulationsmöglichkeit eingeräumt, eine tatsächliche Entscheidungskompetenz sei daran jedoch nicht geknüpft, eine politische und somit auch integrationspolitische Relevanz der Forumsdiskussionen infolgedessen nur bedingt gegeben.

Sowohl die angestrebte Etablierung eines Austausches 'auf gleicher Augenhöhe' als auch die Bestrebung der Erzielung konkret umsetzbarer „integrationsrelevanter Verständigungen“ müssen somit hinsichtlich der Praxis des Berliner Islamforums kritisch hinterfragt werden. Und auch die Konzeptionalisierung des Forums – insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten der muslimischen Seite an Zusammensetzung und Themensetzung – erscheint lohnenswert, genauer in den Blick genommen zu werden. In der folgenden Untersuchung wird somit den Fragen nachgegangen werden, wie genau der Austausch zwischen den muslimischen Beteiligten und den Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung im Berliner Islamforum funktioniert, was für Ergebnisse bisher aus ihm hervorgegangen sind und inwiefern der Austausch im Forum über das Forum hinaus Auswirkungen auf die Kommunikation zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Bevölkerung in Berlin hat und zur Integration der muslimischen Bevölkerung in Berlin – im Sinne einer „Integration durch Teilhabe“ – beiträgt.

Die Untersuchung erfolgt dabei in zwei zentralen Stufen: In einem ersten Schritt werden ausführliche Experteninterviews mit den Veranstaltern des Berliner Islamforums geführt, um einen Einblick sowohl in die Entstehungsgeschichte, Zielsetzungsbestimmung und Konzeptionalisierung des Forums als auch in die Perspektive der Koordinatoren auf seine praktische Durchführung zu erlangen (Gliederungspunkt 5). In einem zweiten Schritt werden dann die muslimischen Forumsteilnehmer/innen selber in den Blick genommen, um zu einer ausgeglichenen und belastbaren Beurteilung der bisherigen Praxis des Berliner Islamforums kommen zu können. Anhand eines unter Berücksichtigung der Gespräche mit den Koordinatoren entwickelten teilstandardisierten Fragebogens werden hierzu mit den muslimischen Vertreter/innen Kurzinterviews geführt, die entlang der formulierten Fragestellungen analysiert und ausgewertet werden (Gliederungspunkt 6). Anzunehmen ist, dass in der Gegenüberstellung der Sichtweisen der Veranstalter und der muslimischen Beteiligten entsprechend unserer Ausgangsvermutung deutliche Divergenzen auftreten werden, insbesondere was die Beurteilung und Kritik des Kommunikationsverhältnisses und der Beteiligungsmöglichkeiten der muslimischen Vertreter/innen

im Forum und bei seiner Konzeptionalisierung betrifft. Defizite in Konstruktion und Durchführung des Berliner Islamforums, strukturelle und machtbasierte Ungleichgewichte zwischen den Forumsteilnehmer/innen werden wahrscheinlich deutlicher auf Seiten der muslimischen Beteiligten wahrgenommen und auch geäußert werden. Erst die Zusammenschau der beiden Untersuchungsteile wird eine ausgewogene Beurteilung des Berliner Islamforums hinsichtlich der Ausgangsvermutungen ermöglichen.

Doch zum umfassenden Verständnis erscheint es an dieser Stelle notwendig, in einem ersten Teil dieses Projektberichts die Grundlagen für die Untersuchung zu legen, weswegen im nun folgenden zweiten Gliederungspunkt zunächst ein Überblick über die muslimische Bevölkerung Berlins und ihre spezifischen – die Gestaltung des Islamforums prägenden – Organisationsformen gegeben wird. Im Anschluss daran werden die zentralen Punkte der Berliner Integrationspolitik in ihrer gruppenspezifischen Ausrichtung auf die muslimische Bevölkerung herausgearbeitet (Gliederungspunkt 3), um schließlich auf der Grundlage einer informativen Darstellung des Berliner Islamforums die Fragestellungen für die Untersuchung des Forums zu spezifizieren (Gliederungspunkt 4). Zentrale Ergebnisse der Untersuchung werden im siebten Gliederungspunkt in einem den Projektbericht abschließenden Fazit zusammengefasst.

## **2. Muslim/innen und muslimisches Leben in Berlin**

### **2.1 Muslimische Bevölkerung in Berlin**

In Berlin gibt es ungefähr 3,4 Millionen Einwohner/innen (Stand: 09/2006), von denen sind ungefähr 600 000 Migrant/innen und darunter ca. 467 000 Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft (vgl., Statistisches Landesamt Berlin: 2006). Das bedeutet, dass Berlin die Stadt mit der größten Anzahl von nicht-deutschen Einwohner/innen in ganz Deutschland ist. Die größte ausländische Bevölkerungsgruppe in Berlin stellen die Türken dar, von denen ein großer Teil islamischen Glaubens ist, weshalb die Muslim/innen auch die drittgrößte Glaubensgemeinschaft der Stadt – und der ganzen Bundesrepublik Deutschland – nach den beiden christlichen Kirchen bilden (vgl., Kapphan 2006: 18).

Weil die Zugehörigkeit zum Islam nicht über eine Mitgliedschaft erfolgt, ist die genaue Zahl der Muslim/innen in Berlin unklar, aber nach den Angaben des Statistischen Landesamts Berlin betrug ihre Anzahl im Januar 2005 ca. 213 000 Personen (fast 7 Prozent aller Einwohner Berlins). Auch die genaue Herkunft dieser muslimischen Bevölkerung ist unbekannt, aber auf jeden Fall bilden die größte Gruppe ungefähr 170 000 türkeistämmige Personen (von denen nur ca. 50 000 einen deutschen Pass haben) dazu kommen ungefähr 34 000 Staatsangehörige aus arabischen Ländern,



wie dem Iran, Irak und Indonesien, arabisch geprägten afrikanischen Ländern und der Rest aus weiteren Staaten mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung. Man muss jedoch daran erinnern, dass nicht alle von diesen Zuwanderern Muslime sind und in Berlin auch Muslime leben, die keinen Migrationshintergrund haben (vgl., Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2006: 19).

Die Zuwanderung nach Deutschland hat gegen Ende der 50er Jahre in Form von sogenannten „Gastarbeitern“ aus den Mittelmeerstaaten begonnen (ebd., 18). Die meisten Berliner Muslime kamen nach dem Mauerbau im Jahr 1961 aus der Türkei als Arbeitskräfte für die wachsende Industrie nach Westberlin (vgl., Gesemann/Kapphan 2001: 400). Die Zahl der Berliner Muslime aus anderen Staaten als der Türkei ist vor allem seit dem Ende der 70er Jahre angewachsen: Viele Flüchtlinge kamen aus arabischen Ländern und viele auch zur Ausbildung, insbesondere aus Indonesien (vgl., Kapphan 2006: 19).

Die Konzentration der muslimischen Bevölkerung auf bestimmte Bezirke wie Kreuzberg, nördliches Neukölln oder auch Wedding und Tiergarten und die Nachfrage nach spezifischen Produkten förderte bereits früh die Entwicklung eigener Läden und dem folgend auch spezifische Organisationsstrukturen der Muslime. Mit dem Familiennachzug in den 80er Jahren stieg die Nachfrage nach einer religiösen Infrastruktur, um zum Beispiel die Religion ausüben und den Koran für Kinder unterrichten zu können (vgl., Gesemann/Kapphan 2001: 400).

Das muslimische Leben in Berlin besteht aus einer großen Vielfalt religiöser Lebensarten und spiritueller Zugänge zum Islam (vgl., Spielhaus 2006: 70). Fast 90 Prozent der Gebetsräume in Berlin gehören zu den Richtungen des sunnitischen Islam, die ca. 80 Prozent aller Muslime der Welt repräsentieren. Andere Richtungen wie beispielsweise die Schiiten, Aleviten und Ahmadiyya-Gemeinden haben ebenfalls ihre eigenen Gemeinden in Berlin gegründet und fördern so eine weitere Pluralisierung der muslimischen Vereinslandschaft. Außerdem gibt es innerhalb dieser sogenannten „Hauptlinien“ weitere unterschiedliche Richtungen des Islam. (vgl., Piening 2006: 9, Spielhaus 2006: 70).

## **2.2 Die Organisationsformen der Muslim/innen in Berlin**

Im heutigen Berlin gibt es ungefähr 100 Moscheen, von denen ein großer Teil sogenannte Hinterhof-Moscheen sind (vgl., Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2006: 62). Wie überall in Europa, werden islamische Gebetsorte nicht nur für das spirituelle Leben eingerichtet, sondern auch aufgrund sozialer Begegnungen, Bildungsangebote und praktischer Lebenshilfe aufgesucht (vgl., Spielhaus/Färber 2006: 6). Die erste, von Zuwanderern gegründete Moschee in Berlin befindet sich seit 1968 in Kreuzberg. Es folgten weitere Gebetsräume, die sich

oftmals auch als "Kulturvereine" bezeichneten. Im Gegensatz zu den Herkunftsländern bildete sich in Berlin eine große organisatorische Vielfalt von unterschiedlichen Moscheevereinen heraus (vgl., Spielhaus 2006: 12f.). Der Organisationsgrad der Berliner Muslime liegt bei ungefähr einem Drittel von allen in Berlin lebenden Muslim/innen (vgl., Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2006: 60). Die Moscheevereine repräsentieren aber nur einen kleinen Teil der Zuwanderer aus islamischen Ländern, denn die eigentliche Anzahl der Menschen, die die Moscheen nutzen, ist viel größer als die Zahl der organisierten Muslime (vgl., Gesemann/Kapghan 2001: 404).

Als sich die unterschiedlichen Gemeinschaften und Organisationen der Muslime auf der lokalen Ebene etablierten, war die einzige Rechtsform, die sie annehmen konnten, die eines eingetragenen Vereines, die sich aus den Gebetsräumen in den 70er und 80er Jahren heraus entwickelt haben (ebd.: 401). Die anfänglichen Kontakte zwischen den muslimischen Vereinen waren von Abgrenzung und gegenseitiger Ignoranz geprägt, in den letzten zehn Jahren sind aber verstärkt Bemühungen um eine Zusammenarbeit und gemeinsame Ziele gegenüber dem Staat und der deutschen Gesellschaft festzustellen. Dieser Prozess hat ebenfalls die Repräsentativität von Muslimen im Allgemeinen gefestigt (vgl., Spielhaus 2006: 12f.). In den letzten Jahren haben sich diese Vereine außerdem zu größeren Dachorganisationen in ganz Deutschland zusammengeschlossen. Diese Dachverbände können als institutionalisierte Organisationsformen der Gemeinden beschrieben werden, die es so in den jeweiligen Herkunftsländern nicht gibt (vgl., Gesemann/Kapghan 2001: 401). Die Wege dieser Zusammenschlüsse verliefen sowohl formal als auch inhaltlich höchst unterschiedlich, man kann aber sagen, dass sich hier insbesondere drei verschiedenen Organisationsmodelle herausbilden konnten: zentralistische, dezentralistische und föderative Verbindungen. Die inhaltliche Ausrichtung folgt den jeweils unterschiedlichen Ausprägungen des Islam und den politischen und nationalen Richtungen in den Herkunftsländern (vgl., Lemmen 2002: 3ff.).

Die muslimischen Dachverbände unterscheiden sich dabei deutlich von den Kirchen: Es wurden zwar, den in Deutschland gegebenen Strukturen nach verrechtlichte Organisationen entwickelt, die Gläubigen im Islam haben allerdings ziemlich große Autonomie betreffend des Gebetes und benötigen eigentlich niemanden, der ihre Religiosität organisiert. Immer mehr Vereine möchten aber ihre Funktionen auf ein festes rechtlich anerkanntes Fundament stellen. Heutzutage nehmen die Vereine auch zunehmend am öffentlichen Leben teil, was man ganz konkret an dem „Tag der offenen Moscheen“ sehen kann (Gesemann/Kapghan 2001: 401f.).

Wegen den nationalen, ethnischen und sprachlichen Barrieren haben die Muslim/innen in Deutschland ziemlich wenig Zeit gehabt, sich untereinander kennenzulernen und sich als eine

zusammengehörige Gemeinschaft wahrzunehmen. In den vergangenen Jahren und besonders nach dem 11. September 2001 waren die muslimischen Vereine einem besonders starken Druck ausgesetzt, ihre Ansichten zum Fundamentalismus zu positionieren und am heutigen, kritischen und negativ besetzten Diskursfeld teilzunehmen (vgl., Spielhaus/Färber 2006: 9f.). Diese Entwicklungen sind nicht einfach zu bewältigen und erfordern deshalb zunehmend eine Zusammenarbeit aller Muslime. Obwohl in Deutschland Religions- und Glaubensfreiheit garantiert wird, stellt sich die Situation problematisch dar, wenn die verschiedenen Religionsgemeinschaften ihre Rechte und Meinungen durch politische Teilhabe nicht gleichberechtigt wahrnehmen, bzw. vertreten können. Deswegen sollte der Platz der muslimischen Gemeinden neben den christlichen Kirchen definiert werden. In den Diskussionen geht es aber oftmals darum, dass diese Organisationen und Vereine keine festen Hierarchien, gemeinsame Ziele oder Vorgehensweisen haben und deswegen nicht – wie die Kirchen – „mit einer Stimme“ sprechen können (Piening 2006: 4).

Auf der Landesebene haben sich in den vergangenen Jahren bereits fünf Spitzenverbände gebildet, die die Vertretung der muslimischen Vereine und Organisationen gegenüber den Landesregierungen anstreben (vgl., Spielhaus 2006: 13). Diese Spitzenverbände sind dazu da, den Kontakt mit staatlichen Einrichtungen zu erleichtern und die Repräsentanz in gemeinsamen gesellschaftspolitischen Fragen zu klären. Die reibungslose Zusammenarbeit ist für beide Seiten bisher aber nur schwer zu verwirklichen. Das größte Problem für die deutschen Gesprächspartner stellt auf dem Weg hin zu einem konstruktiven Dialog die Tatsache dar, dass die Vereine wegen der verschiedenen Interessen, Sprachen und Nationalitäten und auch wegen der Unklarheiten der Organisations- und Vertretungsmodelle nicht mit einer Stimme sprechen können. Als problematisch erweist sich auch immer wieder die Anerkennung der westlichen Gesellschaftsordnungen durch die Vereine. Die Aufgabe der deutschen Gesprächspartner ist es demnach, die Grundinformationen über die Organisationsformen und –strukturen und die Vernetzungen der Organisationen besser kennenzulernen (vgl., Lemmen 2002: 11). Die Berliner Integrationspolitik ist bemüht, Lösungen für diese Probleme zu finden.

### **3. Die Berliner Integrationspolitik im Integrationskonzept 2005**

Das erste und zurzeit gültige Integrationskonzept Berlins ist am 23. August 2005 vom Senat beschlossen worden. Die Rolle der Religion und damit auch die Rolle der muslimischen Bevölkerung im Integrationsprozess sind erstmals in diesem Konzept aktiv diskutiert und zu einem bedeutenden Thema geworden (vgl., Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2006: 60). Ein neues Integrationskonzept wurde im Juni 2007 vorgestellt, beinhaltet aber

hinsichtlich des Aspekts der Religion keine größeren Veränderungen.

### **3.1 Religion und Zusammenleben“: Zielsetzungen im Integrationskonzept**

Im Berliner Integrationskonzept wird das Thema „Religion und Zusammenleben“ als ein eigenes Kapitel behandelt. Fast ausschließlich behandelt das Konzept an dieser Stelle die muslimische Bevölkerung, weil sie die größte Glaubensgemeinschaft nach den Christen bildet. Das Konzept verweist auf die Wichtigkeit des Verständnisses der verschiedenen Ausrichtungen im Islam, die zahlreichen ethnischen und kulturellen Unterschiede und ihre Bedeutung für den Integrationsprozess, berücksichtigt aber auch, dass eine Integrationspolitik für die islamischen Mitbürger/innen nicht nur auf die Religion gerichtet sein darf, sondern auch auf die ethnischen Eigenarten und unterschiedlichen Kulturen der Muslim/innen (vgl., ebd.: 60).

Neben der grundgesetzlich garantierten Religionsfreiheit wird auch „das Recht der Religionsgemeinschaften zur eigenverantwortlichen Regelung ihrer Angelegenheiten“ im Berliner Integrationskonzept zugesichert. Der Senat schlägt vor, die Integration von Muslim/innen über einen „politischen Dreischritt“ anzugehen, für dessen Umsetzung sowohl die stadtpolitische als auch die Seite der muslimischen Bevölkerung gefordert werden soll:

- 6.Anerkennung des Islam und Bemühungen um verstärkte Integration der Muslim/innen zur Stärkung des Umgangs mit religiöser Vielfalt in Berlin,
- 7.Streitbare Auseinandersetzung im Dialog mit allen religiös oder kulturell begründeten Vorstellungen von Ungleichheit und Unfreiheit in Teilen der muslimischen Bevölkerung und ihrer Organisationen; Schutz vor Diskriminierungen aus religiösen Gründen,
- 8.Entschiedene Bekämpfung islamistischer Bestrebungen.

Diese Ziele werden innerhalb bestimmter Rahmenbedingungen zu realisieren versucht, zum Beispiel durch die Anerkennung von religiösen Traditionen und die gleichzeitige Sicherung der Neutralitätsverpflichtung des Staates. Das Neutralitätsgesetz verbietet religiöse und weltanschauliche Merkmale bei Lehrkräften, für die Rechtspflege, bei der Polizei und im Justizvollzug. Die Konflikte im Schulbereich und das Diskriminierungsproblem werden ebenfalls im Konzept behandelt (vgl., ebd.: 61f.).

Ein weiterer Schwerpunkt wird im Unterpunkt „Religion und Zusammenleben“ auf den sogenannten „Dialog mit dem Islam“ gelegt, aus welchem wiederum „verbindliche Vereinbarungen“ resultieren sollen. Diesen „Dialog“ will der Senat mit „vielfältigen Initiativen“ unterstützen. Im Integrationskonzept steht der Begriff des „Dialogs“ dafür, ein besseres Verständnis

für die Situation der Muslim/innen herzustellen, Erklärungen für die freiheitlichen Grundprinzipien zu fördern und die Verwirklichung des „nach der Verfassung bestehenden und geschützten freien Raums für Religionsgemeinschaften als Chance zu verdeutlichen“ (ebd.: 63). Die Gründe der Mehrheitsbevölkerung einen Dialog zu unterstützen sind ebenfalls stark und vielseitig: es gibt einen großen Bedarf, mehr über den Islam zu wissen und sich gegenseitig kennenzulernen. Im „Dialog“ sollen außerdem Konflikte aus dem Bereich der Erziehung und Gleichberechtigung angesprochen werden (vgl., ebd.: 63).

Die große Anzahl der Vereinigungen und die sprachlichen Barrieren, kulturelle und innerreligiöse Unterschiede zwischen den einzelnen Gruppierungen erschweren die Verwirklichung des „Dialogs“. Zudem macht es das Fehlen einer zentralen Repräsentanz der Muslim/innen auch in Zukunft ziemlich schwierig, die Muslim/innen an der öffentlichen Diskussion im selben Maße wie die christlichen Kirchen zu beteiligen. Um die „Kommunikation zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Öffentlichkeit“ zu verbessern hat der Senat laut dem Integrationskonzept „verschiedene Initiativen“ initiiert, wie den Arbeitskreis „Islam und Schule“ und das sogenannte „Islamforum“, welches Gegenstand dieser Untersuchung ist (ebd.: 63f.). Doch wie wird der erwünschte „Dialog mit dem Islam“ zur Verbesserung der Kommunikation zwischen der muslimischen und nichtmuslimischen Öffentlichkeit in der Praxis umgesetzt? Und inwiefern führt dieser „Dialog“ in der praktischen Umsetzung dann zu „verbindlichen Vereinbarungen“? Kurz gesagt: Wer redet wie mit wem worüber und mit welcher (politischen) Relevanz? Diese Fragestellungen sollen im Folgenden anhand des Berliner Islamforums untersucht werden. Die Formulierungen und Zielsetzungen des Unterpunktes „Religion und Zusammenleben“ sind jedoch im größeren Zusammenhang der allgemeinen Ausrichtung der Berliner Integrationspolitik zu sehen, weswegen im nachfolgenden Abschnitt in gebotener Kürze die im Berliner Integrationskonzept von 2005 dargelegten allgemeinen Grundsätze und Zielsetzungen erläutert werden sollen.

### **3.2 Das Integrationskonzept der Stadt Berlin: „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken**

Das sogenannte „Leitmotiv“ der Berliner Integrationspolitik ist „Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken“. Laut dem Konzept bedeutet „Vielfalt“ eine Stadtgemeinschaft mit pluralistischen Lebenswelten, während die notwendige Stärkung des „Zusammenhalts“ das Potenzial für soziale Verwerfungen aufgrund der unterschiedlichen Lebensstile und -bedingungen in der Stadt beinhaltet. Im Integrationskonzept wird explizit auf die Gruppe der Migrant/innen in Berlin eingegangen. Der Integrationsbegriff soll als „das Gegenstück zu Segregation und Ausgrenzung“ fungieren und bezeichnet „Herstellung von Chancengleichheit“. Auf der Ebene konkreter Lebenswelten bedeutet „Integration“ laut dem Berliner Konzept, „dass Einzelpersonen oder ganze Gruppen

gleichberechtigte Möglichkeiten der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Artikulation ihrer Interessen erhalten und vor individueller und kollektiver Ausgrenzung geschützt werden.“ (ebd.: 6f.).

„Integration“ sei dabei nicht als Assimilation zu verstehen, sondern als „ein konstitutives Element städtischen Lebens“ und als ein gemeinsamer Prozess von Zuwanderer/innen und der Stadt Berlin. Teil des Integrationsprozesses sei auch „die Verständigung über gemeinsame Ziele und Grundwerte“, wobei die Grundwerte als Grundrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung genannt werden. In diesem Sinne soll „der Dialog zwischen Institutionen der Aufnahmegesellschaft und jenen der Zuwanderer/innen (Migrantenorganisationen und andere Vertretungsformen)“ eine große Rolle spielen (ebd.).

Neben dem „Leitmotiv“ werden im Konzept zwölf „Essentials“ der Berliner Integrationspolitik formuliert, von denen der Leitsatz „Integration erfordert Teilhabe“ in der Gesamtstruktur des Konzepts eine hervorgehobene Position erhält. Das heißt, dass die Stadt Berlin die Teilhabe mit einer großen Zahl von spezifischen Maßnahmen fördern will, „um eine möglichst weitgehende rechtliche und soziale Gleichstellung zu erreichen“ und „stellt zugleich Anforderungen an die Aufnahmegesellschaft, ihre Institutionen und Verfahren interkulturell zu öffnen“ (ebd.: 12).

Die wichtigsten Instrumente der Stadt Berlin zur Förderung der Teilhabe sind dementsprechend sowohl die „interkulturelle Öffnung der öffentlichen Institutionen“, als auch die „Beteiligung (Partizipation) und Aktivierung (Empowerment) der Migranten/innen“. Nach dem Konzept kann Integration nur durch beachtenswerte Veränderungen der Gesellschaft möglich sein. Die Migrant/innen sollen ihre Institutionen und deren politische und administrative Prozesse der öffentlichen Meinungsbildung und ihrer kulturellen Entwicklung öffnen. Dies erfordere auch eine Akzeptanz von Einwanderung in der Öffentlichkeit, die in den wichtigsten Formen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Entscheidungen bedeutet (vgl., ebd.: 12ff.). Im Hinblick auf unsere Untersuchung ist in diesem Zusammenhang dann – zusätzlich zu den bereits formulierten Fragestellungen – zu fragen, was für einen Beitrag das Berliner Islamforum zur allgemeinen integrationspolitischen Zielsetzung der Berliner Stadtpolitik, insbesondere im dargestellten Sinne der „Integration durch Teilhabe“ leisten kann. Trägt das Berliner Islamforum zur Integration der muslimischen Bevölkerung bei? Und bedeutet das Islamforum dementsprechend eine Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten der muslimischen Bevölkerung Berlins? Für die zur Beantwortung dieser Fragen angestrebte Untersuchung sollen nun im folgenden Abschnitt grundlegende Fakten zum Berliner Islamforum dargestellt, sowie eine Spezifizierung der Fragestellungen im Hinblick auf das Forum vorgenommen werden.

#### **4. Das Berliner Islamforum – Teilnehmer/innen, Themen und bisherige Ergebnisse**

Die im Integrationskonzept angekündigte Gründung eines „Berliner Islamforums“ erfolgte am 16. November 2005. Wie bereits aus dem Konzept hervorging, ist das Islamforum jedoch keine allein von stadtpolitischer Seite aus eingerichtete Institution, sondern ein Kooperationsprojekt zwischen der Muslimischen Akademie in Deutschland und dem Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration. Laut der Pressemitteilung zur Gründung des Islamforums ist die Vorbereitung und Koordination des Forums bei Abdul Hadi Christian Hoffmann und Riem Spielhaus von der Muslimischen Akademie in Deutschland und Günter Piening, dem derzeitigen Beauftragten für Integration und Migration des Berliner Senats, angesiedelt (vgl., Muslimische Akademie in Deutschland).

##### **Muslimische Akademie in Deutschland**

Die Muslimische Akademie in Deutschland wurde am 30. Juni 2004 in Berlin gegründet, um eine Lücke im System der deutschen politischen Stiftungen und Akademien der christlichen Kirchen zu schließen, in dem es bis zur Gründung der Muslimischen Akademie keine entsprechende Institution von Muslimen gab. Das wichtigste Ziel der Akademie ist es, die Beteiligung von Muslim/innen auf verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Ebenen zu fördern, das Wissen über den Islam und die Muslime zu entwickeln, und das beiderseitige Verständnis auszubauen. Die Mitarbeiter sind unabhängige Muslim/innen, und die Mitgliederzahl ist auf 21 Personen begrenzt. Die Akademie bietet verschiedene öffentliche Veranstaltungen wie Seminare und Diskussionen an, die in erster Linie auf in Deutschland lebende Muslim/innen ausgerichtet sind.

Quelle: <http://www.muslimische-akademie.de>

Die eigentliche Initiative zur Gründung eines Islamforums in Berlin ging jedoch von dritter Seite aus, und zwar von Jürgen Micksch, dem Vorsitzenden des Interkulturellen Rates in Deutschland, eines Vereins, welcher die Etablierung von Islamforen auf Bundesebene und in anderen Ländern und Städten bereits seit 2002 zu seiner Kernaufgabe gemacht hat.

**Interkultureller Rat**

Der Interkulturelle Rat ist eine bundesweite Organisation, die am 31. August 1994 gegründet wurde. Das Ziel des Rats ist es, eine interkulturelle Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene zu entwickeln, die interkulturelle und -religiöse Dialogstrukturen zwischen deutschen und ausländischen Bürger/innen und ihren Organisationen ermöglicht, damit alle Bevölkerungsgruppen ihre Interessen fördern können. Der Rat arbeitet u.a. mit staatlichen Vertreter/innen, Migranten- und Menschenrechtsorganisationen und mit politischen und religiösen Gruppierungen zusammen. Er veröffentlicht Argumentationen und Broschüren über die aktuellen Themen und führt eigene Veranstaltungen und Gesprächsforen durch, in denen die Konflikte der Multikulturalität besprochen werden können.

Quelle: [http://www.interkultureller-rat.de/Ueber\\_uns/Ueber\\_uns.shtml](http://www.interkultureller-rat.de/Ueber_uns/Ueber_uns.shtml).

Die Sitzungen des Berliner Islamforums finden im Berliner Rathaus viermal pro Jahr statt. Zu dem Forum sind Vertreter/innen von zwölf muslimischen Dachverbänden und Moscheen, von elf unterschiedlichen staatlichen Institutionen der Berliner Politik und Verwaltung, von sechs weiteren Einrichtungen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich – insbesondere der türkische Migrantencommunities – sowie Vertreter/innen der jüdischen Gemeinde, der katholischen und der protestantischen Kirche Berlins eingeladen (vgl., Interkultureller Rat in Deutschland).

**Deutsches Islamforum**

Das bundesweite Islamforum ist ein Projekt der Groeben-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem „Interkulturellen Rat in Deutschland“ und dem „Rat der türkeistämmigen Staatsbürger in Deutschland“ und wurde am 26. Juni 2002 gegründet. Die Veranstaltungen finden zweimal pro Jahr statt und sind nicht-öffentlich. Die Teilnehmer des Forums sind u.a. Vertreter/innen von islamischen Vereinen und Organisationen sowie die Vertreter/innen der deutschen Gesellschaft, anderer deutscher Religionsgemeinschaften und Wissenschaftler/innen. Das Deutsche Islamforum ist ein Dialoginstrument zwischen der muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerung und Gruppierungen in Form von einer offenen Diskussion über kritische Themen und Konfliktpunkte. Die positiven Erfahrungen mit dem Islamforum auf Bundesebene haben zur Einrichtung von ähnlichen Foren auf Länderebene geführt. Zurzeit gibt es insgesamt 8 Islamforen auf Länderebene in Deutschland.



Das Berliner Islamforum tagt auf der Grundlage von durch die Veranstalter formulierten „Grundsätzen“. Der Ansatzpunkt des Forums ist dabei der Ausrichtung des Berliner Integrationskonzepts entsprechend die Verbesserung der „Kommunikation zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Öffentlichkeit“, die zum Gründungszeitpunkt als „massiv gestört“ charakterisiert wird, mithin die Förderung des „offenen Austausch zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft“. Das Forum bietet dabei muslimischen Vertreter/innen den Grundsätzen zufolge die Möglichkeit, „mit Verantwortlichen der deutschen Gesellschaft in das Gespräch zu kommen und mit ihnen integrationsrelevante Verständigungen zu erzielen, die mittel- und langfristig umgesetzt werden“ um damit „neue Wege eines verbindlicheren Austausches“ zu beschreiten. Entscheidend für den Erfolg der genannten Zielsetzungen ist nach den Grundsätzen dabei „die Bereitschaft der Akteure, sich einer kritischen Auseinandersetzung 'auf gleicher Augenhöhe' zu stellen“ (Das Islamforum Berlin, Grundsätze).

Die Sitzungen des Islamforums sind durchgehend nicht-öffentlich. Der Ausschluss der Öffentlichkeit betrifft aber nur die Sitzungen, nicht die Themen und mögliche Ergebnisse des Austauschs. Die Ergebnisse können in Form von Empfehlungen zusammengefasst und veröffentlicht werden (vgl., ebd.). Die Themen der bisherigen fünf Sitzungen haben verschiedene Schwerpunkte gehabt. Im Mittelpunkt der ersten Sitzung im November 2005 standen Fragen der Kooperation zur Sicherheit in Berlin, sowie die Definition der Ziele des Islamforums. Auf der zweiten beschäftigte sich das Forum mit der Rolle der Moscheegemeinden in den Bezirken und in der dritten mit dem Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit. Das vierte Treffen widmete sich der Möglichkeiten der Zusammenarbeit der islamischen Vereine mit den Bezirksverwaltungen und in der bisher letzten Sitzung im Dezember 2006 war die Imamausbildung das zentrale Thema (vgl., Der Beauftragte für Integration und Migration, Internetpräsenz). Das Themenfeld Schule mit seinen Konfliktfeldern ist, so wird in den Grundsätzen erklärt, bisher nicht im Islamforum vorgesehen, da bei der zuständigen Senatsverwaltung ein Arbeitskreis „Islam und Schule“ eingerichtet wurde, der diese Themen „kontinuierlich bearbeitet“ (Das Islamforum Berlin, Grundsätze).

Nach der „Pilotphase“ des Forums, die mit den ersten drei Sitzungen ein Ende fand, veröffentlichten die Forumsteilnehmer/innen eine erste Gemeinsame Erklärung, in der sie sich deutlich für eine weitere Zusammenarbeit und damit für ein Fortbestehen des Berliner Islamforums aussprechen. Sie erklären sich weiterhin bereit, gemeinsam „Verantwortung für die Integration“ zu übernehmen und machen sich stark für die Teilhabe der islamischen Organisationen an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen (vgl., Das Islamforum Berlin). Ebenfalls im Rahmen dieser dritten Sitzung wurde eine Pressemitteilung zum Moscheebau in Berlin Pankow/Heinersdorf herausgegeben, in der die Teilnehmer/innen an das wichtige „Verfassungsgut“ der Religionsfreiheit

erinnern und dieses auch bei der Errichtung einer Moschee berücksichtigt wissen wollen (vgl., Das Islamforum Berlin).

Anlässlich des fünften Jahrestages der Terroranschläge in den USA wurde des weiteren eine Gemeinsame Erklärung verfasst, in der die Teilnehmer/innen des Forums die Anschläge verurteilen, den Angehörigen der Opfer ihr Mitgefühl versichern und sich dafür aussprechen, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen, indem sie sich bemühen durch vielfältige Kooperationen und einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Terrorismus das Zusammenleben zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu verbessern. Wichtig ist ihrer Ansicht nach außerdem eine „klare Absage an alle Versuche die Muslime, bzw. den Islam unter Generalverdacht zu stellen“ und sich somit einer Ausgrenzung der Muslime bewusst entgegenzusetzen (Das Islamforum Berlin). Ein weiteres deutliches Zeichen setzten die Teilnehmer/innen des Forums durch die Initiierung eines Freitagsgebetes, dass in Gedenken an die Opfer der Anschläge im September 2006 in zahlreichen Berliner Moscheen stattgefunden hat. Ein nächster wichtiger Schritt in der Arbeit des Forums stellt die Veröffentlichung einer Handreichung zur „Kooperation von islamischen Organisationen mit staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Stadtraum“ dar (vgl. Das Islamforum Berlin).

Für die nun folgende Untersuchung des Berliner Islamforums lassen sich die allgemeinen Fragestellungen entsprechend dieser Ausführungen nun folgendermaßen spezifizieren: Wie genau funktioniert der Austausch zwischen muslimischen Vertreter/innen und den Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung – den sogenannten „Verantwortlichen der deutschen Gesellschaft“ – im Berliner Islamforum? Inwiefern findet dort eine „kritische Auseinandersetzung 'auf gleicher Augenhöhe““ statt? Und inwieweit werden durch das Islamforum verbindliche, „integrationsrelevante Verständigungen“ erzielt? Entsprechend der sowohl im Integrationskonzept als auch in den Grundsätzen des Islamforums formulierten Zielsetzung der Wirkung des Islamforums über das Forum hinaus ist des Weiteren zu fragen, inwiefern das Berliner Islamforum zu einem verbesserten, offenen Austausch zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Bevölkerung Berlins beiträgt. Abschließend wird die bereits angeführte Frage behandelt werden, was für einen Beitrag des Berliner Islamforum zur Integration der muslimischen Bevölkerung, insbesondere im Sinne einer Ausweitung ihrer Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten leistet.

## **5. Das Berliner Islamforum aus Sicht der Veranstalter**

In diesem ersten Teil unserer Untersuchung des Berliner Islamforums werden nun zunächst die Sichtweisen der Veranstalter in den Blick genommen. Entsprechend der Konzeption des Forums als

Kooperationsprojekt zwischen dem *Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration* und der *Muslimischen Akademie Deutschland* wurden deshalb sowohl Gespräche mit *Günter Piening*, der das Amt des Berliner Integrationsbeauftragten seit 2003 ausübt, als auch mit *Riem Spielhaus* und *Abdul Hadi Christian Hoffmann*, beide stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Muslimischen Akademie und bei Forumsgründung mit dessen Vorbereitung und Koordination betraut, angestrebt. Alle drei Personen zeigten sich gerne zu einem Interview bereit, welches dann anhand eines Leitfadens in einem zeitlichen Umfang von 45 bis 90 Minuten einzeln durchgeführt wurde.

Diese Experteninterviews erfüllen für unsere Untersuchung eine zweifache Funktion: Zum einen war es unser Anliegen, durch die Gespräche grundlegende Informationen zur Entstehung, Zielsetzung und Konzeption des Berliner Islamforums zu erlangen, die über unsere lückenhafte, auf den öffentlich zugänglichen und unserem Eindruck nach zum Teil relativ spärlich ausfallenden Quellen (Grundsätze, Pressemitteilungen und Gemeinsame Erklärungen) basierende Kenntnislage hinausgehen (Gliederungspunkt 5.1). Vor diesem Hintergrund erhalten die geführten Interviews einen vorrangig *explorativen* Charakter, welcher sich in unserer Handhabung des Leitfadens als im Laufe der Untersuchung flexibel zu gestaltenden Orientierungsrahmen niederschlägt. Unser zweites Anliegen bestand darüberhinaus darin, durch die Interviews Einblicke in die praktische Durchführung des Berliner Islamforums und die Sichtweise der Veranstalter auf diese Praxis zu bekommen (Gliederungspunkt 5.2). Da die Forumssitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden und wir auch keinen Zugang zu den jeweils angefertigten Sitzungsprotokollen erlangen konnten, stellen diese Interviews einen ersten und wichtigen Schritt zur Beantwortung unserer Fragestellungen dar.

Inhaltliche Schwerpunkte haben wir dementsprechend auf die Kommunikationsverhältnisse im Berliner Islamforum – insbesondere hinsichtlich der praktischen Umsetzung der angestrebten „kritischen Auseinandersetzung 'auf gleicher Augenhöhe'“ – gelegt (Punkt 5.2.1), auf die Ergebnisse des Forums und deren Verbindlichkeit (5.2.2), auf mögliche integrative Potentiale und Effekte des Forums (5.2.4), sowie auf die verlautbarte Zielsetzung des Islamforums, den Austausch zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Bevölkerung Berlins zu verbessern (5.2.3) – eine Bestrebung, die unweigerlich in ein Spannungsverhältnis zur Nicht-Öffentlichkeit der Forumssitzungen tritt.

Früh hat sich diesbezüglich in den Gesprächen abgezeichnet, dass sowohl die Zielsetzungen selber als auch die Begrifflichkeiten zu ihrer sprachlichen Fixierung einem weiteren Interpretationsspielraum unterliegen als ursprünglich angenommen und keineswegs eine klare Linie von den im Berliner Integrationskonzept verwendeten Formulierungen zu den in den Grundsätzen

herangezogenen Begriffen zu ziehen ist. Während die von den Veranstaltern in den Interviews erläuterten Zielsetzungen des Berliner Islamforums teilweise nicht deckungsgleich mit den veröffentlichten Selbstdarstellungen des Forums sind, scheint jedoch die von den offiziellen Formulierungen abweichende Auslegung der Zielrichtung unter den Veranstaltern weitgehend übereinstimmend zu erfolgen. Eine Diskussion und Problematisierung der verschriftlichten Zielsetzungen des Berliner Islamforums und der hierzu verwendeten Begrifflichkeiten auf der Grundlage der geführten Interviews wird hierbei aufschlussreich sein (Punkt 5.1.2). Aufschlussreich ist diesbezüglich auch die Sichtweise der Veranstalter auf die Ausgangslage für das Berliner Islamforum und die entsprechend an das Forum herangetragenen Erwartungen (5.1.1). Wie die Interviews verdeutlichen, findet dabei die Konstatierung und Charakterisierung des zum Gründungszeitpunkt und darüberhinaus bestehenden Bedarfs ihren Niederschlag sowohl in der allgemeinen Ausrichtung des Forums als auch in seiner grundlegenden Konzeption.

## **5.1 Einrichtung und Konzeptionalisierung des Berliner Islamforums**

### **5.1.1 Warum ein Islamforum in Berlin? Ausgangslage und Motivation zur Gründung des Berliner Islamforums**

Der Ansatzpunkt des Berliner Islamforums, verschiedenste muslimische Gruppierungen – Gemeinden, Moscheevereine, Dachverbände – mit unterschiedlichen staatlichen, aber auch zivilgesellschaftlichen Institutionen und anderen Religionsgemeinschaften an einen Tisch zu bringen wirft zunächst die Frage auf, warum eine Bevölkerungsgruppe, die aufgrund ihrer (individuell mehr oder weniger ausgeprägten) *religiösen* Ausrichtung identifiziert wird, im Rahmen des Berliner Integrationskonzepts integrationspolitisch überhaupt thematisiert wird. Wie Herr Piening hierzu feststellt, spielt die Frage von „religiöser Integration“ vor dem Hintergrund einer zunehmend, und insbesondere auch in „religiöser Vielfalt“ sich ausdifferenzierenden Stadt in den letzten Jahren eine verstärkte Rolle in Berlin. Diese religiöse Ausdifferenzierung umfasst zwar auch die jüdische Gemeinschaft Berlins, bezieht sich hinsichtlich einer zu vollziehenden *öffentlichen* Positionierung jedoch vorrangig auf die Glaubensgemeinschaft des Islam, die sich – als inzwischen drittgrößte Religion in Berlin – „ihren Platz suchen muss sowohl im Stadtraum wie auch in den städtischen Institutionen“.

Die Probleme, die in diesem Prozess der stadträumlichen und -politischen Positionierung unweigerlich auftreten, Auseinandersetzungen, die im Zusammenleben erfolgen, sind dabei nicht vom allgemeinen bundesrepublikanischen Kommunikationsverhältnis zu trennen, wie es sich zwischen 'Muslimen' und 'Nicht-Muslimen' darstellt bzw. dargestellt wird. „Wir sind hier in Berlin keine Insel der Glückseligen,“ wie Piening es ausdrückt, und natürlich habe eine bundesweite

Diskussion über ein solcherart symbolisches Thema wie den Einbürgerungsfragebogen in Baden-Württemberg – den sogenannten „Muslim-Test“ – einen prägenden Einfluss auf die Kommunikation im Berliner Kontext, genauso wie sich die sicherheitspolitische Herangehensweise an das Thema Islam auf Bundesebene sowie die emotionalisierten Diskussionen um Moscheebauten auf die Berliner Verhältnisse auswirkten. Besorgt konstatiert Piening „eine Gemengelage in der breiten Bevölkerung, wo der Islam eher eine symbolische Platzhalterfunktion [...] für Differenz“ einnehme. Während die Identifizierung der Differenz zu Beginn über die Bezeichnung als 'Gastarbeiter' erfolgte, sich die 'Andersartigkeit' in der öffentlichen Wahrnehmung dann zunächst im 'Ausländer', später dann im 'Türken' manifestierte, fungiere nun 'der Muslim' als Symbol der Differenz. Das Ergebnis dieser Wahrnehmungen in so unterschiedlichen Kontexten ist dabei – so Piening – immer das gleiche gewesen, „nämlich Ausgrenzung“. Die in der Bundesrepublik solcherart entstandene „Überlagerung des Einwanderungsdiskurses mit einem religiösen Diskurs“ sieht Piening als grundlegendes Dilemma an, welches den (stadt-)politischen Umgang für beide Seiten erschwert. Nicht zuletzt dieser „Verschränkung“ soll die Berliner Integrationspolitik allgemein und das Berliner Islamforum im besonderen nach Auffassung Pienings entgegenwirken – als „Instrument, um die Entmischung von gesellschaftlichen Debatten voranzutreiben“. Die Einrichtung eines Islamforums in Berlin ist somit also Reaktion auf eine Verknüpfung der Einwanderungs-, und infolgedessen der Integrationsthematik mit einer vorrangig negativ konnotierten Problematisierung der religiösen Zugehörigkeit der Zuwanderer/innen.

Auch für Frau Spielhaus – neben ihrer Tätigkeit bei der Muslimischen Akademie auch als Islamwissenschaftlerin mit der Thematik befasst – ist der gesamtgesellschaftliche Umgang mit Muslimen/innen in Deutschland geprägt von einer Wahrnehmung des Islam als homogene Entität, welche oftmals mit Diskriminierungen und einem grundsätzlichen Islamismus- bzw. Terrorverdacht einhergehe. Kommunikationsbedarf entstehe eben dadurch, dass Muslime/innen „bestimmte Probleme [haben], die andere gesellschaftliche Gruppen nicht haben.“ Dabei sieht Spielhaus durchaus das „Dilemma“ einer Wechselwirkung zwischen der gesamtgesellschaftlich vorherrschenden Wahrnehmung 'des Islam' als '(Integrations-)Problem' und der Etablierung eines Islamforums als Reaktion auf, zugleich aber auch Anerkennung und potentielle Festigung dieser Wahrnehmung. Nach ihrer Einschätzung wird das Forum von den Beteiligten selber – und insbesondere auch vom Innensenator – jedoch keinesfalls als „Problemlösungsrunde“ angesehen. Dass das Forum durch seine Konzeption als *Islam*forum den Schwerpunkt auf die Beteiligung einer sich *religiös* definierenden, bzw. über ihre Religionszugehörigkeit definierten Bevölkerungsgruppe legt, rechtfertigt sich für Spielhaus dadurch, dass vor allem hinsichtlich der türkischen Bevölkerung in Berlin „die meisten Vereine [...] sich einfach um Religion gebildet“ haben. Indem sie „Menschen

erreichen, die vielleicht anders nicht erreicht werden können,“ werden muslimische Vereine als *gesellschaftliche* Akteure dann einfach zu „guten Playern,“ die im stadtpolitischen Kontext eine positive Rolle spielen können. Die Diskussion im Berliner Islamforum möchte Spielhaus dementsprechend ausdrücklich nicht als *religiöse*, sondern als *politische* verstanden wissen, als einen „politischen Aushandlungsprozess,“ der „letztlich mit *Religion*, außer dass das der Ausgangspunkt für die Vergemeinschaftung ist, relativ wenig zu tun [hat].“

Zum Gründungszeitpunkt des Berliner Islamforums stellte sich laut Spielhaus die so nötige Kommunikation jedoch sowohl im gesamtgesellschaftlichen als auch im stadtpolitischen Kontext für die Initiatoren, trotz zahlreich vorhandener Gesprächsforen, als „massiv gestörte“ dar – eine Formulierung, die Eingang in die Grundsätze des Forums fand und als Ausgangspunkt dessen grundlegende Zielrichtung vorgibt. 'Gestört' insofern, als dass „bestimmte Akteure einfach nicht mit bestimmten Akteuren gesprochen haben“. Sowohl in den Medien als auch auf Diskussionsveranstaltungen sei verschiedentlich vermittelt worden, dass man mit bestimmten 'Playern', auch großen Moscheegemeinden, nicht reden könne bzw. solle. Den Ursprung dieser 'Störung' vermutet Spielhaus in den (migrations-)geschichtlich gewachsenen, berlinspezifischen „Machtstellungen in der Stadt,“ auf deren Grundlage etablierte, säkular geprägte Akteure sich entschieden gegen Gespräche mit muslimischen Vereinen und Verbänden ausgesprochen und somit eine „*natürliche* Kommunikation“ in ihrer Entstehung be- und verhindert hätten, um ihre „Definitionshoheit“ zu behaupten und bestehende Repräsentanzstrukturen zu wahren. Auch bezüglich der stadtpolitischen Strukturen findet die 'Störung' der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation somit ihren Niederschlag.

Während zur 'Normalisierung' der Kommunikationsverhältnisse auf Bezirksebene laut Spielhaus keinesfalls zu missachtende Initiativen der Gesprächsvermittlung zwischen Verwaltung und muslimischen Vereinen ins Leben gerufen wurden,<sup>11</sup> habe eine „verlässliche, regelmäßige“ Runde auf der Ebene des Senats gefehlt, um „Akteure aus der Berliner Stadtgesellschaft zusammenzubringen“ und Kommunikation herzustellen, „schon bevor Konflikte entstehen“ – ein Mangel, den das Berliner Islamforum beheben soll. Neben diesem präventiven Aspekt war – so Spielhaus – unter dem Eindruck der Londoner Anschläge vom 7. Juli 2005 eine weitere Motivation sowohl der Veranstalter als auch des an der Entstehung des Forums beteiligten Innensenators Ehrhart Körting, verlässliche Kommunikationsverhältnisse herzustellen, um im Ernstfall „einfach

---

<sup>11</sup> Diesbezüglich verweisen die Interviewten auf die im Auftrag des Berliner Integrationsbeauftragten von Riem Spielhaus und Alexa Färber im November 2006 herausgegebene Studie „Islamisches Gemeindeleben in Berlin,“ welche für den ersten Teil dieses Projektbeitrags bereits als umfangreiche Informationsgrundlage diente. Zu den jüngsten Entwicklungen bei der Kooperation zwischen staatlichen und muslimischen Einrichtungen siehe insbesondere den Beitrag von Frank Gesemann: Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung, S. 25ff.

auch [...] gut, angemessen reagieren zu können.“

Allgemein sieht Piening im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 ein doch überraschend „starkes Bemühen [...], zu struktureller Kommunikation zu kommen,“ wobei jedoch zwei gegenläufige Entwicklungen zu beobachten seien: Während es auf der einen Seite vor allem auf Stadtteilebene zu verstärkten Kommunikationsbemühungen und bereits „sehr starken Kooperationen“ zwischen staatlichen Institutionen und Moscheegemeinden gekommen sei, bleibe auf der anderen Seite jedoch häufig noch nach wie vor „diese skeptische Distanz“ bestehen: „Wenn Muslime sich in gesellschaftspolitische Entwicklungen hineinbegeben, müssen sie sich sofort dem Vorwurf aussetzen, sie wollen missionieren, bzw. islamistische Bestrebungen voranbringen.“ Die hieraus erwachsende „sehr große Unsicherheit“ zivilgesellschaftlicher Akteure im Umgang mit muslimischen Organisationen stellt somit einen weiteren Ansatzpunkt des Berliner Islamforums dar.

Die zentrale Zielrichtung des Berliner Islamforums liegt für Piening entsprechend in der Etablierung von „struktureller verbindlicher Kommunikation“ auf Landesebene, die nicht mit einem „interreligiösen Dialog“ zu verwechseln sei: „Meine Aufgabe ist, eine Kommunikationsplattform herzustellen zwischen staatlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und muslimischen Gemeinschaften [...], die gegenseitige Problemwahrnehmung verbindlich thematisieren.“ Über den Aufbau von Kontakten und einem grundlegenden Vertrauensverhältnis werde das Islamforum so zu einem „Instrument“ zur Herstellung kommunikativer Prozesse zwischen dem Staat und Moscheegemeinden, durch die gemeinsame Aktionen erst ermöglicht werden. Darüber hinaus ist das Berliner Islamforum für Piening aber auch „eine unglaublich wichtige Maßnahme, Gruppen einzubeziehen in politische Prozesse, die bisher draußen waren und gleichzeitig aber auch den Entscheidern in der Politik bestimmte Maßgaben [zu geben], sich zu rechtfertigen.“ Der Kern des Forums liegt laut Piening somit auch darin, „Inklusionsprozesse“ von Muslime/innen in verschiedene gesellschaftspolitische Bereiche zu organisieren.

### **5.1.2 Ein verbindlicher, integrationsrelevanter „Dialog mit dem Islam“ zur Verbesserung des Austausches zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen? Problematisierung von Begrifflichkeiten und Zielsetzungen**

Doch inwiefern finden sich diese in den durchgeführten Interviews herausgestellten Zielsetzungen des Berliner Islamforums sowohl in ihrer Substanz als auch in ihrer begrifflichen Erfassung in den verschriftlichten 'offiziellen' Zielsetzungen des Islamforums wieder, wie sie im ersten Teil dieser Arbeit dargelegt wurden? Und inwieweit korrespondieren diese Zielsetzungen und Formulierungen wiederum mit der inhaltlichen und begrifflichen Ausrichtung des Berliner Integrationskonzepts?

Was in unserer Untersuchung auf den ersten Blick nicht herausstach, in den geführten Interviews mit den Veranstaltern jedoch frühzeitig zu Tage trat, ist dabei zum einen der uneinheitliche Gebrauch der Begrifflichkeit des 'Dialogs mit dem Islam'. Im Integrationskonzept an prominenter Stelle angewandt, findet diese Formulierung in den Grundsätzen des Berliner Islamforums hingegen keine Verwendung. Wird nun aus Sicht der Veranstalter im Berliner Islamforum ein 'Dialog mit dem Islam' angestrebt oder nicht und was genau ist darunter zu verstehen?

#### **5.1.2.1 Ein „Dialog mit dem Islam“?**

Die Uneinheitlichkeit im Gebrauch dieser Terminologie ist auf eine von Seiten der Muslimischen Akademie geäußerte grundlegende Skepsis gegenüber der Diskussionsform und des Begriffs des 'Dialogs' in seiner vorherrschenden Verwendung und Konnotation zurückzuführen. Wie Hoffmann ausführt, sei „Dialog [zwar] immer noch besser als Sprachlosigkeit,“ nach Jahrzehnten der Migration und der Durchführung unzähliger 'Dialogveranstaltungen' in seiner Unverbindlichkeit und Problemferne jedoch kaum mehr als angemessene, zeitgemäße Form der Auseinandersetzung anzusehen – „wir können's jetzt einfach nicht mehr hören!“ Das Ziel müsse nun sein, den „Bereich des sich am Runden Tisch Wohlverhalten zusichern“ zu verlassen und „vom Reden zum Handeln, vom Dialog zur Aktion“ zu gelangen: „Ich sag' also immer wie IKEA auch: Führt ihr noch Dialog oder lebt ihr schon zusammen?“ Zudem habe 'Dialog' immer etwas „künstliches“ an sich und drücke somit eher Distanz als Verständigung aus: „[W]enn der Papa mit dem Kind und der Mann mit der Frau reden, da redet kein Mensch von Dialog. Aber wenn der muslimische Nachbar mit dem christlichen Nachbar redet, ist es auf einmal ein Dialog! [...] Können die nicht miteinander reden, ganz normal?“ Entsprechend wurde das Berliner Islamforum laut Hoffmann „bewusst als operationales Gremium und nicht als Dialoggremium“ konzipiert. Diese 'Operationalität' sieht Hoffmann eben darin begründet, dass im Forum pragmatisch Probleme aus dem Zusammenleben im Kiez benannt, besprochen und Lösungen gesucht werden, um dadurch „eine weitere Zeitverschwendungsrunde“ mit „ideologischen Selbstbespiegelungen“ zu vermeiden.

Spielhaus teilt die Skepsis Hoffmanns und will das Berliner Islamforums bewusst in Distanz setzen zur der Verwendung des 'Dialogbegriffs' vorherrschend zugrundeliegenden Vorstellung, „diametral, antagonistische Parteien dialogisieren miteinander“ und kritisiert ähnlich wie Hoffmann die Unverbindlichkeit dieses letztlich „pluralen Monologisierens,“ bei dem am Ende alle klatschen und „mit 'nem Handschlag“ auseinandergehen. Eine andere Variante von 'Dialog' jedoch habe laut Spielhaus ihren Ursprung im „etwas durchsprechen, 'etwas durchdiskutieren“ und komme damit der Ausrichtung des Berliner Islamforums sehr nahe – womit sie sich zwar *inhaltlich* auf



gemeinsamem Terrain mit Hoffmann bewegt, die *semantische* Ebene jedoch etwas großzügiger bemisst. „Wir versuchen konkret, inhaltlich orientierte Dinge zu besprechen, die das Zusammenleben in Berlin betreffen,“ wie Spielhaus diese 'islamforumsgemäße' Variante von 'Dialog' spezifiziert. Ziel sei es dabei weder, einen „Dialog zwischen Alteingesessenen oder so einer Vision von Mehrheitsgesellschaft [...] und einer neu angekommenen [...] Gruppe von Muslimen“ herzustellen, noch einen „interreligiösen Dialog“ zu organisieren. Sondern die Idee des Islamforums sei laut Spielhaus, Personen aus der Verwaltung und aus der Zivilgesellschaft in ihrer Pluralität mit muslimischen Vereinen *als weitere und ebenfalls plurale Akteure der Zivilgesellschaft* zusammenzubringen, um eine Kommunikation über gesellschaftspolitische Verhältnisse herzustellen: „Insofern ist das einfach eine Diskussion über das Zusammenleben in der Stadt, über Probleme oder auch über Herausforderungen der Stadt.“

Diese Ausführungen zur inhaltlichen Ausrichtung und Zielsetzung des Berliner Islamforums decken sich weitestgehend mit den dargelegten Vorstellungen Pienings mit dem Unterschied, dass der Integrationsbeauftragte in der im Islamforum angestrebten „Form von struktureller verbindlicher Kommunikation“ eben genau sein Verständnis von 'Dialog' verwirklicht sieht: „Ich glaube mit dem Islamforum haben wir genau das [umgesetzt], was wir [im Berliner Integrationskonzept] unter Dialog verstehen.“ Während die Veranstalter des Berliner Islamforums somit in ihrer *substantiellen* Bestimmung der Zielrichtung des Forums übereinstimmen, sind auf der *semantischen* Ebene hinsichtlich des 'Dialogbegriffs' in Abstufungen deutliche Unterschiede festzustellen, die ihren Niederschlag in der uneinheitlichen begrifflichen Erfassung im Berliner Integrationskonzept und in den Grundsätzen des Berliner Islamforums finden.

#### **5.1.2.2 Erzielung verbindlicher „integrationsrelevanter Verständigungen“?**

Wie in den Ausführungen der Veranstalter zum 'Dialog' im Berliner Islamforum bereits deutlich geworden ist, spielt die 'Verbindlichkeit' für das Kommunikationsverhältnis im Forum eine zentrale Rolle. Den Darlegungen im ersten Teil dieser Arbeit entsprechend, wird sowohl im Berliner Integrationskonzept („vom Dialog zu verbindlichen Vereinbarungen“) als auch in den Grundsätzen des Forums (Erzielung von „integrationsrelevanten Verständigungen [...], die mittel- und langfristig umgesetzt werden“) diese 'Verbindlichkeit' als Zielsetzung angeführt und in Verbindung mit einer gewissen integrationspolitischen Zielrichtung des Forums gebracht. Doch was genau ist unter dieser 'Verbindlichkeit' des Austausches und den durch diesen erzielten 'Vereinbarungen' bzw. 'Verständigungen' zu verstehen und wie ist die Linie zur Integrationsrelevanz des Kommunikationsverhältnisses im Berliner Islamforum aus Sicht der Veranstalter zu ziehen?

Der Berliner Integrationsbeauftragte möchte den Terminus der 'verbindlichen Vereinbarung' zunächst einmal ausdrücklich nicht im Sinne eines 'Staatsvertrages' verstanden wissen, sondern als Vereinbarungen im „Umgang mit Konflikten,“ die mit muslimischen Gemeinschaften etwa in der Auseinandersetzung mit homophoben oder antisemitischen Äußerungen auftreten, aber auch als „Vereinbarungen, die [die] Öffentlichkeit aufmerksam machen,“ wie das am 8. September 2006 anlässlich des fünften Jahrestages der Anschläge vom 11. September in 40 Moscheegemeinden Berlins mit enormer Medienwirksamkeit erfolgte Freitagsgebet im Andenken an die Opfer terroristischer Anschläge.<sup>12</sup> „Das ist ein Prozess, nicht im Sinne von schriftlich fixierten Vereinbarungen, sondern der Gesellschaftsvertrag im weitesten Sinne muss eben immer wieder erneuert werden.“

Übereinstimmend sieht auch Hoffmann eine 'Verbindlichkeit' des Austausches im Berliner Islamforum eben durch dessen 'operationalen' Charakter weitestgehend verwirklicht, zielt dabei jedoch weniger auf die Abstraktheit eines 'Gesellschaftsvertrags im weitesten Sinne', sondern auf die Konkretheit der Diskussion und betont dementsprechend die pragmatische Herangehensweise an Probleme im Zusammenleben. Dadurch, dass der Themenbereich 'Islam und Schule' im Islamforum ausdrücklich außen vor gelassen wird,<sup>13</sup> sei es jedoch laut Hoffmann zugegebenermaßen „eine relativ schwierige Frage,“ was für Probleme im einzelnen konkret einer Lösung zugeführt werden müssen: „[W]ir sind in dem Sinne noch nicht so operational, wie in der Abteilung der Verwaltung, die [...] den Dingen auf den Grund [geht],“ Empfehlungen ausspricht etc. Eine laut Hoffmann angestrebte 'Operationalität' des Berliner Islamforums ist demgemäß lediglich eingeschränkt gegeben bzw. überhaupt realisierbar. Entsprechend ist die 'Verbindlichkeit' des Kommunikationsverhältnisses im Forum vorrangig auf die – pragmatische, problem- und konfliktorientierte – *Herangehensweise*, weniger auf die Erzielung 'schriftlich fixierter' und in der Folge (mittel- bis langfristig) umsetzbarer Vereinbarungen zu beziehen.

Doch inwiefern können diese solcherart verstandenen 'verbindlichen Vereinbarungen' aus Sicht der Veranstalter dann überhaupt integrationsrelevant wirksam werden? Wie Piening hierzu ausführt, wird der Integrationsbegriff im Kontext des Berliner Integrationskonzepts zunächst einmal nicht in der „restriktiven Form“ eines einseitig auf die Migranten/innen bezogenen Anpassungserfordernisses verwendet, sondern bedeute „Diversity-Politik und Gestaltung von Diversity und Gestaltung von Vielfalt.“ Integrationspolitik beinhalte eben auch ganz grundlegend die Auseinandersetzung über „Schwierigkeiten im gesellschaftlichen Zusammenleben“ – eine

<sup>12</sup>Siehe Gliederungspunkt 4. Diesbezügliche Pressemitteilungen des Berliner Islamforums, des Integrationsbeauftragten sowie ein umfangreiches Presseecho auf das Friedensgebet können auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten eingesehen werden: [http://www.berlin.de/lb/intmig/islamforum/islamforum\\_friedensgebet.html](http://www.berlin.de/lb/intmig/islamforum/islamforum_friedensgebet.html) (letzter Zugriff am 23.07.07).

<sup>13</sup>Siehe Gliederungspunkt 4.

Umschreibung, welche die Ausrichtung des Berliner Islamforums natürlich mit einem integrationspolitischen Ansatz in Einklang zu bringen vermag.

Auf Seiten der Muslimischen Akademie kommt Herr Hoffmann jedoch zu einer ganz anderen Einschätzung der integrationspolitischen Relevanz des Berliner Islamforums. Wie er betont, verzichtet die Akademie in ihrer Satzung selber auf das Wort 'Integration' und versteht sich bewusst nicht als „Integrationsinstitution“: „[U]nser Ziel ist einfach die Förderung der Partizipation – ganz konkret und auch aktiv [...]“. Die Bestrebung der Muslimischen Akademie bestehe darin, „Leute zu empower zu partizipieren“ und eben keine Integrationspolitik „im klassischen Sinne“ zu betreiben – eine Vorstellung, die Hoffmann auch in der Ausrichtung des Berliner Islamforums verankert wissen will: „[W]ie auch die Muslimische Akademie sich quasi als Forum für Vielfalt versteht, ist das Islamforum das Forum, [das] gute Erfahrungen oder schlechte Erfahrungen sammelt [und] in einer Handreichung veröffentlicht [...]. Aber nicht weiter. Dazu sind wir zu heterogen.“ Was das Islamforum leisten könne ist, Anregungen zu geben und Aktionsbeispiele zur Nachahmung zu empfehlen – „[M]ehr wollen wir auch nicht [...]; wirklich was vorgeben oder selber was planen, das institutionalisiert uns in einer Art und Weise, die einfach nicht 'islamforumsgemäß' ist.“ Den Schritt zur konkreten Umsetzung von Vorhaben und Projekten könne das Islamforum zwar im Sinne einer 'Feedback-Möglichkeit' begleiten, „aber dann wird es eben verwaltungsmäßig, integrationskonzeptmäßig konkret und nicht islamforumsmäßig konkret.“

Trotz der in den Grundsätzen des Berliner Islamforums formulierten Bestrebung, umsetzungsfähige „integrationsrelevante Verständigungen“ zu erzielen, wird das Forum von Seiten der Muslimischen Akademie somit in bewusste Distanz zur Integrationspolitik im 'klassischen Sinne' gesetzt und sozusagen als 'Vorstufe' der Ermöglichung konzipiert. Zu vermuten ist diesbezüglich, dass die Muslimische Akademie bestrebt ist, ihre Unabhängigkeit gegenüber der Politik ausdrücklich zu wahren, um (zivil)gesellschaftlicher Ansprechpartner für alle Richtungen zu bleiben, und deshalb nicht in 'integrationspolitische Maßnahmen' involviert werden will. Die Zielsetzung der Förderung der Partizipation durch 'Empowerment' ist jedoch nicht weit entfernt von der Ausrichtung des Berliner Integrationskonzepts auf „Integration durch Teilhabe,“ welche darüberhinaus eben durch solche Begriffe wie 'Partizipation' und 'Empowerment' spezifiziert wird (siehe die Ausführungen im ersten Teil der Arbeit). Das Selbstverständnis der Berliner Integrationspolitik als 'Diversity-Politik' in bewusster Abkehr von einem 'restriktiven' Verständnis von 'Integration' deckt sich somit weitgehend mit den Vorstellungen Hoffmanns, womit die Veranstalter auch bezüglich einer etwaigen 'Integrationsrelevanz' des Islamforums inhaltlich weitergehend übereinstimmen als aufgrund der semantischen Ebene der Interviews zunächst anzunehmen ist – sich damit aber auch gemeinsam von den in den Grundsätzen schriftlich fixierten Zielsetzungen des Forums entfernen:

Die Erzielung mittel- bis langfristig tatsächlich umsetzungsfähiger und in diesem 'engen' Sinne integrationspolitisch wirksamer verbindlicher Vereinbarungen, scheint aus Sicht der Veranstalter nicht die primäre Ausrichtung des Berliner Islamforums zu sein. Insofern kann die Ausweitung des Integrationsbegriffs über seine 'restriktive', 'klassische' Form hinaus in diesem Zusammenhang einfach auch als Abkehr von konkreten, 'verwaltungsmäßigen' integrationspolitischen Maßnahmen gesehen werden.

### **5.1.2.3 Verbesserung des „offenen Austausches zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft“?**

Einen weiteren Ansatzpunkt stellte in den Interviews die sowohl im Berliner Integrationskonzept als auch in den Grundsätzen des Berliner Islamforums verankerte Zielsetzung dar, „die Kommunikation zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Öffentlichkeit“ (Integrationskonzept), bzw. „den offenen Austausch zwischen Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft“ (Grundsätze) zu verbessern. Wie ist diese Zielsetzung aus Sicht der Veranstalter durch die Etablierung und Durchführung eines Forums zu verwirklichen, das Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung mit Vertreter/innen muslimischer Gemeinden, Vereine und Verbände an einen Tisch bringt und zudem hinter verschlossenen Türen tagt? Inwiefern sehen die Koordinatoren 'die Muslime' bzw. 'die Mehrheitsgesellschaft' im Islamforum angemessen repräsentiert? Wie im ersten Teil der Arbeit bereits erläutert, wird das auf dem geringen Organisationsgrad der Muslime/innen in Deutschland basierende Spannungsverhältnis zwischen dem *Vertretungsanspruch* und der *tatsächlichen Repräsentativität* muslimischer Organisationen als den 'Dialog' erschwerende Barriere im Berliner Integrationskonzept zwar angesprochen, nicht jedoch handlungsleitend erörtert und bewertet. In den Grundsätzen des Forums findet diese Problematik durch den Hinweis Berücksichtigung, dass durch die muslimischen Vertreter/innen „das breite Spektrum muslimischer Diskussion nur ausschnitthaft abgebildet“ werden kann. Der Übergang von dem Terminus der 'Mehrheitsgesellschaft' hin zum Personenkreis der „Vertreter/innen unterschiedlicher staatlicher Institutionen“ wird hingegen unkommentiert vollzogen. „[D]as war ehrlich gesagt auch beim Schreiben das Grundsatzproblem; es ist unglaublich schwierig, die adäquaten Worte zu finden, die das irgendwie widerspiegeln, was man da angehen will“ – so die Kommentierung dieser 'Begriffsproblematik' durch Spielhaus.

Auch Piening spricht hinsichtlich der „Frage der Repräsentanz des Ansprechpartners“ von einem „besonderen Thema“ des Islam. In Bezug auf das Berliner Islamforum konstatiert Piening die Beteiligung nicht der muslimischen Bevölkerung, sondern von Bürger/innen einer

Religionsgemeinschaft, welche in einer organisierten Form ihre Interessen in gleicher Weise wie andere Religionsgemeinschaften vertreten wissen will: „Wie stark diese Repräsentanten der 80 Gemeinden für die muslimische Bevölkerung reden, das ist schwer zu sagen.“ Ohne die Interessen der „säkularen Muslime“ vernachlässigen zu wollen und unter Wahrung des individuell anzuwendenden Gleichbehandlungsgrundsatzes der Religionen, neigt Piening jedoch den Argumenten des „organisierten Islam“ zu, wodurch 'der Islam' letztlich dort verortet wird, wo die Gemeinden sind – „was anderes haben wir auch als Staat nicht. [E]ine strukturelle Kooperation kann ich nicht mit *den* Muslimen herstellen.“ Die unumgängliche Repräsentativitätsgrenze des Islamforums erkennt der Integrationsbeauftragte somit durchaus an, sieht jedoch auch externe Wirkungsmöglichkeiten des Forums gegeben: „Hier geht es um eine organisiertere Struktur, die wir einbeziehen in Entscheidungsfindungen und damit wird das Verhältnis zu den Muslimen auch besser.“

Aber auch der Begriff der 'Mehrheitsgesellschaft' ist – nicht nur in Bezug auf das Islamforum – durchaus skeptisch zu betrachten. Die Problematik spricht Spielhaus im Gespräch selber an: „Ja was ist die Mehrheitsgesellschaft und ist die Mehrheit eine Gesellschaft? Hat die Gesellschaft eine Mehrheit?“ Festzustellen sei zumindest, dass die Verwendung des Begriffs in Bezug auf Muslime „suggeriert, dass diese nicht zur Mehrheit gehören.“ Deshalb sei auch versucht worden, die genaue Zusammensetzung des Berliner Islamforums klar zu formulieren und nach außen zu kommunizieren. So sieht auch Piening im Islamforum das „zentrale Ziel“ verwirklicht, die 'Mehrheitsgesellschaft' zunächst einmal mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen zu vertreten.

Doch tritt diese Herangehensweise insbesondere in Verbindung mit der ausdrücklich und bewusst etablierten Nicht-Öffentlichkeit der Forumssitzungen unweigerlich in ein Spannungsverhältnis zur erklärten Zielsetzung, den Austausch zwischen 'Muslimen' und der 'Mehrheitsgesellschaft', bzw. zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen *Öffentlichkeit* zu verbessern. Auch der Integrationsbeauftragte sieht in dieser Konzeption „ein gewisses Problem“ und in der Öffentlichkeitswirksamkeit eine Aufgabe, die durch die bisherige externe Präsenz des Forums nur unzureichend erfüllt und zukünftig verstärkt angegangen werden müsse: „Wir überlegen zurzeit, wie wir mit der Situation umgehen.“ Die Nicht-Öffentlichkeit der Sitzungen müsse jedoch unbedingt gewahrt bleiben, das konzeptionelle Spannungsverhältnis somit in Kauf genommen werden, um zunächst einmal eine Kommunikationsgrundlage, einen Ausgangspunkt für weitergehende, langfristige gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu etablieren: „[D]as Islamforum ist nicht die Quadratur des Kreises und das Islamforum wird nicht in zwei Jahren die Probleme von 40 Jahren veränderter Einwanderungspolitik lösen.“ Aus Sicht des

Integrationsbeauftragten ist das Berliner Islamforum also – wie bereits ausgeführt – vor allem ein Instrument zur Schaffung einer Kommunikationsplattform zwischen staatlichen Institutionen und Moscheegemeinden – „dass damit natürlich auch noch ein gewisser kommunikativer Mehrwert für die Gesamtgesellschaft erzeugt wird, dass wir auch rangehen an Konflikte in Form von Handreichungen, das ist alles ein Nebeneffekt.“

Und auch Spielhaus sieht die Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse nicht als primäre und 'drängendste' Zielsetzung des Forums. Bewusst sei im Berliner Islamforum der Weg gewählt worden, einen *nicht-öffentlichen, offenen* Austausch zu etablieren. Denn indem durch die Nicht-Öffentlichkeit der Forumssitzungen ein „geschützter Raum“ hergestellt wird, „ist es überhaupt erst möglich, dass man wirklich auch offen miteinander reden“ und nicht nur kritisch, sondern auch *selbstkritisch* sein kann. 'Geschützt' werde der Austausch im Forum dabei vor allem vor einer „Medienöffentlichkeit,“ in der Dinge oftmals „missverstanden werden, missinterpretiert werden und vollkommen anders dargestellt werden,“ offene und kritische Äußerungen mithin vielfältigen Instrumentalisierungen ausgesetzt seien. Wie Hoffmann betont, ist diese „Strategie des geschlossenen Raumes“ vor allem auch für das innermuslimische Kommunikationsverhältnis im Forum essentiell. Die nicht-öffentlichen Sitzungen geben laut Hoffmann den aus unterschiedlichen Richtungen kommenden Muslimen/innen die Möglichkeit, im Gespräch ihre (übereinstimmenden oder auch divergierenden) Positionen zu bestimmen, „ohne das Gefühl [zu] haben, es steht gleich in der Zeitung,“ ohne sich mithin extern 'Nicht-Muslimen' gegenüber rechtfertigen zu müssen: „Das schafft Vertrauen und das brauchen die Muslime in Deutschland im Moment noch.“ Darüberhinaus sei es – wie Spielhaus weiter ausführt – dann durchaus auch Ziel des Islamforums, aus diesem 'geschützten Raum' heraus durch konkrete Erarbeitungen und „sichtbare Aktionen und Initiativen“ die Öffentlichkeitswirksamkeit der Forumsarbeit zu etablieren und „Effekte“ für die Stadt und ihre Bevölkerung zu erzielen. Die Nicht-Öffentlichkeit der Forumssitzungen bildet somit auch aus Sicht der Muslimischen Akademie eine zentrale Voraussetzung für eine weitergehende, gesamtgesellschaftliche und somit auch *öffentliche* Wirksamkeit des Forums – womit diese Zielsetzung jedoch hinter der Fokussierung der *forumsinternen* Vertrauens- und Kommunikationsverhältnisse zurücktritt.

### **5.1.3 Wer redet mit wem wie worüber und wer entscheidet das? Die Konzeption des Berliner Islamforums**

Die Nicht-Öffentlichkeit der Sitzungen ist also ein zentraler Aspekt der Konzeptionalisierung des Berliner Islamforums, der zwar in ein Spannungsverhältnis zur Zielsetzung der Verbesserung des Austausches zwischen der muslimischen und der nichtmuslimischen Bevölkerung Berlins tritt,

jedoch direkt aus der Bedarfsbestimmung und Erwartungshaltung der Veranstalter resultiert und dadurch mit der einheitlichen Prioritätensetzung der Koordinatoren korrespondiert. Sowohl aus Sicht des Integrationsbeauftragten als auch in der Perspektive der Muslimischen Akademie bildet die Etablierung eines 'geschützten Raumes' eine grundlegende Voraussetzung dafür, im Islamforum in einem offenen, kritischen und auch selbstkritischen Austausch eine gemeinsame vertrauensbasierte Position – innermuslimisch oder auch zwischen den staatlichen und den verschiedenen (zivil-)gesellschaftlichen Akteuren – zu bestimmen, mit dieser zu konkreten Anlässen in die Öffentlichkeit zu treten, und so – ein erwünschter 'Nebeneffekt' – über die Erzeugung eines 'kommunikativen Mehrwerts' längerfristig auch auf die gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse positiv einzuwirken.

#### **5.1.3.1 Wer ist am Austausch beteiligt? Die Zusammensetzung des Forums**

Über diesen Aspekt der Nicht-Öffentlichkeit hinausgehend, spiegeln sich die von den Veranstaltern formulierten Ansprüche und Erwartungen in der Konzeption des Berliner Islamforums auch hinsichtlich der Zusammensetzung des Forums wider. So wird von den Koordinatoren übereinstimmend großer Wert auf eine hochrangige Besetzung des Forums gelegt, um sowohl dessen strukturell verbindlichen Charakter als auch die stadtpolitische Relevanz des Kommunikationsverhältnisses herauszustellen. Wie Piening berichtet, habe er es zur Bedingung gemacht, dass die Qualität des Forums durch die Anwesenheit des Innensenators erkennbar sei. Auch Spielhaus stellt diese Personalie heraus, „einfach weil viel [...] von der Diskussion die es gab sich darum drehte, ob man mit [...] einem Verein sprechen könnte, der im Verfassungsschutz[bericht] erwähnt ist.“<sup>14</sup> Als klare Grenze der Gesprächsbereitschaft wurde dann vom Innensenator selber – so Spielhaus weiter – die Bereitschaft einer Organisation zu Gewalt und der Relativierung von Gewalt gesetzt; bis dahin sei es ihm aber wichtig, „gerade auch mit [...] Vereinen, die schwierigere Positionen hätten“ im Gespräch zu bleiben. Die konstatierte 'Störung' der Kommunikation soll somit im Berliner Islamforum angegangen werden durch die bewusste Einbindung von Organisationen, die aufgrund 'kritischerer' Positionen ansonsten vom gesamtgesellschaftlichen, aber auch stadtpolitischen Kommunikationsprozess ausgeschlossen sind.<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup>In dem zum Gründungszeitpunkt des Berliner Islamforums aktuellen Berliner Verfassungsschutzbericht 2004 wird der im Forum beteiligte Dachverband der „Islamischen Föderation in Berlin e.V.“ (IFB) im Zusammenhang mit der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüş e.V.“ (IGMG) erwähnt (Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz 2005: 147).

<sup>15</sup>Diese Herangehensweise korrespondiert mit dem zweiten Punkt des – im ersten Teil dieser Arbeit bereits angeführten – „politischen Dreischritts“ zur Integration von Muslimen/innen im Berliner Integrationskonzept: „Streitbare Auseinandersetzung im Dialog mit allen religiös oder kulturell begründeten Vorstellungen von Ungleichheit und Unfreiheit in Teilen der muslimischen Bevölkerung und ihrer Organisationen“ (Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration 2006: 61)

An dieser Stelle sei es dann aber laut Piening von zentraler Bedeutung, dass alles, was im Forum passiert „ausschließlich in der Verantwortung der beiden Koordinatoren“ liegt, welche somit nicht nur die alleinige Befugnis besitzen, (in Absprache mit dem Innensenator) über die Repräsentanz der muslimischen Seite zu entscheiden, sondern auch für das Islamforum zu sprechen. In diesem Sinne ist das Berliner Islamforum laut Piening ausdrücklich „kein Beschlussgremium,“ sondern die Plattform für „eine Debatte, die sich in eine bestimmte Richtung bewegt und aus der am Ende dann Konsens oder zumindest weniger Dissens entsteht,“ welchen die Veranstalter dann wiederum in allgemein akzeptierte Formulierungen zu überführen versuchten.

Insbesondere die Zusammensetzung der muslimischen Beteiligten im Berliner Islamforum ist somit von den Veranstaltern – so Piening weiter – „handverlesen“ worden. Bewusst von der Konzeption der auf Bundesebene vom amtierenden Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble organisierten Deutschen Islamkonferenz abweichend, habe dabei nicht der Anspruch bestanden, die „sogenannten säkularen Muslime und die organisierten in einen Kommunikationsprozess zu tragen.“ Stattdessen sollte im Berliner Islamforum „die Vielfalt des Moscheenlebens, des Gemeindelebens“ abgebildet werden. In Verbindung mit hochrangigen (sicherheits-)politischen Vertreter/innen wie dem Innensenator und der Präsidentin des Verfassungsschutzes sei somit eine Zusammenführung von Institutionen und Sichtweisen erfolgt, „die normalerweise nicht zusammensitzen“ und insgesamt eine „hochexplosive Zusammensetzung“ ergäben.

Diese 'Explosivität' der personellen Konstellation des Forums sieht Hoffmann insbesondere auch zwischen den verschiedenen muslimischen Beteiligten gegeben: Dass „sie wirklich *alle*, [...] alle kommen und sich *ertragen*, das hat's eben früher in Deutschland [...] noch nicht so gegeben. Da exkommuniziert keiner den anderen, [und] sie wissen selber, Muslime neigen eher dazu, sich gegenseitig zu exkommunizieren, als etwas stehenzulassen.“ Das Berliner Islamforum vereinige somit für Hoffmann hinsichtlich der muslimischen Beteiligten eine „gelungene, schmerzlose Auswahl“ und sei insgesamt in seiner „institutionellen Bedeutung“ hochrangig angesiedelt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt bezüglich der Koordinierung und Leitung des Berliner Islamforums die Kooperation des Integrationsbeauftragten mit der Muslimischen Akademie eine besondere Bedeutung. Mit ihrem Anspruch, der Diversität und damit auch den Kontroversen zwischen den verschiedenen muslimischen Gemeinschaften und Ausrichtungen neutral gegenüberzustehen, zugleich aber auch ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, kommt der Akademie im Islamforum die diffizile Rolle zu, die potentielle 'Explosivität' der Zusammensetzung aufzufangen und die Interessen und Bedürfnisse der muslimischen Beteiligten in ihrer Gesamtheit auch auf der Ebene der Organisation des Forums zu vertreten. Auch für Piening selber habe eine Voraussetzung darin bestanden, als Veranstalter einen Partner zu finden, „der nicht einer



muslimischen Organisation oder einer Richtung zuzuordnen ist,“ um dem „verstärkten säkularen Anspruch“ der Berliner Verfassung gerecht zu werden – womit das Berliner Islamforum auch nicht als „formales Gremium des Integrationsbeauftragten“ gelten könne.

Während das Forum somit durch eine von den Veranstaltern übereinstimmend als 'hochrangig' charakterisierte Besetzung einerseits zwar an 'institutioneller Bedeutung' zu gewinnen scheint, ist das Berliner Islamforum jedoch andererseits keineswegs als 'formales' und in *diesem* Sinne institutionalisiertes 'Beschlussgremium' konzipiert. Mit der Verantwortung liegt auch die zentrale Kompetenz der personellen Konzeptionalisierung und externen Repräsentanz des Forums ausschließlich bei den beiden Koordinatoren.

### **5.1.3.2 Worüber wird geredet? Die Themensetzung im Forum**

Wie Spielhaus im Gespräch erläutert, sind in der ursprünglichen Konzeption des Berliner Islamforums von den Veranstaltern bestimmte Themen – bei Forumsgründung zunächst drei – längerfristig gemeinsam festgelegt worden, zu denen aus den verschiedenen Teilnehmergruppen kurze Impulsreferate vorbereitet werden. Bereits in der zweiten Sitzung sei jedoch aus dem Forum heraus der Bedarf geäußert worden, drängende, aktuelle Themen zu besprechen, so dass das Format um eine „aktuelle halbe Stunde“ ergänzt wurde, in der jedes Forumsmitglied kurzfristig einen Themenwunsch äußern, bzw. einen Tagesordnungspunkt setzen könne. Wie Spielhaus betont, habe die Muslimische Akademie gerade auch gegenüber den muslimischen Beteiligten immer wieder ihre Aufgeschlossenheit gegenüber Themenvorschlägen signalisiert, was jedoch – „interessanterweise“ – längere Zeit ungenutzt geblieben sei.

Erst in einer kürzlich – von der Muslimischen Akademie initiierten und organisierten – innermuslimischen Runde der Forumsteilnehmer sei von muslimischer Seite verstärkt das Bedürfnis geäußert worden, noch stärker in die Festlegung der Themen einbezogen zu werden. Bei dieser Gelegenheit seien dann laut Spielhaus auch konkrete Themenwünsche der muslimischen Akteure erfolgt. Nach dieser Erfahrung stimmen die Veranstalter darin überein, vor den Treffen im Roten Rathaus jeweils eine solche zusätzliche innermuslimische Runde anzustreben, um – wie Piening ausführt – „auch noch mal einen intensiveren Austausch zwischen den Gemeinschaften herzustellen, [...] ohne dass die Sicherheitsaspekte oder die interreligiösen Aspekte hier eine Rolle spielen“ und damit schließlich auch die Beteiligung bei der Themensetzung zu fördern.

Trotz der in den Interviews einhellig kritisierten Sicherheitslastigkeit der öffentlichen Auseinandersetzung um das Thema 'Islam', wurde die erste Forumssitzung von den Veranstaltern unter den Titel „Wer oder was bedroht unsere Sicherheit? Was tun die jeweiligen Akteure zur

Verbesserung der Sicherheit?“ gestellt. „Das ist dann gleich wieder Muslime und Gefährdung,“ merkt Hoffmann hierzu zunächst kritisch an, erläutert dann aber die Motivation der Koordinatoren bei dieser Themenauswahl: „[W]enn wir schon pragmatisch sind, ist die Sicherheit die Sicherheit von uns allen und wir setzen jetzt hier mal ein Zeichen, dass wir über Sicherheit, aber anders sprechen als im Rest der Republik.“ Insofern setzt das Berliner Islamforum auch hier wieder (wie bei der Zusammensetzung der muslimischen Beteiligten) direkt an einen perzipierten Ausgangspunkt der konstatierten 'Störung' der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation an, um im Aufgreifen der bestehenden Strukturen positiv auf diese rückzuwirken.

Nichtsdestotrotz konstatiert Piening von muslimischer Seite „ein gewisses Gefühl“, dass „diese ganzen Sicherheitsfragen“ auch im Berliner Islamforum eine zu große Rolle spielen. Eine stärkere Berücksichtigung müsste seiner Einschätzung nach in Zukunft unter anderem das generelle Verhältnis von Staat und Muslimen finden. In dem Ausschluss des Themenfeldes 'Bildung' schließlich sieht Piening – ähnlich wie bereits Hoffmann – ein „strukturelles Problem“ des Forums begründet, denn „gerade dieses ist ein großes Interessenfeld“ für die muslimischen Beteiligten im Forum – „deshalb müssen wir einfach überlegen, ob das so bleibt.“ Ob die muslimischen Vertreter/innen mit dieser Einschätzung der Veranstalter übereinstimmen, wird – genau wie ihre Bewertung der Zusammensetzung des Forums – ein Aspekt des zweiten Untersuchungsteils sein.

## **5.2 Die praktische Durchführung des Berliner Islamforums aus Sicht der Veranstalter**

In diesem nun folgenden Abschnitt soll die Sichtweise der Veranstalter auf die bisherige Praxis des Berliner Islamforums analysiert, die geführten Interviews entsprechend im Hinblick auf unsere Fragestellungen ausgewertet werden, so dass an dieser Stelle nun zunächst die Kommunikationsverhältnisse im Forum – insbesondere zwischen den staatlichen Vertreter/innen und den muslimischen Beteiligten – in den Blick genommen werden, um dann anschließend die konkreten Ergebnisse des Austausches und mögliche – kommunikative oder gar integrative – Auswirkungen des Forums über das Forum hinaus zu thematisieren.

### **5.2.1 Eine „kritische Auseinandersetzung 'auf gleicher Augenhöhe'“?**

#### **Kommunikationsverhältnisse im Berliner Islamforum**

Wie Hoffmann anschaulich schildert, wurde er von der ersten Sitzung des Berliner Islamforums im November 2005, die sich mit dem emotional aufgeladenen Thema der Sicherheit befasste, durchgehend positiv überrascht. Der Innensenator – berichtet Hoffmann – versicherte zunächst einmal den muslimischen Vertreter/innen, „sie brauchen sich für gar nichts zu entschuldigen,“ muslimische Beteiligte bedauerten zwar, dass sie im Berliner Verfassungsbericht stehen,

versicherten jedoch ihrerseits der Verfassungsschutzpräsidentin, dass „dieser Bericht immerhin auf so einem Niveau geschrieben sei, dass man darüber sprechen könnte“ und äußerten sich wohlwollend über das allgemein liberale Klima in Berlin: „Und das in der ersten Sitzung – also uns allen haben eigentlich nur die Ohren geschlackert, was da für ein Ton angeschlagen worden ist!“ In dieser konstituierenden Sitzung habe sich somit nach Meinung Hoffmanns in einer „sehr angenehmen, pragmatischen Runde“ die ausgesprochen „positive Grundhaltung dieses Islamforums“ etabliert.

#### **5.2.1.1 Beteiligungs- und Dominanzstrukturen**

Nichtdestotrotz sehen die Veranstalter deutliche Unterschiede in der Beteiligung der Gesprächsparteien sowie gewisse Dominanzverhältnisse im Forum bestehen. Wie Spielhaus bemerkt, sei von muslimischer Seite die Teilnahme an der Diskussion im Islamforum als zum Teil durchaus „schüchtern“, die Vertreter/innen im Gespräch als „relativ sanft und [...] zurückhaltend“ zu charakterisieren. In seiner etwas drastischeren Ausdrucksweise beschreibt Hoffmann die Kommunikation im Forum als „ein bißchen mühselig, weil die muslimischen Vertreter oft ihre Kiemen nicht auseinanderkriegen“ und auf Beteiligungsangebote, beispielsweise auch bei der Themenauswahl, im Forum selber äußerst zurückhaltend reagierten. „Vielleicht braucht das noch eine Generation, dass sie wirklich [...] wie wir das gewöhnt sind frei Schnauze sagen“ was sie wollen und erwarten – so Hoffmann weiter. „Es ist ein ganz ganz schwieriger Prozess, einfach Menschen, die quasi nie im gesellschaftlichen Diskurs, in anderen Vereinen, in Politik oder wo auch immer sich engagiert haben, dazu zu bringen, jetzt wirklich in so einem Kreis spontan von der Leber weg ihre Wünsche und Vorstellungen zu äußern.“ Im „islamischen Kontext“ werde nach Hoffmanns Ansicht einfach „eine *völlig* andere Diskursmethode und -strategie“ angewandt. Insofern korrespondiere im Berliner Islamforum die „Spontaneität“ der muslimischen Vertreter/innen einfach nicht mit den „Bedürfnissen der städtischen Vertreter, die natürlich die geballte Ladung auf ihrem Schreibtisch“ und einen entsprechenden Bedarf nach einem gewohnheitsmäßig umstandslosen und effizienten Austausch hätten. Vor diesem Hintergrund würde sich Hoffmann von muslimischer Seite „noch ein bißchen mehr Lebendigkeit“ und eine spontanere und direktere Artikulation von Bedürfnissen im Forum wünschen.

Jedoch habe aus Sicht der Veranstalter insbesondere in den letzten Forumssitzungen eine deutliche Veränderung dieser Beteiligungsstrukturen eingesetzt. Wie Spielhaus bemerkt, würden die muslimischen Vertreter/innen in den letzten Diskussionsrunden ihre Zurückhaltung zunehmend überwinden, vermehrt „Dinge ansprechen, die *ihnen* Probleme machen“ und auch „mal eben in

Richtung Innensenator“ etwas fragen oder auch kritisieren. Und wie Piening berichtet, finde auch bezüglich der innermuslimischen Kommunikationsverhältnisse ein Angleichungsprozess statt, so dass die Diskussion von muslimischer Seite nicht mehr wie zu Beginn von den großen Dachverbänden sowie dem die jüngere Generation organisierenden Verein IMBUS dominiert werde, sondern „sich auch andere zu Wort melden.“ Auch der Integrationsbeauftragte will in diesem Zusammenhang – ähnlich wie Hoffmann – berücksichtigen wissen, dass mit einem solcherart konzipierten Kommunikationsforum ein „absolut neues Feld“ betreten werde und insofern im Berliner Islamforum auch „ein Stück Diskussionskultur“ entstehe, da viele Repräsentanten der muslimischen Gemeinschaften „überhaupt nicht in der Lage sind, mit solchen staatlichen Institutionen umzugehen.“

#### **5.2.1.2 Ein gleichberechtigter Austausch 'auf gleicher Augenhöhe'?**

Doch inwiefern sehen die Veranstalter unter diesen Umständen im Berliner Islamforum insbesondere zwischen den muslimischen Vertreter/innen und staatlichen Institutionen ein gleichberechtigtes Kommunikationsverhältnis bestehen? Kann die Diskussion im Forum auf der Grundlage der bestehenden Beteiligungsstrukturen überhaupt wie angestrebt 'auf gleicher Augenhöhe' erfolgen? Direkt auf diese in den Grundsätzen verwendete Formulierung angesprochen, sieht Piening diese Zielsetzung zwar als „Grundkonstruktion“ des Forums an und betont, dass der Austausch im Berliner Islamforum „auf gleicher Augenhöhe geführt [wird] als woanders“ (etwa im Islamforum auf Bundesebene oder in der Deutschen Islamkonferenz), bemerkt jedoch zugleich einschränkend, dass „herrschaftsfreie Diskurse“ in so einer Situation selbstverständlich „Utopie“ seien: „[J]eder argumentiert natürlich in seiner Rolle, in seiner Funktion,“ was das Forum jedoch keineswegs zu einer „Lehr- und Zuchtveranstaltung“ werden lasse.

In noch größerer Distanz zur Formulierung der 'gleichen Augenhöhe' will Spielhaus das Kommunikationsverhältnis im Berliner Islamforum verstanden wissen: „Einen 'Dialog auf Augenhöhe' kann man möglicherweise mit anderen Religionsgemeinschaften machen, die in der Gesellschaft im Prinzip eine ähnliche Rolle spielen, aber hier geht es ja darum, *gerade* mit jemandem zu sprechen, der *nicht* auf derselben Augenhöhe ist, sondern der einfach im Machtgefüge ein ganz anderes Level hat. Und das merkt man durchaus [...] auch in der Diskussion.“ Wenn der Innensenator – wie in der innermuslimischen Runde laut Spielhaus von mehreren Seiten angemerkt – in den Forumsdiskussionen als „durchaus sehr dominant“ wahrgenommen wird, so ist dies ihrer Ansicht nach insofern legitim, da man ja gerade *wegen* seiner dominanten Machtposition mit ihm zusammensitzt. In einer Kommunikation über *gesellschaftspolitische* Verhältnisse – so Spielhaus

weiter –, „will man [ja] hierarchische Unterschiede gerade auch haben,“ die sich dann wiederum auf die Gesprächssituation auswirken.

Insofern sei nach Spielhaus eine von den verschiedenen Funktionen losgelöste Gleichberechtigung gar nicht Ziel des Berliner Islamforums – „es wird ja nicht angestrebt, dass die muslimischen Verbände dieselbe Macht haben über die Polizei wie der Innensenator, darum geht’s ja nicht.“ Die Gleichberechtigung, um die es im Forum hingegen ginge, bezieht sich laut Spielhaus auf die Möglichkeit für muslimische Bürger/innen, im gleichen Maße wie andere Bevölkerungsgruppen – und in *diesem* Sinne gleichberechtigt – ihre Probleme anzusprechen und innerhalb der Stadtverwaltung „Gehör zu finden.“ Der Charakter des Berliner Islamforums als Plattform für einen *politischen* Aushandlungsprozess zwischen aufgrund ihrer Funktionen und Machtpositionen im Forum beteiligten Akteuren macht die Umsetzung eines Austausches 'auf gleicher Augenhöhe' somit nur begrenzt, und die Etablierung eines gleichberechtigten Kommunikationsverhältnisses lediglich in diesem gesamtgesellschaftlichen Sinne realisierbar.

Auch Hoffmann sieht im Berliner Islamforum zwischen den Beteiligten deutliche hierarchische Unterschiede bestehen, die er gewohnt unkonventionell vermittelt: „[J]a ich meine wer sind wir denn, [...] so kleine Piefkes aus dem islamischen Grundvolk,“ für die das Forum mithin eine „einmalige Chance“ biete, mit hochrangigen Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung offen zu diskutieren. Doch obwohl die Ebenen überhaupt nicht übereinstimmten, wird Hoffmanns Ansicht nach trotzdem „wirklich voll auf Augenhöhe geredet.“ Diese Einschätzung verdeutlicht, dass die Bezeichnung eines offenen und in Hinblick auf andere Bevölkerungsgruppen unter den gleichen Einschränkungen stattfindenden Austausches zwischen Akteuren unterschiedlicher Machtpositionen als 'gleichberechtigt' und 'auf gleicher Augenhöhe' davon abhängt, ob die *diskussionsinternen Verhältnisse* oder die *machtbasierten Ausführungskompetenzen* der Gesprächsparteien als Bewertungsmaßstab herangezogen werden. Wie unter diesen Umständen die muslimischen Beteiligten selber die Diskussion im Berliner Islamforum bezeichnen, wird entsprechend einen komplexen Schwerpunkt im zweiten Untersuchungsteil bilden.

### **5.2.2 Vom Austausch zu „verbindlichen Verständigungen“? Zu den Ergebnissen des Berliner Islamforums**

Wie bereits erörtert, scheint die Erzielung mittel- bis langfristig umsetzbarer und dementsprechend schriftlich dargelegter 'verbindlicher Vereinbarungen' aus Sicht der Veranstalter nicht die primäre Ausrichtung des Berliner Islamforums zu sein und die angestrebte 'Verbindlichkeit' der Forumsdiskussion sich vorrangig auf eine pragmatische, kommunikative Herangehensweise an spezifische Probleme im Zusammenleben zu beziehen. Vor diesem Hintergrund nach bisherigen

konkreten Ergebnissen des Austausches im Forum gefragt, verweisen die Veranstalter einhellig auf das Friedensgebet im Gedenken der Anschläge vom 11. September, in deren Zuge von den Koordinatoren die Resolution „Gemeinsam in der Verantwortung“ veröffentlicht wurde.<sup>16</sup> Diese von 40 Berliner Moscheegemeinden getragene Aktion könne als „Paradebeispiel“ (Hoffmann) der Initiativwirkung des Islamforums gelten und habe insofern in der Einschätzung Spielhaus' auch gerade für die Forumsmitglieder eine herausragende und motivierende Bedeutung eingenommen. Wie Piening betont, wäre ein solches koordiniertes Vorhaben – innerhalb von zwei Wochen auf die Beine gestellt – ohne die im Islamforum hergestellten Kontakte und das dort etablierte Vertrauensverhältnis „überhaupt nicht möglich gewesen.“

Als weitere 'verbindliche Verständigung' wird von den Veranstaltern die Gemeinsame Erklärung zum Moscheebau der Ahmadiyya-Gemeinde in Pankow/Heinersdorf vom 10. Mai 2006 angeführt, in welcher die Forumsteilnehmer/innen gemeinsam Stellung für das explizit religionsübergreifend verstandene Recht auf Religionsausübung beziehen und die Errichtung entsprechender Gebäude lediglich unter baurechtlichen Gesichtspunkten diskutiert sehen wollen.<sup>17</sup> Wie Spielhaus ausführt, wurden hierbei in den Forumsdiskussionen die bestehenden innermuslimischen Differenzen um religiöse Fragen bewusst ausgeklammert, womit sich im Forum ein „städtisches gegenseitiges Verantwortungsgefühl“ etablierte, welches sich in dieser *stadtgesellschaftlichen* Form möglicherweise auch auf ganz andere religiöse Gruppen beziehen könnte.

Auch (selbst-)kritische Auseinandersetzungen über homophobe und antisemitische Äußerungen im Kontext muslimischer Gemeinden und diffizile Diskussionen über Sicherheitsfragen und eine „falsch verstandene islamische Solidarität“ (Hoffmann) mit islamistischen Bestrebungen werden von den Veranstaltern als im Forum erzielte 'verbindliche Vereinbarungen' angesehen. Schließlich wird von Seiten der Koordinatoren die geplante Handreichung zur Kooperation zwischen muslimischen Organisationen und staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Institutionen im Stadtteil als konkretes Ergebnis des Berliner Islamforums hervorgehoben. Diese Zusammenstellung wurde in einer aus dem Islamforum heraus gebildeten Arbeitsgruppe erarbeitet, in der 4. und 5. Sitzung des Forums bereits inhaltlich diskutiert und ist zur Veröffentlichung im September vorgesehen. Ob auch die muslimischen Beteiligten diese Erklärungen, Auseinandersetzungen und Veröffentlichungen als ausreichend 'verbindliche', konkrete Ergebnisse des Forums ansehen, wird ein weiterer Aspekt des zweiten Untersuchungsteils sein.

---

<sup>16</sup>Siehe auch Gliederungspunkt 4. Die Resolution ist einzusehen auf der Internetseite des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration: [http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/islamforum/resolution\\_11\\_september.pdf](http://www.berlin.de/imperia/md/content/lb-integration-migration/islamforum/resolution_11_september.pdf) (23.07.07).

<sup>17</sup>Siehe ebenfalls Gliederungspunkt 4. Auch diese Gemeinsame Erklärung kann auf der Internetseite des Integrationsbeauftragten eingesehen werden: <http://www.berlin.de/lb/intmig/presse/archiv/20060510.1000.43705.html> (23.07.07).

### 5.2.3 Verbesserung des offenen (öffentlichen) Austausches? Zu den Auswirkungen des Berliner Islamforums über das Forum hinaus

Und wie ist es um die Wirkung des Forums über das Forum hinaus bestellt? Konnten die *internen* Entwicklungen *extern* den öffentlichen Austausch zwischen der muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerung bereits positiv beeinflussen? Die Veranstalter, für ihren Teil, sehen durch die gemeinsamen Erklärungen und Initiativen eine gewisse öffentliche Wirkungskraft des Berliner Islamforums durchaus gegeben und insofern ihre 'Strategie' in Ansätzen bereits verwirklicht, aus einem vertrauensbasierten 'geschützten Raum' heraus über sichtbare Aktionen und Positionierungen in die Gesellschaft hineinzuwirken, um langfristig die bestehenden gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse zu verbessern. Insbesondere das starke Medienecho auf das Freitagsgebet und die anschließende „riesige Öffentlichkeitskampagne“ (Piening), in der – wie Spielhaus hervorhebt – Muslime/innen einmal nicht im Kontext von 'Terror', sondern unter Schlagwörtern wie 'Frieden', 'für den Frieden beten' etc. dargestellt wurden, sei geeignet gewesen, der perzipierten 'Störung' der öffentlichen Kommunikation einen positiven, vertrauensbildenden Impuls entgegenzusetzen und insofern auch eine *offene, öffentliche* Auseinandersetzung zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen zu fördern. Gerade die Authentizität dieser gemeinsamen Aktion habe dabei nach Ansicht Spielhaus' eine Wirksamkeit entfaltet, die eine geplante Öffentlichkeitskampagne niemals erreicht hätte. Über die Initiierung des Freitagsgebets hinaus hält es deshalb Piening auch insgesamt für eine gute Herangehensweise des Forums, durch die gezielte Besetzung thematischer Felder, wie etwa den Bereich 'Kommunikation im Stadtteil', und die spezifische Ausrichtung gemeinsamer Aktionen eine Öffentlichkeitsarbeit zu vermeiden, die „nur gutmeinende Plattitüden verbreitet.“

Dennoch sehen die Koordinatoren hinsichtlich der Öffentlichkeitswirksamkeit des Berliner Islamforums einen deutlichen Entwicklungsbedarf – „da ist durchaus noch Potential,“ wie Spielhaus anmerkt. So sollte laut Piening etwa das Themenfeld der gesellschaftlichen Weiterbildung von Imamen öffentlich angegangen und auch die Positionierung zum Moscheebau in Zukunft noch stärker kommuniziert werden. Und wie Hoffmann vermutet, müssten auch auf Seiten der muslimischen Vereine die Themen und Vorhaben des Islamforums noch umfassender in die Gemeinden hineingetragen werden, um auch die muslimische Bevölkerung wirklich erreichen zu können.

Abgesehen von dieser durchaus ausbaufähigen Außenwirkung auf die *gesamtgesellschaftliche* Kommunikation, sehen die Veranstalter durch das Berliner Islamforum eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen der muslimischen Bevölkerung und ihren Vertreter/innen und der Berliner

Politik und Verwaltung, eine Verbesserung also dieser *gruppenspezifischen, stadtpolitischen* Kommunikationsstruktur auf jeden Fall gegeben: „[S]o einen dichten Austausch, in dem auch so viele unterschiedliche Strömungen des Islam einbezogen wurden, das hat es noch nicht gegeben. Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn“ – wie Piening konstatiert. Insbesondere hinsichtlich der geplanten Weiterbildung von Imamen und Seelsorger/innen zeigt sich für den Integrationsbeauftragten in der Kooperationsbereitschaft der muslimischen Vertreter/innen die „gewaltige Dynamik des Prozesses.“ Für Hoffmann ist dieser vor allem auch ein „wichtiger und durchaus positiver Selbstfindungsprozess,“ durch welchen die Forumsteilnehmer/innen für die „Empfindlichkeiten“ der anderen sensibilisiert würden. Und „für den Fall das“ seien ganz pragmatisch einfach alle Kontakte bereits geknüpft, so dass die „Telefonkette“ schnell geschlossen werden könne. Sowohl hinsichtlich der Prävention von als auch der Reaktion auf Probleme im Zusammenleben trägt das Berliner Islamforum somit aus Sicht der Veranstalter zur Stärkung und verstärkten Offenheit des stadtpolitischen Kommunikationsverhältnisses mit der muslimischen Bevölkerung und ihren Repräsentanten bei, womit die *forumsinterne* Diskussion durchaus auch eine *externe* kommunikative Wirkungskraft entfalte.

#### **5.2.4 „Integration durch Teilhabe“? Zur Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten durch das Berliner Islamforum**

Diesen ersten Untersuchungsteil abschließend bleibt nun noch zu fragen, inwiefern die Veranstalter durch das Berliner Islamforum nicht nur *kommunikative*, sondern auch *integrative* Potentiale gegeben oder gar Effekte erzielt sehen. Erfolgt aus ihrer Sicht – den Ausführungen des Berliner Integrationskonzepts gemäß und in diesem 'weiteren' Sinne des Integrationsbegriffs – durch das Forum eine Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten für die muslimische Bevölkerung, bzw. ihre organisierten Vertreter/innen? Für den Integrationsbeauftragten ist eine solche Entwicklung eindeutig gegeben: „[W]enn man sagt Integration ist ein Stück Organisieren von Teilhabeprozessen, von bisher ausgegrenzten oder [...] von bisher noch nicht so richtig ins Spiel gekommenen Gruppen in Zuwanderungszusammenhängen,“ dann zielt das Islamforum genau auf die 'Integration' der muslimischen Bevölkerung in Berlin ab. Es gehe im Forum ja eben darum, „[d]en Platz zu finden, den der Islam in einer zukünftigen Gesellschaft in Berlin“ einnehmen könne. Insofern sieht Piening im Berliner Islamforum nicht nur das bereits angeführte „Stück Diskussionskultur“ entstehen, sondern erkennt die dort etablierte Kommunikationsplattform für die muslimische Seite auch als „ein großes Trainingsfeld für mehr Partizipation, für mehr Lobbyarbeit in eigener Sache“ an, auf welchem bisher unzureichende Kompetenzen im Umgang mit staatlichen Institutionen entwickelt werden könnten – grundlegendes Handwerkszeug mithin für



gesellschaftliche und politische Integrationsprozesse.

Auch wenn von Seiten der Muslimischen Akademie der Begriff der 'Integration' für diesen Zusammenhang den obigen Ausführungen gemäß nicht verwendet wird, sind die Einschätzungen doch substantiell vergleichbar. So spricht Hoffmann bezüglich der zurückhaltenden Artikulation von Bedürfnissen von einem „pädagogische[n] Prozess der Ermutigung und des Hinführens“ der muslimischen Beteiligten und Spielhaus beobachtet im Islamforum eine Entwicklung, in der „demokratische Spielregeln“ eingelernt würden – was eben auch beinhaltet „jemandem wie dem Innensenator auch mal 'ne Kritik zu entgegnen.“ Über eine solche Kritikfähigkeit (und auch die Fähigkeit zur Selbstkritik, welche laut Spielhaus in der Forumsdiskussion bereits überraschend ausgeprägt sei) werde dann auch „politische Partizipation“ eingeübt – nicht zuletzt eben durch die Förderung einer verstärkten und direkteren Interessensartikulation. Über diese kommunikativen Fähigkeiten hinaus sei es laut Spielhaus für eine Entwicklung zu politischer Partizipation entscheidend, „dass die muslimische Seite Forderungen stellt und politische oder gesellschaftliche Visionen entwickelt auch darüber, wie sie zur Gesellschaft beitragen können, mit wem sie sich verbünden können in der Gesellschaft, für wen sie einstehen können, für wen sie Verantwortung vielleicht mit übernehmen, in welche Koalitionen sie sich begeben.“ Diese Grundbausteine „gesellschaftspolitische[n] Denken[s]“ würden nach Ansicht Spielhaus' im Forum eingeübt – insbesondere auch durch die nun erweiterte Möglichkeit der Themensetzung, in deren Verlauf sich Vorstellungen bewusst gemacht und Forderungen klar bestimmt und artikuliert werden müssten.

Doch nicht nur auf Seiten der muslimischen Vertreter/innen sehen die Veranstalter durch das Islamforum einen „Lernprozess“ (Spielhaus) initiiert. Für Hoffmann erfolgt die „Einübung von Partizipationsstrategien“ im Forum insofern umfassend, als auch die Vertreter/innen aus Politik und Verwaltung die unterschiedlichen Diskursmethoden verstehen lernen müssten – „[damit] dann auch Herr Körting nicht denkt 'mein Gott sind die lahm, die sollen mal aus sich rauskommen'.“ Und gerade auch für die Verwaltung – so Spielhaus – bedeute das Gespräch im Islamforum, die muslimischen Vertreter/innen „als Bürger dieser Stadt [...] und als Akteure im gesellschaftspolitischen Geschehen wahrzunehmen, [...] deren Ressourcen man auch einfach nutzen kann.“ Eine solche Wahrnehmung und Anerkennung sei essentiell, um eine mit anderen Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigte Teilhabe an politischen Aushandlungsprozessen – mit anderen Worten eine „Integration durch Teilhabe“ – zu ermöglichen. Diesen Ausführungen gemäß bedeutet nach Ansicht der Veranstalter der Austausch im Islamforum nicht zuletzt auch die Initiierung eines Integrationsprozesses – als beidseitige Annäherung und als 'Integration' nicht im 'engeren' Sinne verwaltungsmäßiger Maßnahmen, sondern verstanden als *Ermöglichung* einer gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe.

### 5.3 Zwischenergebnisse

Aus Sicht der Veranstalter ist die Gründung des Berliner Islamforums vor dem Hintergrund einer sich auch zunehmend religiös ausdifferenzierenden Stadt als Reaktion auf eine 'Störung' des gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisses zwischen der muslimischen und nichtmuslimischen Bevölkerung zu sehen, welche ihren Niederschlag auch in den stadtpolitischen Strukturen findet und nicht zuletzt eine starke Verunsicherung gesellschaftlicher Akteure im Umgang mit muslimischen Gemeinden nach sich zieht. Die zentrale Zielrichtung des Forums ist für die Organisatoren dementsprechend die Etablierung einer Kommunikationsplattform zur Herstellung eines strukturellen, verbindlichen Austausches zwischen staatlichen Institutionen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und muslimischen Akteuren. Das Berliner Islamforum als kommunikatives 'Instrumentarium' zielt dabei zunächst auf den Aufbau eines grundlegenden Vertrauensverhältnisses, soll in seiner 'Verbindlichkeit' jedoch auch gesellschaftliche Inklusionsprozesse bisher Benachteiligter organisieren. Die Sichtweise der Koordinatoren auf die zum Gründungszeitpunkt hinsichtlich der muslimischen Bevölkerung bestehende Problem- und Bedarfslage spiegelt sich somit erwartungsgemäß in der Konzeptionalisierung und grundlegenden Zielbestimmung des Islamforums wider.

Im Hinblick auf die Zielsetzungen und deren begrifflicher Erfassung unterliegt das Berliner Islamforum – wie dieser erste Untersuchungsteil gezeigt hat – vielfältigen Spannungen, welche in sprachlichen und konzeptionellen Unregelmäßigkeiten zu Tage treten. So finden zentrale Formulierungen wie die der 'Integration' und des 'Dialogs mit dem Islam' zwischen den Veranstaltern eine uneinheitliche Verwendung – Divergenzen, die sich jedoch auf die semantische Ebene beschränken und die weitgehend übereinstimmende substantielle Bestimmung des Forums unberührt lassen. Diese Übereinstimmungen finden sich zum einen in der Erstrebung einer 'Verbindlichkeit' des Kommunikationsverhältnisses im Forum, welche jedoch auf die pragmatische, problemorientierte Herangehensweise der Forumsdiskussion und weniger auf die Erzielung 'schriftlich fixierter' und in der Folge (mittel- bis langfristig) umsetzbarer Vereinbarungen zu beziehen ist. Eine integrationspolitische Wirksamkeit des Austausches im Forum im diesem 'engen' ('verwaltungsmäßigen') Sinne ist somit – entgegen der in den Grundsätzen des Forums verwendeten Formulierungen – keine primäre Bestrebung der Veranstalter. Vielmehr wird das Berliner Islamforum von den Koordinatoren als Vorstufe der Ermöglichung konzipiert – als Ermöglichung einer, mithin Befähigung zu einer sowohl forumsinternen als auch -externen Interessenartikulation, Diskussions- und Aktionsbeteiligung, wodurch es im Sinne der Aktivierung von Partizipationspotentialen ('Empowerment') Integrationsrelevanz entfalten könne. Vor diesem

Hintergrund wird es bei der folgenden Untersuchung der Sichtweise der muslimischen Beteiligten von Interesse sein, mögliche Divergenzen in der Auslegung zentraler Begrifflichkeiten aufzuspüren. Auch hinsichtlich des unweigerlich auftretenden konzeptionellen Spannungsverhältnisses zwischen der nicht-öffentlichen Durchführung der Forumssitzungen und der Zielsetzung, nicht nur den *forumsinternen*, sondern auch den gesamtgesellschaftlichen *öffentlichen* Austausch zu verbessern, findet zwischen den Veranstaltern eine einheitliche Schwerpunktsetzung statt: Die Etablierung eines 'geschützten Raumes' stellt in der Perspektive der Koordinatoren eine grundlegende Voraussetzung dafür dar, im Islamforum in einem offenen, kritischen und auch selbstkritischen Austausch eine gemeinsame vertrauensbasierte Position zu bestimmen, mit dieser anlassorientiert in die Öffentlichkeit zu treten und insofern längerfristig auch auf die gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse positiv einzuwirken. Diese externe kommunikative Wirksamkeit tritt jedoch als erwünschter 'Nebeneffekt' hinter der Fokussierung der forumsinternen Kommunikationsverhältnisse zurück.

Ein weiteres Spannungsverhältnis liegt der Zusammensetzung insbesondere der muslimischen Forumsteilnehmer/innen zugrunde: Unter der Bedingung einer starken Heterogenität der als 'muslimisch' identifizierten Bevölkerungsgruppe bei fehlender zentraler Repräsentanz steht dem Anspruch der Einbeziehung der muslimischen Bevölkerung die unvermeidlich begrenzte tatsächliche Repräsentativität des Berliner Islamforums gegenüber. Die notwendigerweise selektive Auswahl der muslimischen Vertreter/innen lag dabei ausschließlich im Ermessen der Veranstalter und erfolgte unter dem Gesichtspunkt, das muslimische Gemeindeleben in seiner Vielfalt, den Islam mithin in seiner *organisierten* Form abzubilden. Anders als beispielsweise im bundesdeutschen Islamforum werden die 'säkularen' Muslime im Berliner Konzept somit außen vor gelassen. Der Schwerpunkt wird dementsprechend von den Veranstaltern ausdrücklich nicht auf einen innermuslimischen oder auch 'interreligiösen Dialog' gelegt, sondern auf die Etablierung eines als *politischer* Aushandlungsprozess verstandenen strukturellen Kommunikationsverhältnisses zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen auf der einen und muslimischen Gemeinden, Vereinen und Verbänden als *plurale* und *ebenfalls zivilgesellschaftliche* Akteure auf der anderen Seite.

Trotz dieser politischen Ausrichtung ist das Berliner Islamforum den Veranstaltern gemäß jedoch ausdrücklich nicht als 'formales' Beschlussgremium konzipiert. Die aus Sicht der Koordinatoren hervorgehobene 'institutionelle Bedeutung' des Forums, etabliert durch seine durchaus anerkennenswerte 'hochrangige' Besetzung, geht somit nicht mit einer Institutionalisierung des Islamforums als strukturell verankertes Instrument im politischen Entscheidungs(findungs)prozess einher. Und so verfügen die Forumsteilnehmer/innen auch nicht über die einem solchen politischen

Instrumentarium entsprechenden Einflussmöglichkeiten und Entscheidungskompetenzen: Sowohl die zentrale Kompetenz der personellen Konzeptionalisierung als auch die übergreifende Verantwortlichkeit für die Ergebnisse und die externe Repräsentanz des Forums sind ausschließlich bei den beiden Koordinatoren angesiedelt. Lediglich in Bezug auf die Themensetzung im Forum wird den muslimischen Vertreter/innen eine weitgehende – ausdrücklich erwünschte wie auch aktiv geförderte – konzeptionelle Beteiligungsmöglichkeit eingeräumt, wobei im Ausschluss des Themenfeldes 'Bildung' auch aus Sicht der Veranstalter ein strukturelles Problem bei der thematischen Ausrichtung des Forums bestehen bleibt.

Der aus Sicht der Koordinatoren bewusst politische Charakter des im Berliner Islamforum etablierten Austausches wirkt sich auch auf ihre Bewertung des Kommunikationsverhältnisses aus: Der angestrebte Austausch 'auf gleicher Augenhöhe' wird von den Veranstaltern zwar als 'Grundkonstruktion' des Forums anerkannt, bestehende hierarchische Unterschiede jedoch insofern als legitim und sogar wünschenswert angesehen, als in einem gesellschaftspolitischen Aushandlungsprozess ein Gespräch ja gerade *wegen* der unterschiedlichen funktionalen und machtpolitischen Positionen gesucht werde. Die aus diesem Ungleichgewicht notwendigerweise erwachsenden kommunikativen Dominanzstrukturen werden von den Organisatoren entsprechend in Kauf genommen. Vor diesem Hintergrund kann die Forumskommunikation lediglich im gesamtgesellschaftlichen Bezug als 'gleichberechtigte' bezeichnet werden: Aus Sicht der Veranstalter bietet das Islamforum den organisierten Interessenvertretungen der muslimischen Gemeinschaft(en) die Möglichkeit, im gleichen Maße wie andere gesellschaftliche Gruppen – und in *diesem* Sinne gleichberechtigt – in Politik und Verwaltung Anerkennung und Gehör zu finden. Die Bezeichnung der übereinstimmend als offen, zunehmend ausgeglichen und im *gesamtgesellschaftlichen* Sinne gleichberechtigt angesehenen Gesprächssituation im Forum als dann auch *insgesamt* 'gleichberechtigt' und 'auf gleicher Augenhöhe' stattfindend, erfolgt selbst zwischen den Veranstaltern uneinheitlich und hängt davon ab, ob lediglich die *forumsinternen* Verhältnisse, oder aber die über die Forumsdiskussion hinausreichenden machtbasierten Ausführungskompetenzen als Bewertungsmaßstab herangezogen werden.

Übereinstimmungen bestehen zwischen den Veranstaltern dann wieder sowohl hinsichtlich der bisherigen Ergebnisse des Berliner Islamforums als auch in Bezug auf deren kommunikative und integrative Außenwirkungen. Insbesondere das Friedensgebet zum 11. September wird dabei als erzielte 'verbindliche Vereinbarung' hervorgehoben, da es aufgrund seiner Authentizität und enormen Medienwirksamkeit der perzipierten 'Störung' des gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisses einen vertrauensbildenden positiven Impuls entgegengesetzt habe. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sei jedoch nach Meinung der Veranstalter nötig, damit das

Berliner Islamforum über den *forumsinternen* Aufbau von Kontakten und Vertrauen auch *extern* seine *kommunikative Wirkungskraft* umfassender entfalten könne.

Hinsichtlich der *integrativen* Wirkungskraft des Berliner Islamforums treten die semantischen Divergenzen zwischen den Veranstaltern zwar wieder zu Tage, die inhaltliche Bewertung der bisherigen integrationsrelevanten Effekte des Forums erfolgt jedoch auch an dieser Stelle einheitlich. Wenn auch nicht von beiden Seiten ausdrücklich als 'Integration' bezeichnet, so wird der Austausch im Forum doch übereinstimmend als substantielle Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeit für die muslimische Bevölkerung, mithin – insbesondere hinsichtlich der Einübung von Diskussions- und Partizipationsstrategien – als grundlegende *Ermöglichung* einer gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe verstanden. Dem 'weiten' Verständnis einer 'Integration durch Teilhabe' gemäß bedeutet das Berliner Islamforum aus Sicht der Veranstalter somit nicht zuletzt auch die Initiierung eines durch beidseitige Annäherung gekennzeichneten Integrationsprozesses. Diese Ausweitung des Integrationsbegriffs kann jedoch auch als die Aufweichung seiner Substanz, als Abkehr von 'verwaltungsmäßig' umsetzungsfähigen konkreten integrationspolitischen Maßnahmen interpretiert und kritisiert werden. Ob eine solche Kritik von Seiten der muslimischen Beteiligten in Bezug auf das Berliner Islamforum geäußert wird, und wie sie über diesen Punkt hinaus die bisherige Forumspraxis bewerten, wird Gegenstand des nun folgenden zweiten Untersuchungsteils sein.

## **6. Das Berliner Islamforum aus Sicht der muslimischen Vertreter/innen**

Zur Beantwortung unseres Ausgangsverdachts und den weiteren, an ihn anschließenden Fragestellungen, insbesondere wie der Austausch zwischen den muslimischen Vertreter/innen und den Teilnehmer/innen der Berliner Politik und Verwaltung im Berliner Islamforum bisher funktioniert, wollen wir uns nicht darauf beschränken die Einschätzungen der Veranstalter darzustellen. Von besonderem Interesse sind für uns auch die Sichtweisen der muslimischen Teilnehmer/innen, um sie den Aussagen der Veranstalter gegenüberzustellen und somit ein ausgewogeneres Bild des Forums und seiner Arbeitsweise zu bekommen. Nicht nur ihre Bewertung der konzeptionellen Ausrichtung des Forums, sondern auch ihre Wahrnehmung bezüglich der bisherigen Durchführung und der erreichten Arbeitsergebnisse stehen im Mittelpunkt der Auswertung: Wie beurteilen also die muslimischen Beteiligten die Aufforderung zu einer kritischen Auseinandersetzung „auf gleicher Augenhöhe“, die in 'verbindliche Verständigungen' münden soll und wie positionieren sie das Forum hinsichtlich seiner öffentlichen Wirkung und im größeren Kontext der Berliner Integrationspolitik?

Um die Ansichten der muslimischen Teilnehmer/innen zu diesen Fragen zu erheben wurden Kurzinterviews anhand von teilstandardisierten Fragebögen durchgeführt. Grundlage für die Kurzinterviews waren die am Ende des ersten Teils der Arbeit formulierten Fragestellungen (Gliederungspunkt 4), die auf den Grundsätzen des Berliner Islamforums, den im Unterpunkt „Religion und Zusammenleben“ des Berliner Integrationskonzepts formulierten Zielsetzungen, sowie der allgemein im Konzept dargelegten integrationspolitischen Ausrichtung der „Integration durch Teilhabe“ basieren. Erste Zwischenergebnisse der Experteninterviews sind zusätzlich mit in die Fragebogenkonstruktion eingegangen.

Geführt wurden die Kurzinterviews letztendlich mit neun der insgesamt zwölf muslimischen Beteiligten des Berliner Islamforums, da drei der Teilnehmer/innen leider nicht erreicht werden konnten. Befragt wurden folgende Vertreter/innen von muslimischen Vereinen, Initiativen und größeren Verbänden in Berlin: der Imam der *Ahmadiyya - Muslimische Gemeinde Berlin*, der namentlich nicht genannt werden wollte, Abdallah Hajjir, Vorstandsvorsitzender des *Hauses der Weisheit e. V.*, Imran Sagir, Vertreter der *Initiative Berliner Muslime (IBMUS)*, Lydia Nofal, Vorstandsmitglied von *Inssan für kulturelle Interaktion e.V.*, Faical Sahli, Vorstandsvorsitzender des *Interkulturellen Zentrums für Dialog und Bildung e. V. (IZDB)*, einer Vertreterin vom *Islamischen Kultur- und Erziehungszentrum Berlin e.V. (IKEZ)*, die gerne ungenannt bleiben wollte, Damir Krdzic, Vizepräsident und Meho Travljanin, Sekretär des *Islamischen Kulturzentrum der Bosniaken e. V.*, Burhan Kesici, zweiter Vorsitzender der *Islamischen Föderation in Berlin (IFB)* und Hüseyin Mydyk, Vorstandsmitglied der *Türkisch Islamischen Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB)*.

## **6.1 Wer redet mit wem worüber und wer entscheidet das? Die Konzeption des Berliner Islamforums**

Die strukturelle Grundlage des Austausches im Berliner Islamforum bildet seine Konzeption, die in Kooperation zwischen den beiden Veranstaltern, dem Berliner Beauftragten für Integration und Migration und der Muslimischen Akademie Deutschland, erarbeitet wurde. Die Veranstalter haben gemeinsam unter anderem festgelegt, wer am Forum teilnimmt und worüber in den ersten drei Sitzungen gesprochen wurde. Damit haben sie zunächst entschieden, wer sich mit wem worüber im Berliner Islamforum austauscht. Wie die muslimischen Vertreter/innen die Auswahl der Beteiligten und die bisherigen Themen im Forum beurteilen und wie sie ihre Beteiligungsmöglichkeiten bei der weiteren Themensetzung sehen, wird im Folgenden untersucht.

### 6.1.1 Wer ist am Austausch beteiligt? Die Zusammensetzung des Forums

Bei der Beurteilung der Zusammensetzung des Forums sind die Befragten geteilter Meinung. Ein Teil der muslimischen Vertreter/innen hält unerwarteterweise die Auswahl insgesamt für sehr gelungen und beschreibt sie als ein gutes Spektrum. Diese Befragten sind der Meinung, dass alle wichtigen Akteure im Forum vertreten sind und haben deshalb nichts an der Zusammensetzung auszusetzen. Der Rest der Befragten äußert sich, wie anfänglich vermutet, nicht ganz so zufrieden und hält die Auswahl der Beteiligten, sowohl auf Seiten der Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung als auch auf Seiten der muslimischen Teilnehmer, für sehr willkürlich und nicht ausreichend systematisch durchdacht.

Im Bezug auf die von den Veranstaltern hervorgehobene 'Hochrangigkeit' der Zusammensetzung des Forums, die sich insbesondere in der Teilnahme des Innensenators bemerkbar macht, äußern sich einige Befragte sehr ambivalent. Einerseits kritisieren sie die „Überpräsenz“ der Sicherheitsvertreter, da sie befürchten, dass dies nach außen den Eindruck entstehen lassen könnte, es gehe „wieder *nur* um Sicherheitsfragen“ wenn mit Muslimen gesprochen wird. Das würde ihrer Meinung nach aber von vornherein die eigentlichen Ziele des Forums einschränken (Haus der Weisheit, IZDB, IFB). Andererseits halten sie die Anwesenheit, vor allem des Innensenators, für überaus wichtig und wissen seine Bereitschaft, mit ihnen im Forum gemeinsam an einer besseren Kommunikation zu arbeiten, sehr zu schätzen. Die muslimischen Beteiligten sehen im Forum eine gute Gelegenheit über Sicherheitsaspekte und kritische Beurteilungen einiger der muslimischen Vereine direkt und offen mit den jeweils Zuständigen sprechen zu können. Sie stellen letztendlich, genauso wie die Veranstalter, die Möglichkeiten, die der direkte Austausch im Forum für eine Verbesserung der 'Störung' der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation bietet über eine möglicherweise kurzfristig erneut negativ geführte öffentliche Auseinandersetzung über 'den Islam'. Ein großer Teil der muslimischen Teilnehmer sieht aber, neben der starken Präsenz der Sicherheitsvertreter/innen im Forum, eine ganze Reihe von weiteren wichtigen Akteuren der staatlichen Seite vernachlässigt. Ihrer Ansicht nach sollten, zumindest zu einigen der Sitzungen, auch der Bildungssenator<sup>18</sup>, Wirtschaftssenator, jemand aus dem Bereich Soziales, die Frauenbeauftragte oder Lehrer/innen anwesend sein.

Hinsichtlich der von den Veranstaltern auch als '*explosiv*' beschriebene Zusammensetzung der muslimischen Beteiligten, äußert ein Teil der Befragten vor allem zu zwei Aspekten Kritik. Ein erster kritischer Punkt stellt für sie die Teilnahme der Ahmadiyya-Gemeinde-Berlin und der Aleviten am Berliner Islamforum dar, da es sich bei diesen Gruppen nicht um 'Muslime' handle und sie somit, nach Ansicht einiger Befragter, auch nicht unter einen „Dialog mit dem Islam“ fallen.

---

<sup>18</sup> Siehe Gliederungspunkt 4.

Ein Vertreter meinte dazu, er verstehe schon, dass „man sie von Seiten des Staates nicht ausschließen kann“ und es gibt, seiner Ansicht nach, „ja auch keinen Streit darüber, dass es keine Muslime sind, dass sagen sie ja selber, aber man weiß immer nicht so genau, was sie □die Ahmadiyya und die Aleviten□ sind“ (IZDB). Die Befragten halten die Teilnahme der Ahmadiyya-Gemeinde und der Aleviten zwar für durchaus diskussionswürdig, gehen aber nicht so weit ihren Ausschluss aus dem Forum zu fordern. Insofern bestätigt sich hier die Einschätzung von Herrn Hoffmann, dass die verschiedenen muslimischen Beteiligten sich untereinander erstaunlich gut im Forum 'ertragen', ohne sich gegenseitig zu 'exkommunizieren', wozu sie üblicherweise gerne neigen. Auch die von den Veranstaltern gesuchte „Vielfalt des Moscheenlebens, des Gemeindelebens“, die sich in der Zusammensetzung des Forums widerspiegeln soll, wird von einigen der Befragten kritisch als unvollständig betrachtet. Einigen Stimmen geht diese angestrebte Vielfalt noch nicht weit genug und sie fordern die Teilnahme weiterer muslimischer Gruppen und Nationalitäten, die in der bisherigen Zusammensetzung unberücksichtigt geblieben sind. An dieser Stelle zeigen sich deutlich zwei Schwierigkeiten im Austausch mit 'den Muslimen' in Deutschland. Erstens führt die große Heterogenität innerhalb des Islam zu der Überlegung, wer überhaupt an einem 'Dialog mit dem Islam' teilnehmen sollte und andererseits führt die Tatsache, dass es keine zentrale Instanz aller Muslime gibt, zu der schwierigen Abwägung, wer für 'die Muslime' in Berlin einen Repräsentationsanspruch erheben kann. Nach Meinung mehrerer Befragter müssen im Berliner Islamforum vor allem die großen Dachverbände vertreten sein, da sie mehr Mitglieder vertreten und damit eine größere Repräsentativität aufweisen als kleine Vereine. Für sie ist eine Erweiterung des muslimischen Spektrums durch die verstärkte Beteiligung kleinerer Vereine, wie eben gefordert wurde, nicht notwendig. Die großen Dachverbände sind ihrer Meinung nach alle im Forum vertreten und alle kleineren Vereine zu beteiligen halten sie grundsätzlich für unmöglich. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass unter den muslimischen Vertreter/innen im Berliner Islamforum im Hinblick auf den Vertretungsanspruch der muslimischen Teilnehmer keine Einigkeit besteht. Vor dem Hintergrund der Aussagen über die Auswahl der muslimischen Beteiligten durch die Veranstalter ist aber zu vermuten, dass ein Großteil der Befragten grundsätzlich mit dieser Zusammensetzung einverstanden ist und das Gefühl hat, dass alle wichtigen Positionen vertreten sind.

Während auf Seiten der Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung neben der 'Überpräsenz' der Sicherheitsvertreter/innen andere wichtige Akteure vermisst werden, dreht sich die Diskussion bei den muslimischen Beteiligten überwiegend um die Frage, wer überhaupt zum Islam dazugehört und wer als wichtigste Repräsentanten 'der Muslime' im Forum vertreten sein sollte. Auch wenn es sich für einige der Befragten noch nicht um „eine ideale Zusammensetzung“



handelt, sind die muslimischen Beteiligten im Großen und Ganzen zufrieden mit der Auswahl der Forumsteilnehmer.

Einige der Befragten kritisieren abschließend ihre fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten bei der Auswahl der Teilnehmer, insbesondere bei den Beteiligten von Seiten der Berliner Politik und Verwaltung. Die Veranstalter begründen diese Entscheidung durch die Teilnahme 'kritischerer Positionen' innerhalb des Islam, weshalb die alleinige Verantwortung der Zusammensetzung ausschließlich bei den Koordinatoren liegen könne. Da den muslimischen Vertreter/innen, wie in den Grundsätzen festgehalten, durch das Forum die Möglichkeit gegeben werden soll „mit Verantwortlichen der deutschen Gesellschaft in das Gespräch zu kommen“, sollte ihnen aber zumindest ein Vorschlagsrecht, wenn nicht sogar eine Beteiligungsmöglichkeit, hinsichtlich ihrer Bedürfnisse mit bestimmten Akteuren direkt zu kommunizieren, eingeräumt werden.

### **6.1.2 Worüber wird geredet? Die Themensetzung im Forum**

Über die bisherige Themenauswahl äußern sich die Interviewten entgegen unseren anfänglichen Erwartungen *überwiegend* positiv und beschreiben diese als aktuell, gelungen und interessant. Dennoch üben die Befragten auch Kritik an der bisherigen Themensetzung. Besonders die Themen der ersten Sitzungen werden noch als *zu allgemein* gesetzt beurteilt und von zwei Vertretern als zu „*sicherheitslastig*“ beschrieben (DITIB, IFB). Auch die Veranstalter haben den Eindruck, wie im ersten Teil der Untersuchung dargestellt, dass die Sicherheitsfragen im Forum für einige Vertreter/innen der muslimischen Seite eine zu große Rolle spielen und wollen deshalb zukünftig versuchen, verstärkt das „generelle Verhältnis von Staat und Muslimen“ zu berücksichtigen.

Von den meisten muslimischen Vertreter/innen werden aber ausdrücklich mehr *konkrete* Themen gefordert, die sie wirklich betreffen und die mit den realen Problemen der Muslime im Zusammenleben zu tun haben. Als ein positives Beispiel wird hierfür die gemeinsam im Forum erstellte Handreichung angeführt.

Hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten an der Themenauswahl kritisieren die Befragten zunächst mit hoher Übereinstimmung die fehlenden Einflussmöglichkeiten auf die ersten drei Sitzungsthemen. Einerseits sei das aus strukturellen Gründen zwar notwendig gewesen, aber andererseits hat es deshalb aus Sicht der muslimischen Vertreter/innen zunächst eben keinerlei Beteiligungsmöglichkeiten gegeben. Die von den Veranstaltern schon ab der zweiten Sitzung zusätzlich eingeführte 'aktuelle halbe Stunde' wurde von den Befragten, nach Ansicht der Koordinatoren, nicht als Chance zu mehr Teilhabe an der Themensetzung wahrgenommen. Die muslimischen Vertreter/innen haben sich, nach Meinung der Veranstalter, bis zu einem arrangierten zusätzlichen innermuslimischen Treffen noch zu zurückhaltend bei der aktiven Beteiligung an der

Themensetzung verhalten. Die Befragten bestätigen diesen Eindruck, indem sie in ihren Aussagen sehr einseitig auf die Verantwortung der Veranstalter verweisen, dafür zu sorgen, dass die muslimischen Beteiligten ihre Themen auf die Agenda setzen können, ohne sich dabei selbstkritisch bezüglich ihres eigenen Engagements zu hinterfragen.

Erst seit einem forumsexternen Treffen zwischen den muslimischen Beteiligten und den Veranstaltern im Roten Rathaus haben sowohl die Befragten als auch die Koordinatoren das Gefühl, dass konkrete Themenvorschläge von muslimischer Seite gemacht werden können bzw. endlich gemacht werden. Ein muslimischer Vertreter bemerkte dazu: „Wir sind dabei unsere Punkte zu bestimmen.“ (IBMUS) Die Befragten sind inzwischen sehr zufrieden mit den Beteiligungsmöglichkeiten und haben den Eindruck, dass von Seiten der Veranstalter wirklich versucht wird, sie miteinzubeziehen.

Sowohl zur bisherigen Themenauswahl durch die Veranstalter als auch zu den inzwischen deutlich verbesserten Beteiligungsmöglichkeiten äußerten die Befragten sich erstaunlich positiv. Entgegen unserer ursprünglichen Erwartungen sind die Veranstalter auch nach Ansicht der muslimischen Beteiligten ernsthaft darum bemüht, bei der Themensetzung wirkliche Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

## **6.2 Die Praktische Durchführung des Berliner Islamforums**

Nachdem im ersten Abschnitt des zweiten Untersuchungsteils der Konzeption des Berliner Islamforums und den Einschätzungen der muslimischen Beteiligten zu eben dieser nachgegangen worden ist, stehen nun im zweiten Abschnitt die Kommunikationsverhältnisse innerhalb des Forums, mögliche daraus resultierenden 'verbindlichen Verständigungen', die externe Reichweite des Forums und seine integrativen Auswirkungen auf die muslimische Bevölkerung im Fokus der Analyse.

### **6.2.1 Eine „kritische Auseinandersetzung auf 'gleicher Augenhöhe'“**

Der im ersten Teil der Untersuchung ausgeführte Eindruck von Herrn Hoffmann, dass es sich von der ersten Sitzung an im Berliner Islamforum um eine „sehr angenehme, pragmatische Runde“ gehandelt hat, in der eine ausgesprochen „positive Grundhaltung“ vorherrscht, findet sich auch in den Aussagen der muslimischen Beteiligten wieder. Diese beschreiben die Diskussionsrunden als „sehr offen, respektvoll, lebhaft und locker“, was für eine generell sehr angenehme Gesprächsatmosphäre im Forum spricht, in der aber nach Meinung der Befragten durchaus auch

„konstruktiv, sachlich und kontrovers“ diskutiert wird. „Man kann“, nach Ansicht eines Befragten, „alles offen sagen und die eingebrachten Argumente werden ernst genommen.“ Ein Großteil der muslimischen Beteiligten hat außerdem das Gefühl, dass die Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung sich ihnen gegenüber überaus aufgeschlossen und interessiert zeigen und dass sich „bei Kritik etwas bewegt“. Die von stadtpolitischer Seite am Forum Beteiligten werden von den Befragten als engagiert und informiert wahrgenommen und auch die Veranstalter leisten nach Meinung der Befragten eine sehr gute Arbeit. Generell sei im Berliner Islamforum laut einer Befragten „ein wirkliches Interesse an einer offenen Auseinandersetzung, an Lösungsorientierung und eine positive Grundhaltung“ vorhanden (Inssan).

#### **6.2.1.1 Beteiligungs- und Dominanzstrukturen**

Im Gegensatz zu den Einschätzungen der Veranstalter bezüglich der Beteiligung der verschiedenen Akteure am Forum, sehen die meisten der muslimischen Beteiligten *keine* deutlichen Unterschiede zwischen den Gesprächsparteien, sondern halten die Diskussionsbeteiligung *insgesamt* für *sehr ausgewogen*. Die Befragten haben größtenteils den Eindruck, dass sich die verschiedenen am Forum beteiligten Gruppen ziemlich ausgeglichen in den Diskussionen einbringen und sich niemand ausgeschlossen bzw. übergangen fühlt. Die muslimischen Vertreter/innen halten sich dabei selbst durchaus für *sehr aktive* und „manchmal vielleicht zu laute“ Beteiligte und schätzen sich keinesfalls, wie die Veranstalter, als „schüchtern und zurückhaltend“ ein. Je nach Thema der Sitzungen lassen sich aber, nach Meinung der muslimischen Vertreter/innen, schon Beteiligungsunterschiede ausmachen. Die Beteiligung an den Forumsdiskussionen „hängt davon ab, was wir diskutieren“, meinen mehrere Befragte (IZDB, DITIB, Kulturzentrum der Bosniaken). Sonst haben sie aber das Gefühl, dass im Forum auf „einer Ebene“ gesprochen wird und man sich auf „einem gemeinsamen Niveau“ in den Diskussionen befindet.

Nur ein kleiner Teil der Befragten sieht nichtsdestotrotz gewisse Dominanzverhältnisse innerhalb der Forumsdiskussionen, sowohl auf Seiten der muslimischen Vertreter/innen als auch auf Seiten der Beteiligten der Berliner Politik und Verwaltung, bestehen. „Die Türken,, oder einige der jüngeren Vereine und Initiativen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit verhalten sich nach Meinung von zwei der Befragten (IFB, Ahmadiyya- Gemeinde) sehr dominant innerhalb der Diskussionen, während die „Bosnier“, nach Einschätzung eines weiteren Interviewten, „aufgrund ihrer geringen Vereinserfahrungen weniger aktiv sind“ (IBMUS). Durch die große innermuslimische Heterogenität und die daraus resultierende Vielfalt an unterschiedlichen Vereinen und Verbänden

treffen im Forum Vertreter/innen mit sehr ungleichen Interessen und Erfahrungen aufeinander. Trotz dieser Unterschiede funktioniert aber, den Äußerungen der muslimischen Beteiligten zufolge, der Austausch zwischen den muslimischen Teilnehmern insgesamt sehr gut.

Auf Seiten der Berliner Politik und Verwaltung äußern sich einige der Befragten vor allem kritisch über die „manchmal sehr langen Berichte des Innensenators“, die dieser ihrer Ansicht nach schnell vorträgt, um dann auch schon wieder zu gehen. Die muslimischen Beteiligten empfinden das Auftreten des Innensenators eindeutig als dominant, rechtfertigen es aber gleichzeitig durch seine wichtige institutionelle Position, denn schließlich gehen sie ja genau „deswegen zum Forum hin, um zu hören was der Innensenator zu sagen hat“.

#### **6.2.1.2 Ein gleichberechtigter Austausch 'auf gleicher Augenhöhe'**

Entgegen unserer anfänglichen Erwartungen, nehmen die muslimischen Beteiligten am Berliner Islamforum die Diskussionen zwischen den verschiedenen Gesprächspartnern als *ausgewogen, sehr offen* und auf einem *gemeinsamen Niveau* geführt, wahr. Trotzdem sehen sie aber auch deutlich die ungleichen Machtpositionen, die zwischen den verschiedenen am Forum teilnehmenden Vertreter/innen bestehen. Inwiefern kann nach Ansicht der muslimischen Beteiligten trotz der Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Gesprächspartnern bestehen, von einem *gleichberechtigten* Kommunikationsverhältnis im Forum gesprochen werden? Und wird, wie in den Grundsätzen des Forums gefordert, nach Einschätzung der muslimischen Teilnehmer dennoch ein Austausch 'auf gleicher Augenhöhe' geführt? Direkt auf die Formulierung hin befragt, lassen sich aus den Antworten zunächst zwei unterschiedliche Ansichten herausarbeiten.

Die eine Hälfte der Befragten ist demzufolge der Meinung, dass im Berliner Islamforum kein gleichberechtigter Austausch stattfindet, da nur ein Teil der Akteure – die Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung - Entscheidungskompetenzen aufgrund ihrer Machtpositionen besitzt, während dagegen der andere Teil - die muslimischen Vertreter/innen nur - „Wünsche oder Vorschläge“ äußern kann. Für sie trifft aus diesen Gründen die Bezeichnung eines „Austausches 'auf gleicher Augenhöhe'“ nicht für die Situation im Forum zu. Die andere Hälfte der Befragten sieht zwischen den unterschiedlichen Teilnehmern im Forum ebenfalls klare hierarchische Unterschiede bestehen, ist aber ungeachtet dessen der Meinung, dass „die Diskussionen, dass der Austausch auf Augenhöhe stattfindet“ und dass die muslimischen Beteiligten durch den Austausch im Forum mitgestalten können und ernst genommen werden. „Sonst sind wir oft nur Statisten,“ aber hier im Forum „spricht man auf einer Ebene und wird nicht wie ein Angeklagter behandelt“ meint

der Vertreter der IFB. Dass der Innensenator eine besondere Position hat und deshalb mehr Gewicht einbringen kann, wird von diesem Teil der Befragten als ganz normal und nicht als Problem für einen gleichberechtigten Austausch im Forum gewertet.

Ob der Austausch im Forum als 'gleichberechtigt' und 'auf gleicher Augenhöhe' verstanden wird hängt also, wie schon im ersten Untersuchungsteil konstatiert wurde, entscheidend vom Bewertungsmaßstab ab. Während die zuerst angeführte Position die *forumsexternen Entscheidungskompetenzen* der verschiedenen Akteursgruppen als Maßstab heranzieht, bezieht sich die zweite Position ausschließlich auf die *diskussionsinternen Kommunikationsverhältnisse*. Die Aussagen der Befragten zu den Beteiligungsstrukturen und den Diskussionen zeigen allerdings, dass im Berliner Islamforum nach Einschätzung fast aller muslimischer Beteiligten offene und kontroverse Diskussionen bei einer ausgewogenen Beteiligung aller Teilnehmer geführt werden. Die Befragten sind außerdem der Meinung, dass ihre Probleme und Positionen von Seiten der Veranstalter und der Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung wirklich angehört und ernst genommen werden. Diese Aussagen lassen darauf schließen, dass alle muslimischen Vertreter/innen in *diesem* Sinne eine *gleichberechtigte Auseinandersetzung* mit den 'Verantwortlichen der deutschen Gesellschaft' im Forum gegeben sehen. Insofern stimmen die Einschätzungen der muslimischen Beteiligten mit den Ausführungen der Veranstalter insgesamt überein. Auch Hoffmann hat den Eindruck, dass im Berliner Islamforum offen diskutiert und gleichberechtigt geredet wird und nach Ansicht von Spielhaus können die muslimischen Vertreter/innen hier im Forum ihre Probleme ansprechen und finden innerhalb der Stadtverwaltung Gehör. Es geht eben im Berliner Islamforum nicht darum, muslimischen Vertreter/innen Entscheidungskompetenzen zu ermöglichen, wie es einige der Befragten indirekt einfordern, denn dafür besteht keinerlei Legitimation, sondern, wie es Frau Spielhaus und die Mehrheit der Befragten verstanden wissen will, um die Möglichkeit der muslimischen Bürger/innen, sich gleichberechtigt mit anderen gesellschaftlichen Gruppen zu äußern und von den „Verantwortlichen der deutschen Gesellschaft“ angehört zu werden.

#### **6.2.2 Vom Austausch zu „verbindlichen Verständigungen“? Zu den Ergebnissen des Berliner Islamforums**

Eine weitere Zielsetzung, formuliert sowohl in den Grundsätzen des Islamforums selbst, als auch in dem Unterpunkt des Berliner Integrationskonzeptes „Religion und Zusammenleben“, stellt die Forderung nach „verbindlichen, integrationsrelevanten Vereinbarungen“ als konkrete Ergebnisse des Austausches bzw. des „Dialogs“ im Berliner Islamforum dar. Inwiefern sind solche konkreten

Ergebnisse, aus Sicht der muslimischen Beteiligten, bisher aus dem Austausch im Forum hervorgegangen? Und was verstehen diese unter 'verbindlichen Verständigungen' bzw. welche Bedeutung messen die muslimischen Vertreter/innen diesen im Rahmen des Forums bei?

Die muslimischen Beteiligten haben eindeutig den Eindruck, dass bisher schon 'verbindliche Verständigungen' durch den Austausch innerhalb des Forums hervorgegangen sind. Sie schließen sich dabei dem Verständnis der Veranstalter über den primären Charakter der 'verbindlichen Vereinbarungen', die im Forum erarbeitet werden sollen an: Auch die muslimischen Vertreter/innen streben in erster Linie pragmatische, kommunikative Herangehensweisen an, die sich mit den konkreten Problemen im Zusammenleben auseinandersetzen und in ihrer Wirkung an die Berliner Öffentlichkeit und Bevölkerung gerichtet sind.

Ebenso wie die Veranstalter sehen auch die Befragten die bisher veröffentlichte Erklärung zum Bau der Moschee der Ahmadiyya-Gemeinde in Berlin Pankow/Heinersdorf, die Handreichung zur Kooperation im Stadtteil und das Friedensgebet zum fünften Jahrestag der Anschläge vom 11. September als aus dem Forum heraus entstandene 'verbindliche Vereinbarungen'. Die von den Veranstaltern ebenfalls als verbindlich eingestuften 'Auseinandersetzungen', unter anderem zu homophoben oder antisemitischen Äußerungen bestimmter muslimischer Vertreter/innen, werden dagegen von muslimischer Seite nicht als solche verstanden.

Die muslimischen Befragten legen ihren Fokus noch ausschließlicher auf konkrete und betont pragmatische Ergebnisse, die vorzugsweise in Arbeitsgruppen im Forum erarbeitet werden, um sie dann möglichst zügig in sichtbare Aktionen umzusetzen. Dieses Bedürfnis der muslimischen Vertreter/innen nach konkreten und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen dürfte mit den finanziellen Möglichkeiten des Forums und den zeitlichen Kapazitäten der Beteiligten aus der Berliner Politik und Verwaltung kollidieren. Während Piening von der „gewaltigen Dynamik des Prozesses“ im Islamforum spricht und sich dabei vor allem auf die geplante Weiterbildung der Imame bezieht, sehen die muslimischen Beteiligten genau an diesem Punkt bisher noch sehr wenig konkrete Ergebnisse, obwohl die Weiterbildung der Imame schon seit längerer Zeit im Forum thematisiert wird. Ein Befragter meint hierzu: „Jetzt muss auch mal was passieren, das ist wichtig für die Motivation, dass daraus auch etwas Konkretes gemacht wird, in Form von Projekten“ (IZDB). Gefordert werden vor allem konkrete Entscheidungen über die Finanzierung der Imamausbildung, da den Vereinen und Gemeinden, nach Meinung eines weiteren Befragten, in der Praxis dafür das notwendige Geld und das Personal fehlt. „Wir sind keine Integrationsvereine, sondern Religionsvereine“ (IFB).

### 6.2.3 Verbesserungen des offenen (öffentlichen) Austauschs? Zu den Auswirkungen des Berliner Islamforums über das Forum hinaus

In einem weiteren Schritt unserer Analyse soll nun geklärt werden, inwiefern die bisherige Arbeit des Berliner Islamforums, nach Einschätzung der muslimischen Beteiligten, über das Forum selbst hinaus Auswirkungen hinein in die Berliner Bevölkerung gehabt hat. Genauer in den Blick genommen werden sollen hier einerseits der Austausch zwischen der muslimischen Bevölkerung und der Berliner Politik und Verwaltung und andererseits das Verhältnis zwischen der muslimischen und nicht-muslimischen Bevölkerung. Von Interesse ist außerdem, wie die Befragten grundsätzlich zu dieser Zielsetzung stehen.

Die muslimischen Vertreter/innen sehen ebenso wie die Veranstalter bisher eher Auswirkungen auf den Austausch zwischen muslimischer Bevölkerung und Berliner Politik und Verwaltung, als auf das Verhältnis zwischen muslimischer und nicht-muslimischer Bevölkerung gegeben. In ihren Aussagen sind die Befragten aber insgesamt, im Vergleich zu den Bemerkungen der Veranstalter, hinsichtlich der bisherigen Wirkung über das Forum hinaus deutlich zurückhaltender. Während die Veranstalter *auf jeden Fall* schon Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen muslimischen Bürgern und Stadtseite sehen und das insbesondere auf die Diskussionen über die Imamausbildung zurückführen, halten die Befragten, wie bereits ausgeführt, gerade dieses Thema noch für *zu unkonkret*, um einen Effekt haben zu können. Von muslimischer Seite wird dagegen als ein konkretes Beispiel mit *ersten* Auswirkungen auf die muslimischen Bürger eine geplante Informationsveranstaltung zum neuen Gleichstellungsgesetz angeführt. Ein anderer Teil der Befragten ist der Meinung, dass zumindest die muslimischen Bürger bereits gut erreicht werden, da das Forum ihrer Meinung nach eindeutig als Vermittlungsgremium in die Gemeinden hinein fungiert.

Ebenso wie die Veranstalter sehen auch die muslimischen Beteiligten noch einen 'deutlichen Entwicklungsbedarf' im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, damit das Berliner Islamforum zukünftig verstärkt die Berliner Bevölkerung erreicht. Die Wirkung über das Forum hinaus hängt für die Befragten maßgeblich davon ab, ob das Gremium unter sich bleibt oder ob es seine Ergebnisse durch Pressearbeit nach außen trägt. Hier ist, nach Meinung eines Befragten, besonders der Innensenator gefordert, der als Politiker weitreichendere Möglichkeiten hat: „Wenn er □der Innensenator□ mit uns redet und dadurch ein sicheres Gefühl bekommt, dann wäre es gut, wenn er dieses sichere Gefühl □der Öffentlichkeit□ vermittelt“ (Haus der Weisheit). Durch das Friedensgebet und die Handreichung sehen beide Seiten aber schon erste Ansätze einer größeren Öffentlichwirksamkeit des Forums gegeben. Genauso wie die Veranstalter sehen die muslimischen Beteiligten als ein erstes wichtiges Ziel des Forums die Schaffung einer auf gegenseitigem

Vertrauen basierenden Diskussionsplattform, die durch eine regelmäßige Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten dabei hilft, Vorurteile abzubauen. Im Gegensatz zu den Veranstaltern, die die Verbesserung der gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse eindeutig als sekundäres Ziel betrachten, sollte nach Ansicht der muslimischen Befragten die Öffentlichkeitswirksamkeit des Forums mindestens ein genauso wichtiges Ziel wie die forumsinternen Kommunikationsverhältnisse darstellen.

Im Gegensatz zu der Vermutung von Herrn Hoffman, dass die muslimischen Vereine die Ergebnisse des Forums noch mehr in die Gemeinden hineintragen müssten, sehen die muslimischen Beteiligten hier vor allem noch Defizite bei den Vertreter/innen der Mehrheitsgesellschaft, die ihrer Meinung nach noch nicht ausreichend genug am Forum beteiligt sind, bestehen. Die Kirchen leisteten hier zwar – nach Einschätzung der Befragten - einen ersten indirekten Beitrag, aber die Mehrheitsbevölkerung zeige bisher noch kaum Bereitschaft und Interesse, zu einem besseren Verhältnis mit der muslimischen Bevölkerung einen Beitrag zu leisten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass – nach Aussagen der Befragten - erste flankierende Ansätze für eine Wirkung über das Forum hinaus in die Bevölkerung hinein schon zu erkennen sind, allerdings muss ihrer Ansicht nach der Arbeitsradius des Forums durch mehr Öffentlichkeitsarbeit noch erweitert und die Mehrheitsgesellschaft verstärkt in die Verantwortung genommen werden. Fast alle Befragten halten es aber grundsätzlich für eine sehr wichtige Aufgabe des Berliner Islamforums, über den Austausch innerhalb des Forums hinaus auch in die Berliner Bevölkerung hinein zu wirken, um so die gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsverhältnisse zu verbessern.

#### **6.2.4 „Integration durch Teilhabe“? Zur Ausweitung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten durch das Berliner Islamforum**

Im letzten Teil der Auswertung wird das Berliner Islamforum im Hinblick auf seine Beitragsmöglichkeiten zur allgemeinen integrationspolitischen Zielsetzung des Berliner Integrationskonzepts, der „Integration durch Teilhabe“ hinterfragt. Trägt nach Einschätzung der muslimischen Vertreter/innen das Berliner Islamforum zur Integration der muslimischen Bevölkerung durch eine Ausweitung ihrer Artikulations- und insbesondere ihrer Beteiligungsmöglichkeiten an der Berliner Politik bei?

Doch bevor wir zur Beantwortung dieser Fragen kommen, scheint es angebracht, noch einen kurzen Blick auf die Einschätzung der Befragten hinsichtlich der generellen Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten der muslimischen Bürger in Berlin zu werfen. Den Aussagen der



Befragten zufolge, sind fast alle muslimischen Vertreter/innen sehr unzufrieden mit den grundsätzlichen Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten der muslimischen Bevölkerung an der Berliner Politik. Als Gründe werden von den muslimischen Teilnehmer/innen zunächst mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten bzw. Barrieren, die es den muslimischen Bürgern erschweren an den wenigen vorhandenen Möglichkeiten teilzunehmen, genannt. Die Befragten kritisierten in einem weiteren Schritt aber auch stark das bisher noch sehr geringe Interesse und Engagement der Muslime selbst, die vorhandenen Chancen aktiv wahrzunehmen.

Neben den grundsätzlich geringen Möglichkeiten für muslimische Bürger, sich an politischen Aushandlungsprozessen in Berlin zu beteiligen, kritisieren die Befragten insbesondere, dass der Zugang zu den wenigen bestehenden Möglichkeiten durch Faktoren wie Sprachprobleme oder einem fehlenden deutschen Pass zusätzlich erschwert werden. Eine Vertreterin fügt hinzu, dass ihrer Meinung nach *bewusst* versucht wird, die Muslime aus den bestehenden Institutionen herauszuhalten. Als Beispiel führt sie den Integrationsbeirat in Berlin an, indem ihrer Ansicht nach keine Muslime vertreten sind, sondern nur andere Migranteninstitutionen, die säkular orientiert sind und deshalb nicht angemessen die Interessen von Muslimen vertreten können: „Muslime sind aber wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, die man versucht, bewusst aus den Institutionen herauszuhalten; das ist problematisch“ (Inssan). Daran anknüpfend äußern weitere Befragte, dass Muslime in der Berliner Politik bisher immer noch kaum wahrgenommen werden bzw. ihre Beteiligungsmöglichkeiten stark vom jeweiligen Bezirk abhängen und dass immer noch zu wenige Muslime in öffentlichen Einrichtungen vertreten sind (IFB, DITIB, IBMUS, Kulturzentrum der Bosniaken). Die Befragten fordern aus diesen Gründen neue Strukturen und bessere Möglichkeiten für die muslimische Bevölkerung, sich in der Mehrheitsgesellschaft zu engagieren, wie zum Beispiel ein Kommunalwahlrecht für Nicht-Deutsche (DITIB).

Neben den eben erwähnten Defiziten an Beteiligungsmöglichkeiten, sehen die muslimischen Vertreter/innen im Forum aber auch deutlich die Defizite der muslimischen Seite selbst, die existierenden Chancen wahrzunehmen. Viele Muslime beteiligen sich ihrer Ansicht nach nicht aktiv genug und sind zu zurückhaltend. Die Anzahl der Muslime, die sich engagieren wollen ist aber nach Einschätzung der Befragten inzwischen stark angestiegen.

In Hinsicht auf die Ausgangsfrage, ob das Berliner Islamforum zur Verbesserung der Artikulations- und Beteiligungsmöglichkeiten und damit zur besseren Integration der muslimischen Bevölkerung beitragen kann, sind die muslimischen Beteiligten durchaus der Meinung, dass durch den Austausch im Forum gewisse Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsprozesse gegeben sind und somit eine Ausweitung der Artikulationsmöglichkeiten stattgefunden hat. Nach Ansicht der muslimischen Vertreter/innen trägt das Berliner Islamforum durch die konstruktiven Beziehungen

zwischen den Teilnehmenden, durch die Diskussionen und vor allem durch die gemeinsam erarbeiteten *konkreten Ergebnisse* in Form von 'verbindlichen Verständigungen' zu einer besseren Integration der muslimischen Bevölkerung bei. Es handelt sich dabei aber, dem Verständnis der Befragten nach, nicht um Beteiligungsmöglichkeiten, denn die Befragten verstehen unter wirklichen Beteiligungsmöglichkeiten das Verfügen über richtige Entscheidungskompetenzen, die das Berliner Islamforum durch seine Konzeption als Kommunikationsplattform nicht erfüllen kann und soll.

Während die Veranstalter eine integrative Wirkung des Forums für die muslimische Bevölkerung insbesondere über das Erlernen von Partizipationsstrategien ihrer organisierten Vertreter/innen und in der beidseitigen Annäherung der Forumsteilnehmer gegeben sehen, richten diese dagegen ihren Blick nicht so sehr auf die Kommunikation im Forum selbst, sondern auf die dabei entstehenden konkreten Ergebnisse, die aus ihrer Sicht eine spürbare Verbesserung der Integration der muslimischen Bürger darstellen sollten. Die Einschätzung der muslimischen Befragten über den integrativen Charakter des Forums hängt also entscheidend davon ab, wie sie die bisherigen Ergebnisse des Forums und deren integrativen Mehrwert für die muslimische Bevölkerung bewerten. Für den überwiegenden Teil der Befragten konnten hier bisher durch das Forum zumindest schon erste Ansätze erreicht werden, sie fordern zukünftig aber noch verstärkt substantielle Maßnahmen mit integrativer Wirkung und distanzieren sich an dieser Stelle deutlich von der Einschätzung Hoffmanns, das Forum könne, so wie es konzeptionell angelegt ist, höchstens „Anregungen und Aktionsbeispiele zur Nachahmung“ liefern, aber keine konkreten Vorhaben und Projekte umsetzen.

Beide Seiten sehen durch die Diskussionen und die Annäherung der verschiedenen Akteure im Forum verbesserte Teilhabemöglichkeit der muslimischen Bevölkerung an politischen Aushandlungsprozessen gegeben, beziehen sich dabei aber auf ein unterschiedliches Verständnis von Integration, welche im Rahmen des Forums geleistet werden kann. Die Veranstalter sehen, wie schon im ersten Untersuchungsteil ausgeführt, 'Integration' in diesem Fall im Sinne der Ermöglichung einer gleichberechtigten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe der organisierten Vertreter/innen neben anderen Organisationen, die muslimischen Beteiligten fordern dagegen konkrete integrationsrelevante Ergebnisse und Aktionen, die eher dem 'klassischen', von den Veranstaltern als 'verwaltungsmäßig' bezeichneten – und damit/somit forumsextern angesiedelten/zuvollziehenden – Maßnahmen entsprechen.

## 7. Fazit

Am Ende unserer Untersuchung angelangt, soll nun ein den Projektbericht abschließendes Fazit gezogen werden, um die hinsichtlich unserer Ausgangsvermutung erzielten Ergebnisse – erwartete und unerwartete – sowie einige darüber hinausgehende Erkenntnisse, die sich im Verlauf der Untersuchung herauskristallisiert haben, zusammenzufassen. Unser eingangs formulierter Ausgangsverdacht, dass die hochgesteckten und wohlklingenden Zielsetzungen des Berliner Islamforums in seiner praktischen Durchführung nicht umfassend umsetzbar seien, hat sich durch unsere Untersuchung nur teilweise bestätigt.

Und auch die Divergenzen in den Aussagen und Bewertungen der Veranstalter des Forums und der muslimischen Forumsteilnehmer/innen sind nicht im erwarteten Maße aufgetreten: Neben kleineren Uneinigkeiten und vereinzelt Wahrnehmungsunterschieden herrscht bezüglich der signifikanten Befragungspunkte zwischen den beiden „Interviewgruppen“ eine bemerkenswerte Übereinstimmung. Die von uns antizipierte Kritik von Seiten der muslimischen Beteiligten ist in den geführten Interviews entsprechend zurückhaltend, keineswegs umfassend, sondern lediglich auf einzelne Punkte bezogen geäußert worden.

Hierzu lässt sich als erstes konstatieren, dass die konzeptionellen Vorgaben der Organisatoren (personell und thematisch) von den muslimischen Beteiligten nicht in dem Maße als einschränkend und 'bevormundend' wahrgenommen werden, wie zunächst vermutet. Die Zusammensetzung des Forums wird im Großen und Ganzen von den muslimischen Beteiligten akzeptiert, mehrheitlich begrüßt, und die anfängliche Kritik an der Themensetzung konnte durch eine forumsextern arrangierte Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten an der Themenauswahl ausgeräumt werden. Allein die mangelnden Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Auswahl der Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung sorgt bei einigen der Befragten noch für Verstimmungen, eine Beteiligung weiterer, sicherheitsferne Themenfelder abdeckende Vertreter/innen wird mehrheitlich gewünscht.

Hinsichtlich der grundsätzlichen Aufgaben und Ziele des Forums herrscht eine bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen beiden „Interviewgruppen“: Beide Seiten erwarten sich vom Forum einen auf Vertrauen basierenden Kommunikationsraum, in dem konstruktive Diskussionen zu konkreten und pragmatischen Ergebnissen führen, welche dann längerfristig über das Forum hinaus auch in die Berliner Bevölkerung hinein eine positive Wirkung auf das gemeinsame Zusammenleben entfalten sollen. Um diese externe Wirksamkeit der Forumsarbeit erreichen zu können, ist nach Meinung aller Befragten zukünftig ein wesentlicher Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Islamforums erforderlich.

Unsere anfängliche Vermutung, dass vor dem Hintergrund bestehender, letztlich machtbasierter politischer Strukturen ein *essentiell gleichberechtigtes Kommunikationsverhältnis* im Berliner Islamforum nicht etabliert werden könne, hat sich in unserer Untersuchung – also bezüglich der Wahrnehmung der Koordinatoren und der muslimischen Beteiligten – zum großen Teil nicht bestätigt. Zwar äußern sich die Veranstalter zurückhaltend hinsichtlich der 'Grundkonstruktion' des Forums, einen Austausch 'auf gleicher Augenhöhe' zu führen und verweisen auf die Beschränkungen, denen ein als politischer Aushandlungsprozess konzipiertes Kommunikationsverhältnis notwendigerweise – und auch legitimerweise – unterliege. Und auch aus Sicht der befragten muslimischen Vertreter/innen ist die Gesprächssituation im Forum von den vorherrschenden (macht-)politischen Strukturen grundlegend geprägt, eine gänzlich ausgewogene Diskussionsbeteiligung der verschiedenen Teilnehmer/innen mit ihren unterschiedlichen politischen Funktionen und Positionen somit deutlich erschwert. Allein aufgrund seiner hervorgehobenen Machtstellung kann ein Innensenator nach Aussage der muslimischen Beteiligten in der Diskussion durchaus dominant wirken, doch gerade wegen seiner machtbasierten Möglichkeiten und Kompetenzen wird ja das Gespräch mit ihm gesucht und auch geschätzt. Entsprechend nehmen auch die Veranstalter die Diskussionsbeteiligung der muslimischen Vertreter/innen im Forum als zurückhaltend, teilweise schüchtern wahr.

Nichtsdestotrotz wird der Austausch im Forum von den Befragten, insbesondere auch von den muslimischen Teilnehmer/innen in einem erheblichen Maße als gleichberechtigt angesehen – nicht in Bezug auf die forumsexternen Ausführungskompetenzen, sondern hinsichtlich der forumsinternen kommunikativen Verhältnisse und Beteiligungsmöglichkeiten. So sind nach überwiegender Ansicht der muslimischen Beteiligten alle Forumsteilnehmer/innen und vor allem auch die Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung ehrlich darum bemüht, einen offenen und auf gegenseitigem Vertrauen basierenden Austausch im Forum zu ermöglichen und zeigen eine grundlegende Bereitschaft, im Gespräch aufeinander zuzugehen. Insgesamt wird die Diskussionsatmosphäre im Berliner Islamforum und das dort strukturell etablierte Kommunikationsverhältnis sowohl von Seiten der muslimischen Teilnehmer/innen als auch von Seiten der Veranstalter deutlich und zum Teil überraschend positiv bewertet.

Wie steht es jedoch um den zweiten Aspekt des Ausgangsverdachts, dass eine *signifikante Beteiligung an politischen Gestaltungsprozessen* der muslimischen Bürger/innen auch durch dieses Gremium nicht geleistet werden kann? Wie vermutet kann nach Ansicht der muslimischen Vertreter/innen das Berliner Islamforum diesem Anspruch bisher nur bedingt gerecht werden. Ihrer Meinung nach sind durch das Forum zwar Verbesserungen hinsichtlich ihrer Partizipationsmöglichkeiten erreicht worden, diese beschränken sich jedoch weitgehend auf die

*kommunikative* Beteiligung am forumsinternen politischen Aushandlungsprozess. Die muslimischen Forumsteilnehmer/innen werden zwar von den Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung angehört und können diese verstärkt direkt auf ihre Probleme und Anliegen aufmerksam machen, eine *tatsächliche Entscheidungskompetenz* ist daran jedoch, wie anfänglich angenommen, ausdrücklich nicht geknüpft. Das Berliner Islamforum ist eben in der Konzeption der Veranstalter kein 'formales' Beschlussgremium, sondern eine Kommunikationsplattform zur Etablierung eines strukturellen, offenen Austausches, welcher eine *forumsexterne* politische Partizipation zwar fördernd begleiten kann, nicht jedoch selber ein im politischen Entscheidungsprozess strukturell verankertes Instrument darstellt. Dieser Umstand stößt bei den Befragten teilweise auf Kritik und stellt einen der wenigen Punkte dar, in denen die beiden Gruppen von Befragten in ihren Ansichten und Bewertungen deutlich divergieren.

Weitere Unterschiede lassen sich bei der Gewichtung der öffentlichen Relevanz der 'verbindlichen Verständigungen' und bei der Bewertung der integrativen Wirksamkeit des Forums ausmachen, da die Koordinatoren und die befragten Teilnehmer/innen hier deutlich divergierende Schwerpunkte setzen: Während die Veranstalter ihren Fokus auf die Kommunikationsprozesse *innerhalb* des Forums, die dort stattfindende Einübung von Diskussions- und Partizipationsstrategien sowie die gegenseitige Annäherung zwischen den muslimischen Beteiligten und den Vertreter/innen der Berliner Politik und Verwaltung legen und *externe* kommunikative und integrative Wirkungen des Forums eher als positive „Nebeneffekte“ verstehen, sehen die muslimischen Beteiligten gerade in diesen über das Forum hinaus wirkenden Resultaten den eigentlichen Schwerpunkt der Forumsarbeit. Die muslimischen Vertreter/innen wissen die forumsinternen Gesprächsverhältnisse ebenfalls sehr zu schätzen, erwarten aber viel stärker als die Veranstalter integrationsrelevante Arbeitsergebnisse, die einen konkreten Mehrwert für die Integration der muslimischen Bürger/innen und für das Zusammenleben der Berliner Bevölkerung darstellen. Aus Sicht der Koordinatoren hingegen ist die Integrationsrelevanz des Forums im 'weiteren' Sinne einer Interessensartikulation sowie der Ermöglichung und Initiierung gesellschaftspolitischer Beteiligung bereits gegeben.

Eine weitere Uneinheitlichkeit zwischen den beiden „Interviewgruppen“ tritt schließlich bei der Beurteilung der Beteiligungsstrukturen auf: Während die muslimischen Vertreter/innen sich als durchaus aktiv in der Forumsdiskussion wahrnehmen und auf dieser Grundlage von den Veranstaltern ein weiteres Entgegenkommen insbesondere hinsichtlich der Themensetzung, und insgesamt eine stärkere Beteiligung der muslimischen Bevölkerung und ihrer Repräsentanten einfordern, sehen die Veranstalter in der aktiven Beteiligung und Positionierung auf Seiten der muslimischen Forumsteilnehmer/innen, und der muslimischen Bevölkerung insgesamt, noch einen deutlichen Entwicklungsbedarf bestehen. Wollen die muslimischen Befragten somit verstärkt die

'Mehrheitsgesellschaft' und ihre Vertreter/innen in die Verantwortung nehmen, um das Verhältnis zwischen muslimischer und nichtmuslimischer Bevölkerung zu verbessern, sehen die Veranstalter hier eher noch einen intensivierten Einsatz der muslimischen Gemeinden erforderlich.

Zukünftig wird vor allem der Ausbau der Öffentlichkeitswirksamkeit und das verstärkte Erarbeiten von konkreten Ergebnissen im Forum mit darüber entscheiden, wie motiviert und engagiert die muslimischen Vertreter/innen sich weiterhin einbringen. Die muslimischen Befragten haben sich im Verlauf der Untersuchung als zum Teil überraschend selbstkritisch hinsichtlich der Defizite der muslimischen Bevölkerung und ihres bisherigen gesellschaftspolitischen Engagements gezeigt. Und nach Aussage der Veranstalter ist diese für eine offene Diskussion erforderliche Bereitschaft zur Selbstkritik auf Seiten der muslimischen Vertreter/innen auch in der Forumsdiskussion bereits bemerkenswert weit ausgebildet. Für eine zukünftige effiziente und fruchtbare Zusammenarbeit innerhalb des Forums wird diese Fähigkeit in Bezug auf *alle* Beteiligten, neben der weiteren und weitergehenden Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, für den weiteren Erfolg des Berliner Islamforums wesentlich sein.

Die Vertreter/innen der sogenannten 'Mehrheitsgesellschaft' sollten bei allen Erwartungen und Anforderungen an die muslimische Bevölkerung und ihre Repräsentanten nicht vergessen, ihre Herangehensweise, die damit verbundenen Ansprüche und das eigene Engagement beständig kritisch zu hinterfragen, um auch weiterhin auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Forum als positiven Impuls für ein respektvolles Zusammenleben zwischen muslimischen und nichtmuslimischen Bürger/innen hinzuarbeiten. Integration ist, so auch das im Berliner Integrationskonzept dargelegte Verständnis, als *zweiseitiger* Prozess zu sehen und nimmt deshalb die 'Mehrheitsgesellschaft' und die verschiedenen zugewanderten Minderheiten *gleichermaßen* in die Verantwortung – eine auch unserer Ansicht nach für ein friedliches Miteinander wesentliche Ausrichtung, die umso stärker in der weiteren Durchführung des Berliner Islamforums Berücksichtigung finden sollte, je mehr sie an anderer Stelle vernachlässigt wird.

Angesichts der fast täglichen Berichterstattung über vielfältige Probleme im Zusammenleben mit 'den Muslimen' und der zumeist medial emotionalisierten öffentlichen Debatte über 'den Islam', der auch in Deutschland immer wieder unter einen generellen Terrorismusverdacht gestellt wird, kann die Herangehensweise des Berliner Islamforums, eine vertrauensbildende und vertrauensbasierte Kommunikationsplattform zu etablieren, um auf dieser Grundlage die konstatierte 'Störung' der gesamtgesellschaftlichen Kommunikation anzugehen, als erster wichtiger Schritt angesehen werden. Wichtig ist nun, das Berliner Islamforum nicht als kurzfristige wohlgemeinte Initiative auslaufen zu lassen, sondern eine langfristige, strukturell verankerte Kooperation im und durch das Forum sicherzustellen. Das Berliner Islamforum kann zwar weder als Allheilmittel für die in

Jahrzehnten sich aufgebauten und verfestigten Probleme gelten, noch die für einen signifikanten Teil der muslimischen Bevölkerung existierenden Beteiligungsdefizite beheben, stellt unserer Ansicht nach aber einen ernsthaften, bedachten und durchaus auch substantiellen Versuch dar, die bestehenden Probleme endlich in Angriff zu nehmen, indem man sich *gemeinsam* um konstruktive Lösungen bemüht und sich den dabei auftretenden Unsicherheiten und Missverständnissen bereitwillig stellt.

## 8. Literatur

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration (Hg.) (2006): Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken. Das Integrationskonzept für Berlin, 2. Auf., Berlin.

Gesemann, Frank / Kapphan, Andreas (2001): Lokale Gefechte eines globalen Kulturkonfliktes? Probleme der Anerkennung des Islam in Berlin. In: Gesemann, Frank (Hg.): Migration und Integration in Berlin, Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen: 400ff.

Gesemann, Frank (2006): Chancen und Schwierigkeiten der Kommunikation zwischen Moscheevereinen und Verwaltung. In: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration, Berlin: 25ff.

Kapphan, Andreas (2006): Zugewanderte aus islamisch geprägten Ländern in Berlin. In: Spielhaus, Riem/Färber, Alexa (Hg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration, Berlin: 18ff.

Lemmen, Thomas (2002): Islamische Vereine und Verbände in Deutschland, Bonn.

Piening, Günter: Vorwort. In: Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (Hg.) (2006): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Berlin: 4.

Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz (Hg.) (2005): Verfassungsschutzbericht 2004, Berlin.

Spielhaus, Riem (2006): Organisationsformen islamischer Gemeinden. In: Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (Hg.): Islamisches Gemeindeleben in Berlin. Der Beauftragte des Senats für Integration und Migration, Berlin: 12-17.

Spielhaus, Riem / Färber, Alexa (Hg.) (2006): Islamisches Gemeindeleben in Berlin, Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration, Berlin.

### Internetquellen:

Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration: <http://www.berlin.de/lb/intmig/> (16.06.2007).

Das Islamforum Berlin auf der Seite des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration: <http://www.berlin.de/lb/intmig/islamforum/index.html> (09.07.2007).

Interkultureller Rat in Deutschland: <http://www.interkultureller-rat.de/> (17.06.2007).

Muslimische Akademie in Deutschland: [www.muslimische-akademie.de](http://www.muslimische-akademie.de) (17.06.2007).

Statistisches Landesamt Berlin: <http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/> (11.06.2007).



## VII. Genealogie des Zorns. Sozialer Protest in den französischen Vorstädten

### 1. Einleitung

Der 27. Oktober 2005 im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois. Zyed Benna (17 Jahre), Bouna Traoré (15 Jahre) und Muhittin Altun (17 Jahre) sind auf dem Nachhauseweg von einem Fußballspiel als ihnen mehrere bewaffnete Polizisten entgegenkommen. Identitätskontrolle, ein Nachbar hat einen Baustellendiebstahl gemeldet. Die Jugendlichen haben ihre Papiere nicht dabei und kennen die Praxis willkürlicher Vorverurteilungen. Sie wissen, dass ihre Herkunft (ihre Eltern kommen aus Tunesien, Mali und der Türkei) und ihr Wohnort in dem gesichtslosen, armutsgeprägten Vorort sie zu potenziellen Kriminellen degradiert – sie tragen das Stigma der Banlieues mit sich. Sie müssen befürchten, am Vorabend des Ramadan längere Zeit auf dem Polizeirevier festgehalten zu werden. Als Ausweg erscheint ihnen die Flucht. Bei der Verfolgungsjagd nehmen sie Kurs auf ein Transformatorenhäuschen des Stromanbieters EDF. Nachdem die Jungen die Mauern der Elektrizitätsanlage überwunden haben, drehen die Beamten ab. „Ich gebe nicht viel für ihr Leben“, meldet einer laut Funkprotokoll der Einsatzleitung (Tagesspiegel 09.10.2006).<sup>19</sup>

Zyed und Bouna werden durch einen Stromschlag von 20.000 Volt sofort getötet, Muhittin erleidet schwere Verbrennungen.

Am Abend brennen in den Pariser Vororten die ersten Autos, es dauert nicht lange, bis die Welle der Gewalt in das ganze Land überschwappt. Frankreich erlebt den größten spontanen Aufstand seit 1968.

Die politische Klasse steht unter Schock, die Debatte nach der Eindämmung des Flächenbrands zieht sich durch die Lager, angeheizt von der medialen Berichterstattung. Innenminister Nicolas Sarkozy bezeichnet die Vorortjugendlichen als *racaille* – Gesindel – und stellt die abenteuerliche These auf, es handle sich um organisierte Bandenkriminalität, die womöglich unter islamistischen Terrorabsichten einen „Angriff auf die Werte der französischen Nation“ plane. Wenig später wird sich bei den Gerichtsverhandlungen herausstellen: 85% der 4.700 Festgenommenen sind unorganisierte Ersttäter, die mit Religion wenig bis gar nichts am Hut haben. Weniger als 10% der inhaftierten Jugendlichen sind keine französischen Staatsbürger (vgl. Jandi 2006: 131). Doch der Innenminister hält an seiner Direktive fest: „mon travail, c’est de débarrasser la France des voyous“<sup>20</sup> (Sarkozy, zit. nach Demiati 2006: 55).

Im November lässt der Innenminister den Ausnahmezustand ausrufen, ein Gesetz, das auch schon

---

<sup>19</sup> Am 8. Februar 2007 werden zwei Polizisten wegen „unterlassener Hilfeleistung“ angeklagt.

<sup>20</sup> „Meine Aufgabe ist es, Frankreich von Ganoven zu befreien.“

1955 zur Zeit des Algerienkrieges gegen vermeintliche Sympathisanten der algerischen Unabhängigkeitsbewegung zur Anwendung gebracht wurde. Neben der Ausgangssperre soll das Militär wieder Herr der Lage in den brennenden Vororten werden. Obwohl die oppositionellen Parteien wie die *Parti Socialiste* (PS) und die *Parti Communiste Français* (PCF) diesen Schritt zum Teil kritisieren, teilen sie doch ohne Ausnahme die Direktive des Innenministers, der Gewalt von Seiten der Jugendlichen müsse unverzüglich ein Ende gemacht werden (Vgl. Le Goaziou 2006: 33ff). Doch auch die PS spricht sich für einen Einsatz des Militärs in den Banlieues aus, die PCF unterstützt die Bezeichnung *racaille*, um die gewalttätige Minderheit von der arglosen Mehrheit der Banlieuebewohner zu differenzieren.

Das große Spektakel der täglichen Zählungen von verbrannten Autos lässt vergessen, dass in Frankreich auch in einer durchschnittlichen „ruhigen“ Nacht ca. 100 Autos in Flammen aufgehen. Die völlige Konzentration auf das scheinbar singuläre Ereignis ohne Vorgeschichte, stellt vor allem eines in den Schatten: die tiefer gehenden Ursachen für den Ausbruch.

Im Gegensatz zu der Einhelligkeit der konsequenten Niederschlagung der *émeute*, warten die Meinungsmacher der politischen Klasse mit einer wahren Kakophonie an Konflikterklärungen auf. Mal werden Linksradikale, mal Islamisten verantwortlich für die Gewalteskalation gemacht, dann wieder sind es Rapmusiker oder organisierte Jugendgangs, die Grund des Übels zu sein scheinen (Le Goaziou 2006: 43). Schließlich wird auch noch die angebliche Polygamie in den Banlieues und der damit einhergehende Wertezerfall als Erklärung herangezogen, was die Konflikte dann endgültig aus dem Einflussbereich der restlichen Gesellschaft herausreißt und als kulturelles Problem der Einwanderer akzentuiert.

Im Gegensatz dazu soll die folgende Arbeit nun versuchen, sich nicht durch das eruptive Ereignis und die Gewalt ablenken zu lassen, sondern in der Revolte und ihrer Gewaltförmigkeit eine spezifische, politische Artikulation zu dechiffrieren und sie sozial sowie historisch zu kontextualisieren. Obwohl Frankreich eine Einwanderungs-gesellschaft ist und sich insbesondere in den Banlieues viele Migranten konzentrieren, wird ein ethnisierender oder kulturalistischer Ansatz verworfen, wenngleich sich *extra-muros* freilich eigenständige Kulturformen herausbilden. Stattdessen wird eine andere Stoßrichtung fokussiert: Zentral soll die Fragestellung sein, ob sich die Ereignisse von 2005 als (vorläufiger) Höhepunkt einer neu anhebenden Welle sozialer Proteste deuten lassen, deren Formen verdächtig an jene erinnern, die bereits in der Übergangszeit des 19. Jahrhunderts – zu Zeiten einsetzender Industrialisierung und Kapitalisierung – allerorten die Gemüter erhitzen. Zugespitzt könnte die These der vorliegenden Arbeit demnach in die Frage überführt werden, ob die gegenwärtigen émeutiers unter dem Vorzeichen einer Krise der Arbeitsgesellschaft und dem Zerfall ihrer Integrationsmechanismen als Wiederkehr des prä- bzw.

frühindustriellen Mobs interpretiert werden können – und damit also die „gefährlichen Klassen“ wieder auf der politischen Bildfläche erscheinen.

Dazu soll zunächst mit gebotener Vorsicht versucht werden, eine umrisshafte Definition sozialen Protests zu erarbeiten (2). Anschließend kommen mit einem geschichtlichen Überblick über den Aufstieg und Fall der „roten Vororte“ genau jene lokal-gesellschaftlichen Strukturen in den Blick, in deren Rahmen bisherig die unteren (arbeitenden?) Schichten erfolgreich integriert werden konnten – wobei auch die spezifische Stellung der Migranten innerhalb dieser Communities beleuchtet wird (3). In einem eigenen Kapitel (4) sollen darauffolgend die stadtpolitischen Auffangversuche dargestellt werden, mittels deren der französische Staat gegenwärtig auf die Zerfallserscheinungen des arbeiterlebensweltlichen Mikrokosmos’ reagiert. Da diese Zerfallserscheinungen jedoch in einem weiteren Sinne die Umbrüche einer in die Krise geratenen Arbeitsgesellschaft reflektieren, muss folgend der Blick erweitert und eine Analyse der sozio-ökonomischen Transformationen geleistet werden, die auch die veränderten Möglichkeiten politischer Artikulation innerhalb der augenblicklichen Verhältnisse plausibel zu machen bestrebt ist (5). Auf dem dadurch erreichten Stand wird der Faden der *emeutiers* wiederaufgenommen und in der Alltagsrealität der ausgegrenzten Vorstadtbewohner ein Gewalt-Gegengewalt-Schema identifiziert, vor dessen Hintergrund auch die Ereignisse von 2005 ausgedeutet werden müssen (6).

## 2. Soziale Proteste

### 2.1 Wider die ereignishafte Befangenheit

*„Les grands événements ne sont pas forcément beaux, ni joyeux. [...] Les raisons de leur déclenchement n'expliquent jamais le moment de leur explosion. Ils sont surdéterminés comme la goutte d'eau qui fait déborder la vase. Après une longue accumulation qui fait qu'un jour, on refuse d'obéir, ou que l'on casse tout“*<sup>21</sup> (Boutang 2006:109).

*„Il y a une odeur de gaz sur la banlieue depuis vingt ans, les deux mômes pris au piège du transfo d'EDF à Clichy ont été l'étincelle“*<sup>22</sup> (Stomy Bussy, Mitglied der Rapcombo „Ministère A.M.E.R“, Le Monde 10.11.2005)

---

<sup>21</sup> „Große Ereignisse sind weder zwangsläufig schon, noch fröhlich. [...] Die Gründe für ihre Auslösung erklären niemals den Moment ihrer Explosion. Sie sind überdeterminiert, wie der Tropfen Wasser, der das Fass zum Überlaufen bringt. Nach einer langen Anstauung, die dafür sorgt, dass man eines Tages ablehnt, zu gehorchen oder gar alles kaputt macht.“

<sup>22</sup> „Über den Vorstädten hängt seit zwanzig Jahren ein Gasgeruch, die beiden Kids, die in die Falle der Trafostation der EDF geraten sind, waren der Funken.“

Soziale Proteste folgen immer auch der Logik des Spektakulären. Während der Unruhen in den französischen Vorstädten gestanden die Print- und Fernsehmedien ihren eigenen Beitrag dazu so offen wie selten ein: In einer Art Selbstzensur stoppten sie den alltäglichen car-count. Man wurde sich bewusst, dass das erwartungsvolle Schielen auf die Zahl der nächtlich verbrannten Autos, sortiert nach *département*, für eine mediale Rückkopplung sorgte. Die mögliche Nachricht, dass ihr quartier am nächsten Tag auf dem ersten Tabellenplatz des Zerstörungs-Wettbewerb stehen könnte, setzte überschüssige Energien unter den Jugendlichen frei (vgl. Athané 2006: 97): Eine Meldung bei CNN versprach den größten Respekt (vgl. Wieviorka 2005). Ein unbekannter *banlieusard* dazu: „On kiffe de voir tout flamber à la télé. Je sors presque jamais de mon quartier, sauf pour aller au bled en Algérie – mais on communique avec les mecs de Seine-Saint-Denis via l'écran, toutes les chaînes passent des images, même les télés arabes sur satellite“<sup>23</sup> (Dell'Umbria 2006: 5). Die Internet-Blogs, die auch den Vorstadtbewohnern nicht unbekannt sind, enthielten zahlreiche Hinweise für diesen ungewöhnlichen Nachbarschaftssinn. Der Chef des französischen Geheimdienstes betonte gegenüber „Le Monde“, den angeblichen Einfluss der Islamisten verneinend, den Eigensinn und den Sportgeist der französischen Vorstadtjugend: „Les jeunes ont agi par mimétisme et concurrence entre cités, sans une grande organisation“<sup>24</sup> (Le Monde, 25.11.2005).

Sieht man also, dass alle Beteiligten – vom Feueranzünder über den Artikelschreiber bis hin zum Politiker der Inneren Sicherheit – fasziniert und gebannt vom dem Ausbruch der Gewalt sind, lohnt sich der versuchsweise Schritt hinunter in die „tieferen Ebenen“ sozialer Aufstände umso mehr. Steckt hinter dem alltagssprachlichen und wissenschaftlichen Begriff des „sozialen Protests“ mehr als spontane und irrationale Gewalt? Lassen sich ähnliche Charakteristika und Ursachen von sozialen Aufständen über die Zeit hinweg beobachten, tauchte gar in Frankreich mit den *émeutiers* eine aus der Geschichte sozialen Protestes bekannte Figur wieder auf? Kann man den Aufstand entgegen aller Denunziationen als eine zumindest indirekte Artikulation – einerseits Ausdruck des eigenen Daseins, andererseits Protest gegen dasselbige – deuten?

Zur Beantwortung dieser Fragen soll folgend ein Strang der Sozialgeschichtsschreibung aufgenommen werden, die sich den „Widersetzlichkeiten, Exzessen, Crawallen, Tumulten und Skandalen“<sup>25</sup> in einer Übergangszeit Mitte des 19. Jahrhunderts widmet, die durch beginnende Industrialisierung und Urbanisierung gekennzeichnet war. Neben einer Klärung des Begriffes, soll,

<sup>23</sup> „Es ist abgefahren, alles im Fernsehen aufflammen zu sehen. Ich verlasse fast nie meinen Stadtteil, außer für Besuche auf dem Dorf in Algerien – aber wir kommunizieren mit den Typen aus Sein-Saint-Denis über den Bildschirm, alle Kanäle zeigen Bilder, selbst die arabischen Fernsehsender über Satellit.“

<sup>24</sup> „Die Jungen haben sich gegenseitig nachgeahmt und aus Konkurrenz zwischen den Siedlungen gehandelt, ohne dabei auf eine große Organisation zurückzugreifen.“

<sup>25</sup> So der Beginn des Titels einer Studie zum sozialen Protest in Baden zu Zeiten des Vormärzes: Wirtz 1998.

darauf aufbauend, der Auffälligkeit nachgegangen werden, dass in einer Epoche, in der das soziale und politische Gefüge inkohärent wurde, ähnliche Phänomene des Protestes auftreten wie im gegenwärtigen Frankreich. Während in der vorindustriellen Epoche viele Handwerksgesellen durch die drohende Proletarisierung ihren sozialen Status gefährdet sahen und sich zudem eine freigesetzte Schicht ehemaliger Landarbeiter mit Tagesarbeiten in den (Vor)-Städten verdingte, ist die heutige Vorstadtjugend Frankreichs zu großen Teilen ganz vom Produktionsprozess ausgeschlossen bzw. nur temporär unter prekären Arbeitsverhältnissen in ihn eingeschlossen.

Ebenso fand sich in beiden Fällen keine politische Organisationsform, die das Anliegen der Aufständischen in sich hätte aufheben können. Politik- oder sozialgeschichtlich betrachtet standen die Zusammenrottungen vor der organisierten Arbeiterbewegung in Parteien, Gewerkschaften und Vereinen. Ein gleiches Bild, nur spiegelverkehrt, geben heute die einst als rote Hochburgen geltenden Banlieues ab: Waren sie bis vor zwanzig Jahren kommunal von der PS, häufiger noch von der PCF, regiert, haben heute die klassischen Organisationen der französischen Linken keinen Halt mehr in dem ehemaligen *ceinture rouge*<sup>26</sup>. Die noch eine Generation vorher gemeinschaftsstiftende Identität als Arbeiter zerfällt heute angesichts des wegfallenden Integrationsmomentes der Lohnarbeit. Aufschlussreich für das Verständnis der brennenden Vorstädte ist aber nicht nur der direkte Vergleich zeitlich auseinander liegender Phänomene, sondern auch die damalige politische und retrospektive wissenschaftliche Rezeption der Aufstände. Die Betrachtungsweise vor hundert Jahren und heute kreist immer um die gleichen Gegensatzpaare: politisch- un- bzw. vorpolitisch, rational-irrational, bewusst-unbewusst etc.<sup>27</sup>

## 2.2 Grenzen der Betrachtung sozialer Proteste

Den sozialen Protest des französischen Herbstes 2005 hinsichtlich seiner Mittel und Ziele als eine Variation politischer Artikulation zu begreifen, so wie es die These dieser Arbeit fordert, befördert einen noch nicht an sichere Ufer. Wenn der Verständnis-spielraum erweitert ist, stellt sich immer noch die Frage, wie man den Protest deutet, wenn man nicht auf gewohnte, d.h. explizite politische Äußerungen – Aufrufe, Forderungen, Diskurse von öffentlichen Sprechern etc. – zurückgreifen kann. Den Aufruhr in seinem Kontext und mitsamt seiner Implikationen verstehen zu wollen, geht die Gefahr ein, den Akteuren das Bewusstsein ihrer Handlungen abzusprechen und sie somit letztlich als ihres eigenen Handelns nicht mächtig zu sehen. Das ist nicht nur methodisch zweifelhaft, weil die Introspektive, die Innensicht, nicht einfach von außen ersetzt werden kann.

---

<sup>26</sup> „Roter Gürtel.“

<sup>27</sup> Schlimmer geht's immer: Wie man in einem sauberen Zirkelschluss sich ganz des Warums der Aufstände erledigen kann, beweist der französische Moralphilosoph André Glucksmann à la hobbesienne: „Es gibt den Hass in allen Gesellschaften, nicht nur in unserer. Der Hass hat seine Wurzeln nicht in der Gesellschaft, sondern in der menschlichen Natur“ (zit. nach Dubois 2006: 6).

Zusätzlich schreibt man damit – politisch gesehen – die Ohnmacht der Akteure fort, indem die Definitionsmacht über die Ereignisse nicht in Frage gestellt wird. Diesen Fallen zu entkommen hieße die Vorgeschichte von Protesten zu schreiben, indem man gruppenspezifische Wahrnehmungs-, Deutungs- und Aktionsmuster rekonstruiert und die Grenzen der Hinnahme von Gewalt und Zumutung ausfindig macht (vgl. Lüdtkte 1984: 330). Auf einen Satz gebracht lautet die Aufgabe „Rekonstruktion der Alltagswirklichkeit sozialer Gruppen“ (ebd.: 332), die der Anforderung nach fast unendlich ist, der aber mit einem sozio-historischen Blick auf den Wandel der Arbeit und der Vorstädte ansatzweise in dieser Arbeit nachgegangen wird.

### **2.2.1 Umriss einer Phänomenologie sozialen Protests**

Wird der Blick auf den sozialen Protest, wie angedeutet, einmal vervielfältigt, ist damit die Aufgabe einer Grenzziehung bzw. Definition des Begriffes nicht erledigt. Einerseits wird der Begriff des „sozialen Protests“ umspannt von einem Wortnetz (u.a. movement, collective violence, popular protest etc.), dessen Maschen zu groß sein könnten. Zudem sind die vermeintlichen Synonyme mindestens theorieverdächtig. Andererseits zeigt sich das begriffliche Unbehagen in Summendefinitionen, die prinzipiell beliebig erweitert und verkürzt werden könnten. Die Neugierde kann aber zumindest das Objekt ihrer Begierde umreißen und damit implizite Annahmen verdeutlichen: „Das Interesse gilt dem Tatbestand, dass sich in einer hierarchisch strukturierten Gesellschaft die herrschaftsunterworfenen, sozial und ökonomisch unterprivilegierten Menschen nicht immer mit demjenigen Platz zufriedengeben, der ihnen in der gesellschaftlichen Ordnung jeweils zugewiesen wird“ (zitiert nach Wirtz 1998: 14). Operationaler können folgender Kategorien für den sozialen Protest aus dem Nebel um das Phänomen herausdestilliert werden: Ereignishaftigkeit, soziale Ursachen, Rechtsbruch als Mittel, Kollektivität der Träger sowie ein eigenständig artikulierter Zusammenhang von Protestursache und -ereignis (vgl. Wirtz 1998: 14 und S. 17).

### **2.2.2 Die Vieldeutigkeit von Interesse und Rationalität**

Die strukturelle Analyse sozialer Proteste, die sich auf den Aufstand als letztes Mittel einer Interessenartikulation oder -konfliktes versteift, wird nicht nur aus Ermangelung einer methodischen Alternative in dieser Arbeit in Erwägung gezogen. Dieser Ansatz geht aber prinzipiell die Gefahr ein, die Ausnahme umstandslos als Ausdruck von gesellschaftlichen Spannungsverhältnissen zu begreifen. Die Konzentration auf vermeintlich zu Grunde liegende Interessenkalküle vereindeutigt Gesten und Handlungen, die in ihrem alltäglichen Erscheinen auf viel Widersprüchlicheres verweisen. Dieser „Interessenansatz“ unterstellt implizit eine Rationalität,

wenn nicht gar Solidarität der Handelnden: für einen bestimmten Zweck, sei er auch nur von innen erkennbar und legitim, assoziieren sich Individuen. Es bleibt aber bei einem formal-äußerlichen Zugriff. Die Innenansicht der Akteure, der Stellenwert ihrer Organisations- und Kommunikationsstrukturen jenseits der Interessenartikulation spielt dabei keine Rolle. Das Spektakuläre einer an allen Ecken und Enden aufflammenden Republik lässt die Tatsache vergessen, dass die artikulierten und in Interessen verwandelten, deshalb äußerlich identifizierbaren Wünsche nicht zwangsläufig der Vielfalt der latenten entsprechen, welche sich aber ebenso Ausdruck verschaffen – in unscheinbarer Weise.<sup>28</sup>

Ähnliche Vorsicht ist geboten bei dem Kriterium der Rationalität sozialer Proteste. Ein einfältiges Verständnis von Rationalität kann sich diese nur als zielgerichtetes Handeln vorstellen. Ein Überschwang an Gestik und Mimik fällt sofort aus dem Raster, während doch auch andere Fragen an den Zweck sozialen Protest denkbar wären: „Lag (und liegt) nicht der Sinn, welcher Protest für die Protestierenden hatte, keineswegs ausschließlich im proklamierten (oder verdeckten) politisch strategischen Ziel, sondern ebenso in der ‚Verausgabung‘ (Bataille) des Augenblicks, im momentanen Spektakel?“ (Lüdke 1984: 328) Zumindest ist dem Entweder-Oder in der Deutung sozialer Proteste das Ineinander von strategisch-kalkuliertem und expressiven Verhalten vorzuziehen.<sup>29</sup> Das Verständnis von sozialem Protest über seinen angenommenen Kausalitäten und Funktionen hinaus zu treiben hieße demnach, auch symbolische Konnotationen zu berücksichtigen. Denn das gemeinsame Inbrandsetzen von Autos und die Straßenschlacht mit der Staatsgewalt weisen neben der physischen auch immer eine symbolische Komponente auf. Die Verletzung der öffentlichen Ordnung kann genauso als der „demonstrative Ausdruck der Identität der Protestierenden selbst“ (Lüdke 1984: 329) gelten.

### **2.2.3 Zur Frage der Gewalt**

Scheidelinie und Orientierungspunkt bei der Bewertung sozialer Proteste ist häufig das Merkmal der Gewalt. Dass die Gewalttätigkeit einer Handlung relativ und Definitionssache ist, ist so banal wie deshalb wieder begründenswert. Walter Benjamin hat darauf hingewiesen, dass die Bewertung von Gewalt anhand einer Mittel-Zweck-Relation ein gesellschaftliches System gerechter Zwecke impliziert. Ein solches kann jedoch nicht als gegeben vorausgesetzt werden – insbesondere nicht aus der Perspektive eines französischen Vorstadtbewohners. Die herrschende aus dem Naturrecht

---

<sup>28</sup> Am sinnfälligsten wird dies am Beispiel der Frauen, bei denen das Fernbleiben von der Revolte keinesfalls auf Unlust hinwies, die herrschenden Verhältnisse infrage zu stellen (vgl. Dubois 2006: 10).

<sup>29</sup> Der französische Gewaltforscher Michel Wieviorka hält diese Ambivalenz nicht aus. Sieht er zwar den unbedingten subjektiven Ausdruckswillen in der Gewalt sprechen, verneint er vollends ein rationales oder politisches Surplus: „Es ist leerer Ausdruckswille, eben weil es keine Worte gibt, keine Führer, keine Organisation, keine Ideologie, nichts davon ist vorhanden, nur blinde Gewalt (Frankfurter Rundschau 13.11.2005).“

hervorgehende Rechtsphilosophie erschöpft sich aber in folgender, nach obiger Überlegung durchaus unrichtiger Denkbewegung: „Gerechte Zwecke können durch berechnete Mittel erreicht, berechnete Mittel an gerechte Zwecke gewendet werden“ (Benjamin 1965: 54).<sup>30</sup> Welche Schlussfolgerungen sind dann für die (legitime) Ausübung von Gewalt zu ziehen, wenn eine solche Deduktion nicht möglich ist?

In sozialen Kämpfen wird immer auch mit ausgefochten, welche Form der Auseinandersetzung als legitim gilt. So ist beispielsweise der Streik nicht mehr selbstverständlich ein legitimes Mittel einer Auseinandersetzung am Arbeitsplatz. Demgegenüber können in Frankreich Oberschüler, die ihre Schule verbarrikadieren, sowie Schiffsleute, die eine Fähre entführen, mit Zustimmung anderer sozialer Akteure und der Bitte an die Justiz, mit Nachsicht zu reagieren, rechnen. Wenn aber die Benachteiligten und am wenigsten mit Macht und Besitz Begüterten ohne Sprecher und Organisation die Auseinandersetzung suchen, bleibt der Zuspruch fast Fehlanzeige (vgl. Athané 2006: 93f.). Es drängt sich folgende Frage auf: „A quel titre, du haut de quel point de vue surplombant et omniscient s'autorise-t-on à dire ce qui est sensé et mérite d'être soutenu, et ce qui sera disqualifié comme absurde ou irrationnel?“<sup>31</sup> (ebd.: 96)

Gewalt bzw. Gegengewalt manifestiert sich nicht nur durch staatliche Repression einerseits und kollektive Gewalt der Menge andererseits. Vielmehr äußert sie sich im Kontext gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse, die eher als ein politischer Prozess, denn als ein demonstratives Ereignis zu begreifen sind. Die Durchsetzung sozial-kultureller Normen durch die staatliche Bürokratie kann gewaltförmig sein, drückt sich darin doch die Dominierung über Definitions- und Artikulationschancen von Subalternen aus (vgl. Wirtz 1998: 18).

Die gezwungene Hinnahme alltäglicher Identitätskontrollen, die auf nichts anderem beruhen als einer diskriminierenden polizeilichen Selektionspraxis sind Gewalt, auch wenn sie dafür nicht immer in der Untersuchungshaft oder gar einer tödlichen Verfolgungsjagd enden müssen. Für die strukturelle Polizeigewalt lässt sich erneut Walter Benjamin als Zeuge zitieren. In der Polizeigewalt drückt sich eine „gespenstische Vermischung“ (Benjamin 1965: 43) der rechtserhaltenden und rechtssetzenden Funktion der Gewalt aus. Die rechtserhaltende Gewalt bewahrt ihre einmal gesetzten Zwecke, während die rechtssetzende Gewalt, die der Sieger ist, im Gegensatz zur ersteren neue Zwecke setzt. Die Polizei übt Gewalt zu Rechtszwecken aus und hat gleichzeitig die Befugnis inne, den Radius des Rechtes in weiten Grenzen selber zu setzen. Die Implikationen und Folgen

---

<sup>30</sup> Um Benjamins Kritik ansatzweise gerecht zu werden, sei hinzugefügt, dass die geltende Rechtsphilosophie unbeantwortet lässt, ob Gewalt als Prinzip ungeachtet ihrer Zwecke legitim ist. Die Rechtsphilosophie besitzt keine Unterscheidungsmerkmal für die Mittel selber, wohingegen Benjamin die Legitimität einer Handlung gerade nach dem Gesetz ihrer Mittel beurteilt wissen will (vgl. Benjamin 1965: 30f.: 52).

<sup>31</sup> „Mit welchem Recht, von welchem herausragenden und allwissenden Standpunkt aus erlaubt man sich, zu sagen, was Sinn macht und Unterstützung verdient und was als absurd und irrational abzuqualifizieren ist?“



sind fatal: „Die Behauptung, dass die Zwecke der Polizeigewalt mit denen des übrigen Rechts stets identisch oder auch nur verbunden wären, ist durchaus unwahr. Vielmehr bezeichnet das ‚Recht‘ der Polizei im Grunde den Punkt, an welchem der Staat [...] seine empirischen Zwecke, die er um jeden Preis zu erreichen versucht, nicht mehr durch die Rechtsordnung sich garantieren kann. Daher greift ‚der Sicherheit wegen‘ die Polizei in zahllosen Fällen ein, wo keine klare Rechtsordnung vorliegt, wenn sie nicht ohne jegliche Beziehung auf Rechtszwecke den Bürger als eine brutale Belästigung durch das von Verordnungen geregelte Leben begleitet oder ihn schlichtweg überwacht“ (ebd.: 44). Die Beschwerde über die alltägliche Demütigung und Gewalt, für die die Kontrollen stehen, ist eine der meist gehörten Klagen der revoltierenden Vorstadtjugend (vgl. Badiou 2006: 63). Diese Gewalt setzt sich zudem unscheinbarer in den Alltag hinein fort. Vor Gericht in Lyon, als die ersten *casseurs*<sup>32</sup> vorgeführt wurden, berichtet eine Mutter der Angeklagten, dass sie ihren jungen Sohn nicht mehr zum abendlichen Fußballtraining gehen lässt, weil er dann den späten Bus zur Rückkehr nach Hause nehmen muss. Denn man wisse ja, wie eine Kontrolle beginne, aber man wisse nie, wie sie ende (vgl. Leguay 2006: 128). Ein im Zusammenhang mit den Unruhen Inhaftierter, ebenfalls aus Lyon, beschreibt seine Wahrnehmung der Gewalt in einem Brief wie folgt: „A l'origine de ce qui s'est passé se trouve une autre violence: celle quotidienne exercée par la police, celle de propos de Sarkozy, celle enfin de la mort des deux jeunes de Clichy que l'on a tenté de couvrir par un mensonge qui en faisait des cambrioleurs alors qu'ils rentraient d'un match de foot“ (vgl. ouvrage collectif 2006: 203).<sup>33</sup>

Ähnlich wie bei der im vorherigen Kapitel beschriebenen Versteifung auf „objektive“ Interessenlagen hinter sozialen Protesten, überdehnt die Zurechtschneidung der Realität auf die spektakuläre gewalttätige Seite einen Teilausschnitt. Dem forschenden Blick auf den sozialen Protest entgeht manche alltägliche Widersetzlichkeit. Unscheinbare Distanzierung wird dann mit passiver Hinnahme gleichgesetzt, obwohl nicht sofort offensichtlich ist, warum ein brennendes Auto mehr gesellschaftliches Veränderungs-potential anzeigt als Formen „stummer Kollektivität“ (vgl. Lüdke 1984: 325f.).

### **2.3 Die Vorfahren der nachindustriellen Stadtstürmer**

In diesem Kapitel soll die Grundlage dafür gelegt werden, um im Schluss der Arbeit der Frage aus der Einleitung nach zu gehen, ob der *émeutier* des französischen Herbstes als eine reinkarnierte

---

<sup>32</sup> „Randalierer.“

<sup>33</sup> „Am Ursprung dessen, was passiert ist, findet sich eine andere Gewalt: die alltägliche von der Polizei ausgeübte, die der Äußerungen Sarkozys, diejenige schließlich, die für den Tod der zwei Jugendlichen aus Clichy sorgte, welche man versuchte hat, durch die Lüge zu decken, dass es sich um Einbrecher handelte, obwohl sie nur von einem Fußballspiel nach hause kehrten.“

Protestfigur aus der Schwellenzeit der Industrialisierung und Urbanisierung betrachtet werden kann. Es versteht sich von selbst, dass niemand, ein Typus schon gar nicht, wieder geboren wird – der analogische, metaphorische Rekurs dient der interpretativen Denkanregung. Ziel des Ausfluges ist, die entdeckten Merkmale auf den bekannten Haupterkenntnisachsen des sozialen Protest abzutragen: politisch- un- bzw. vorpolitisch, rational-irrational, bewusst-unbewusst.

Initiatoren und Referenzpunkte für sozialgeschichtliche Forschung zum sozialen Protest waren und sind englischsprachige Autoren wie Edward Palmer Thompson oder Eric Hobsbawm.<sup>34</sup> Letzterer hat 1959 ein Buch mit dem Titel „Primitive Rebels“ veröffentlicht. In dem Werk findet sich ein für den Gegenstand der Arbeit interessanter Artikel, der mit „The City Mob“ betitelt ist. In den größeren prä-industriellen Städten gab es neben organisierten Gesellenverbänden oder *compagnonnages* – dem französischen Pendant – weniger greifbare, vielleicht vor-politische Strömungen des Arbeiterprotests. Wegen ihrer offensichtlichen Unbeständigkeit<sup>35</sup> bezeichnet der englische Historiker sie kurzerhand als „the mob“: „The mob may be defined as the movement of all classes of the urban poor for the achievement of economic or political changes by direct action – that is by riot or rebellion – but as a movement which was as yet inspired by no specific ideology. (Hobsbawm 1959: 110).

Eine vor-politische Bewegung lässt nicht den Schluss zu, dass es ihr an impliziten oder expliziten politischen Ideen mangle. Die vorindustriellen Aufstände, die sich häufig gegen Arbeitslosigkeit wandten und für billigere Lebenskosten auftraten, somit Subsistenzproteste waren, mögen eine andere Sprache sprechen. Ideell erschöpften sie sich aber nicht in einer Brot-und-Butter-Revolt, sondern es lassen sich nach Hobsbawm zwei weiterführende Ideen aus den Aufständen herauslesen. Erstens ist eine strategische Erwägung erkennbar, weil der klassische Mob nicht bloß aus Protest revoltierte, sondern mit dem Aufstand etwas zu erreichen erwartete. Soziale Proteste, genauso wie Demonstrationen, sind immer auch Formen „symbolischer Politik“, die also auf Vermittlung abzielen und dafür öffentliche Aufmerksamkeit erwarten (Kaschuba 1999: 76). Sie stellen das Kalkül an, dass die Machthabenden empfänglich für ihre Proteste wären und womöglich umgehende Zugeständnisse machen würden. Denn der Mob war nicht bloß eine gelegentliche Ansammlung von Leuten für irgendeinen ad hoc herbei gesuchten Zweck, sondern faktisch eine anerkannte dauernde Einheit, selbst wenn er als solcher selten auf Dauer organisiert war.

Zum Zweiten waren die Aktivitäten des Mobs, unabhängig ihres scheinbaren Zieles, ihrer Ideologie oder ihrer intellektuellen Defizite, immer gegen die Reichen und Mächtigen gerichtet. Diese Neigung hat Beobachtende – die, egal welcher politischer Couleur, weit davon entfernt waren, ganz

---

<sup>34</sup> Hobsbawm wiederum spricht einem französischen Historiker, George Rudé, anerkennend Dank aus, der zahlreiche Studien zu Aufständen im 18. Jahrhundert im französisch und englischsprachigen Raum verfasst hat.

<sup>35</sup> Beinahe lautmalerisch klingend benutzt Hobsbawm das Wort „fickleness“ als Charakteristikum.

mit dem klassischen Mob zu sympathisieren – immer wieder dazu gebracht, ihn als eine Ansammlung von Lumpenproleten und Kriminellen auf Beutezug zu denunzieren.

### **2.3.1 Bewegliche Klassenidentität?**

Vertritt man den Ansatz, dass soziale Lage Denken und Verhalten bestimmt, in welchem Vermittlungsgrad und wie wechselseitig auch immer, so stellt sich unweigerlich die Frage nach der Klassenhomogenität des beobachteten Akteurs. Ist der Mob eine Klasse? Rein deskriptiv lässt sich festhalten, dass sich hauptsächlich Manufakturarbeiter, Tagelöhner und Verarmte sowie in nicht geringer Zahl Frauen und Jugendliche zum Krawall rottierten. Hinzu gesellten sich zunehmend auch Handwerker, auch wenn diese sich aufgrund ihrer Selbsteinschätzung, noch ganz ständisch geprägt, stark von dem Pöbel absetzen wollte. Ihre ökonomische Lage entsprach aber, ausgelöst durch Industrialisierungstendenzen, zunehmend der jener, deren Existenz nicht fortwährend gesichert war. Die weite und bewegungsorientierte Klassenanalyse eines E.P. Thompson vertritt, ergänzbar dazu, ein durch den sich praktisch vollziehenden Interessenkonflikt bestimmten Ansatz: „Ich sehe Klasse nicht als eine „Struktur“ oder gar einen „Begriff“, sondern als etwas, das in menschlichen Beziehungen tatsächlich geschieht. Und Klasse geschieht, wenn einige Menschen infolge gemeinsamer (überlieferter oder geteilter) Erfahrungen die Identität der Interessen zwischen sich selbst wie gegenüber anderen Menschen, deren Interessen von ihren eigenen verschieden (und gewöhnlich entgegengesetzt) sind, fühlen und artikulieren“ (zit. nach Herzig 1988: 14).

Die aufständischen Unterschichten verband trotz des existenziellen ökonomischen Bedürfnisses nur sehr vorübergehend ein gemeinsames Interesse. Zu unterschiedlich waren die Trägerschichten der Aufständischen, denn die durch die Industrialisierung angetriebene Transformation von einer ständisch strukturierten Gesellschaft in eine Klassengesellschaft verstärkte die soziale Differenzierung der Unterschichten eher noch. Die fortschreitende Arbeitsteilung erst ließ die Fabrikarbeiter neben den Heimgewerbetreibenden hervortreten. Die gemeinsame Klassenidentität musste in den Aufständen also immer erst wieder neu entstehen. Ein nachhaltiges Klassenbewusstsein bildete sich dann erst im politischen Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung heraus, das was Marx den Übergang von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich“ fasste.

### **2.3.2 Am Schreibtisch, im Salon oder an der Werkbank: Fear of the Lumpen-proletariat**

Wie der Sozialist Ferdinand Lasalle und mit ihm der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein richtig erkannten, blieben die sich andauernd wiederholenden Proteste der Unterschichten relativ ergebnislos. Zur Schaffung einer fester organisierten Arbeiterpartei orientierte sich Lasalle an

politischen Vorstellungen der Unterschichten, führte sie jedoch weiter und versuchte zusammen mit einer Änderung der Aktionsformen die Legitimität ihrer Anliegen zu erhöhen. Aus einem Vereinnahmungswillen heraus betrachtete er die Protestaktionen des vorindustriellen Prekariats als „Putsche, Überraschungen ohne Dauer und Halt“, als „wilde Appetite“, getragen von einer „Masse, ebenso schnell zerronnen wie gewonnen“, als „wilde sansculottische Wut“ (zit. nach Herzig 1988: 112). Das Rekrutierungspotential, welches Lasalle in den Unterschichten sah, bedingte seine klare Gegnerschaft zu dem traditionellen Politik- und Rechtsverständnis der Unterschichten geradezu – in einem Brief sprach er von dem Breslauer Unterschichtenaufstand von 1844 als „Mutwillen fenstereinwerfender Gassenbuben“ (zit. nach ebd.).

Die Unterschichten zu jener Zeit verfolgten Ideen, die von denen des radikalen, der Aufklärung anhängenden Bürgertums des Vormärzes, unabhängig waren. Sie gingen einen artikulierten ideologischen oder zumindest moralischen Konflikt mit der sich stärker ausprägenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung ein. Die Protestierenden erwarteten von der Politik einen angemessenen Preis für ihre Versorgungsgüter, damit ihr Überleben gesichert ist. Der absolutistische Staat trug, trotz der feudalen Ausbeutung, einen Wohlfahrtsgedanken in sich. Der bürgerliche Staat machte sich davon frei und setzte Eigentum und Akkumulation als Rechtsnormen absolut. E.P. Thompson war es, der dieses Uneinverständensein mit den Zwecken der kapitalistischen Ökonomie aus der in Unterschichten gepflegten Vorstellung einer „moral economy“ erklärte (vgl. Herzig 1988: 11). Die Vorstellung einer sittlichen Ökonomie enthält eine paternalistische Komponente, da sie davon ausgeht, dass in einer guten Gesellschaft der Staat als auch die wohlhabenden Bürger einer Fürsorgepflicht gegenüber die Armen und Schwachen nachkommen sollten (Kaschuba 1999: 72).

Aus diesem Antagonismus nimmt es nicht Wunder, dass das Bürgertum Sorge vor dem Protest des Pöbels hatte und ihm mit Ablehnung begegnete.<sup>36</sup> Der Protest war unkalkulierbar, weil sehr aktionistisch, Sachzerstörung und Eigentumsdelikte nicht ausschließend. Schnell wurden von dem sich erst jüngst konstituiertem Bildungs- und Besitzbürgertum alle Unruhen dem so genannten Pöbel in die Schuhe geschoben – der Begriff spannte eine Fläche für das projektive Abgrenzungsbedürfnis des bürgerlichen Selbstverständnisses auf.<sup>37</sup> Immanuel Kant beispielsweise war angesichts der Unterschichtenproteste in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts streng darauf bedacht, das „bürgerliche Ganze“ von dem „Pöbel“ abzusondern – letzterer bilde sich ausnahmslos durch das „Rottieren“, das „agere per turbas“ (zit. nach Herzig 1988: 13).

---

<sup>36</sup> Es ist nicht so, dass das Bürgertum die Straße als Ort der Politik immer anrühlich fand. Als aber der antiabsolutistische Kampf in Deutschland mit Positionen im Staat oder Parlament geadelt und damit auch domestiziert wurde, wurde das Pflaster schnell zum Inbegriff „vulgärer Leidenschaften“ (Kaschuba 1999: 71).

<sup>37</sup> Passend dazu, ein kurzer Ausfallschritt in die Gegenwart, Saskia Sassens Kritik an der Wahrnehmung der Banlieue-Unruhen: „Wir blicken auf diese „Riots“ aus der Perspektive moralistischer Mittelklassewerte (Süddeutsche Zeitung 15.11.2005).“

Aus anderem Blickwinkel, aber mit ähnlichem Ergebnis, blickt häufig die Forschung der Protest- und Demonstrationsgeschichte auf die sozialen Erhebungen des 19. Jahrhunderts. Aus einer modernisierungstheoretischen Sicht steht die Ersetzung der spontanen Rottierung durch die organisierte Massendemonstration der Arbeiter-bewegung nicht nur für eine zeitliche Abfolge bzw. ausschließlich eine Erweiterung des politischen Formenspektrums, sondern für eine qualitative Entwicklung. Der angenommene Zuwachs an kollektivem Bewusstsein, an sozialer Organisationsfähigkeit und an politischer Effizienz wird zugespitzt verstanden als Schritt von einer archaischen Gewalkultur hin zu einer rationalen Streitkultur. Einwenden lässt sich gegen diese Schlussfolgerung, dass Formen der politischen Kultur so komplett von der Lebenswelt und der Alltagskultur einer Schicht getrennt werden. Anstatt sich bewegungs- oder gar parteiförmig zu artikulieren, folgen die Aufständischen spontan einer Logik des lokalen Gesellschaftshorizontes. Interaktionsformen, Sprache und symbolische Regeln des Alltags finden sich auch in den Protesten wieder. Deswegen erscheinen sie affektgeleiteter als andere Formen der Politik und bleiben in ihrer politischen Reichweite beschränkt. Ideologisch noch eingengter, fast für jedes Beispiel von unkonventionellen Protest geltend, wird in der Bewertung der „Blickwinkel bürgerlicher Politik- und Gesellschaftsbegriffe zu Grunde gelegt, in dem organisierte und institutionalisierte Politikformen und die entsprechende Ästhetisierung ‚des Politischen‘ den Rang universaler Normen erhalten“ (Kaschuba 1999: 75). Proteste bedienen sich aber oft eines eigenen kulturellen Formenarsenals – kollektive Gesten, Haltungen, Rituale und Symbole –, weswegen sie weniger nach politischer Legitimität oder Legalität trachten.

Nachdem versucht wurde, das Verständnis sozialer Proteste zu vertiefen und sogleich in seine methodischen Grenzen zu verweisen sowie dem flüchtigen Mob aus der Schwellenzeit zum industrialisiertem Kapitalismus nachgegangen wurde, wird es im nächsten Kapitel historisch und konkret. Die Herausbildung der französischen Arbeiterklasse, die verwoben ist mit einem Lifting der Gesichtszüge der Stadt sowie der Einwanderung von Habenichtsen aus ganz Europa, steht dabei im Vordergrund. Der Mob wurde aus den Zentren der Stadt wieder vertrieben und nach längerem Hin und Her bildete er sich um – zu einem geschlossenen roten Gürtel um die Stadt. Als sich dieser dann wiederum in seine Bestandteile auflöste, tauchte sie spektakulär auf, die moderne Rotte, im Gefecht mit den Sicherheitskräften der CRS wie zuletzt 2005.

### **3. Geschichte der Vororte**

#### **3.1 Der Urbanismus als Antwort auf die soziale Krise (1848-1880)**

*„Wenn heute Barbaren unsere Gesellschaft bedrohen, so leben sie nicht bei den*

*Hottentotten, sondern in den Vororten unserer Industriestädte“ (Saint-Marc Girardin, zit. nach Jordan 1996: 111).*

Die Geschichte der (französischen) Aufstände bereits des späten 18. vor allem aber des gesamten 19. Jahrhunderts ist eine Geschichte städtischer Erhebungen: Revolten und Revolutionen entstanden im urbanen Raum, folgten der Logik seiner Geographie und konnten auch nur in diesem vorstrukturierten Rahmen bekämpft werden. So ist es nicht verwunderlich, dass Stadtplanung in jener Zeitspanne zu einem wesentlichen Politikum werden konnte (vgl. Jordan 1996: 116): Die (ursächliche) soziale Frage sollte per staatlichem Dekret in eine bloß räumlich-technische Frage transformiert und durch die Aufoktroyierung und Durchsetzung neuer Strukturmuster, wenn zwar nicht wirklich gelöst, so doch zumindest beseitigt oder unsichtbar gemacht werden: „Alles in allem verbarg die Gesellschaft vor dem industriellen Zeitalter ihre schädlichen Seiten, ihre Schwächen und ihre Laster: den Wahnsinn, die Prostitution, die Krankheiten; sie verwies sie an verruchte Orte“ (Lefebvre 1975: 16). Dies ist der Hintergrund, vor dem die Transformation der französischen Städte, allen voran jene von Paris, begriffen werden muss.

Allerdings waren die städtischen Erhebungen dieser Epoche, deren Eckdaten sich grob mit der französischen Revolution von 1789 und den Aufständen der Pariser Commune von 1871 umreißen lassen, wie bereits im vorigen Kapitel angedeutet, im wesentlichen noch präproletarischen Charakters. Die Industriegesellschaft steckte erst in ihren Kinderschuhen, das „echte“ Proletariat, d.h. die Klasse der doppelt freien Lohnarbeiter (vgl. Marx 2001: 743), stellte zu jener Zeit – zumindest in Frankreich – gegenüber der Masse von städtischen Handwerkern, ländlichen Arbeiterbauern (worker-peasants) und vagabundierenden Tagelöhnern noch eine verschwindende und wenig bedeutsame Minderheit dar (vgl. Noiriel 1990: 20). Es kann demnach als eine Ironie der Geschichte, als spätes Lachen der Pariser Communarden begriffen werden, dass gerade die neu geschaffenen urbanen Raumordnungen, welche ursprünglich die Zerschlagung des revoltierenden Mobs intendierten und ermöglichten, wobei sie zugleich die weitere Ausdehnung und Vermassung der (Pariser) Vorstädte zu ihrem Resultate hatten, für die kommende Geburt der französischen Arbeiterklasse einen fruchtbaren Boden bereiten würden: als *ceinture rouge* sollten sie die französische Bourgeoisie des 20. Jahrhunderts noch lange in Atem halten.

Allerdings waren das Bürgertum und der französische Staat von den Entwicklungen an den Rändern der großen Städte bereits im 19. Jahrhundert nicht sonderlich weniger beunruhigt. Das den im Schatten der großen Agglomerationen gedeihenden Vororten noch bis in die ersten Jahrzehnte dieser Epoche zukommende Image eines ländlichen Zufluchtsortes, an welchen sich die

wohlhabenden Städter zurückziehen und somit den Unruhen und Seuchen innerhalb der Zentren entfliehen konnten (vgl. Stébé 2002: 12f.), wurde durch die Realität ihres immensen und unkontrollierten Anwachsens und den Zuzug vor allem verarmter und arbeitssuchender Bevölkerungsschichten schnell jedweden romantischen Scheines beraubt. Allein in den Pariser Vorstädten wuchs die Einwohnerzahl zwischen 1806 und 1841 von 13 000 auf 114 000 an, bis 1856 sollte sie sogar auf 352 000 steigen (vgl. Girard 1952: 168). Dadurch veränderte sich ihr Erscheinungsbild völlig: Anstatt ländlicher Idylle bot sich dem Betrachter „ein wildes Durcheinander eigenständiger Vororte“ (Jordan 1996: 302) dar: „Mehr ländlich als städtisch geprägt, da räumlich, psychisch und sozial durch die Steuergrenze strikt von Paris getrennt, arm und völlig verwahrlost, nicht einmal mit den primitivsten sanitären Anlagen [...] ausgestattet, [...] ein durch Morast, Verkommenheit und Bruchbuden geprägtes Niemandsland außerhalb der Zivilisation“ (ebd.).

Allerdings war diese wuchernde, ländlich-urbane Zone nur die eine Sorge der städtischen Bourgeoisie. Neben der sozusagen äußeren Gefahr, die von jener „finsteren wilden Rotte an den Stadtgrenzen, die gierig darauf wartete, losschlagen zu können“ (ebd.: 303) ausging, gab es für die herrschenden Klassen noch eine weitere, gewissermaßen innere Bedrohung: die städtischen Handwerker und Arbeiter. Diese, zum größten Teil gelernte Fachkräfte, standen in der revolutionären Traditionslinie der Sansculotten (vgl. Noiriel 1990: 64) und wachten kämpferisch, beständig zu Revolten bereit, über den Erhalt ihrer Unabhängigkeit und die Protektion ihrer privilegierten Stellung. Da ihre angestammten Wohnbezirke, die Arbeiterviertel in den urbanen Zentren, lange Zeit unangetastet blieben, konnte sich die kollektive Identität dieser Klasse in den Alltagsformen ihres Zusammenlebens verfestigen und das Erbe des gemeinsamen Widerstandes und Kampfes – zum Leidwesen der Herrschenden – aufrechterhalten werden (ebd.: 64f.). Die Aufstände vor allem von 1831, 1834 und 1848 stellen ein beredtes Zeugnis dieser auf eine Verteidigung der vorindustriellen Arbeits- und Lebensweisen abzielenden, jakobinischen Traditionslinie dar. In ihrem Rahmen konnten sich die städtischen Handwerker zumeist erfolgreich gegen die Einführung von neuen Technologien und dequalifizierenden Mechanisierungsprozessen zur Wehr setzen und so ihren professionellen und unabhängigen Status bewahren (vgl. Noiriel: 61f.) – was zugleich ein enormes Hindernis für die beginnende Industrialisierung und Kapitalisierung Frankreichs implizierte (ebd.: 58). Der Kampf um die Städte hatte gerade erst begonnen und er war noch längst nicht entschieden, ständige Aufstände und Revolten erschütterten die urbane Ordnung.

Für die politische Klasse bestand also Handlungsbedarf. Entsprechend eines wesentlich autoritär geprägten Herrschaftsapparates konnte dieser Bedarf nur in Form technischer Maßnahmen umgesetzt werden: Das Projekt einer gänzlich neuen Raumordnung, die alles Gewachsene

durchfährt und nach den eigenen, am Reißbrett konstruierten Strukturprinzipien arrangiert, kann als Prototyp dieser Maßnahme gelten, die zugleich staatlich-administrative und kapitalistische Ratio synthetisiert. Baron Georges-Eugène Haussmann sollte zum Vollstrecker dieser neuen urbanen Vernunft avancieren. Sein Paris war die Antwort auf die ständige und vorher nie bewältigte Bedrohung durch städtische Revolten und Erhebungen: Die alten, wild wuchernden Arbeiterviertel im Inneren der Stadt wurden von riesigen Alleen durchschnitten und ihrer Nicht-Einsichtigkeit und Abgeschlossenheit beraubt, damit das Werk Rambuteaus (vgl. Jordan 1996: 126) vollendet. Das Stadtbild sollte dem Aufmarsch von Armeen ebenso entgegenkommen, wie der beschleunigten Taktung kapitalistischen Verkehrs, die „Krise der Zentren“ (ebd.: 184) darin ihre angemessene Lösung finden. Das Resultat fiel drastisch aus: „Haussmann schneidet ins urbane Gewebe, zieht erbarmungslos gerade Linien. Noch ist das nicht die Diktatur des rechten Winkels [...], doch es ist bereits die Ordnung der Regel, der Begradigung, der geometrischen Perspektive. Solch eine Rationalität ist nur möglich, wenn sie von einer Institution stammt. Die oberste, die allerhöchste Institution, der Staat greift ein“ (Lefebvre 1972: 119).

Der Staat tritt in Gestalt von Haussmanns Projekten also als von oben verordnete urbanistische Strukturgewalt in Erscheinung, die nach funktionalen Gesichtspunkten ordnet, die Stadt als einen entmenslichten, gestaltbaren Raum auffasst, in der weder Individuen noch einzelne Häuser relevant sind (vgl. Jordan 1996: 282) und die die allmähliche Gewachsenheit, fließende Historizität, des sozialen Raumes jäh durchbricht. Die aufrührerische Klasse der städtischen Handwerker jedenfalls wurde durch diese Maßnahmen zersprengt, ihrer ursprünglichen und angestammten Wohnviertel beraubt und – infolge der teilweise enorm gestiegenen Mieten des nunmehr verbürgerlichten Pariser Zentrums – in billigere Gegenden und das heißt vor allem in die Vororte verdrängt (vgl. Noiriell 1990: 70).

Aber auch diese Vororte, d.h. die Banlieues, sollten dem Übergriff der Ordnungsgewalt nicht entzogen bleiben. Hatten sie sich zuvor unorganisiert und eigenwüchsig „jenseits der Pariser Fiskalgrenzen“ zu einem gleichsam bedrohlich anmutenden „Steuerparadies für Arme“ (Jordan 1996: 121) entwickelt, so wurden sie nun dem städtischen Recht unterworfen und Paris eingemeindet – der Souverän forderte Tribut. Galten sie noch bis vor kurzem für „Polizei und Verwaltung“ als „ein wahrer Alptraum“ (ebd.: 304), sollten sie sich nun dem bürokratisch-administrativen Diktat von Stadt und Staat beugen – die Kontrolle über die „wilde Rote“ war maßgebliches Interesse der Aufstände und Unruhen befürchtenden Bourgeoisie (ebd.: 303). Das Alltagsleben der Unterschichten wurde verregelt und verrechtlicht, was durchaus auch im Sinne einer „Volkshygiene“ gedacht war (vgl. Noiriell 1990: 70): Mit einem Mal war das Rauchen und Abhalten politischer Gespräche auf der Straße verboten, Straßenbeleuchtung und



Hygienevorschriften brachten Licht und Sauberkeit ins Dunkel der Gassen und als ultima ratio ließ sich auch die Ausgangssperre<sup>38</sup> verhängen. Das Terrain der Stadt wurde politische Kampffläche, „der Gegensatz von sozialem Lebensbedürfnis und polizeilicher Ordnungsnorm zur alltäglichen Konfliktfigur“ (Kaschuba 1999: 70).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass in dieser Phase der urbanen Kämpfe erstmals zentralistische Planmaßnahmen im großen Stil zum Einsatz kamen. Der Krieg der Paläste gegen die Hütten hatte organisierten Charakter angenommen, die Stadt war zu seinem technisierten Schlachtfeld geworden: „Die städtische Wirklichkeit wird Befehl, unterdrückende Ordnung, Markierung durch Signale, wird summarische Verkehrsordnung und Verkehrszeichen, [...] autoritäre Botschaft.“ (Lefebvre 1972: 20). Das urbanistische Experiment vermochte es, das Ende der Periode spontaner städtischer Erhebungen und Revolten einzuleiten, zeitigte den Untergang und die Integration des Mobs, ohne doch die sozialen Problemlagen zu beseitigen: „Lastly, the increasing sensitiveness of governments to rioting in capital cities after the French Revolution, and perhaps also the 19th-century evolution of urban structure, which tended to remove the rich from the poor into their specialized quarters, and to remove both from the main business and government districts, made the classical spontaneous riot or rising less easy, even when the material for it still existed” (Hobsbawm 1959: 124).

### **3.2 Die Geburt der modernen Arbeitswelt und die des Proletariats. Die ökonomischen Transformation**

#### **3.2.1 1880-1900**

Wie im vorigen Kapitel gezeigt, kann der Urbanismus eines Haussmann als staatlich sanktionierte und exekutierte Maßnahme zur Unterdrückung der immer wieder aufbrechenden städtischen Kämpfe gedeutet werden. Sein Vollzug war die Trennung und räumliche Zweiteilung der urbanen Gesellschaftsordnung, in deren Konsequenz sich die herrschende bürgerliche Klasse fortan in den Zentren der großen Agglomerationen konzentrierte, während die unteren städtischen Schichten an die Ränder der französischen Metropolen verdrängt wurden, was zugleich eine räumliche Aufteilung von Kopf- und Handarbeit, Verfügenden und Verfügtten implizierte. Als unmittelbares Resultat der Zersprengung der innerstädtischen Arbeiterviertel kann zudem die Desintegration der revoltierenden Klasse städtischer Facharbeiter und Handwerker gelten. Mit der Ausweitung staatlicher Kontrolle, Administration und Hygiene sollte schließlich die Hoheit über die Straße als

---

<sup>38</sup> An diesem Punkt, den Schluss vorwegnehmend erscheint es auch mehr als Koinzidenz zu sein, dass die französische Regierung am 7. November 2005 den „état d'urgence“ (in etwa Ausnahmezustand) verhängte, um der Krise in den Vorstädten Herr zu werden. Der Beschluss, der auf ein rechtliches Kampfmittel von 1955 zur Eindämmung der Auswirkungen des algerischen Bürgerkrieges fußte, sah neben anderen grundrechtlichen Beschneidungen vor, dass auf Ebene der départements Ausgangssperren verhängt werden können (vgl. ouvrage collectif 2005:19).

„Wohnung des Kollektivs“ (Benjamin 1991, Bd. 1: 533) erlangt werden.

Das so entstandene und angewachsene vorstädtische Milieu sollte nun in den folgenden Jahrzehnten zur Geburtsstätte des modernen französischen Proletariats avancieren. Dieses ist also von vorneherein ein städtisches Produkt, im ensemble der urbanen Verhältnisse entstanden und durch sie geprägt. Zwar hatte es in Frankreich bereits zuvor ländliche Industriegebiete gegeben; doch rekrutierten diese ihre (wechselnde) Belegschaft vor allem aus den ungelerten Bauern der umliegenden Landstriche, für welche Arbeit in den Manufakturen und Fabriken nur ergänzend und saisonal in Betracht kam und zudem ganz dem Imperativ einer Aufrechterhaltung bäuerlich-ländlicher, dörflich-traditionaler Lebensverhältnisse unterworfen blieb (vgl. z.B. Noiriél 1990: 38ff., passim). Eine ursprüngliche Akkumulation, das heißt die gewaltsame Vertreibung der Bauern von ihrer Scholle und ihre Verwandlung in Lohnarbeiter (vgl. Marx 2001: 741ff.), hatte es in Frankreich nicht gegeben (vgl. Noiriél 1990: 9, 50). Bis weit ins 19. – und teilweise sogar noch bis ins 20. Jahrhundert – hinein konnte sich eine duale, arbeiter-bäuerliche Beschäftigungsweise aufrechterhalten.<sup>39</sup>

Der erste maßgebliche und breitere Schub von tatsächlichen Proletarisierungsprozessen und damit eine umfassende ökonomische Transformation der französischen Gesellschaft setzte indessen im Zuge der großen 1880er Depression ein. Mit der Wirtschaft geriet auch das Landleben und damit die überkommene Form der landwirtschaftlich-industriellen Doppelbeschäftigung in die Krise: Freihandel und Binnenmarkt setzten die häuslich und dörflich produzierenden Familien und Gemeinschaften dem Druck der Konkurrenz und den stummen Zwängen des Marktes aus, gegenüber denen die traditionellen Produktionsverhältnisse nicht bestehen konnten (vgl. Noiriél 1990: 73): Ihr Untergang führte zu einer massiven Landflucht (ebd.: 77) der in den bäuerlichen Regionen freigesetzten und nunmehr auf der Suche nach festen Anstellungen in die (Vor-)Städte strömenden Bevölkerungsschichten.

Aber auch das ökonomische Leben in den Metropolen selbst blieb von den Auswirkungen der Krise nicht unberührt. Was für die Arbeiter-Bauern galt, betraf die städtischen Handwerker und Kleinbürger nicht weniger: Die Binnenmarktverdichtungen hatten zur Folge, dass vormalig spezialisiert hergestellte Luxusprodukte dem im Entstehen begriffenen Massenkonsum eingegliedert wurden, woraufhin die Industrie die Produktion in gestiegenem Maße mechanisierte, um diesen Bedarf decken zu können<sup>40</sup> (ebd.: 82). Der handwerkliche Facharbeiter wurde so seiner

---

<sup>39</sup> So ist etwa der Anteil der Landbevölkerung an der Gesamtarbeiterschaft in der Textilbranche von 1830 bis 1848 von 25 Prozent auf 50 Prozent gestiegen (vgl. Noiriél 1990: 24); und auch die Schwerindustrie blieb mindestens bis zur Jahrhundertmitte wesentlich bäuerlich geprägt (ebd.).

<sup>40</sup> Auch hierbei ist die urbanistische Desintegration der städtischen Handwerkerklasse nicht unbedeutend, hatten diese doch ihre widerständigen Aktivitäten stets gerade gegen die Einführung neuer Technologien und Verfahrensweisen, die ihren spezialisierten Status überflüssig machen, mobilisiert.

ökonomischen Basis beraubt und von der Maschine ersetzt. Zuerst im Rahmen des urbanistischen Projekts zersprengt, ging er nun gänzlich im Proletariat auf und in den Fabriksälen unter. Auch die städtischen Kleinbürger wurden also der Klasse der doppelt freien Lohnarbeiter einverleibt.

Alle diese neu entstandenen proletarisierten Bevölkerungsschichten strömten in die Vorstädte, die im Laufe des 19. Jahrhunderts zugleich zum primären Ansiedlungsort für „die meisten verschmutzenden und stinkenden Industrien“ (Schmid 2004) geworden waren. Da mit dem Rückgang der komplementären landwirtschaftlich-industriellen Beschäftigungsformen zugleich die traditionellen Muster der saisonalen (Binnen-) Migration durchbrochen wurden, war dieser Zustrom kein bloß temporärer und vorübergehender mehr, vielmehr wurden permanente Ansiedlungen zum Regelfall. Die Banlieues platzten aus allen Nähten: Allein in Paris stieg die Einwohnerzahl in den Vorstädten bis zur Jahrhundertwende noch einmal auf etwa 800 000 an (vgl. Stébé 2002: 16), wobei die Banlieue erheblich schneller wuchs als der Stadtkern selbst (vgl. Bourillon 1998: 43). Der französische Staat antwortete auf diesen massiven Zustrom von Bevölkerungsschichten erstmalig mit interventionistischen Maßnahmen im Wohnungsbausektor: Im Rahmen des *loi Siegfried* vom 30. 11. 1894 wurde der organisierte Bau von „Arbeiterwohnungen“ beschlossen (vgl. Breitfuss/Dangschat/Frey/ Hamedinger o.J.: 25).

### **3.2.2 1900-1930. Die Geburt der modernen Arbeitswelt**

War die Epoche bis zur Jahrhundertwende dadurch gekennzeichnet, dass sich in ihrem Rahmen erstmalig ein genuines französisches Proletariat herausbildete (vgl. Noiriel 1990: 78), so sollte sich dieser Prozess in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts noch wesentlich intensivieren: Die Phase von 1900 bis 1930 kann als die Geburtsstunde jener charakteristischen französischen Arbeiterwelt gelten, die heute ihrem Verschwinden entgegengeht (vgl. ebd.: 109). Allein in den Jahren von 1913 bis 1929 nahm der Anteil der Industriebevölkerung um 40% zu, Frankreich stieg in die Liga der führenden Industrienationen auf (vgl. ebd.). Gerade im Zuge des Ersten Weltkrieges gewann die Industrialisierung gewaltig an Fahrt, mit ihr setzten die typischen arbeitgesellschaftlichen Rationalisierungs- und Organisationsformen wie Taylorismus, Massenbeschäftigung und -konsum (Fordismus), Standardisierung der Produktion und intensivierte Arbeitsteilung langsam ein. Auch die Landflucht sollte in den 1920er Jahren noch einmal massiv ansteigen: Mehr als eine Million Bauern verließen die ländlichen Gebiete und ihre traditionellen Communities, um in den städtischen Industrien nach Arbeit zu suchen (vgl. ebd.: 119).<sup>41</sup> Die ökonomische Transformation Frankreichs hin zu einer modernen kapitalistischen

---

<sup>41</sup> Diese Binnenmigration entstand nicht einmal ausschließlich aus rein ökonomischen Motiven, sondern war in vielen Fällen das Produkt freiheitlich-bewusster Entscheidung und reflektiert demnach den erweiterten Horizont jener Bevölkerungsteile, die dem Stumpfsinn des Landlebens zu entfliehen trachteten (vgl. Noiriel 1990: 120).

Industriegesellschaft war unwiderruflich vollzogen.

Doch weder Rationalisierung der Produktion noch eine alleinig binnenländische Vergrößerung der Masse der Produzenten reichten aus, um den Heißhunger der Fabriken zu stillen. Frankreich litt, wie auch bereits in wesentlichen Phasen des 19. Jahrhunderts, unter einem permanenten Mangel an Arbeitskräften. Um zusätzliche Ressourcen zu erschließen, wurden vor allem ausländische Arbeitskräfte herangezogen. Das war alles andere als neu (vgl. ebd.: 101): Bereits im 18. und 19. Jahrhundert wurden aus denselben Gründen zahlreiche Einwanderer aufgenommen, was Frankreich in jener Zeit eher zu einer Ausnahmeerscheinung stempelte (vgl. Engler 2007: 1). Was allerdings durchaus als neu bezeichnet werden kann, war der organisatorische Grad, den diese Form der Arbeitskräfterekrutierung annahm: So schloss Frankreich zu dieser Zeit zahlreiche Anwerbeabkommen unter anderem mit Italien (1904, 1908, 1919), Polen (1908) und der Tschechoslowakei (1920) (ebd.). Mehr als eine Million ausländische Arbeitskräfte wurden im Zuge dieser Rekrutierungsmaßnahmen nach Frankreich geholt – „representing two million people, with their families“ (Noiriel 1990: 120) –, eine Zahl, die natürlich nur die offiziell registrierten Immigranten umfasst, de facto aber vermutlich als weit größer eingeschätzt werden muss (vgl. ebd.). Zudem strömten natürlich nicht nur staatlich Angeworbene nach Frankreich, sondern es gab auch zahlreiche Einwanderer aus anderen Ländern – wie etwa aus China, den Maghreb-Staaten oder der Ukraine (vgl. ebd.: 124). Zu Beginn der 1930er Jahre machten alle diese Migranten ca. 15% der gesamten französischen Arbeiterklasse aus (vgl. ebd.: 120), Frankreich selbst „war [...] – gemessen an absoluten Zahlen – nach den USA das zweitwichtigste Einwanderungsland der Welt“ (Engler 2007: 1) geworden.<sup>42</sup> Und es sollten gerade die dynamischsten und modernsten Industrien mit den größten Profitspannen sein, in denen die Einwanderer Beschäftigung fanden und schnell einen großen Anteil an der Gesamtarbeiterschaft stellten (vgl. Noiriel 1990: 123).<sup>43</sup> So lässt sich also folgern, dass nur durch die massive und staatlich gesteuerte Einwanderung die Konsolidierung der französischen Wirtschaft auf konkurrenzfähigem Niveau möglich wurde (vgl. ebd.): „Die Immigration war für die Entwicklung dieser [d.h. der französischen] Industriegesellschaft konstitutiv“ (Loch 1999: 118). Allerdings waren die Migranten – zusammen mit den vormals bäuerlichen Arbeitern (vgl. Noiriel 1990: 125) – auch der Bevölkerungsteil, der unter den schlechtesten Bedingungen zu arbeiten hatte und mit den modernsten zugleich auch die unter Herkunftsfranzosen unbeliebtesten und körperlich belastendsten Berufe übernehmen musste (vgl. ebd.: 121f.). Darüber hinaus waren sie auch rechtlich alles andere als gleichgestellt: Nicht nur

<sup>42</sup> Insgesamt lebten in den 1930er Jahren etwa 2,7 Millionen Einwanderer in Frankreich, was einem Anteil von 6,6% der Gesamtbevölkerung entspricht (vgl. Engler 2007:1).

<sup>43</sup> In den Bergwerken etwa lag der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte um 1906 bei 6,5%, 1931 jedoch bereits bei 42%; in der selben Zeitspanne stieg der nämliche Anteil in der Schwerindustrie von 18,4% auf 38,2% an (vgl. Noiriel 1990: 121).

durften sie nicht wählen (vgl. Fridenson 1998: 108), sondern ihnen wurden zudem zugleich die Möglichkeiten eines Arbeitsplatz- oder Wohnortwechsels entzogen, damit fundamentale individuelle Freiheitsrechte vorenthalten (vgl. Noiriel 1990: 122f.). Als Konsequenz dieser politisch-rechtlichen Ausgrenzung und ökonomischen Schlechterstellung bildeten die Einwanderer zumeist abgeschottete und isolierte Communities und lebten unter teils katastrophalen Umständen in Baracken- und Elendsvierteln. (vgl. ebd.: 126). Von einer Integration in die französische Community kann hier also (noch) nicht gesprochen werden.

Neben all diesen demographischen wie wirtschaftliche Vorgängen muss jedoch als entscheidendstes und für unsere Zusammenhänge möglicherweise relevantestes Charakteristikum dieser Entwicklungsphase der französischen Gesellschaft die endgültige Etablierung und Herausbildung jenes typischen urban-industriellen Kosmos', den die französischen Vorstädte fortan darstellen sollten, angesehen werden (vgl. ebd.: 112). Auch hier intensivierte sich in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts das, was sich bereits in der zweiten Hälfte des 19. abzeichnen begann: Im Zuge der beschleunigten Industrialisierung entstanden zahllose neue Fabrikkomplexe an den Rändern der großen Agglomerationen, die dem gesamten Umfeld ihren Stempel aufdrückten und massenhaft nach Arbeitskräften verlangten. Mit ihnen wuchsen neue, gewaltige Wohnbezirke heran,<sup>44</sup> die von den Wohn- und Lebensräumen der innerstädtischen Populationen komplett getrennt und verschieden waren (vgl. ebd.: 113). Schon damals führte die mangelhafte Anbindung der Vororte an die Innenstadt zu einer Begrenzung des Lebensradius auf den Zwischenraum von Arbeit und Wohnstätte (vgl. Bourillon 1998: 44, 48). Allein im unmittelbaren Umland von Paris wurde in den 1920er Jahren ein Gebiet, das der anderthalbfachen Gesamtfläche der eigentlichen Stadt entsprach, für den Wohnungsbau freigegeben, der ohne Vorausplanung und völlig unreguliert unter zumeist katastrophalen infrastrukturellen und hygienischen Bedingungen in die Tat umgesetzt wurde (vgl. Noiriel 1990, 133). Eine gänzlich neue industriell-urbane Lebenswelt war auf diese Weise entstanden: „The big factory and the suburb thus worked together generate a world of work very different from that of the preceding era“ (ebd.: 113).

Die Banlieues stellten demnach den Ort dar, an dem das industrielle Proletariat, bestehend aus dequalifizierten Handwerkern, ehemaligen Landarbeitern und zahllosen Immigranten, herangewachsen war. Und sie sollten in den folgenden Jahren auch zu jenem urbanen Raum werden, innerhalb dessen sich die Vertriebenen und Entwurzelten eine eigenständige Kultur erschufen, die für mehr als drei Dekaden, den Zeitraum der sogenannten *trente glorieuses*, der glorreichen dreißig Jahre von 1946-1975 (vgl. Dubet 1999: 97), den lebensweltlichen und integrierenden Horizont der neu entstandenen Arbeiterschichten maßgeblich zu prägen vermochte.

---

<sup>44</sup> Allein in die Pariser Region strömten zwischen 1921 und 1931 jährlich 100 000 Menschen (vgl. Jandi 2006: 11)

Der Anfang dieser Entwicklungen muss indessen bereits in den späten 1920er und den 1930er Jahren angesiedelt werden.

### **3.3 Das Entstehen der roten Vorstädte. Die kulturellen Transformationen**

*„Die großen Städte sind der Herd der Arbeiterbewegung, in ihnen haben die Arbeiter zuerst angefangen, über ihre Lage nachzudenken und gegen sie anzukämpfen, in ihnen kam der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie zuerst zur Erscheinung, von ihnen sind Arbeiterverbindungen, Chartismus und Sozialismus ausgegangen“ (Engels 1972: 349).*

Etwas vereinfachend lässt sich im Falle Frankreichs sagen, dass es erst nach dem Ersten Weltkrieg zur Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterkultur in den Vorstädten gekommen ist (vgl. Schüle 2003: 85). In diese Phase terminiert die Entstehung des berühmt-berüchtigten *ceinture rouge*. Das heißt natürlich „nicht, dass es im davor liegenden Zeitraum keine kulturellen Manifestationen im Milieu der Arbeiter gab“ (ebd.). Gerade die Übergangsphase um die Jahrhundertwende war durch verstärktes Klassenbewusstsein und den Höhepunkt widerständiger Militanz seitens der neu Proletarisierten gekennzeichnet (vgl. Noiriel 1990: 73, 88ff.). Allerdings muss das Arbeitermilieu, welches sich vor allem in den 1930ern in den Vorstädten herauszubilden begann, um sich dort bis in die 1970er Jahre hinein zu halten, durchaus von den vorherigen Lebens- und Kulturformen unterschieden werden: Erst in dieser Phase konnte sich die PCF in den Arbeiterkreisen und -vierteln grundlegend etablieren. Und es sollte gerade diese Partei sein, die im Kampf um die Vorstädte zur entscheidenden Größe werden konnte und der es gelang, das gesamte kulturelle und politische Leben des suburbanen Raumes zu besetzen und maßgeblich zu prägen: In den Auseinandersetzungen innerhalb der Vororte zu jener Zeit „hat die Kommunistische Partei zweifellos eine führende Rolle gespielt. Und bei aller Kritik an ihren fürchterlichen Dogmen und taktischen Winkelzügen, gilt es erst einmal zu sehen, dass sie in den 20/30er Jahren die eigentlich emanzipatorische Kraft war, auf die sich die Hoffnungen von Hunderttausenden gerichtet haben“ (Schüle 2003: 86).

Diese Hoffnungen auf Verbesserungen entsprangen dem Elend der eigenen Situation: Bereits vor der Weltwirtschaftskrise war die Lage in den französischen Vorstädten – wie bereits angedeutet – desolat: „Es herrschten Wohnungsnot und katastrophale hygienische Verhältnisse, Bildung und Ausbildung waren auf dem Nullpunkt, administrative Mittel fehlten hinten und vorne, der öffentliche Verkehr war kaum vorhanden, es gab immense Arbeitslosigkeit. [...] Das Image der Vorstadt [färbte sich] grau, sie ist zu einem Ort der Verbannung geworden“ (ebd.: 87). Durch die

Weltwirtschaftskrise wurden diese Zustände aber noch einmal dramatisch verschlimmert: Die massenweise Erfahrung von Arbeitslosigkeit schärfte bei den Betroffenen das Bewusstsein dafür, dass die Arbeit in den Industrien nicht als eine bloß vorübergehende betrachtet werden konnte, dass es keine Beschäftigungsalternativen mehr gab und dass sich zudem die Hoffnungen auf sozialen Aufstieg als haltlose Illusionen entpuppt haben (vgl. Noiriel 1990: 174). Gleichzeitig entsprang aus der Unentrinnbarkeit der eigenen proletarisierten Situation das Bedürfnis und die Notwendigkeit für eine Verbesserung ebendieser Situation zu kämpfen und damit einen positiven Bezug zur eigenen Klassenidentität herzustellen (ebd.).

An genau diesem Punkt konnte die PCF ansetzen, deren Mitglieder sich schon seit den 1920er Jahren intensiv in die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Vororte und in den Fabriken einbrachten, ohne freilich bereits zu dieser Zeit zu einer maßgeblichen Kraft innerhalb der Arbeiterschaft werden zu können. Die ökonomische Krise jedoch radikalisierte die von ihr Betroffenen: Als 1936 die erste große Welle von Streiks und Fabrikbesetzungen einsetzte, waren es die Kommunisten, die an vorderster Front der Kämpfe standen und zum Sprachrohr der Bewegung avancierten. Ihr beständiges Engagement und ihre revolutionärer Duktus hatten zur Folge, dass sich ein wesentlicher Teil der in ihren Stabilitätshoffnungen und Aufstiegsaspirationen enttäuschten Arbeiterschaft in den Forderungen der PCF wiederfinden konnte und deren Sprache und Deutungsmuster zur Definition ihrer eigenen Realität übernahm (ebd.). Die kommunistische Symbolik traf auf einen fruchtbaren Boden: Allein zwischen 1932 und 1937 verzehnfachten sich die Mitgliederzahlen der PCF auf ca. 300 000 (vgl. Jandi 2006: 13), bis 1946 sollten sie auf 800 000 ansteigen (vgl. ebd.: 19). Zudem übernahm die PCF bei den Kommunalwahlen in den 1930ern die politische Kontrolle über diverse Lokalverwaltungen, so dass bereits 1935 „über eine Million Menschen unter kommunistischer Lokalherrschaft lebten“ (ebd.: 13). Gerade in den elendsten Wohnquartieren waren ihre Erfolge am größten (vgl. Noiriel 1990: 155). Spätestens mit der Volksfrontregierung von 1936 war der Mythos des revolutionären roten Gürtels zu einer politischen Realität geworden (vgl. Jandi 2006: 12), 1945 waren schon 60 von 80 Rathäusern der Pariser Banlieue in den Händen der PCF (vgl. Brunet 1998: 288).

Nachdem sich die PCF auf diese Weise in den französischen Arbeitervorstädten etablieren konnte, sollte sie in den folgenden Jahrzehnten prägend für deren weitere Entwicklung werden. Auf der einen Seite initiierte und unterstützte sie zahlreiche politische Projekte zur Verbesserung der infrastrukturellen Bedingungen in den Banlieues: „Der Rekurs auf eine revolutionäre Rhetorik schloss keineswegs aus, dass die Bürgermeister eine reformorientierte und moderne Stadt- und Gemeindeverwaltung entwickelten: erste Ferienlager und Wohlfahrtsvereine für die Kinder der Banlieue, Erneuerung und Ausstattung der Schulen [...], Polikliniken und hygienische Maßnahmen,

Verbesserung der katastrophalen Wohnsituation“ (Jandi 2006: 15). Die Lebensqualität in den Arbeitervierteln konnte so entscheidend verbessert werden.

Auf der anderen Seite und darüber hinaus gelang es der PCF aber vor allem, auf alltagskultureller Ebene eine einheitliche proletarische Lebenswelt zu erschaffen und die Arbeiter unter einem geteilten Werte- und Erfahrungshorizont zu vereinen: „Der ‚rote Gürtel‘ lässt sich insofern nicht auf seine politische Dimension beschränken. Er war vielmehr ein soziales und politisches Phänomen zugleich, dessen Rahmen das politische System der kommunistischen Gemeinde- und Stadtverwaltungen darstellte. Als parteiförmiger Ausdruck einer starken Arbeiterbewegung gelang es dem PC, auf lokaler Ebene eine wirkliche ‚Gegengesellschaft‘ zu organisieren, die ihre Bewohner über die vielfältigsten parteiinternen und -externen Strukturen integrierte und ihnen zugleich eine über ihre soziale Klasse definierte Identität bot“ (ebd.). Indem die PCF und ihre Mitglieder das Alltagsleben in den Arbeitervierteln mit einem Netz von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen überzogen, waren sie in der Lage eine kollektiv geteilte und eingliedernde proletarische Kultur zu erschaffen, die alle Teile der Arbeiterschaft gleichermaßen umfasste (vgl. ebd.: 16). Zahllose neugegründete und mit der Partei ideologisch eng verbandelte Kulturvereine und Freizeitclubs (vgl. ebd.), sowie die diversen in den kommunistischen Gemeinden regelmäßig ausgerichteten Feste und Feiern wirkten in Richtung einer weiteren Festigung und Stabilisierung der neu geschaffenen Klassenidentität (vgl. Schüle 2003: 97) und konnten die kulturelle Hegemonie der PCF zusätzlich konsolidieren. Insgesamt bildete sich so auf lokaler und Gemeindeebene ein sozialer lebensweltlicher Zusammenhang heraus, der über außerordentlich vielfältige Integrationsmechanismen verfügte und nicht nur die direkten Parteimitglieder, sondern auch alle weiteren Bewohner des Quartiers mit einschloss (vgl. Jandi 2006: 17). Gerade die Tatsache, dass diese Arbeiterlebenswelt explizit als „Gegengesellschaft“ konzipiert wurde und mit der revolutionären Rhetorik den vom bestehenden System Ausgestoßenen und Degradierten zugleich eine sinnstiftende Zukunftsperspektive eröffnen konnte, kann als entscheidend dafür angesehen werden, dass räumliche Segregation und gesellschaftliche Ausgrenzung nicht mehr als desintegrierend und demotivierend erfahren wurden, sondern in positive und kämpferische Energien umgewandelt werden konnten und die Betroffenen mit neuem Selbstbewusstsein versorgten (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994: 51). Die Arbeitervororte stellten fortan einen eigenen integrierenden Mikrokosmos dar.

Dies betraf gerade und vor allem auch die migrantischen Arbeiter. Als nach dem Zweiten Weltkrieg in Frankreich wieder ein Wirtschaftsaufschwung einsetzte, wurden erneut ausländische Arbeitskräfte aus Ländern wie Italien, Portugal, Spanien, Belgien, Deutschland, Polen und Russland angeworben (vgl. Engler 2007: 2). „Gleichzeitig verstärkte sich die Einwanderung aus den



ehemaligen Kolonien infolge von Befreiungskriegen und dem Prozess der Dekolonialisierung. Vor allem im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg (1954-62) und der darauffolgenden Unabhängigkeit Algeriens im Jahr 1962 kam es zu einer umfassenden Wanderungswelle französischer Siedler und pro-französischer Algerier nach Frankreich“ (ebd.). War der Anteil der migrantischen Population im Zuge der Weltwirtschaftskrise bis zu den 1950er noch einmal zurückgegangen,<sup>45</sup> so stieg ihre Zahl zwischen 1954 und 1975 von 1,7 auf 4,1 Millionen an (vgl. Noiriél 1990: 198). Wie auch bereits die Generationen vor ihnen siedelten sich diese Neuzugezogenen vornehmlich in den Arbeitervierteln an und fanden Beschäftigung in den industriellen Sektoren, wo sie teilweise bis zu einem Drittel der Gesamtarbeiterschaft stellten (vgl. ebd.: 198f.).<sup>46</sup>

Dieser räumlichen und ökonomischen Eingliederung in das französische Proletariat sollte schnell auch eine soziokulturell-lebensweltliche folgen: Der von der PCF geprägte, kollektiv organisierte und strukturierte alltagskulturelle Rahmen ermöglichte es vielen Migranten, sich aktiv und teilnehmend in die gemeinsame politische wie freizeitliche Praxis einzubringen, was zur Folge hatte, dass diese von der Arbeitervorstadtwelt „regelrecht aufgesaugt wurden“ (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994: 44). Dies muss vor allem für die Phase der *trente glorieuses* konstatiert werden, obgleich bereits 1927 das *droit du sol* eingeführt wurde, welches allen auf französischem Boden geborenen Menschen automatisch die französische Staatsbürgerschaft zusicherte (vgl. Blanc-Chaléard 1998: 326). Aber erst die kulturell erschlossenen roten Vorstädte konnten ein geeignetes Instrumentarium ausbilden, mittels dessen Immigranten wie auch Zuwanderer aus der Provinz erfolgreich in die französische Arbeiterbevölkerung und -kultur eingegliedert werden konnten (vgl. Dubet/ Lapeyronnie 1994: 73). Dabei darf allerdings nicht vernachlässigt werden, dass im Konkurrenzverhältnis um Arbeitsplätze immer auch die Möglichkeit von rassistischer oder xenophober Abgrenzung angelegt ist, welche sich vor allem in Krisenzeiten mit hohen Arbeitslosenzahlen realisiert und dadurch neue Trennungen innerhalb der Arbeiterschaft produziert (vgl. Blanc-Chaléard 1998: 317). Es erstaunt so nicht, dass erst im Rahmen der ungewöhnlich langen krisenfreien Stabilität der *trente glorieuses* eine wirklich effektive Verschmelzung unterschiedlicher Herkünfte erfolgt ist (vgl. ebd.: 329), während es in der Phase davor immer auch Communitybildungen gegeben hatte – wiewohl diese Gemeinschaften stets durchlässig geblieben sind (vgl. ebd.: 324).

Was in den 1930er begann, sollte Bestand haben – vorerst. Gerade durch den maßgeblichen

---

<sup>45</sup> Durch die Laval-Dekrete etwa wurde der Anteil der Anstellungen von Ausländern während der Weltwirtschaftskrise beschränkt und quotiert, woraufhin viele ausländische Arbeitskräfte das Land verließen (vgl. Blanc-Chaléard 1998: 323).

<sup>46</sup> 1990 ist der Anteil der Arbeiter unter der aus dem Maghreb stammenden Bevölkerung in der Pariser Vorstadt mit 60% höher als jener der Gesamtbevölkerung (30%) (vgl. Rhein 1998: 214).

Einfluss der PCF war es gelungen, in den roten Vorstädten ein homogenes kulturelles und Beschäftigungsmilieu zu etablieren, dessen Anziehungs- und Integrationskraft nicht unterschätzt werden darf. Gleichzeitig war es in den dreißig Nachkriegsjahren zu einer Verdreifachung des Lebensstandards der Arbeiterklasse gekommen (vgl. Noiriel 1990: 199), was ebenso als Verdienst der PCF angesehen wurde (vgl. ebd.; ebd.: 192). So konnte sich das Modell der roten Vororte auch intergenerationell verfestigen: Ein proletarischer Status und erweiterte Möglichkeiten der Partizipation an den gesellschaftlichen Reichtümern schlossen sich nicht mehr aus. Zudem wurden die Jugendlichen auch durch die vielfältige Vereins- und Freizeitkultur wie selbstverständlich in die Lebensmuster ihrer Herkunftsklasse integriert (vgl. ebd.: 188). Insgesamt konnte sich so eine hohe Gruppenstabilität innerhalb der roten Vororte bis in die 1970er Jahre hinein fortschreiben.

### **3.4 Gegenwart: Der Niedergang der roten Vorstädte**

Das einstmals so erfolgreiche Integrationsmodell der roten Vororte sollte ab den 1980er Jahren zusehends in eine Krise geraten. Um dies erklären zu können, reicht ein alleiniger Durchgang durch die historischen Wandlungen ihres Milieus und ihrer Zusammensetzung nicht aus. Er ist vielmehr um eine strukturelle Analyse der Entwicklungstendenzen und Transformationen der kapitalistischen Gesellschaft zu ergänzen. Eine solche Analyse soll in einem späteren Kapitel bemüht werden; hier können nur noch kurz ihre Auswirkungen auf die lokale Ebene der französischen Vorstädte und auf die politischen Repräsentationsformen ihrer Bevölkerungsschichten angedeutet und vorweggenommen werden. Denn das Erfolgsmodell, welches die PCF regierten Banlieues dreißig Jahre lang verkörperten, fußte zugleich auf einer bestimmten politökonomischen Konstellation, die heute ihrem Verschwinden entgegengeht: Hatte sich die Arbeiterklasse in den roten Vororten auf der Basis des Normalarbeitsverhältnisses konstituiert und um den einen zentralen und grundlegenden Klassenkonflikt politisch und kulturell gruppiert, so resultiert aus der Krise dieses Beschäftigungsmodells zugleich eine Krise der soziokulturellen Identität und der politischen Repräsentationsformen der Lohnabhängigen. Als ab den 1980ern verstärkt Deindustrialisierungen einsetzten, die auch und vor allem die Banlieues betrafen (vgl. Girault 1998: 96), verloren hunderttausende Beschäftigte ihre festen Arbeitsplätze in den Fabriken. Mit diesen Arbeitsplätzen lösten sich zugleich die traditionellen Selbstbilder und Repräsentationsfiguren der Arbeiterbewegung auf: Der stolze und selbstbewusste Fabrikarbeiter verschwand aus der suburbanen Alltagswelt. Stattdessen machten sich Arbeitslosigkeit und Desillusionierung in den Vorstädten breit. Das ausbrechende Gefühl allgemeiner Perspektivlosigkeit wurde noch zusätzlich dadurch verstärkt, dass die PCF mit dem Beitritt zu Mitterands Linksunion auch die neoliberalen und konservativen Politiken dieser Regierung mittrug, was den meisten (vormaligen) Wählern als

unvereinbar mit dem ehemaligen Image der Partei, eine Gegenmacht zur herrschenden politischen Klasse manifestieren zu wollen, erschien (vgl. Rozès 2003: 162). Die PCF musste in der Folge einen erheblichen Einflussverlust in ihren ehemaligen Hochburgen hinnehmen und war nicht mehr in der Lage, die Rolle einer integrierenden und kulturell homogenisierenden Identitätsfigur auf lokaler Ebene zu übernehmen – womit zugleich Raum geschaffen wurde für eine Intervention rechter Strömungen und Parteien.

Gleichzeitig setzte auch eine umfassende Transformation der Wohnstruktur in den Vorstädten ein, wodurch das bisherig weitestgehend einheitliche und stabile Arbeitermilieu weiter zersetzt wurde (vgl. Stébé: 48f.). Hatte sich der französische Staat noch bis in die 1970er Jahre massiv für den sozialen Wohnungsbau (HLM) in den Vororten eingesetzt – allein zwischen 1955 und 1975 waren etwa 1,5 Millionen Sozialwohnungen in den Banlieues aus dem Boden gestampft worden –, so erfolgte nun auch auf diesem Gebiet eine Trendwende (vgl. Breitfuss, Dangschat, Frey, Hamedinger o.J.: 25ff.): Der private Wohnungsbau wurde gesetzgeberisch großzügig unterstützt (vgl. Schüle 1997), woraufhin insbesondere die besser verdienenden und weiterhin vollbeschäftigten Arbeiter in großer Zahl aus den Vorstädten in Eigenheimsiedlungen abwanderten. Damit verschwanden zugleich die vormals aktivsten und integriertesten Kräfte der Arbeiterbewegung. Zurück blieben leer stehende Wohnungen, die Deklassierten und neuerlich aus dem Akkumulationsprozess Ausgestoßenen sowie die im Rahmen der französischen Familienzusammenführungspolitik verstärkt in die HLM-Siedlungen nachrückenden Einwandererfamilien. Das kulturelle und politische Alltagsleben, welches auf der kollektiven Praxis einer engagierten Arbeiterschaft basiert hatte und sich innerhalb der lange gewachsenen Sozialbeziehungen in den gemeinsam bewohnten Arbeitervierteln abspielte, kam damit zum Erliegen.

Im Zuge all dieser Transformationen waren die Vororte schließlich (und endgültig?) zu „Randgruppen-Wohngebieten“ (ebd.: 27) geworden. Von einer integrierenden Gegengesellschaft kann jedenfalls nach dem Zerfall der Arbeiterklasse, ihrer ökonomischen und räumlichen Auflösung sowie der Zersetzung ihres einstigen, PCF-basierten lebensweltlichen Mikrokosmos’ nicht mehr die Rede sein; vielmehr waren die Banlieues – wieder einmal, wie bereits im vorigen Jahrhundert – zu einem Ort der Ausgestoßenen und Verdammten geworden, vor welchem die Mehrheitsgesellschaft am liebsten ihre Augen verschließen möchte. Und doch: Es brodelte – bekanntlich – in der folgenden Zeit vermehrt und vor allem immer sichtbarer und gewaltsamer in den neuen Elendsvierteln der Exkludierten, die ihre Lage nicht widerstandslos hinzunehmen bereit waren – wobei die Ereignisse von 2005 nur die Spitze des Eisbergs markieren. Wieder einmal sah sich die politische Klasse vor die Herausforderung gestellt, Ruhe und Ordnung in den krisenhaften Vororten herzustellen, wozu sie einen umfassenden Maßnahmenkatalog zusammenstellte. Die Stadtpolitik

erlebte einen neuen Boom. Die Erfolge waren – so viel sei vorweggenommen – zweifelhaft.

#### **4. Die vergoldeten Käfige – Stadtpolitik in Frankreich**

##### **Zeittafel und Gesetzesübersicht zur Stadtpolitik**

▪**1860** Georges Haussmann, Präfekt von Paris, gibt die Stadtplanung von Paris in Auftrag, die das Stadtbild bis heute prägt. Hohe Mieten machen es der armen Bevölkerung unmöglich, in der Innenstadt zu bleiben, sie ziehen an den Stadtrand

▪**1894** Mit dem „loi Siegfried“ wird am Stadtrand billiger Wohnraum zur Verfügung gestellt (HBM)

▪**1928** Das „loi Loucheur“ sieht die Zerstörung der letzten Slumstädte vor, weitere HBM werden hochgezogen und Pavillons entwickeln sich, um die besser gestellte Bevölkerung zufriedenzustellen; Eigentum wird wichtiger

▪**1950** HBM werden zu „Wohnraum mit gemäßigten Mieten“ (HLM)

▪**1953** Der „Courant-Plan“ beschließt den Bau von 240.000 Wohnungen pro Jahr, Unternehmen müssen mind. 1% zu Wohnungsbau beisteuern

▪**1956** Die speziell auf algerische Einwanderer ausgerichtete Wohnungsbaugesellschaft Sonacotral wird gegründet

▪**1958** Die „urbanen Prioritätszonen“ (ZUP) werden abgesteckt, in weniger als 10 Jahren werden 800.000 Wohnungen gebaut, Entstehung der großen Blockbauten „grands ensembles“

▪**1964** Mit dem „loi Debré“ – dem Plan zur Bekämpfung der Ghattobildung (bidonvilles) sollen besonders verarmte Wohnsiedlungen abgerissen, und den Bewohnern neuer Wohnraum in den modernen „grands ensembles“ zur Verfügung gestellt werden

- 1967** Die „Leitlinien zum regelten Zuzug in den Vororte“ (ZAC) sollen das segregative Element der ZUP korrigieren
  
- 1976** Der letzte Slum (bidonville) in Nizza wird zerstört
  
- 1977** Die Operation „Wohnung und soziales Leben“ (HVS) ins Leben gerufen, die HLM und die Lebensqualität ihrer Bewohner sollen mit staatlicher Hilfe rehabilitiert werden
  
- 1981** Programme zur Sozialentwicklung der Stadtviertel (DSQ) folgen den schweren Ausschreitungen in dem Lyoner Vorort Vénissieux
  
- 1982** Erste „Zonen zur besonderen Bildungsförderung“ (ZEP) werden gegründet, in denen die staatliche Hilfen finanzieller und organisatorischer Art besonders verstärkt eingesetzt wird
  
- 1990** Nach den Ausschreitungen in Vaulx-en-Velin kündigt Mitterand die Gründung eines „Stadtministeriums“ an, unter der Verantwortung von Michel Delebarre
  
- 1991** Die „Förderung der urbanen Solidarität“ (DSU) soll armen Kommunen helfen, in dem reichere Kommunen eine Solisteuer zahlen. Die Zielsetzungen des „Gesetzes zur Orientierung der Stadtpolitik“ (LOV) räumt dem Abriß veralteter Wohnsiedlungen einen der vorderen Ränge in der Prioritäten-Liste ein
  
- 1994** Die „großen urbanen Projekte“ (GPU) sollen Problembezirke in die Umgebung und den städtischen Kontext eingliedern
  
- 1996** „Sonderwirtschaftszonen“ (ZFU) sollen Unternehmen ermuntern, sich in 44 Vororten anzusiedeln - bis 2006 wurden 100 solcher Zonen geschaffen
  
- 2000** Das Gesetz zur „Solidarität und urbanen Erneuerung“ (SRU) soll Kommunen dazu verpflichten, 20% Sozialwohnungen zu errichten
  
- 2003** „Neues Gesetz zur Stadterneuerung“ (genannt *loi Borloo*) soll 200.000 Wohnungen abreißen und in 5 Jahren genauso viele neue zur Verfügung stellen. -> Gründung der „Nationalen Agentur für urbane Renovation“ (ANRU)

▪**2005** Bilanz des SRU: 43 Kommunen der Ile-de-France werden aufgrund der Nichteinhaltung des loi Borloo mit Sanktionen bedroht

▪**HERBST 2005** Frankreich erlebt die gewalttätigsten Ausschreitungen in den Vororten, die es je gegeben hat

▪**2006** Am 31.3.2006 tritt das Chancengleichheitsgesetz (loi pour l'égalité des chances) in Kraft; am 13.7. kommt das Gesetz zum „Nationalen Engagement in der Wohnungsfrage“ nach Protestaktionen der Obdachlosen in französischen Großstädten zur Verabschiedung

Am 21.06.2007 überrascht Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy mit einer ungewöhnlichen Neubesetzung im Kabinett von Premierminister François Fillon: Die Frauenrechtlerin Fadela Amara wird im Ministerium für Urbanität und Stadtentwicklung eingesetzt. Die 43-Jährige soll ein brisantes Problem lösen: Als Staatssekretärin für Stadtpolitik wird sie sich nach den Unruhen von 2005 nun vor allem um die Lage in den Vorstädten kümmern (Berliner Zeitung, 22.06.2007).

Keine leichte Aufgabe, die die Gründerin des Vereins „Ni putes ni soumises“<sup>47</sup> zu bewältigen hat: Ihre Vorgänger haben ein Gerüst aus Gesetzen und Initiativen hinterlassen, von denen ein Großteil in aktuellen Studien<sup>48</sup> Versagen attestiert bekommt. Doch selbst der konservative Präsident Sarkozy, der im November 2005 die Vorstädte noch „mit dem Kärcher“<sup>49</sup> reinigen wollte, hat erkannt, dass die Unruhen letzten Endes auch in einer gescheiterten Stadtpolitik wurzeln. In diesem Kapitel sollen strukturelle Zusammenhänge dieses Problems genauer untersucht werden und damit die vorhergehende historische Betrachtung auf den Stand der Gegenwart gebracht werden.

## **4.1 Theoretische Annäherung an ein Fass ohne Boden**

### **4.1.1 Bestandsaufnahme**

Die französischen Städte sind zunehmend dreigeteilt: Während in den herausgeputzten Stadtzentren die wohlhabenden, transnationalen Leistungseliten residieren, hausen am Rande die verarmenden *classes populaires* in den Wohntürmen und im städtischen Umland reihen sich die Einfamilienhäuser der Mittelschichten. Der Wohnort verdeutlicht eine sich verräumlichende soziale Segregation in der Stadtgesellschaft, getreu dem Prinzip: Sage mir wo du wohnst, und ich sage dir

<sup>47</sup> 1994 gegründeter Verein zur Stärkung von Frauenrechten und gegen Diskriminierung und Gewalt gegenüber Frauen.

<sup>48</sup> so z.B. im für diese Arbeit zur Rande gezogenen Bericht des „Observatoire National des Zones urbaines sensibles“ aus dem Jahr 2006, den Studien des statistischen Amtes INSEE 2006/2007 und dem Bericht des FASILD 2003 (la documentation française).

<sup>49</sup> Ausspruch von Sarkozy während der Herbstunruhen 2005

wer du bist. In diesem hierarchischen Gefüge stehen die Vorstädte ganz unten. Dabei handelt es sich bei dem Phänomen „Banlieue“ keinesfalls um eine homogene Struktur: seit 1996 sind in Alain Juppés „Pacte de relance pour la ville“<sup>50</sup> innerhalb dieses Vorortgefüges noch einmal die Gebiete festgelegt, in denen die Lage der Bewohner besonders prekär ist: Frankreichs 751 „Zones urbaines sensibles“ (ZUS), zu deutsch etwa urbane Problemviertel, in denen sich im Herbst 2005 die Unruhen entfachten. Diese so genannten „sensiblen“ Stadtgebiete lassen sich durch eine besonders prekäre Lebenslage und die Akkumulation von Faktoren sozialer Ausgrenzung charakterisieren: hohes schulisches Versagen, zahlreiche allein erziehende Eltern, kinderreiche Familien in oft zu kleinen Wohnungen, stärkere gesundheitliche Probleme der Bewohner, geringe berufliche Qualifizierung und vor allem hohe Arbeitslosigkeit: bei den 16- bis 25-Jährigen beträgt der Anteil der Arbeitslosen um die 30-40%, bei den Jugendlichen mit Migrationshintergrund klettert die Zahl sogar noch über die 50%-Marke (vgl. FASILD 2005: 47 ff. und Mucchielli 2006: 24) . Für genau jene 4,9 Millionen (8%) der Franzosen, die am Rand der Gesellschaft kaum eine Chance auf gesellschaftlichen Aufstieg haben, sollen die Aktionsformen der „Stadtpolitik“ greifen.

#### 4.1.2 Definitionsversuche

„Ensemble, refaire la ville“<sup>51</sup> überschreibt sich der Bericht der Kommission unter Leitung des Bürgermeisters von Grenoble, Hubert Dubedout, aus dem Jahre 1983. Nachdrücklich wird eine politische Reaktion seitens der Regierung auf die sich häufenden gewalttätigen Ausschreitungen in den Vororten der französischen Großstädte gefordert. Die Politik der Mitterand-Ära reagiert. Unter dem Namen „actions pour le développement social des quartiers“ (DSQ)<sup>52</sup> werden die legislativen Grundsteine gegen die Abwertung von Wohnvierteln in der Peripherie und gegen die Exklusion der dort wohnenden Bevölkerung gelegt. Erst seit diesem Zeitraum kann in Frankreich von einer „Stadtpolitik“ im ernstzunehmenden Sinne gesprochen werden. Doch bis heute entbehrt diese Bezeichnung nicht einer gewissen Gefahr der Fehlinterpretation, da sie sich weder auf alle französischen Städte, noch auf den gesamten Stadtraum konzentriert und zudem nicht nur urbane, sondern auch soziale Anwendungsformen findet. Eine genaue Definition zu konstituieren ist daher fast unmöglich. In seinem Bericht über die Stadtpolitik von 2002 stellt der französische Rechnungshof die Zielsetzung folgendermaßen dar: „La politique de la ville peut être considérée comme une politique de lutte contre l'exclusion, conduite dans un cadre territorial, en faveur de zones urbaines où la précarité sociale est forte, menée par l'Etat en partenariat contractuel avec les

---

<sup>50</sup> etwa: „Pakt zur Wiederbelebung der Stadt“

<sup>51</sup> „Zusammen die Stadt erneuern“

<sup>52</sup> „Maßnahmen zur sozialen Entwicklung in den Quartiers“

collectivités locales “<sup>53</sup> (vgl. Cour de Compte 2007).

Die Schwammigkeit des Begriffes und die Unmöglichkeit, das Vorhaben „Stadtpolitik“ klar zu definieren sind bezeichnend für eines der Hauptprobleme in der Umsetzung einer policy, die für die Regierung nicht erst seit den Unruhen 2005 als Prioritätsfeld eingestuft wird.

#### **4.1.3 Akteure**

Eingelagert in das Staatsgefüge ist die Stadtpolitik zunächst eine interministerielle Politik. Neben dem 1991 gegründeten Ministerium für Stadtpolitik kümmern sich elf (von insgesamt 34) Ministerien (z.B. die Ministerien für Wohnraum, Arbeit, wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit u.a.) um die an sie herangetragenen Problemstellungen in den Vororten. Dabei sieht das seit 2007 anvisierte Projekt „loi de finances“<sup>54</sup> eine enge Kooperation zwischen den Ministerien einerseits und eine Zusammenarbeit mit den kommunalen Verantwortungsträgern und lokalen Organisationsformen andererseits vor. Die „Agence National pour la rénovation urbaine“<sup>55</sup> (ANRU) ist seit 2003 Bindeglied zwischen staatlicher und kommunaler Politik.

#### **4.2 Vom Standard zum Stigma – die Entwicklung der Stadtpolitik**

Nach der Entstehung der „grands ensembles“<sup>56</sup> in den 1950er und 1960er Jahren, in denen Wohnen und Arbeit noch eine zweckgebundene Einheit bildeten, rücken die Vororte erst Anfang der 1970er Jahre im Zuge der „Periurbanisierung“ wieder in das Blickfeld der Politik: Zu dieser Zeit fängt die anfangs hochgelobte Modernität der gesichtslosen Plattenbausiedlungen an zu bröckeln. Während die HLM zum Zeitpunkt ihres Baus als attraktive Wohnstätten galten, in denen fast nur arrivierte Familien einen Platz bekamen, hatte sich die Bewohnerstruktur nach drei Jahrzehnten fast komplett ausgewechselt (vgl. Girault 1998: 189ff.). Im Zuge der Deindustrialisierung erscheint die Adresse Vorort als Stigma von Arbeitslosigkeit und Prekarität (vgl. Stébé 2002: 70.). Mittelklassevertreter und qualifizierte Arbeiter setzen sich ab und ziehen in andere Vorortgebiete mit individualistischerem und gehobenerem Standard. In die freigewordenen Wohnungen werden Arbeitslose und Migranten angeworben. Die Teilung der Banlieues in reichere und ärmere Gebiete, in denen der soziale Abstieg und Perspektivlosigkeit sichtbar ist und nicht zuletzt das Aufkommen der ersten Unruhen, veranlasst Politik und Verwaltung zu neuen Überlegungen.

Dabei ist zu beobachten, dass sich seit den 1990er Jahren das Gravitationszentrum der

---

<sup>53</sup> „Die Stadtpolitik kann als eine Politik gegen Ausgrenzung in einem bestimmten territorialen Umfeld gesehen werden, in dem die Faktoren wie Prekarität besonders schwer lasten. Der Staat arbeitet hier zusammen mit lokalen Verantwortungsträgern.“

<sup>54</sup> „Finanzgesetz“

<sup>55</sup> „Nationale Agentur für urbane Erneuerung“

<sup>56</sup> Wohnblocksiedlungen



stadtpolitischen Maßnahmen weg von den Bewohnern der Stadtviertel hin zu den städtebaulichen Gesichtspunkten verlagert – also den Gebäuden selbst und deren Abriss und Neugestaltung<sup>57</sup>. Nicht mehr vom “Wohnviertel” wird gesprochen, sondern von der “Zone” (z.B. Zone Industrielle, Zone de Revitalisation Urbaine, Zone Urbaine Sensible u.v.a.) und auch die Vorgehensweisen werden drastischer, “entmenschlichter”. Mit der Entwicklung der “grands projets urbains”<sup>58</sup> (GPU) ab 1994 treten drei Ziele in den Mittelpunkt:

Das Prinzip der sozialen Vermischung (*mixité sociale*) soll die Klassenhomogenität in den Vororten aufheben und so automatisch eine Verbesserung der Lebensqualität zur Folge haben soll.

Das Regieren aus Distanz (*Gouvernement à distance*) ist eingebettet in die Dezentralisierungspolitik des französischen Staatssystems seit den 1980er Jahren und versucht den Spagat zwischen geregelter staatlicher Kontrolle und lokaler Autonomie in Städten und Gemeinden.

Mit der urbanen Erneuerung (*Renovation urbaine*) soll den bröckelnden Fassaden ein lebendiger Anstrich verliehen und somit das Image des Quartiers aufpoliert werden (vgl. Donzelot 2006: 28).

#### **4.2.1 Oberste Priorität: das Ideal der sozialen Durchmischung**

Die Doktrin des gewünschten Ideals der *mixité sociale* bildet das Herz der stadtpolitischen Legislative und soll daher beispielhaft anhand von konkreten Gesetzen näher erläutert werden. Im Namen der *mixité* spricht man davon, mehr Mittelklassevertreter in die Armenviertel einzubringen und umgekehrt das Prekariat wieder in das Stadtzentrum einzubinden. „La mixité sonne comme la fin des classes homogènes, l’entrée durable dans la flexibilité et la précarité, l’intégration par la propriété et non plus par le seul travail”<sup>59</sup> (Donzelot 2006: 92).

Vor allem in zwei Gesetzen der Stadtpolitik ist die *mixité* als oberstes Prinzip festgeschrieben. Mit dem “Gesetz zur Neuorientierung der Stadt” (LOV) aus dem Jahr 1991 sollten Städte und Gemeinden mit über 200.000 Einwohnern dazu verpflichtet werden, mindestens 20% Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen. Ziel soll sein, auch in Regionen, in denen Einkommen und Sozialstandards höher sind, eine Einbindung der unteren Klassen zu ermöglichen. Aufgrund des späten Inkrafttretens des Gesetzestextes und einer quasi-totalen Ignoranz seitens der Lokalpolitik wurde 2000 ein weiterer Versuch unternommen, mit dem Gesetz zur “Solidarität und

---

<sup>57</sup> Die Konzentration festgelegt beispielsweise in der Operation “Wohnraum und soziales Leben” (HVS) von 1977. Der Name ist Programm, die Maßnahmen umfassen vor allem die Verbesserung der sozialen Lebensumstände der banlieusards und die Förderung von lokalen Dienstleistungen.

<sup>58</sup> „Großstädtische Projekte“

<sup>59</sup> „Die ‚mixité‘ klingt wie das Ende der homogenen Klassenkonzentration, der dauerhafte Einstieg in die Flexibilität und Prekarität, Integration durch Wohneigentum und nicht mehr durch Arbeit.“

urbanen Erneuerung" (SRU) die Forderungen noch einmal zu unterstreichen, den Bezugsrahmen auf Gemeinden mit nunmehr 50.000 Einwohnern zu erweitern und sie bei Nichteinhaltungen mit Strafzahlungen zu belegen. Eine Bilanz des SRU aus dem Jahr 2005 ist jedoch ernüchternd: Mehr als die Hälfte der Kommunen zieht die Strafen der Umsetzung des Gesetzes vor, in dem Département Ile-de-France hat beispielsweise bisher keine einzige Kommune in den Bau von Sozialwohnungen investiert (vgl. Driant/Lelérieur: 198).

Ein weiterer Versuch zur sozialen Durchmischung ist ebenso ambitioniert wie vom Misserfolg gekrönt: ein Artikel aus dem "Pakt der Wiederaufnahme der Stadtpolitik" sieht vor, jungen Mittelklassevertretern (vor allem Studenten) in den Banlieues günstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Doch der Standard in den gesichtslosen Plattenbauvierteln entspricht der gewohnten Lebensqualität der jungen Aufsteiger nur peripher (vgl. Donzelot 2006: 82 ff).

Angesichts des Problems, dass sich soziale Durchmischung kaum aufoktroyieren lässt, wenden sich die geistigen Köpfe der stadtpolitischen Gesetzgebung nun der Idee zu, das Image der wenig attraktiven Vorstädte durch umfassende Neugestaltung zu verbessern.

Das „neue Gesetz zur Stadtgestaltung“, nach seinem Erfinder, Jean-Louis Borloo, „Loi Borloo“ benannt, sieht den Rückbau der grauen Wohntürme und Neuerrichtung von Häusern gehobenerem Stils vor: „Prenant acte de cet échec, la 'loi Borloo' du 1er août 2003 réoriente la politique de la ville: abandonnant la réhabilitation des quartiers, elle mise sur des opérations de restructuration lourdes, fondées sur des démolitions massives suivies de reconstructions diversifiées, pour "casser les ghettos" urbains“<sup>60</sup> (Regards sur l'actualité urbaine, 2006). Vor dem Abriss ihrer Wohnhäuser werden die Bewohner zu teilweise höheren Mieten in Neubauten umgesiedelt.

Der Soziologe Jacques Donzelot stellt hierzu eine spitzfindige These auf: In dem gleichen Maße, wie die Segregation Probleme schuf, ist sie auch eine Lösung, das Problem aus der Stadt zu schaffen. Manchen Bürgermeistern erscheint es als beste und billigste Variante, den Ausgeschlossenen mit Programmen wie subventionierten Arbeitsplätzen, der Kreation eines sozialen Rahmens, das Leben zu erleichtern und sie gleichzeitig durch eine aktive Polizei zu überwachen (vgl. Donzelot 2006: 86). So bleibt das Stadtzentrum frei von "Problemen" und das Bild der Vororte verbessert sich, ohne dass sich an den tatsächlichen Lebensbedingungen etwas ändert. Ein Vorbild, dass an die amerikanische Stadtpolitik erinnert: man "vergoldet das Ghetto", schafft ein positives Image und lässt neue Fassaden das unveränderte Elend der Leute überstrahlen (vgl. ebd.: 87).

---

<sup>60</sup> Sich der Niederlage bewusst, richtet das *loi Borloo* vom 1. August 2003 die Stadtpolitik neu aus: Die Rehabilitierung des Viertels begrabend setzt es auf schwerwiegende Neustrukturierungen, vor allem massiven Rück- und diverse Neubaupläne, um die „urbanen Ghettos“ zu zerstören.

#### 4.2.2 Handlungsform: Die “Action à distance”

Mit der Regierung unter Mitterrand schlägt Frankreich seit den 80er den Kurs in Richtung Dezentralisierung der Handlungsformen ein<sup>61</sup>. Auch in der Stadtpolitik zieht sich die Staatsregierung so weit wie möglich aus dem direkten Eingreifen in kommunale Politik zurück und lässt lokalen Entscheidungsträgern wie Bürgermeistern, Lokalverwaltung und Wirtschaftsvertretern möglichst freie Hand. Vertragliche Verschränkungen und Richtlinien zur “positiven territorialen Diskriminierung” sollen die Kontrolle der neuen “city managers” gewährleisten. Die ANRU, die einen Teil des *Loi Borloo* darstellt, soll die Überwachung der tatsächlichen Umsetzung und die Verwaltung der Staatsgelder sicherstellen.

##### *Die Sonderwirtschaftszonen (ZFU)*

Aus diesem Ansatz heraus werden 1997 die “Zones franches urbaines” entwickelt, die Firmen animieren sollen, sich in unmittelbarer Nähe der ZUS anzusiedeln. Durch eine volle Befreiung von der Gewerbesteuer sowie Körperschaftssteuer, beschleunigte Abschreibungsmöglichkeiten und einer Befreiung vom Arbeitnehmeranteil der Sozialabgaben für eine Dauer von zwölf Monaten für den 4. – 50. Beschäftigten eines Betriebes sollen die Betriebe dazu bewegt werden, Jugendliche aus den sozialen Brennpunkten einzustellen (vgl. Neumann 2006:10).

Eine Bilanz der “Observatoire des zones urbaines sensibles” zeigt jedoch das Scheitern dieser Absicht. In 85 Sonderwirtschaftszonen wurden seit 1997 gerade mal 68.600 Arbeitsplätze geschaffen. Bei diesen Stellen handelt es sich um gering qualifizierte Beschäftigungen im Bau und Dienstleistungsgewerbe. Fast jeder dritte Arbeitsplatz ist eigentlich ein “Ein-Mann-Betrieb”, nur vier Prozent der Stellen entstanden in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern (ZUS 2006). Das Beispiel L’Oréal zeigt, dass es sogar Weltkonzerne in Problemvierteln gibt. Direkte Auswirkungen auf die Beschäftigung vor Ort lassen sich allerdings nicht beobachten: Die Angestellten der Firma sind allesamt keine Banlieue-Bewohner, das Firmengebiet ist mit Stacheldraht und einem gut ausgebauten Sicherheitsdienst verbarrikadiert (vgl. Kläsgen 2005).

Auch der Spezialist für urbane Fragen Philippe Estèbe bemerkt im Expertengespräch, dass bei Neuansiedlung eines Unternehmens nur ein Viertel der entstandenen Jobs an die Bewohner der Quartiers gehen. Er ist überzeugt, dass die geographische Nähe zur Arbeitsgesellschaft nicht automatisch das Gefühl der Reintegration in den Arbeitsmarkt schafft – im Gegenteil, das Gefühl nicht gebraucht zu werden, ist angesichts einer florierenden Firma sogar umso höher (vgl. Eurozine 2005: 15).

---

<sup>61</sup> Dazu ist vorweg festzuhalten: Was zunächst als klassische neoliberale Haltung erscheint, dass die Regierung sich aus der Verantwortung zurückzieht ist im Sinne von Michel Foucault auch Verstärkung der Macht, in dem sie die Oberfläche ihrer Handlungen einengt.

Der Schluss liegt nahe, dass Unternehmen sich nicht in den ZFU ansiedeln, um Jugendlichen aus prekären Verhältnissen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben – sondern um von einem Steuerschlupfloch zu profitieren.

#### *Die Bildungsförderzonen (ZEP)*

Ziele dieses stadtpolitischen Instruments waren ursprünglich der Abbau der Ungleichgewichte bei den schulischen Leistungen und die Angleichung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die schulische Ausbildung. Zu einem niederschmetternden Ergebnis auf der Basis einer breiten Evaluierung dieser Politik kommt auch eine Untersuchung des Statistischen Landesamtes aus dem Jahr 2005: Sie zeigt, dass sich weder die Gefällestrukturen vermindert haben, noch dass der Schulerfolg in den ZEP messbar erhöht wurde; weder ist es gelungen, qualifizierte Lehrer für diese Politik zu gewinnen, noch ist es zu verbesserten Arbeitsbedingungen (z.B. bei der Schüler-Lehrer-Relation) gekommen – und das trotz eines beachtlichen zusätzlichen Mitteleinsatzes in diesen Schulbereichen (vgl. INSEE 2005 und Maurin 2004: 83 ff.).

### **4.3 No way out - Zwei Beispiele zur Problemanalyse**

Wer sich in Clichy-sous-Bois mit Hilfe des öffentlichen Nahverkehr fortbewegen will, muss viel Zeit einplanen. Haltestellen des Vorortzuges RER sind oft Kilometer vom Wohnort entfernt, Busse fahren im Stundentakt und nach 18 Uhr oft gar nicht mehr. Schlecht an die Innenstadtbezirke angeschlossen, bleiben die Vorortbewohner unter sich, ohne die Chance, ihr Wohngebiet jederzeit frei zu verlassen. Diejenigen, deren Lebensumstände in Verbesserung begriffen sind, zieht es an einen Ort, der bessere Transportmöglichkeiten bietet. Diejenigen, die aufgrund von finanziellen Restriktionen bleiben müssen, bekommen keine Möglichkeit sich frei entscheiden zu können, wo gelebt, gearbeitet oder wo die Kinder zur Schule geschickt werden – kurz: das eigene Leben selbst zu gestalten. Was Jugendliche in den Vororten also zu Widerstand antreibt, ist von der Gesellschaft und den Stadtplanern an den Rand gedrängt, oder bildlich gesprochen, unter den Teppich gekehrt zu werden.

Die Vermutung, dass auch gehobeneren Bevölkerungsschichten sich vor allem aufgrund der mangelnden Anbindung nur selten in einen Vorort verirren (vgl. Donzelot 2006: 135) bleibt allerdings arg zweifelhaft.

In Mirail hingegen, einem Vorort der Airbus-Stadt Toulouse und Forschungsgebiet von Soziologin Marie-Christine Jaillet, ist die Anbindung an das Stadtzentrum relativ gut, trotzdem waren die Ausschreitungen 2005 und auch schon in den Vorjahren besonders heftig. Hier spielen andere

Faktoren eine Rolle. Vom wirtschaftlichen Aufschwung der Region bekommen die Jugendlichen, trotz dem ihr Gebiet als ZFU, als Wirtschaftsförderzone, klassiert wurde, nichts mit: “they are just spectators” (Eurozine 2005: 5). Dazu kommt, dass die Wohnblöcke des *grands ensembles* im Rahmen des *Loi Borloo* abgerissen und neu gestaltet werden sollen, um das positive Image des florierenden Wirtschaftsstandorts zu unterstreichen und den Investitionswilligen, von denen sich die Stadt Toulouse Millionen verspricht, eine farbenfrohe Fassade zu bieten. Ein exemplarisches Beispiel für das wahre Gesicht der Anwendung von stadtpolitischen Maßnahmen, dass zwei der Hauptprobleme verdeutlicht: Zum Einen erscheint in den meisten Kommunen oberstes Gebot, das Image der *grands ensembles* zu verbessern, nicht aber die wirklichen Lebensbedingungen ihrer Bewohner. Zweitens fallen deren gewohnte Strukturen der Abrissbirne zum Opfer, ohne dass ihnen auch nur ein Mitspracherecht eingeräumt wird: “The framework of the residents' lives is being affected and, at the moment, they cannot see what is going to happen to their environment and do not feel that they are involved in the project; they have no stake in it“ (Eurozine 2005: 6).

Es wäre illusorisch zu glauben, dass seit den Unruhen 2005, also in nur zwei Jahren, die Lebenssituation in den Vorstädten verbessert werden könnte. Denn trotz der über zwanzigjährigen französischen Stadtpolitik haben die Arbeitslosigkeit und die diversen Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung nicht abgenommen. „Im Gegenteil, die gesellschaftlichen und räumlichen Spaltungstendenzen sind stärker geworden, wie bereits im Jahr 2004 ein Bericht des Ökonomen Jean-Paul Fitoussi verdeutlichte“ (Loch 2006). Die Riots 2005 verdeutlichten diese Misere.

Schon der Begriff der “politique DE la ville” impliziert, dass es eine Art Idealstadt gibt, die nach einer Art Bastelanleitung von blinden Flecken gereinigt werden kann. Es handelt sich also um eine statische Lesart der “Stadt” in einer staatszentrierten Sichtweise, in der der Staat sein Territorium als homogen ansieht.

Dabei ist auch nach Donzelot die Stadt voller Diversität, und “für jeden der Schlüssel zur Welt, wenn er ihn zu bedienen weiß und der seine Situation verschlechtert, wenn er es nicht weiß” (Donzelot 2006: 28). Er spricht sich dafür aus, statt einer “Politik *über* die Stadt” eine “Politik *für* die Stadt” zu implementieren. Statt des Prinzips der *mixité*, die über Umsiedlung und Imageaufwertung erfolgen soll, würden verbesserte Mobilitätsmöglichkeiten den Bewohnern nicht nur Bewegungsfreiheit, sondern auch mehr Wahlmöglichkeiten für ihre Lebensgestaltung einräumen.

Ein weiterer gravierender Fehler in der französischen Stadtpolitik ist für Eric Maurin die Konzentration auf räumliche Frage, die das Individuum außen vor lässt: “C’est un atteignant les

individus qu'on transformera le territoire – et non l'inverse"<sup>62</sup> (Maurin 2004: 85).

Das Gesetz zur urbanen Erneuerung 2003 sieht ein Mitspracherecht der *banlieusards* bei der Umstrukturierung ihrer Umgebung durchaus vor. Doch in der Umsetzung ist es gescheitert: „La politique de la ville n'a pas réellement permis aux habitants de s'émanciper et de prendre en main la vie de leur quartier. Car ceux qui la mènent, cette politique, pour l'essentiel, ce sont des 'chargés de projet' qui viennent de l'extérieur et font avant tout de la communication. Vue comme cela, la politique de la ville n'est plus qu'un moyen d'encadrer les classes populaires. Et de continuer à les concentrer dans des ghettos“<sup>63</sup> (Fache 2005) .

In der Detailanalyse brillant, ist den in diesem Kapitel zitierten Autoren doch eines gemein: sie bleiben zu vage, was die eigentlichen – nämlich die sozio-ökonomischen – Hintergründe der Probleme in den Vororten angeht. Damit tappen sie in die Falle der von ihnen kritisierten Vordenker zur Stadtpolitik in den letzten Jahrzehnten. Stadtpolitische Maßnahmen greifen zu kurz, weil sie die strukturelle Misere durch die Transformation der Arbeitsverhältnisse verkennen. „Wenn wir uns mit neuen Formen sozialer Ungleichheit in der Stadt beschäftigen, muss die Interdependenz und Dynamik zwischen makrostrukturellen Faktoren und spezifischen sozialräumlichen Lebenszusammenhängen innerhalb der städtischen Ökonomie im Zentrum stehen.“ (Häußermann/Kapghan 1999: 188). Mit dem Fokus auf *mixité* und Mobilität werden Verbesserungsvorschläge aufgeworfen, ohne sich bedeutend dem wahren Kern des Problems zu nähern: der gesamtgesellschaftlichen Schieflage von Chancen und der ungleichen Ausgangslage für Menschen aus Stadtzentrum und Vorort .

## 5. Spuren des Elends – sozio-ökonomische Grundlagen der Misere

*„Nicht die Lösung der Wohnungsfrage löst zugleich die soziale Frage, sondern erst durch die Lösung der sozialen Frage, d.h. durch die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, wird zugleich die Lösung der Wohnungsfrage möglich gemacht. Die Wohnungsfrage lösen wollen und die modernen großen Städte forterhalten wollen, ist ein Widersinn“* (Engels 1962: 243).

---

<sup>62</sup> „Durch die Konzentration auf das Individuum wird man die Umgebung verändern – und nicht umgekehrt.“

<sup>63</sup> „Die Stadtpolitik hat den Bewohner nicht wirklich erlaubt, sich zu emanzipieren und ihr Leben im Quartier selbst in die Hand zu nehmen. Die Verantwortlichen kommen von außen und betreiben vor allem PR-Arbeit. So gesehen, ist die Stadtpolitik nichts weiter, als ein Mittel, die Unterschichten einzuzäunen. Und dabei nicht nachzulassen, sie in Ghettos zusammenzuhalten.“

Stéphane Peu, Bürgermeister der viertgrößten Ansiedlung im Großraum Ile-de-France, lässt über die Banlieues verlauten: „Wir sind so eine Art Frühwarnsystem der Nation“ (Spiegel 18/2007: 128). Mit dieser Formel stellt er einen Zusammenhang her zwischen den nur scheinbar isolierten Ereignissen in den Vorstädten und Entwicklungstendenzen, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Im Gegensatz dazu bleiben die Erklärungen der sozialen Misere der Banlieues in den meisten wissenschaftlichen Abhandlungen hinter den Implikationen solch einer Erkenntnis zurück. Zwar zählen alle Sozialwissenschaftler pflichtschuldig die Fakten der Verelendung auf – fortschreitende Prekarisierung der Arbeit, doppelt so hohe Arbeitslosigkeit und nur halb so hohe Haushaltseinkommen wie im Rest des Landes, Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 42%. Trotzdem werden diese Befunde nicht in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen und dort zu verortende Entwicklungen eingegliedert. Gleiches gilt, wie aufgezeigt, für die stadtpolitischen Kompensationsversuche von Seiten des französischen Staates: Auch hier wird die gesellschaftliche Basis der Problemkomplexe vernachlässigt – die Intervention verkommt zur bloßen Kosmetik. Dagegen soll hier nun versucht werden, die Zerfallsprozesse der französischen Vorstädte mit einer strukturellen Analyse ihrer sozioökonomischen Ursachen zu unterfüttern. Ausgehend von gesamtgesellschaftlichen Prozessen und den aus ihnen erwachsenen objektiven Schranken soll daran anschließend eine gewisse Logik im Verhalten der Aufständischen und auch der staatlichen Reaktionen extrapoliert werden, die sich von vielen der bisherigen Erklärungen dadurch unterscheidet, dass sie die zustandsbeschreibenden Fakten an ökonomische Tendenzen angliedert. Auf diesem Wege soll erklärt werden können, warum sich für die Bewohner der Banlieue die Perspektive des standardisierten politischen Artikulationsprozesses innerhalb der bestehenden Institutionen mittlerweile mehr und mehr verunmöglicht und sich dieser Zustand kontinuierlich verfestigt.

## **5.1 Arbeitslosigkeit und Produktivität**

Um diesem Ansatz zu folgen, müssen die in den Stadtvierteln der Banlieues erscheinenden Probleme auf höher gelagerte Stufen und Prozesse der Vergesellschaftung bezogen werden: „Les facteurs d'évolution de ces quartiers, c'est-à-dire les transformations sociodémographiques des ménages qui y résident, sont à rechercher dans leur simultanéité de mutations se produisant à plusieurs échelles: internationales, nationales, métropolitaines et locales“<sup>64</sup> (Rhein 1998: 196).

Begeben wir uns vorerst auf die nationale Ebene. Die OECD problematisiert an Frankreich vor

---

<sup>64</sup> „Die die Entwicklung dieser Viertel beeinflussenden Faktoren, d.h. der soziodemographische Wandel der dortigen Haushalte, sind in den sich verknüpft vollziehenden Wandlungen auf verschiedenen Ebenen zu verorten: international, national, städtisch, lokal.“

allein die „hohe strukturelle Arbeitslosigkeit“ (OECD 2006: 5). So fällt mit Blick auf die Statistik auf, dass sich die dortige Arbeitslosenquote seit zehn Jahren trotz etlicher Arbeitsförderungsmaßnahmen und der forcierten Erleichterung von Niedriglohnarbeit kontinuierlich um die 10% bewegt (vgl. Europäische Kommission 2007: 140). Nach einer marginalen Stimulierung der Gesamtbeschäftigung um die Jahrhundertwende scheint sich die Dynamik in den letzten Jahren sogar wieder verlangsamt zu haben.<sup>65</sup> Diese Tendenz bildet sich auch, wenn auch in höherer Potenzierung, in den Banlieues ab. Die Arbeitslosigkeit stieg dort fortdauernd von 2003: 19,7% über 2004: 20,7% bis zur letzten Zählung 2005 auf 22% (vgl. ZUS 2007: 19f.).

Neben der Tatsache, dass die Qualität des Beschäftigungsverhältnisses in der Arbeitslosenstatistik keine Rolle spielt, was ihre Aussagekraft gerade in Zeiten zunehmender prekärer Arbeit (vgl. OECD 2006: 31ff.) stark beeinträchtigt, muss bedacht werden, dass auch die von Unterstützungsprogrammen (z.B. RMI<sup>66</sup>) lebenden Bürger, die vom Staat (teil-)finanziert werden, nicht zu den Arbeitslosen hinzugezählt werden. Da sich in den ZUS aber dreimal mehr solcher Arbeitsverhältnisse finden als im nationalen Durchschnitt (ZUS-S 2006: V), muss dort von einer ungleich höheren Realarbeitslosigkeit ausgegangen werden. Um aussagekräftige Anhaltspunkte über die Entwicklungen von Arbeits- und Lebenswelt zu erlangen, ist man demnach angehalten, neben dem quantitativen auch den qualitativen Blick auf die Arbeit einzubeziehen.<sup>67</sup>

Parallel zu der hohen strukturellen Arbeitslosigkeit gehört Frankreich seit Jahren zu den europäischen Ländern mit der höchsten Produktivität und übersteigt selbst die Rate Japans (vgl. Europäische Kommission 2007: 155f.). Die Verknüpfung von hoher Arbeitslosigkeit und hoher Produktivität scheint nicht nur für die gegenwärtige Formation des Kapitalismus' eine Grundkomponente darzustellen (vgl. International Labour Office 2007: 2) – wie sich besonders deutlich in Phasen der wirtschaftlichen Rezession zeigt (vgl. Mattick 1983: 97). Allerdings hat sich dieses volkswirtschaftliche Problempaar mit der Schaffung eines internationalen Marktes auf eine globale Ebene verschoben. Die Arbeitsteilung sowie die Konkurrenz um die Arbeitsplätze muss demnach als weltweite verstanden werden: „with the territorial extension of the capitalist mode of production, and the capitalist domination of the world market, the distribution between employed and unemployed became more dispersed“ (Mattick 1983: 100).

Die Auswirkungen dieser globalen Entwicklung sollen nun makroökonomisch auf der Stufe der internationalen Arbeitsteilung sowie mikroökonomisch anhand ihrer Einwirkungen auf die

<sup>65</sup> Veränderung der Gesamtbeschäftigung (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %): 2000: + 2,7%, 2004: 0,0%, 2005: 0,3% (Europäische Kommission 2007, S. 136).

<sup>66</sup> Revenue Minimum d'Insertion (entspricht etwa der Sozialhilfe).

<sup>67</sup> Zur Unterstützung dieser Methode sei nur erwähnt, dass in Frankreich 25% der Obdachlosen einem Job nachgehen, der ihnen folglich nicht genügend Geld für eine Wohnung bereitstellt.



Organisation der Arbeit und die Arbeiterklasse in Frankreich dargestellt werden, was erst den Schlüssel zum Verständnis der strukturellen Malaise der Banlieues und ihrer Bewohner liefert.

## **5.2 Die Krise der Arbeitsgesellschaft**

Obwohl der weltweit produzierte Reichtum stetig ansteigt, misslingt es im globalen Maßstab, die Arbeitslosigkeit und die Armut der Arbeitenden zu senken (International Labour Office (ILO) 2007: 1). Ganz im Gegenteil: „The last decade has witnessed a decline in the share of the world’s working-age population [...] that is in employment (known as the employment-to-population ratio). It stood at 61.4 per cent in 2006, 1.2 percentage points lower than ten years earlier” (ebd.: 2). Es ist also zu konstatieren, dass im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung immer mehr Menschen weltweit ohne Arbeit sind. Diese Entwicklungstendenz steht, wie bereits angedeutet, in einem engen Zusammenhang mit der fortschreitenden Steigerung der Produktivität unter kapitalistischen Bedingungen: Die Möglichkeiten des technischen Fortschritts sowie die weltweite Konkurrenz um die Verbilligung der Produkte gebieten den verschiedenen Kapitalfraktionen eine systematische Umstrukturierung und Mechanisierung der Produktion, „so dass auf einem gewissen Punkt der Mechanismus an ihre Stelle [die der Arbeiter] treten kann. [...] Was Tätigkeit des lebendigen Arbeiters war, wird Tätigkeit der Maschine” (Marx 1983: 591f.).

Während vermittelt über diese Konkurrenzdynamik die weltweite Produktivität unaufhörlich steigt – 2006 wuchs sie um ganze 3,6% pro Arbeiter an (vgl. ILO 2007: 5) – wird es für eine wachsende Anzahl von Lohnabhängigen immer schwerer ein auskömmliches Arbeitsverhältnis zu finden, wobei zugleich keine Möglichkeit für sie besteht in ein Leben außerhalb der kapitalistischen Produktion zurückkehren zu können (vgl. Mattick 1983: 115). Es entsteht ein Proletariat, welches aus der arbeitenden Klasse durch die systemische Dynamik ausgeschlossen wird und auch durch konjunkturelle Aufschwünge mittelfristig nicht wieder in den Verwertungsprozess eingesaugt werden kann: „The fact, then, that the mass of unemployed and underemployed is constantly growing on a worldwide scale, means that while the world is not polarized between capital and wage labor, it is certainly polarized between the beneficiaries of the capitalist system and an ever-growing proletariat of which only a declining number find themselves counted within the working class” (ebd.: 116).

Durch das nun schon seit Mitte der 1980er Jahre anhaltende Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit taucht das Phänomen einer „Krise der Arbeitsgesellschaft” (so das Thema des 21. Deutschen Soziologentags 1982, vgl. Matthes 1983) in den soziologischen Debatten immer wieder auf: „Nicht der Arbeitskonflikt, sondern vielmehr ein Mangel an Arbeit überhaupt, die Unmöglichkeit, soziale Sicherheit auf Arbeit zu gründen, scheint sich als das beherrschende

Problem der Zukunft herauszustellen“ (Deutschmann 1983: 10f.). Aktuelle scheinbar entgegenwirkende politische Tendenzen wie die Arbeitszeitverlängerung und der spätere Eintritt ins Rentenalter entkräften das Grundproblem allerdings keinesfalls, sondern belegen eher, dass sich die in der Debatte verfochtenen Lösungsstrategien allesamt als Wolkenkuckucksheime erwiesen haben (prototypisch dafür: Rifkin 2004 oder in Frankreich: Gorz 1989) und sich die Organisation der Gesellschaft einer rationalen Meisterung des Phänomens weiterhin **entzieht**.

Im Gegensatz dazu sollen hier nur die tiefgreifenden Auswirkungen festgehalten werden, die die steigende Produktivität im Zusammenhang mit der weltweiten Proletarisierung und Verstädterung mit sich bringt, und von Marx als systemisches Phänomen in Form einer kategorialen Gesetzmäßigkeit analysiert wurde: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. [...]. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Übervölkerung, [...]. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. *Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation*“ (Marx 2001: 673f.).

Bevor wir von dieser abstrakten Ebene zu den Auswirkungen der dargestellten Entwicklung in den Banlieues hinaufsteigen, wo sie ihren sichtbarsten und exponiertesten Ausdruck findet und sich tatsächlich die Kristallisation einer neuen „sozialen Frage“ beobachten lässt, bedarf die Analyse eines Zwischenschrittes. Dabei sollen die Veränderungen auf der Ebene der Arbeitsorganisation und die damit verknüpften Formen der politischen Handlungsfähigkeit der Arbeiterklasse in Frankreich skizziert werden, die, wie später deutlich wird, einen eminenten Einfluss auf die Selbst- und Fremdidentifizierung der *banlieusards* ausüben.

### **5.3 Auswirkungen der Flexibilisierung**

Die Tendenz der Rationalisierung durch Automation betrifft nämlich nicht nur die aus dem Produktionsprozess ausgeschlossenen, sondern auch die Arbeiter in Lohn und Brot, indem die Kampfbedingungen für die Arbeiterorganisation durch die Drohung mit Entlassungen, bzw. Arbeitskräfteaustausch kontinuierlich untergraben werden: „Rascheres Wachstum der Produktionsmittel und der Produktivität der Arbeit als der produktiven Bevölkerung drückt sich kapitalistisch also umgekehrt darin aus, dass die Arbeiterbevölkerung stets rascher wächst als das Verwertungsbedürfnis des Kapitals“ (ebd.: 674).

Historisch ist zu bemerken, dass mit dem Abklingen der Ölkrise in allen größeren

Industrienationen, sei dies nun Großbritannien oder die USA oder Deutschland, von Seiten des Kapitals immer mehr Rufe laut wurden, die in den *trente glorieuses* festgezurrtten Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutzgesetze zugunsten der Flexibilisierung, also der effektiveren Nutzung der technischen Möglichkeiten, aufzuweichen. Auch in Frankreich setzte sich dieser Trend durch: „The future for advanced capitalist economies is said to lie in international competitiveness, rapid innovation, decentralized production, and, above all, flexibility” (Howell 1992: 11).

Wie sehr diese internationale Dynamik das nationale Ausscheren aus dieser Deregulierungsspirale verunmöglichte, zeigt sehr eindrucksvoll das französische Beispiel: Im Gegensatz zu Großbritannien und den USA wurde die Flexibilisierung hier nämlich nicht von liberalen oder konservativen politischen Parteien ermöglicht, sondern durch die sozialdemokratische PS. Dabei ist zu beachten, dass die Sozialisten in ihren ersten Regierungsjahren durchaus intendierten, sich dem allgemeinen wirtschaftspolitischen Trend zu widersetzen und an den keynesianischen Rezepten festzuhalten, was aber grandios misslang, da eine isolationistische Politik sich einfach nicht mehr durchsetzen ließ: “The increased mobility of industrial firms, the greater proportion of what is produced being traded, and the greater importance and speed of currency flows have all narrowed the space within states can pursue distinct national policy packages” (ebd.: 213, vgl.: 147). Selbstbewusst rief der französische Arbeitgeberpräsident 1983 als „Jahr des Kampfes für Flexibilisierung aus“ (vgl. ebd.: 198), nach einem kraftvollen Anfang fiel das sozialistisch-kommunistische Gallierdorf gegen den Neoliberalismus in sich zusammen. Mit dem Austausch des Premierministers Pierre Mauroy durch Laurent Fabius und dem Koalitionsausstieg der PCF 1983/84 wurde der Wandel dann auch auf der repräsentativen Ebene manifest: Die PS adaptierte einen Großteil der Forderungen von Seiten des Kapitals (vgl. ebd.: 190), wenn auch auf ihre Weise: Die Auroux-Gesetzgebung, die im Geiste der Arbeiterselbstverwaltung die Mitbestimmungsrechte der Arbeiterschaften stärken sollte, verschob das bis dahin hauptsächlich staatlich reglementierte Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit direkt auf die innerbetriebliche Ebene und damit auf das Verhältnis zwischen Patron und Belegschaft, um die Firmenangelegenheiten je nach wirtschaftlicher Lage flexibler zwischen den Akteuren selbst aushandeln zu lassen (vgl. ebd.: 146). Was als Stärkung der Arbeitnehmerrechte gedacht war, erwies sich allerdings als „perfectly compatible with the employers’ strategy of flexibilisation“ (ebd.: 146). Mit diesem Moment war der Damm gebrochen: Nicht nur kam es zu einer bis dato quasi illegalen massiven Ausweitung von Zeitverträgen und Leiharbeit, was ein massenhaftes Entstehen von so genannter prekärer Arbeit bedeutete (vgl. ebd.: 197, OECD 2006: 17), sondern es blieben zudem die versprochenen Entschädigungen der Arbeiter für die Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung weitgehend aus. Vielfach wurden auch nur die praktizierten Verstöße gegen die existenten Arbeitsschutzgesetze

legalisiert (Howell 194f.). Die tendenzielle Verknappung an Arbeitsplätzen, verknüpft mit der durch die Öffnung der Märkte verstärkt möglich gewordenen Verlagerungsdrohung des Kapitals, führte dazu, dass „die Logik der Konkurrenz in den Facharbeiterabteilungen Einzug“ (Beaud/Pialoux 2004: 107) erhielt und der Arbeiterklasse mehr und mehr Kampfmacht und Selbstbewusstsein entzogen wurden. Unterstützt wurde das gegenseitige Ausspielen der Arbeiter durch die Individualisierung der Löhne und persönliche Auswahlgespräche (vgl. ebd.: 124), die dem Management vollkommen neuartige Instrumente der Kontrolle über die Belegschaft verschafften (Howell 1992: 86).

Während die Facharbeiter, die „über ein beträchtliches berufliches, kulturelles und politisches Kapital verfügten“, vor den Umstrukturierungen noch in der Lage waren, die ursprünglich von ihnen getrennt sozialisierten „Angelernten in das institutionelle Netzwerk“ einzuführen und so zu einer „Homogenisierung der beiden Gruppen“ (Beaud/Pialoux 2004: 103) und einer einheitlich solidarischen Arbeiterkultur beizutragen, werden junge Zeitarbeiter heute gezielt und erfolgreich eingesetzt, um die ältere Stammbeslegschaft unter Druck zu setzen und zu entsolidarisieren (vgl. ebd.: 55ff.).

Mit der Flexibilisierung geht freilich auch ein Absinken des Lohnstandards einher (Howell 1992: 186), das die Individualisierten mit ihren schwindenden Kräften kaum aufzuhalten vermögen: „if the main ‚power resource‘ of labor is its collectivity and hence its capacity for collective action, microcorporatist labor regulation [also die Verschiebung der Auseinandersetzung auf Betriebsebene] implies a drastic reduction in the power resources of labor“ (ebd.: 218).

Nach und nach werden so die Arbeiterbastionen aufgebrochen und die Arbeiterkultur, die früher eine enorme Integrations- und Identifikationskraft ausgestrahlt hatte, aufgeweicht. „Radikal in Frage gestellt werden alle kulturellen Schemata und alle Verhaltensweisen, die der Arbeiterschaft lange Zeit Kohärenz und Kohäsion verliehen und damit ihren Fortbestand als soziale Klasse gesichert haben. In erster Linie wurden die logischen und kognitiven Schemata der politischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung in ihren Grundfesten erschüttert“ (Beaud/Pialoux 2004: 97).

Durch diese universale Verunsicherung und den immer stärker werdenden Druck lässt sich der Anfang einer verborgenen Spur der Gewalt rekonstruieren, an deren vorläufigem Ende die Explosion der Banlieues steht. Stéphane Beaud und Michel Pialoux beobachten bei ihrer Untersuchung der Situation der Arbeiter im Peugeot-Werk von Montbéliard enorme Aggressionen und einen „Hass auf die Fabrik“ (ebd.: 232ff.). Es spiele „in dieser Welt Gewalt eine große Rolle, und die Konkurrenzkämpfe zwischen den Arbeitern haben sich verschärft“ (ebd.: 239). Besonders die Produktionsorganisation des „Just-In-Time“ lässt die Arbeiter ständig unter Anspannung stehen

(ebd.: 323). Ein Auszug aus einem Interview bringt die Stimmung auf den Punkt: „Ich würde lieber verhungern, als bei Peugeot zu sterben“ (ebd.: 245). Es scheint wie eine makabere Verkehrung dieser Klage, dass Frankreich in den letzten Jahren durch eine Serie von acht außenwirksamen Selbstmorden von Arbeitern in den Werken von Renault und Peugeot aufgeschreckt wurde. Diese hatten in ihren Abschiedsbriefen zum Teil die hohe Arbeitsbelastung nach Rationalisierungsprogrammen als Suizidgrund angegeben, was die aussagekräftige Diskussion entfachte, ob Selbstmorde am Arbeitsplatz zu den Arbeitsunfällen gezählt werden sollten (vgl. Le Monde 2.2.07 und 22.4.07).

#### **5.4 „Du fric ou boum“ – wenn die Fabrik brennt...**

Wenn gesamte Fabrikanlagen geschlossen werden sollen, wendet sich die Gewalt immer öfter auch nach außen. Während sich die Arbeiter angesichts ihrer Machtlosigkeit immer öfter als „passive Gruppe“ empfinden, „der man sukzessive ihre Kampfwerkzeuge wegnimmt und die kaum noch etwas anderes als Verachtung oder Mitleid auslöst“ (Beaud/Pialoux 2004: 322), werden die alten Kampfwerkzeuge, wenn sie schon nicht gehalten werden können, in einem letzten Aufbäumen als tatsächliche Waffe zur Erpressung genutzt. Mit der Streikparole „Du fric ou Boum“<sup>68</sup> besetzten die Arbeiter des bankrotten Chemieunternehmens Cellatex das Gelände und drohten damit, giftige Abfälle in das Grundwasser zu leiten sowie die höchstexplosiven Säure tanks in die Luft zu sprengen, was eine Zerstörung des gesamten Stadtviertels zur Folge gehabt hätte. Ähnliches lässt sich von dem Hausgerätehersteller Moulinex im Jahr 2001 berichten. Auch hier besetzten die Arbeiter das zur Schließung freigegebene Werksgelände und brannten eine Lagerhalle nieder, mit der Drohung das gesamte Areal zu pulverisieren. Die Gewerkschaften konnten diesem selbst den französischen Verhandlungsrahmen voll und ganz sprengenden Treiben nur hilflos zuschauen, da sie die Kontrolle über den Dynamik verloren hatten. Mit der strukturellen Entmachtung der Gewerkschaften verliert diese auch ihre für das Kapital nützliche Funktion den „Klassenkonflikt zu institutionalisieren“ (Howell 1992: 210).

Prinzipiell war in diesen existenziellen Kämpfen aufgrund der Handlungsunfähigkeit der gesamten politischen Klasse sowie der Arbeitervertreter eine Entkoppelung von den institutionellen Formen der Konfliktaustragung und der politischen Repräsentation (vgl. Klages 2003: 152ff.) zu beobachten. Eine Arbeiterin bei Moulinex brachte dies wie folgt zum Ausdruck: „Pour les élections présidentielles, je ne voterai pas. Je renverrai ma carte d’électeur barrée en rouge avec l’inscription Moulinex. De toute façon rien ne peut aller comme ça. A près nous, d’autres suivront. Un jour, ça

---

<sup>68</sup> „Geld her oder es knallt.“

pétera. Et alors mai 68 ressemblera à une promenade ”<sup>69</sup>. (vgl. Echanges n°99, Winter 2001/02).

Diese Ereignisse, von denen noch mehrere nach dem ähnlichen Schema folgen sollten, sind deshalb so wichtig, weil in ihnen innerhalb der altherwürdigen Facharbeiterschaft Momente aufblitzen, welche, die unterschiedliche Ausgangslage einmal ausgeklammert, für die Aufstände der Banlieue signifikant zu sein scheinen und sich an ihnen das Auftreten des scheinbar völlig abrupten Gewaltausbruches und des kompletten Verlustes von Vertrauen in Politiker und Gewerkschaften in den Vorstädten als Reaktion auf eine gesamtgesellschaftliche Tendenz nachzeichnen lässt.

## **5.5 ...brennt auch bald das Viertel**

Wie manifestiert sich die Entwicklung des Ausschlusses aus dem Produktionsprozess, die Flexibilisierung und Prekarisierung nun in den Vorstädten?

Dort zeigte sich der Überschuss an der Ware Arbeitskraft besonders früh. Nach der Wegzugsdynamik der Facharbeiter in den 1970er Jahren blieben in den Banlieues vor allem die ungelernten Arbeiter, häufig mit migrantischem Hintergrund, welche von den Umstrukturierungen als erste betroffen waren. Der Staat reagierte auf den Arbeiterüberschuss und versuchte Mitte der 1980er Jahre die Heimkehr von früher angeworbenen Arbeitsmigranten in ihre Herkunftsländer durch Prämienzahlung zu forcieren, was den Anteil ausländischer Arbeitskräfte in manchen Regionen um die Hälfte reduzierte (vgl. Beaud Pialoux 2004: 37f.). In den Banlieues wird der spezifische Charakter der Ware Arbeitskraft<sup>70</sup> in Zeiten ihres Überangebotes besonders deutlich: „Die angebliche Ware ‚Arbeitskraft‘ kann nicht herumgeschoben, unterschiedslos eingesetzt oder auch nur ungenutzt gelassen werden, ohne damit den einzelnen, den Träger dieser spezifischen Ware zu beeinträchtigen. Das System, das über die Arbeitskraft eines Menschen verfügt, würde gleichzeitig über die physische, psychologische und moralische Ganzheit ‚Mensch‘ verfügen, der mit dem Etikett ‚Arbeitskraft‘ versehen ist. Menschen die man auf diese Weise des Schutzmantels der kulturspezifischen Institutionen beraubte, würden an den Folgen gesellschaftlichen Ausgegrenztseins zugrunde gehen“ (Polanyi 2004: 108).

Jedoch wird durch die fortschreitende kapitalistische Entwicklung gerade ein Überschuss jener Ausgegrenzten, die weder im noch außerhalb des Systems leben können, produziert (vgl. Mattick 1983: 101). Diese für die Ökonomie Überflüssigen spüren die „soziale Hoffnungslosigkeit“ (Beaud/Pialoux 2005: 5) in allen Teilbereichen ihres Lebens und schaffen sich nach dem Ausschluss aus den „kulturspezifischen Institutionen“ der Arbeitsgesellschaft neue Rückzugsorte

---

<sup>69</sup> „Zu den Präsidentschaftswahlen werde ich nicht hingehen. Ich werde meine Wahlkarte rot durchgestrichen mit dem Vermerk Moulinex zurücksenden. So kann es nicht weitergehen, uns werden weitere Arbeiter folgen und irgendwann wird es eine richtige Explosion geben, die den Mai 68 als Witz erscheinen lässt.“

<sup>70</sup> Vgl. auch Marx: „Die Arbeitskraft existiert nur als Anlage des lebendigen Individuums“ (Marx 2001: 185).

wie Gangs und Banden, die ein äußerst starkes Gemeinschaftspotenzial vermitteln (vgl. ebd.) und in gewissen Aspekten genau den Gegenentwurf zu der Gesellschaft darstellen, die kein Interesse an den Ausgespuckten aufbringt.

Innerhalb des Proletariats vollzieht sich damit eine „erweiterte Polarisierung“ zwischen den Kernbereichen der Arbeitsgesellschaft „und minderqualifizierten Dauerarbeitslosen oder Beschäftigten mit hohem Arbeitsplatzrisiko“ (vgl. Offe 1984: 35). Es ist kein großes Wunder, dass in der soziologischen Debatte in Frankreich angesichts der Prekarisierung zum ersten Mal in den 1980er Jahren vor einer „Société duale“<sup>71</sup> (Bloch-Lainé 1981: 335) gewarnt wurde und die Mitglieder des einen Segments dieser Entwicklung in den Vorstädten zum ersten Mal 1979 gewalttätig auf sich aufmerksam machten: In der lyonnaisischen Vorstadt Vaulx-en-Velin kommt es in diesem Jahr zu den ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei und erstmals werden Autos in Brand gesteckt. Auch bei den Auseinandersetzungen 2005 waren nicht nur arbeitslose Jugendliche, sondern auch Prekarisierte, Schüler und Studenten beteiligt (Beaud/Pialoux 2005: 4), also all jene, die unter dem Arbeitsplatzrisiko leiden. Die Ausweitung von befristeten, ungesicherten Verträgen führt dazu, dass es für die Lebenssicherheit nur einen marginalen Unterschied macht, ob man gerade einen *boulot*<sup>72</sup> hat oder auf der Straße sitzt. So war im der durch den angrenzenden Flughafen geprägten Banlieue Roissy nach dem 11. September 2001 durch die faktische Auflösung des Kündigungsschutzes die fristlose Entlassung von mehr als 1100 Zeitarbeitern möglich (vgl. ebd.).<sup>73</sup>

Die Reaktion der *banlieuesards* ähnelt im Kern der der Arbeiter bei Cellatex und Moulinex, mit dem entscheidenden Unterschied, dass jene zeitlebens strukturell aus der Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen werden und so keinerlei Bezug zu den Produktionsmitteln herstellen, die die abgewickelten Kernbelegschaften in ihrem letzten Gefecht noch einmal als Erpressungsmittel einsetzen. Es ist nicht zu unterschätzen, wie sehr sich die Perspektive und die Identifizierung der relevanten Kampflinie von der Fabrik auf andere Institutionen verschiebt. So erklärt ein jugendlicher Arbeiter bei Peugeot: „Ich würde bei Peugeot kämpfen, wenn ich bei Peugeot ein Leben lang bleiben müsste, dann ja.“ (Beaud/Pialoux 2004: 249). „Die Erfahrung ihrer Prekarität und ihrer spezifischen Situation als Zeitarbeiter tragen [...] notgedrungen zu einer ‚realistischen‘ Sicht der industriellen Beziehungen bei: [...] Die ‚Ausbeuter‘ [...] sind die ‚anderen‘, die

---

<sup>71</sup> „Gespaltenen Gesellschaft.“ Gleichlautende Warnungen wiederholen sich in regelmäßigen Abständen in quasi allen Ländern, die von Rationalisierungen, Produktionsauslagerung und Deregulierung betroffen sind; vgl. bspw. in Deutschland: Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik 1994:21.

<sup>72</sup> „Job“

<sup>73</sup> Zu einem vollständigen Verständnis der ökonomischen Situationen der Jugendlichen muss angefügt werden, dass in Frankreich Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld oder Eingliederungsmaßnahmen erst ab dem 25. Lebensjahr von Staat bezahlt werden.

Zeitarbeitsagenturen und der Staat“ (ebd.: 279).

Ähnlich wie sich die Arbeiter tendenziell von den institutionalisierten Politikformen von Parteien und Gewerkschaften abwenden, weil diese auf die sie drängenden Fragen keine Antworten haben, haben auch die *banlieuesards* keinen Grund sich den politischen Matadoren, die häufig nur im Vorfeld der Wahlkämpfe in ihre Viertel kommen, um sie zu instrumentalisieren (vgl. ebd.: 309), an den Hals zu werfen: „Im gewerkschaftlichen Vokabular erkennen sie sich nicht wieder. In ihren Ohren klingt das wie ein esoterischer Wortschatz von ‚kleinen Reichen‘. [...] Sie beteiligen sich kaum an politischen Wahlen und kaum am gewerkschaftlichen Leben“ (ebd.: 280).

Die Spur der Gewalt, die sich entspinnt in der rücksichtslosen fortschreitenden Umstrukturierung der Arbeitswelt über die militanten Streiks von Cellatex und Moulinex bis in die Banlieues nachvollziehen lässt, findet hier, angereichert um weitere elementare Aggressionserfahrungen ihren Höhepunkt und ihren stärksten Grad der Verallgemeinerung. Auf die Frage, warum er die Autos seiner Nachbarn anzünde, antwortete ein *banlieusard*: „Parce que Sarkozy ne vient pas garer la sienne ici. C’est une connerie, je sais. [...] On pourrait s’en prendre à la mairie ou à des monuments au centre-ville. Mais j’en ai rien à branler de la mairie : c’est ici que je veux que les choses se passent“<sup>74</sup> (vgl. Libération vom 14.11. 2005).

An dieser Aussage wird deutlich, wie fern den Jugendlichen die Sphäre der politischen Herrschaft geworden ist. Aufgrund der Exklusion aus dem Produktionsprozess richtet sich die Gewalt gegen die Institutionen der alltäglichen unmittelbaren Unterdrückung und Kontrolle: Gegen die Schule, gegen die Polizei, gegen die öffentlichen Transportmittel. Entscheidender als die Analyse der genauen Angriffsobjekte ist allerdings, dass sich bei den dauerhaft und strukturell von der sozialen Ordnung Ausgeschlossenen, eine Wut akkumuliert, die sich verallgemeinert und deren Detonationsauslöser vielfältiger Natur sein kann: Einerseits **kommt** es 2005 zum ersten Mal zu einer dauerhaften und landesweiten Ausdehnung der bis dato lokal gebliebenen Auseinandersetzungen, was auf eine neue qualitative Stufe schließen lässt. Andererseits lassen sich aufgrund der allgemeinen sozialen Hoffnungslosigkeit auch keine konkreten positiven Forderungen artikulieren. Den Versprechen der Republik vom Aufstieg durch Arbeit wird – im Gegensatz zur Elterngeneration – kein Glauben mehr geschenkt, das Gespräch und die Anrufung der Politiker, die an dieses System gekettet sind, ist sinnlos. Oder wie es Michel Wieviorka formuliert: „Wer traut sich heute noch zu sagen: Vive la République! Niemand mehr“ (zit. nach Frankfurter Rundschau 13.11.2005).

---

<sup>74</sup> „Weil Sarkozy seines hier nicht parkt. Ich weiß, dass das bescheuert ist. [...] Wir könnten auch die Gebäude in der Innenstadt oder das Rathaus auseinander nehmen. Aber von dem Rathaus hab ich nichts, ich will, dass sich die Dinge hier verändern.“



## 6. Spuren der Gewalt und Gegengewalt im Alltag der Vorstädte

### 6.1 Die „culture de la provocation“ als alltägliche Gegengewalt

Folgt man der Interpretation, dass sich die Jugendlichen sukzessive von den althergebrachten politischen Repräsentationsformen und ihren Perspektiven und Hoffnungen entfernen und durch ihren strukturellen Ausschluss aus der Welt der Arbeit immer weniger Bezugspunkte zur Produktionssphäre herzustellen vermögen, scheint es nicht weiter verwunderlich, dass sie ihren Unmut in anderen Bereichen artikulieren (müssen) als es bei den traditionellen Facharbeitern der Fall war. Dass dies auch und vor allem im ganz alltäglichen Verhalten auf der Straße geschieht, braucht ebenso wenig irritieren, stellt diese doch den Ort dar, an welchen die Ausgegrenzten und Freigesetzten tagtäglich verwiesen sind. Das Bild ist bekannt: Jugendliche, die vor den Eingängen der HLMs und auf öffentlichen Plätzen sitzen und Vorübergehende anpöbeln oder aggressiv mit ihren Scootern durch die Straßen heizen; mit harten Sprüchen und selbstbewusstem Auftreten geben die Kids vor, die Kontrolle über ihren Bezirk zu haben. Doch das „Herumlungern“ ist eben auch sichtbarstes Zeichen der immensen Arbeitslosigkeit und der lähmenden Langeweile und Perspektivlosigkeit, die das soziale Umfeld der hier lebenden Jugendlichen bestimmt. „Wir haben keine Arbeit, da müssen wir uns eben austoben“ (le monde 1989, zit. nach Jandi 2006: 76).

„Überall spürt man bei ihnen [den Jugendlichen aus der Vorstadt] das fieberhafte Bestreben, durch Lautstärke und auffallendes Benehmen Raum einzunehmen, so als müssten sie öffentlich zeigen, dass sie Recht auf einen Platz haben. Dieses übertrieben ‚raumgreifende‘ Verhalten ist eine Kompensation ihres sozialen Minderwertigkeitsgefühls“ (Beaud/Pialoux in: Le monde diplomatique vom 13.7.2001). Das Viertel soll erschlossen werden als Raum der Identifikation und des Halts, den die zerbrochenen Strukturen der Arbeiterbewegung mit sich genommen haben. Der soziale und ökonomische Abstieg führt zur Suche nach Beherrschung der Umgebung. „Die anderen“, die als situierter, oder erfolgreicher angesehen werden, sollen wenigstens räumlich enteignet werden. Beaud und Pialoux bezeichnen dieses Phänomen als „retraduction spatiale“<sup>75</sup> (Beaud/Pialoux 2003: 341), die Straße bildet das Kampffeld à temps. Die Forderung eines unabhängigen Gebietes – „la cité est à nous“<sup>76</sup> – ist als Gegenreaktion auf das Unrecht, von materiellem Wohlstand ausgeschlossen zu sein, zu verstehen. Dass die Jugendlichen dabei auch mit gewaltverwandten Mitteln vorgehen, ist für sie legitim, da sie diese Gewalt als Reaktion auf die ihnen angetane – ebenfalls gewalttätige – Misere ansehen. Wurde zu Zeiten der *banlieue rouge* Gewalt noch in anerkannten Wegen sozialen und politischen Kampfes kanalisiert, ist sie heute scheinbar ohne rationalen Katalysator.

---

<sup>75</sup> „Räumliche Rückübersetzung.“

<sup>76</sup> „Die Stadt gehört uns.“

Doch die von Beaud und Pialoux so genannte *culture de la provocation* ist längst nicht die einzige Ausdrucksform, mit der Jugendliche aus den französischen Vorstädten ihren Unmut kundtun. Es gibt sie tatsächlich, die vorstadtspezifische „Kultur“, die sich in Musik, Tanz, Kunst und sogar einer eigenen Sprache und Kleidungsstil äußert. Was seit 1970 in den amerikanischen Ghettos entstand, Rap, HipHop, Breakdance, Graffiti und ihre jeweiligen Unterformen, hat sich auch in Frankreich verbreitet. Dabei bleiben diese Richtungen nicht in bestimmten Räumen begrenzt sondern infiltrieren Jugendgruppen und städtische Räume, die der Banlieue eher fern sind: Rapgruppen wie IAM aus den nördlichen „Problemvierteln“ Marseilles’ sind in ganz Frankreich und über die Grenzen hinaus erfolgreich und beliebt geworden. Jean-Marc Stébé spricht in diesem Zusammenhang von der Erschließung neuer Grenzen (Stébé 2002: 106), dagegen betonen Kritiker die Verbindung zum Mainstream, der zu Vermarktungszwecken gern mit dem Etikett der „coolen Ghettovergangenheit“ prahlt. Doch sozialkritische Texte und Protestformen gegen Ungerechtigkeit erreichen und betreffen auch Jugendliche mit anderem sozialen Hintergrund und werden so zum Sprachrohr der Unterdrückten. Auch wenn darin häufig modische Selbststilisierung zum Ausdruck kommt, scheint die Ästhetik des Widerstandes der Banlieues auch Jugendlichen außerhalb der HLM ein Identifikationspotential für ihr Unbehagen zu bieten.

Die alltägliche Gewalt in Form von Scharmützeln mit der Polizei, Vandalismus, einschüchterndem und machistischem Auftreten auf der Straße zeigt, wenn auch auf mikrologischer Stufe, frappante Parallelen zu den Vorkommnissen im November 2005. Dabei wird nochmals klar, wie unzulässig es ist, die damaligen Ereignisse spektakulär zu isolieren und aus der gewöhnlichen Lebenswelt der Banlieues herauszuschneiden.

Das Reaktionsschema von Gewalt-Gegengewalt lässt auch andere Schlüsse zu, als das moralische Raisonieren über die Destruktivität der Vorstadtunruhen: Wenn in dieser „Kultur der Straße“ Elemente von Gewalt auftauchen, dann sind es meist nur reaktive, zeichenhafte Formen, eher Reflexe auf gesellschaftlich vorgegebene Gewaltverhältnisse, die im politischen Lebensraum „Straße“ bereits vorgefunden werden“ (Kaschuba 1994: 94). Die *émeutiers* in ihren Banlieues scheinen also mehr als nur entfernte Erben des klassischen Mobs zu sein, der mit den urbanen Eingrenzungsversuche seitens des Staates zu kämpfen hatte.

## **6.2 Die Reaktion der Politik**

Analog zu den Zeiten des Mobs, der von Rechts bis Links als unstetes Lumpenproletariat diffamiert wurde, mit dem kein Staat zu machen sei, scheint auch heute die Reaktion der politischen Klasse und der medialen Kommentatoren darin zu bestehen, den *émeutiers* verwahrloste Lebensweisen zu unterstellen und sie aufgrund ihres Gewaltgebrauchs aus dem Kreis der vernunftbegabten Wesen

auszuschließen.

Während bei den Bürgern *intra-muros* zu den Zeiten der Arbeitervorstädte noch eine regelrechte Hysterie herrschte, die Hauptstadt könnte von dem „roten Gürtel“ erdrosselt werden, indem die machtvollen Arbeiter die Kommunikations- und Versorgungswege der Stadt besetzten und so Paris in ihre Abhängigkeit brächten (vgl. Fourcault 1986: 30, 38), sind solche Diskurse über die *banlieuesards* kaum zu finden. Zwar wird allerorten die Stirn über die hohe Kriminalität in Falten geschlagen, doch kann diese unverblümt mit einer Strategie der weiteren Erhöhung von Repression und Kontrolle beantwortet werden, die sich in Sarkozy als lautstarkem Verfechter einer solchen Herangehensweise personifiziert hat. Dies schlägt sich in immer weiter reichenden Reglementierungen nieder, um den Jugendlichen auch ihren letzten Rückzugsort und ihre eigene Sozialstruktur zu nehmen: So verbietet beispielsweise das *loi Sarkozy* vom 19.3.2003 unter anderem die Versammlung in den Eingangsbereichen der Wohnblocks und **schafft** so eine ganz neue Palette an Delikten (vgl. Echanges et Mouvement 2006b: 30). Auch werden die Jugendlichen bei Veranstaltungen wie der Fußballweltmeisterschaft in der Innenstadt von der Polizei teilweise in der Banlieue festgesetzt, damit sie im Zentrum keine Diebstähle begehen können (vgl. Echanges et Mouvement 2006a: 13). Es bleibt abzuwarten, ob damit in Frankreich eine ähnliche Dynamik eingeläutet werden soll wie in den USA, wo überflüssige Arbeitskräfte zum Teil in den Gefängnissen verschwinden (vgl. Davis 1986). Jedoch wird auch bereits jetzt das Leben der Ausgegrenzten – wie zu Zeiten des Mobs – in verstärktem Maße verreguliert und kontrolliert, womit „der Gegensatz von sozialem Lebensbedürfnis und polizeilicher Ordnungsnorm“ ist damit erneut zur alltäglichen Konfliktfigur geworden ist.

Flankiert wird diese Verschärfung der Repressalien durch eine Rhetorik, welche die „echten Jugendlichen“, respektive, das „ehrliche Frankreich“ von den „Gangstern“, „Gaunern“ oder dem „Gesindel“ zu scheiden sucht und damit genau die Trennung zwischen „inclus“ und „exclus“<sup>77</sup> (vgl. Beaud/Pialoux 2004: 326) nachvollzieht, die sich aus den neueren ökonomischen Entwicklungen ergeben hat. Dabei wird gerade bei der Analyse der Reaktionen der PCF auf die Ausschreitungen in der Banlieue noch mal das ganze Drama der Situation deutlich. Diese bedient sich einer ähnlichen verbalen Klaviatur wie Sarkozy und verurteilt primär, dass die aufständischen Wilden die Autos der anständigen Arbeiter anzünden, ergänzt um die Vorderung nach höheren Gehältern für die in der Vorstadt tätigen Lehrer (vgl. Mucchielli 35, 41). Auch die PS plädiert für ein entschiedenes Niederschlagen der Aufstände und fordert die Einführung eines obligatorischen Zivildienstes zur moralischen Erziehung der Jugendlichen (ebd.: 39, 49). Hierbei wird deutlich, dass die linken Parteien krampfhaft nostalgisch an der Verteidigung ihres zergehenden Stammklientels, den

---

<sup>77</sup> „Eingeschlossene“ und „Ausgeschlossene“ aus dem regulären Arbeitsprozess. Vgl. S. 40.

Facharbeitern und unteren Beamten, festhalten und sich so durch die Verkürzung der Perspektive den rechten Parteien angleichen und gleichzeitig die Trennung zwischen „inclus“ und „exclus“ aufrecht zu erhalten trachten. Folgerichtig bieten solche Positionen, die explizit gegen die Ausgeschlossenen gerichtet sind und bei ihnen das Übel suchen, anstatt sie als Produkt einer fatalen Entwicklung zu sehen, keinerlei Attraktion für die Jugendlichen der Vorstädte.

### **6.3 Die Reaktion der „anständigen Arbeiter“ und die Etablierung der FN**

Obwohl sich diese scharfe Scheidung von Gaunern und anständigen Bürgern tatsächlich kaum aufrecht erhalten lässt (vgl. Beaud/Pialoux 2005 und Marlière 2006), sind die Arbeiter, die noch in Brot und Lohn stehen, sehr empfänglich für solche verbalen Aufwertungen ihrer Position, selbst wenn diese nur moralischer Natur sind und durch Politiker getätigt werden, die sich materiell kaum für ihre Belange einsetzen. Gerade bei denen, die besonders vom Verlust der Arbeit bedroht sind, lässt sich ein starkes Unterscheidungsverlangen gegenüber „den“ Migranten und „den“ unqualifizierten Angelernten beobachten, um so entgegen ihrer Angst einen symbolischen Distinktionsgewinn verbuchen zu können: Die vielfältigen Bedrohungen, mit denen sich die ehemals in ihren Vierteln und Fabriken aufgehobenen Arbeiter konfrontiert sehen, werden dabei auf „die“ Migranten übertragen, welche „auf eine diffuse Art die extremste Form von Prekarität und sozialer Unsicherheit“ verkörpern (Beaud/Pialoux 2004: 191). Auf diese Weise wird die eigene erlebte Verunsicherung, „ganz langsam, aber unausweichlich, dorthin abzurutschen“ (ebd.), abgewehrt und schließlich gegen jene gekehrt, die das Bild der eigenen möglichen Zukunft am sinnbildlichsten verkörpern: „Es wird deutlich, dass hinter ihren Bemühungen [denen der Facharbeiter] nichts anderes als die Angst steckt, vom Heer der Angelernten geschluckt zu werden und schließlich bei den Untersten der Unteren zu landen. Nun stellen sie fest, dass die Kluft zwischen den beiden Arbeiter-Gruppen erheblich kleiner geworden ist“ (ebd.: 110). Um diese Kluft zumindest bewusstseinsmäßig wieder herzustellen und somit die eigene (gefährdete) Position zu stabilisieren, wird die forcierte Abgrenzung gegenüber den vermeintlich „anderen“ – d.h. zumeist den Migranten – bemüht und damit die Rhetorik der politischen Klasse übernommen.

Die Attraktivität solcher Deutungsmuster fußt dabei auf verschiedenen psychologischen Projektionsleistungen, die sich weitestgehend in der Formel „Ethnisierung des Sozialen“ zusammenfassen lassen: „Reale gesellschaftliche Probleme werden von ihrer sozioökonomischen Ebene in einen ideologisch-kulturellen Wahrnehmungsbereich verschoben. Die Folge ist, dass „soziale Probleme in vermeintlich ‚interkulturelle‘ Schwierigkeiten oder ‚Integrationsprobleme‘ bestimmter Bevölkerungsgruppen umgewandelt werden“ (Schmid 2004). Sinnbildlich gesprochen projizieren Unterlassenweiße damit ihre eigene soziale Deklassierung auf Immigranten, die auf

diese Weise eine Sündenbockfunktion übernehmen: „Sie [die Facharbeiter] erleben die Verachtung in der Fabrik aus der Opfer-Perspektive, was ihre Verachtung anderen gegenüber nur noch steigert. Diese alten Facharbeiter, die in anderen Zeiten die Verbreitung rassistischer Ideologien gebremst hätten, entwickelten mit zunehmendem Alter ein blasiertes und zynisches Politikverständnis“ (Beaud/Pialoux 2004: 296). Dabei werden Konflikte durch schlechte Wohnraumsituation noch verstärkt und ebenfalls als kulturelle Unterschiede ausgegeben: dünne Wände, überbelegte Wohnungen und enge Flure führen zu klaustrophobischer Wut über die mangelnde Privatsphäre. Am augenscheinlichsten wird diese Entwicklung, wenn sie sich fatalerweise im Votum für die rechtsextreme Front National (FN) niederschlägt. Während sich die politische Exekutive immer wieder neu anschickt, die Banlieue mit Polizeigewalt „zurückzuerobern“, scheinen die Arbeiter Ähnliches bezwecken zu wollen, indem sie der FN ihre Stimme geben. 1972 unter dem Vorsitz von Jean-Marie Le Pen als „droite nationale, sociale et populaire“<sup>78</sup> gegründet, vertritt die Partei die Überzeugung, dass die Ursachen aller gesellschaftlichen Probleme in der „Dekadenz“ Frankreichs und in den das Land überschwemmenden fremden Einflüssen lägen (vgl. Ignazi: 90ff.). In den Pariser Vorstädten wie beispielsweise Seine-Saint-Denis, erreicht die FN 1988 20% bei den Präsidentschaftswahlen (gegenüber 14,4% in Frankreich insgesamt). In Regionen, wo die Deindustrialisierung am massivsten und der Zerfall der innerbetrieblichen kommunistischen Infrastruktur am stärksten waren (und nicht von PS kompensiert wurden), verzeichneten rechtsextreme Strömungen ab 1995 den bedeutendsten Zulauf; die FN erschließt sich Wählerschichten, die sich von den linken Parteien nicht mehr vertreten fühlen (von Pascal Perrineau auch als „gaucho-lepénisme“<sup>79</sup> bezeichnet). Le Pen übernimmt großspurig die Rolle des Anwalts des „kleinen Mannes“ und vereint so viele der vom „System“ Enttäuschten hinter sich. Außerdem profitiert er von der zunehmenden Wahlenthaltung, die seine Position im Parteienspektrum stärkt. Letztlich muss man konstatieren, dass das Misstrauen gegenüber den als „anders“ konstruierten und damit der Erfolg der FN sowohl auf den ökonomisch induzierten Trennungen der Arbeiterschaft als auch auf dem damit verknüpften Verschwinden der traditionellen Formen des alltagskulturellen und Gemeinsamkeit stiftenden Vorstadtmilieus fußt (vgl. Jandi 2006). Nach dem Untergang der kollektiv geteilten Arbeiterpraxis blieb ein Gefühl der Leere und Bedrohung statt der Stärke und Solidarität zurück. Als Abwehrreaktion beantworteten die FN-wählenden Arbeitern diesen Prozess nun über die Inferiorisierung und Ausgrenzung anderer, wobei der „außerordentlich ‚reaktive‘ Charakter“ dieses Vorgangs durch Beaud und Pialoux unterstrichen wird (Beaud/Pialoux 2004: 309). Mit Le Pen als charismatischer Führungspersönlichkeit hielt das „Recht des Stärkeren“ Einzug –

<sup>78</sup> „nationale, soziale und populäre Rechte“

<sup>79</sup> „Links-LePenismus.“

einer Stärke, mit der man sich wieder identifizieren und so die eigene Schwäche wegschaffen wollte.

Unterstrichen sei allerdings nochmals, dass sich die Enttäuschung von den etablierten Parteien neben dem rechtsextremen Votum mindestens genauso stark in der prinzipiellen Wahlabstinenz niederschlägt (Beaud/Pialoux 2003), was Jugendliche und Arbeiter wiederum eint.

#### **6.4 Rassismus seitens der Polizei als Auslöser für die Vorortunruhen**

Zum Ende soll hier zum manifesten Ausgangspunkt der Revolte zurückgekehrt werden, der noch überhaupt nicht beleuchtet wurde. Zur Hervorhebung der oft unterschlagenen, nicht offen sichtbaren Gewalt des Alltags schien es geboten, die manifeste Gewalt, die ebenfalls das Fass zum überlaufen brachte, zunächst auszuklammern. Nichtsdestotrotz spielt sie bei der Analyse der Banlieues natürlich eine eminent wichtige Rolle. Auch kreisen die unmittelbaren Begründungen des Gewaltausbruches durch die Vorstadtjugendlichen selbst immer wieder um das eine Thema: Die rassistisch motivierte Polizeigewalt. In ihr fließen die schon behandelten Themen des Repressionsdiskurses von Sarkozy und der krisenmotivierten Wahlerfolge der FN zusammen; dennoch erschöpft sich das Phänomen nicht in diesen beiden Elementen.

In der Flucht der drei später zu Tode gekommenen bzw. verletzten Jugendlichen vor der Polizei<sup>80</sup> offenbart sich symbolisch eine der Hauptkonfliktlinien: die Konfrontation zwischen den jugendlichen *banlieusards* und den Polizeikräften. Sie begegnen sich grundsätzlich auf der Basis der Demonstration von Stärke über Provokation und Gewalt (vgl. Mohammed/Mucchielli: 98). Jede Seite will sich durch klirrendes Säbelrasseln Respekt erzwingen, dabei ist die Polizei nicht nur mit ihren Schlagstöcken und Flashballs auf der sicheren Seite: Willkürliche Verhaftungen und kollektive Bestrafungen auch von Unschuldigen sind an der Tagesordnung. „Les jeunes des cités la connaissent bien: contrôles d’identité, interpellations, injures, arrestations arbitraires, humiliations, coups et blessures etc“<sup>81</sup> (Montel: 200) Die Ausweiskontrolle ist dabei oft auslösendes Moment für verbale Entgleisungen, die bis hin zu rassistischen Äußerungen gehen können. Das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden, wächst bei den Jugendlichen.

Auf beiden Seiten geht es um die „Wiederaneignung eines verlorenen Territoriums“ (vgl. Mohammed/Mucchielli: 110): bei der Polizei, indem sie von Politik und höheren Dienstgraden verordnet bekommt, Sicherheit und Ordnung herzustellen. Die Jugendlichen hingegen wollen sich in ihrem Lebensraum behaupten und weder durch willkürliche Repressionen unterordnen lassen

---

<sup>80</sup> Ein Fakt, den Innenminister Sarkozy zunächst abstritt. Verschiedene Versionen ranken sich um den Vorfall, der die Vorortunruhen entfachte.

<sup>81</sup> „Die Jugendlichen in den Cités kennen das gut: Identitätskontrollen, Verhöre, Verhaftungen, Erniedrigungen, Schläge und Verletzungen.“

noch ihre soziale Misere klanglos hinnehmen. Doch wie ist es zum diesem Machtgefüge gekommen?

Seit den „rodéos de Minguettes“<sup>82</sup> 1981 kommt der Begriff „urbane Gewalt“ ins Stadtgespräch. Die Vorstädte geraten außer Rand und Band, ist die Befürchtung, der kleine Bürger ruft nach den hohen Verantwortlichen in der Politik. Die Ordnungshüter von Polizei, der Sicherheitstruppe CRS und der militärischen Gendarmerie sind seit jeher in Frankreich für die Klärung solcher Missstände zuständig. Dabei ist nach Mohammed und Mucchielli zu beobachten, dass eine Strategie der Entspannung dabei nicht vorgesehen ist: „la culture de la police ne valorise uniquement leur missions répressives“<sup>83</sup> (Mohammed/Mucchielli: 116). Das Gesetz „Chévenement“ 1999 sah die Gründung der „police de proximité“<sup>84</sup> vor: Zivilstreifen sollten eher für Dialog als für Eskalation sorgen. Polizisten und ihre Gewerkschaft sprechen jedoch in der Folge von einem Versagen der Politik und sträuben sich dagegen, ohne Waffen in die Vororte zu gehen und sehen in Gesprächen mit den Jugendlichen keinen Sinn. Innenminister Sarkozy verbannt diese Idee 2003 wieder in die Mottenkiste der fehlgeschlagenen Deeskalationsmaßnahmen und setzt auf die stärkste Polizeipräsenz in den Vororten, die Frankreich je erlebt hat. 2005 gerät bekanntermaßen die Situation außer Kontrolle.

In seinem Buch „La France raciste“ von 1992 konstatiert Michel Wieviorka hierzu: Es gibt ihn, den Rassismus in der Polizei, und er ist sowohl unter normativen, als auch unter strukturellen oder institutionellen Gesichtspunkten zu betrachten. Dabei steht die so genannte „culture policière“ im Vordergrund seiner Untersuchungen (vgl. Wieviorka: 164). Sie zeichnet sich weniger durch historische Gegebenheiten als durch die aktuelle Destrukturierung der Gesellschaft aus, in der auch der kleine „flic“<sup>85</sup> zu Ordnung aufruft und das auseinanderfallende Wertennetz im Rahmen von Deindustrialisierung und Globalisierung durch sein Eingreifen flicken will. Während die Politik und Justiz am Schreibtisch über Problemlösungen brüten, geht der Polizist ins Zentrum des Geschehens und verspürt in diesem Moment die Autorität, Konflikte auf seine Art und Weise zu lösen. Dabei nimmt er eine Klassifikation zwischen einem „innen“ (Polizei) und dem „außen“ vor, das in verschiedene „feindliche“ Gruppen klassifiziert wird (vor allem die der Immigranten, die nach klassischem rassistischen Bild für den Zerfall der Gesellschaft verantwortlich gemacht werden, seien sie nun französische Staatsbürger oder nicht). Eng verbunden damit geht bei den Staatsdienern die Angst um, das traditionell republikanische Modell Frankreich, mit dem sich der Polizeiapparat eng verhaftet fühlt, würde ins Wanken kommen.

---

<sup>82</sup> Ausschreitungen in dem Lyoner Vorort Minguettes.

<sup>83</sup> „Die Polizeikultur erkennt in ihren Grundzügen nur die repressiven Vorgehensweisen an.“

<sup>84</sup> Polizei der Nähe

<sup>85</sup> „Bulle.“

Das Verantwortungsgefühl gegen die „Überfremdung“ durch Immigranten, die durch eine Art Invasion das gelobte Wertesystem der nationalen Kultur ins Wanken bringen könnten, ist so hochgradig absurd wie es paranoide Züge trägt.

## 7. Fazit und Ausblick

Kurz vor Ende eine Rekapitulation: Die These der vorliegenden Arbeit auf allgemeinsten Niveau formuliert besagt, dass den *émeutes* aus der präindustriellen und -urbanen Gesellschaft und den Aufstände zu Zeiten der Krise der Arbeitsgesellschaft heutzutage eine Indikatorfunktion zukommt. Die Erhebungen zeigen einen sozialen und ökonomischen Wandel an, dem zwar die „adäquate“ politische Repräsentation fehlt, auf den aber in einer eigenen, durchaus als politisch zu begreifenden Sprache geantwortet wird. Eine Arbeiterklasse im Werden oder im Niedergang lässt die Energie einer Reibung entweichen, die durch die Inkohärenz ihrer sozialen und politischen Zusammensetzung entstanden ist. Die Stadt ist in beiden Fällen jeweils das Terrain, die geographische Matrice, auf die man als Abziehbilder die wilde Lust der Rotte und den technischen Planungswillen des Urbanismus kleben kann. Sie ist die räumliche Übersetzung der sozial-ökonomischen und politischen Kräfteverhältnisse, Spiel- und Tummelwiese für die verschiedenen Akteure – sei es der die abstrakte Strukturgewalt verkörpernde Haussmann oder aber die Gegenmacht, die am Auspuffklang und der Musik wahrnehmbar, ein Jahrhundert später in ihrem tiefer gelegten Peugeot 206 um die Ecke geschossen kommt.

Nicht erklärt werden sollte der Kurzschluss, der eine landesweite Unruhe auslöste, sondern die Verzweigungen des Schaltkreises in der nicht konjunkturellen, sondern gesetzmäßigen Krise der Arbeitsgesellschaft, in der Entstehungs- und Verfallsgeschichte der Vorstädte sowie in dem politischen und kulturellen Ausdruckswillen (bisweilen vielleicht gar einer selbstzweckhaften Ausdruckslust) der *banlieusards*. Die Revolte kann auf einem langen Kontinuum von Gewalt und Gegengewalt angesiedelt werden. Von daher ist es wenig ertragreich, das auslösende Moment für die Erklärung zu isolieren. Die strukturelle Überflüssigmachung in der Arbeitswelt und die fehlende politische Repräsentation dieser neuen Version des Lumpenproletariats ließ in den Vorstädten den Nährboden anwachsen, aus dem diese Erben der vorindustriellen Stadttürmer erwuchsen. Diese These fügt gerade nicht ein weiteres Moment der Vielstimmigkeit der Erklärungsansätze hinzu, sondern versucht zuzuspitzen.

Wie kam es zu diesem erstaunlichen Ergebnis? Als erstes wurde gezeigt, wie das Toben des Mobs an der Schwelle zur Urbanisierung und Industrialisierung, als das politische und soziale Gefüge der Gesellschaft im Missklang stand, keinesfalls nur dem Reich des Irrationalen und Zufälligen



angehörte. Das Kapitel diene einerseits dem methodischen und politischen Ziel, nicht in die bekannten dualen Bewertungsmuster (rational-irrational, bewusst-unbewusst, politisch-unpolitisch) der Revolte zu verfallen, andererseits lege es die interpretative Grundlage, in den heutigen *émeutiers* die Wiederkehr der präindustriellen Stadttürmer zu erblicken. Dann wurde gezeigt, in chronologischer und systematischer Folge, wie die Herausbildung der klassischen Arbeiterklasse in Frankreich aus dem Konnex Verstädterung-Proletarisierung-Migration zu rekonstruieren ist. Als der Krieg der Paläste gegen die Hütten organisierten Charakter angenommen hatte, der Boulevard sich durch die Stadt schlug und der Handwerker seinen Hammer nicht mehr in der Hand halten konnte, entstand im Bannkreis der Städte eine neue homogene Klasse. Die Banlieues, der rote Gürtel um die nach kapitalistischer und bürokratischer Ratio durchstrukturierten Städte, sollten allerdings die Geburtsstätte eines neuen Widerparts werden. Die PCF war nach dem Ersten Weltkrieg Motor der sozialpolitischen Reform in der elenden Vorstadt und zumindest rhetorischer Mentor der Revolution. Im Schatten der Fabrikschlote feierte die Arbeiterklasse also ihre dreißig glorreichen Jahre, bis der Regelkreislauf aus *métro-boulot-dodo* zerbrach. Die anschließende Wiederkehr der Revolte mit Ende der 1970er Jahre sollte auch nicht eine darauf reagierende Stadtpolitik verhindern, die ihrem eigenen Begriff nicht gerecht wird und ihr Ziel häufig nur in der Vergoldung des Hochhausgraus sieht. Die beschriebenen Maßnahmbündel aus Gesetzen und städtischen Sonderzonen für Wirtschaft, Bildung und Stadtentwicklung zielen in ihrem abstrakten Bezug auf den Raum an dem dort in der sozialen Malaise lebenden *banlieusard* nicht nur haarscharf vorbei, sondern verkehren sich häufig in das Gegenteil. So gilt heute erst recht: Sag mir wo du wohnst und ich sag dir wer du bist. In den Vorstädten kristallisiert sich wie abschließend gezeigt eine tiefgründige soziale Krise der Lohnarbeitsgesellschaft, der die oberflächliche Makulatur auf stadtpolitischer Ebene nicht Herr werden kann. Technischer Fortschritt und eine weltweite Konkurrenz neuer Qualität sorgen für eine Umstrukturierungen der Arbeitswelt, die gekennzeichnet ist durch die Flexibilisierung und tendenziellen Überflüssigmachung großer Teile der Arbeiterschaft. Diese Gewalt, die auf die atomisierten Beschäftigten wie Arbeitslosen gleichermaßen einwirkt und nur in verschiedener Form und Intensität zum Ausbruch kommt, hinterlässt eine Spur vom Fabrikator in den Hochhausflur. Die trotzdem empfundene Konkurrenz zwischen dem noch in Arbeit stehenden Teil des Proletariats und ihrer Reservearmee ist eine der Erklärungsvariablen für die Ethnisierung des Sozialen, die sich im gesteigerten Rassismus und Wählervotum für die FN ausdrückt. Der generelle Verlust des Vertrauens in die Politik und ihre Institutionen, verbindet sowohl Arbeiterschaft als auch Aufständische, auch wenn er noch getrennt artikuliert wird.

Als Analogie bzw. Interpretationsanregung und als letztes Grad zur Schließung des argumentativen

Kreises, soll ausblickend die genealogische Linie gezogen, die Verwandtschaft zwischen Jean-Jacques, dem rottienden, deklassierten Handwerker aus dem 19. Jahrhundert und Moulud, dem zwischen Arbeitslosigkeit und Zeitarbeitsfirma pendelnden *zonard* vor dem Hochhauseingang, hergestellt werden.

Auf allgemeinstem Niveau können die *émeutiers* des französischen Herbstes 2005 als hobwbawm'scher Mob durchgehen: eine städtische Unterklasse, die mittels direkter Aktion, also unvermittelt und militant, für politische und soziale Veränderungen auf die Straße treten, ohne dabei einer expliziten politischen Ratio zu folgen. Das ist so leicht konstatiert, wie man in Analogie zur vorindustriellen Zeit schnell Zeugen für das bürgerliche Abgrenzungsbedürfnis gegenüber der wilden Rote findet. Passend zu dem emsigen Absondern aus den Reihen der Bildungsschicht gegenüber dem kaum mehr menschlich vorgestelltem Pöbel, aus der Jetztzeit die französische Philosophin Sophie Ernst: „Les études révèlent des êtres qui n'ont pas intégré des apprentissages minimaux de maîtrise de l'émotivité, de l'impulsivité et ne sont pas à même de se poser comme sujets si peu que ce soit autonomes“<sup>86</sup> (zit. nach ouvrage collectif, S.118).

Der aufständischen Vorstadtjugend ein eindeutiges Zweckkalkül zu unterstellen, gemäß einer Aufmerksamkeits-Strategie im Sinne Hobsbawms, sollte man sich aus methodischer sowie politischer Rücksicht verkneifen – dass ihre Revolte alles andere als wirkungs- oder ausdruckslos war, ist aber nicht zu übersehen. Die schärfste Krise Frankreichs seit den studentischen und Arbeiterunruhen von 1968 ist eingetreten, auf die der Staat entsprechend mit den äußersten Mitteln reagierte – der Aussetzung von Grundrechten. Im Mai 1968 streikten zwar neun Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen, Studierende waren auf den Barrikaden und Fabriken besetzt, dennoch wurde nicht wie 2005 der Notstand ausgerufen (vgl. Boutang 2006: 111). Die man sonst nicht hören wollte, waren auf einmal für mehrere Monate unweigerlich das politisch zentrale Thema im Hexagon. Die Vorstadt hat zeitweise aufgehört, ein Spielball für Außenstehende zu sein oder ein guter Vorwand für Wahlkampfgebärden und ist zu einem Akteur geworden (vgl. Ganozzi 2006: 51). Die Banlieues sind zwischenzeitlich vom Rand wieder ins Zentrum gerückt (vgl. Candeias 2007: 415). Ein interviewter Jugendlicher aus dem Banlieue lyonnaise, der das eintretende Schweigen und die Nonchalance der politischen Klasse nach der Rückkehr zur Ordnung in der Vorstadt kennt, ist sich den Regeln der Aufmerksamkeitsökonomie in diesem Sinne voll bewusst. Bezogen auf die Alternative vom politischem Diskurs und der Sprache der Gewalt resümiert er: „Tu as ceux qui ont compris que ça ne sert à rien, parce que tu te retrouves avec des personnes en face qui ne sont pas réceptives. Et puis tu as d'autres personnes qui ont leur méthodes pour se faire

---

<sup>86</sup> „Studien decken Wesen auf, die nicht die geringste Beherrschung ihrer Emotionalität und Impulsivität herausgebildet haben und die selbst nicht als Subjekte, geschweige denn als autonome, sich behaupten können.“

entendre, et c'est la violence. Ça veut dire quand tu fais du bruit, on t'écoute“<sup>87</sup> (zit. nach ouvrage collectif 2006 : 36). Geradezu realitätsfremd wirkt es demgegenüber, wenn der Chefredakteur der parteikommunistischen Zeitung L'Humanité, Patrick Le Hyaric, das Movens der Jugendlichen bejaht, deren Methoden aber zu dem Schlimmsten zählt und vorschlägt: „La bonnte méthode c'est d'impulser un vaste mouvement démocratique de dialogue, de confrontations d'idées pour construire une union populaire“<sup>88</sup> (zit. nach ebd.: 90).

Abgesehen von dem Vorhandenseins dieses Kalküls oder nicht, war zu Anfang der Revolte deutlich die Forderung nach dem Rücktritt des damaligen Innenministers Nicolas Sarkozy zu vernehmen. Für den Tod von Zyed Benna und Bouna Traoré, in den Tod gejagt durch eine alltägliche rassistische Kontrollpraxis der Polizei, steht er politisch betrachtet als oberster Verantwortlicher dar. Zudem war Sarkozy Inbegriff eines restriktiven Ansatzes in der Immigrationspolitik.<sup>89</sup> Seine an die *banlieusards* gerichteten provozierenden Statements haben die allabendliche kollektive Infragestellung der staatlichen Ordnung nur bestärkt. Mindestens drei explizite Gründe für den Aufstand waren also vernehmbar: Die Forderung der Rücktritts von Sarkozy, das Ende der „unkontrollierten“ Kontrollen seitens der Polizei sowie Wahrheit und Strafmaßnahmen im Fall der getöteten Bouna und Zyad. Es ist daher umso verwunderlicher, dass immer wieder behauptet wurde, die drei Wochen der Gewalt hätten sich ohne Aussagen abgespielt. Schweigen denen vorzuwerfen, die man sonst nicht hören will, entbehrt sowieso nicht einer gewissen Doppelzüngigkeit (vgl. ebd.: 7). Abseits dieser expliziten Aussagen könnte schließlich aber genauso auch angenommen werden, dass sich einfach ein selbstzweckhaftes und -referentielles „ras-le-bol“<sup>90</sup>, gar die Lust an der Revolte an sich veräußerte, wie im zu Anfang der Arbeit angedeuteten Sinne Batailles.

Auf der Suche nach Bedeutung und Aussage der *émeutes*, lässt sich aus den vereinzelt abgebrannten Unternehmen oder Einkaufszentren, den „Artefakten der Konsumgesellschaft“ (Candeias 2007: 414) ein denkbarer symbolischer Mehrwert pressen. Der an die Orte der Arbeit und des Konsums gerichtete Zorn macht dann Sinn, wenn man bedenkt, dass ein großer Teil der französischen Jugend von der Lohnarbeitsgesellschaft ausgeschlossen ist (vgl. Athané 2006: 96). Daran schließt sich die vorstellbare Bedeutung des Abbrennens von Bildungseinrichtungen an. Anstatt Motor der Gleichheit bzw. Verwirklichung der Chancengleichheit und Tempel des Mythos der republikanischen Meritokratie zu sein, enden die den Jugendlichen offenen Bildungswege oft in

---

<sup>87</sup> „Es gibt die, die verstanden haben, dass das nichts nützt, weil du es mit Leuten zu tun hast, die für nichts empfänglich sind. Und dann hast du andere Leute, die ihre Wege haben, um sich Gehör zu verschaffen und das ist die Gewalt. Das heißt, wenn du Lärm machst, hört man dir zu.“

<sup>88</sup> „Der richtige Weg wäre, eine breite demokratische Bewegung des Dialogs in Gang zu setzen, Konfrontation von Ideen, um eine Volksvereinigung zu bilden.“

<sup>89</sup> Im medialen Eifer ist ganz außer Acht gelassen worden, dass einer der drei von den Polizisten gejagten Kids im Schulalter papierlos war, also keine regulären Aufenthaltsstatus zum Vorweisen hatte (vgl. ouvrage collectif 2006: 57).

<sup>90</sup> „Die Schnauze-voll-haben.“

Abstellgleisen. Die Schule verstärkt die soziale Trennung (vgl. ebd.: 96f.).

Zur Frage der sozialen oder Klassenidentität der Aufständischen lässt sich sagen, dass das politische Bewusstsein und die Form der Organisierung der *banlieusards* nur im abgeleiteten Sinne als Zeugnis eines Klassenbewusstseins zu verstehen ist (Herzig 1988: 14). Die Rotte aus der Vorstadt „verharrt im Zustand eines einfach zusammengesetzten Konglomerats, einer *collectio personarium plurium*, [...] [das] sich durch die soziale Entbehrung, den materiellen Mangel und das symbolische Defizit negativ definiert“ (Wacquant 2007: 407). In Aufständen erhebt sich dennoch ein temporäres Klassenbewusstsein. Zumindest wenn man Klasse wie Thompson als die gemachte Erfahrung einer Interessenidentität nach innen und eines Antagonismus der Interessen nach außen versteht – seien es im heißen französischen Herbst auch mehr Symbole oder Vertreter der staatlichen Macht (Polizei, Feuerwehr, Schulen, der öffentliche Nahverkehr) gewesen, die zur Zielscheibe wurden. Vor Gericht hat ein Beobachter bestätigt, dass alle Vorgeführten das Gefühl schilderten, an dem gleichen Ereignis teilgenommen zu haben – den Aufständen eine kollektive Dimension also schwer abzusprechen ist. Zudem ist die soziale Lage der revoltierenden Vorstadtjugend weitaus homogener, als es der Fall beim auf der Schwelle zum industriellen Kapitalismus sich widersetzenden Mobs war. Bestätigt wird diese temporär sich artikulierende soziale Identität auch von außerhalb, indem in den Gerichtsprozessen gegen die festgenommenen *casseurs* die Anklage auf Teilnahme an einer kollektiven Bewegung lautete und sie sich nicht auf das individuelle Vergehen einer Person beschränkte (vgl. Leguay 2006: 127, 132).

Zu guter Letzt, was man je nach Geschmack hoffen oder fürchten kann: dass die Krise der Vorstadt sich nicht mehr nur als Kampf um die Hoheit in der abgelegenen Hochhausgegend äußert und verstanden wird. Die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Krise der klassischen Formen der politischen Repräsentation, wie sie in dieser Arbeit geschichtlich und systematisch hergeleitet wurden, trennen die auf Dauer Überflüssigen in ihren Banlieus und die flexibel, aber unsicher Beschäftigten in der Subunternehmer-Klitsche weniger voneinander, als gemeinhin vermutet. Amar Henni, der Sozialarbeiter ausbildet, soll das letzte Wort haben: „Un jour, il y aura un embrasement général. Quand le ras-le-bol aura intégré d'autres générations que les jeunes. Aujourd'hui, même les gens qui travaillent en banlieue sont précaires et vivent l'exclusion. Pour l'instant, les parents ont peur pour leurs gamins quand ils se mesurent à la police. Mais demain, ils descendront dans la rue, c'est une évidence“<sup>91</sup> (Libération 3.11.2005).

---

<sup>91</sup> „Eines Tages wird es einen Großbrand geben. Wenn das Schnauze-voll-haben andere Generationen ergriffen hat, als nur die Jugendlichen. Heutzutage befinden sich selbst die Leute, die arbeiten, in einer prekären Lage und sind mit dem Ausschluss konfrontiert. Zur Zeit noch haben die Eltern Angst um ihre Kids, wenn sie sich mit der Polizei messen. Aber morgen, soviel ist klar, werden sie auch auf die Straße gehen.“

## 8. Literatur

Athané, François (2006): Ne laissons pas punir les pauvres. In: Ouvrage collectif (2006): 93-104.  
Badiou, Alain (2006): L'humiliation ordinaire. In: Ouvrage collectif (2006): 63-66.

Beaud, Stéphane / Pialoux, Michel (2003): Violences urbaines, violence sociale, Paris.

Beaud, Stéphane / Pialoux, Michel (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter, Konstanz.

Beaud, Stéphane / Pialoux, Michel (2005): „La ‚racaille‘ et les ‚vrais jeunes‘. Critique d’une vision binaire du monde des cités“. In: liens socio, novembre 2005. Abrufbar unter [http://www.liens-socio.org/article.php3?id\\_article=977](http://www.liens-socio.org/article.php3?id_article=977).

Benjamin, Walter (1965): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse, Frankfurt am Main.

Benjamin, Walter (1991): Abhandlungen, Gesammelte Schriften I-VII, Frankfurt/M.

Bischoff, Joachim / Boccara, Paul / Castel, Robert / Dörre, Klaus [Hg.] (2003): Klassen und soziale Bewegungen. Strukturen im modernen Kapitalismus, Hamburg.

Blanc-Chaléard, Marie-Claude (1998): Ouvriers italiens, spécificités et intégration. In: Girault (1998): 315-332.

Bloch-Lainé, François (1981): La France en mai 1981: forces et faiblesses : rapport au Premier ministre, Paris.

Bourillon, Florence (1998): Ouvriers de banlieue dans les industries de Paris. In: Girault (1998): 41-49.

Boutang, Yann Moulier (2006): Les vieux habits neufs de la République. In: Ouvrage collectif (2006): 109-116.

Breitfuss, Andrea / Dangschat, Jens S / Frey, Oliver / Hamedinger, Alexander (o. J.): Städtestrategien gegen Armut und soziale Ausgrenzung – Herausforderungen für eine sozialverträgliche Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungspolitik. Abrufbar unter [http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d22/Stadtstrategien\\_gegen\\_Armut.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d22/Stadtstrategien_gegen_Armut.pdf).

Brunet, Jean-Paul (1998): Ouvriers et politique en banlieue parisienne. In: Girault (1998): 281-289.

Candeias, Mario (2007): Das „unmögliche“ Prekariat. Antwort auf Wacquant. In: Das Argument, Heft 3 / 2007, 49. Jahrgang, Nr.271: 410-423.

Cour des Comptes (2007): Erklärung zur Zielsetzung der französischen Stadtpolitik des Rechnungshofes. La Documentation Française. Abrufbar unter: <http://www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/politique-ville/index.shtml>.

Davis, Mike (1986): Prisoners of the American dream, London.

- Dell'Umbria, Alèssi (2005): C'est de la Racaille? Eh bien, j'en suis. À propos de la révolte de l'automne 2005, Paris.
- Demiati, Nasser (2006): Nicolas Sarkozy, ministre de l'Intérieur et pompier-pyromane. In: Le Goaziou / Mucchielli (2006): 53-72.
- Deutschmann, Christoph (1983): Das Theorem der ‚reellen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital‘ und die gegenwärtigen Tendenzen der Automation. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 1/1983, 8.Jg.: 6-11.
- Donzelot, Jacques (2006): Quand la ville se défait. Quelle politique face à la crise des banlieues?, Paris.
- Driant, Jean-Claude / Lelérieur, Christine (2006): Le logement social. In: Lagrange / Oberti (2006).  
Dubedout Hubert (1983): Bericht an den Premierminister, Paris.
- Dubet, François (1999): Strukturwandel der Gesellschaft: von den Klassen zur Nation. In: Christadler, Marieluise / Uterwedde, Henrik [Hg.] (1999): Länderbericht Frankreich, Bonn: 97-117.
- Dubet, François / Lapeyronnie, Didier (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart.
- Dubois, Caroline (2006): C'est arrivé près de chez toi. Banlieue-Unruhen – Naturkatastrophen. In: Magazin, Nr. 3, 2006.
- Dupuy, Catherine (1998): Politique et logement ouvrier à Gennevillie. In: Girault (1998): 243-261.
- Echanges et Mouvement (2006): La révolte des cités françaises. Symptôme d'un combat social mondial, Paris.
- Echanges et Mouvement (2006a): L'évolution du capitalisme et des banlieues prolétariennes en France. In: Echanges et Mouvement (2006): 15-31.
- Echanges et Mouvement (2006b): Les éléments concrets de la vie dans les cités de banlieue et leur évolution. In: Echanges et Mouvement (2006): 9-14.
- Engels, Friedrich (1962) [1872/73]: Zur Wohnungsfrage. In: Marx-Engels-Werke, Band 18, Berlin: 209-288.
- Engels, Friedrich (1972) [1844/45]: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: Marx-Engels-Werke, Band 2, Berlin: 225-506.
- Engler, Marcus (2007): focus MIGRATION. Länderprofil Frankreich. Abrufbar unter [http://www.focus-migration.de/typo3\\_upload/groups/3/focus\\_Migration\\_Publikationen/Laenderprofile/LP02\\_Frankreich\\_v2.pdf](http://www.focus-migration.de/typo3_upload/groups/3/focus_Migration_Publikationen/Laenderprofile/LP02_Frankreich_v2.pdf).
- Europäische Kommission (2007): Europa in Zahlen – Eurostat Jahrbuch 2006-07, Luxemburg.
- FASILD (2003): Les discriminations des jeunes d'origine étrangère, Paris.

Fourcault, Annie (1986): Bobigny, Banlieue Rouge, Paris.

Fridenson, Patrick (1998): Ouvriers de l'automobile en banlieue de Paris. In: Girault (1998): 108-127.

Ganozzi, Michel (2006): La violence d'une partie de la jeunesse des banlieues est légitime, nécessaire et saine. In: Ouvrage collectif (2006): 51-53.

Girault, Jacques [Hg.] (1998): Ouvriers en Banlieue XIXe – XXe siècle, Paris.

Girault, Jacques (1998): Industrialisation et ouvriérisation de la banlieue parisienne. In: Girault (1998): 95-107.

Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft, Berlin.

Häußermann, Hartmut / Kapphan, Andreas (1999): Berlin. Bilden sich neue Räume sozialer Benachteiligung?. In: Herkommer, Sebastian [Hg.] (1999): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg.

Herzig, Arno (1988): Unterschichtenprotest in Deutschland. 1790 – 1870, Göttingen.

Hobsbawm, Eric (1959): Primitive Rebels, Manchester.

Howell, Chris (1992): Regulation Labor. The state and industrial relations reform in postwar France, Princeton, N.J..

Ignazi, Piero (2003): Extreme Right Parties in Western Europe, Oxford.

INSEE (Institut National des statistiques et des études économiques) (2007): Statistiques pour la politique de la ville. Actualités magazine, Ausgabe März 2007: 2-8.

International Labour Office (2007): Global Employment Trends Brief, January 2007, abrufbar unter: <http://www.ilo.org/public/english/employment/strat/download/getb07en.pdf>.

Jandi, Lisa (2006): Vom 'roten Gürtel' zum 'braunen Gürtel'? Rechtsextremismus in den Pariser Vorstädten, Berlin.

Jordan, David (1996): Die Neuerschaffung von Paris. Baron G. E. Haussmann und seine Stadt, Frankfurt/M.

Kaschuba, Wolfgang (1999): Von der „Rotte“ zum „Block“. Zur kulturellen Ikonographie der Demonstration im 19. Jahrhundert. In: Bernd Jürgen Warneken [Hg.] (1999): Massenmedium Straße. Zur Kulturgeschichte der Demonstration, Frankfurt am Main; New York: 68-96.

Klages, Johanna (2003): Krise der Repräsentation. In: Bischoff et al. (2003): 152-159.

Lagrange, Hugues / Oberti, Marco (2006): Emeutes urbaines et protestations, Paris.

Lefebvre, Henri (1975): Die Stadt im marxistischen Denken, Ravensburg.

Lefebvre, Henri (1972): Die Revolution der Städte, München.

Leguay, Jérôme (2006): Observations de compurations immédiates. In: Ouvrage collectif (2006): 127-134.

Loch, Dietmar (1999): Vorstädte und Einwanderung. In: Christadler, Marieluise / Uterwedde, Henrik [Hg.] (1999): Länderbericht Frankreich, Bonn: 118-138.

Loch, Dietmar (2006): Die französischen Vorstädte - ein Jahr danach. Abrufbar unter:  
[http://www.migration-boell.de/web/integration/47\\_896.asp](http://www.migration-boell.de/web/integration/47_896.asp).

La revue Regards sur l'actualité (2006): Comprendre les violences urbaines. Editorial, Heft Nr. 319, Paris.

Le Goaziou, Véronique (2006): La classe politique française et les émeutes : silence et déni. In: Le Goaziou / Mucchielli (2006): 31-53

Le Goaziou, Véronique; Mucchielli, Laurent [Hg.] (2006): Quand les banlieues brûlent...: retour sur les émeutes de novembre 2005, Paris.

Lüdke, Alf (1984): Protest -oder: Die Faszination des Spektakulären. Zur Analyse alltäglicher Widersetzlichkeit. In: Volkmann, Heinrich [Hg.] (1984): Sozialer Protest. Studien zur traditionellen Resistenz und kollektiven Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung, Opladen.

Marlière, Éric (2006): Les habitants des quartiers: adversaires ou solidaires des émeutiers ?. In: Le Goaziou / Mucchielli (2006) : 72-87

Marx, Karl (1973) [1871]: Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation. In: Marx-Engels-Werke, Band 17, Berlin: 313-365.

Marx, Karl (1983) [1939-41]: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke 42, Berlin.

Marx, Karl (2001) [1890]: Das Kapital. Erster Band. In: Marx-Engels-Werke 23, Berlin.

Matthes, Joachim (1983): Krise der Arbeitsgesellschaft?: Verhandlungen des 21. Dt. Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/M.; New York.

[Mattick, Paul](#) (1983): [Marxism](#); Last refuge of the bourgeoisie?, Armonk, N.Y; London.

Maurin, Eric (2004): Les ghettos français. Enquête sur le séparatisme social, Paris.

Mohammed, Marwan/Mucchielli, Laurent (2006): La police dans les quartiers sensibles: un profond malaise. In: Le Goaziou / Mucchielli (2006): 98-120.

Montel, Jean-Claude (2006): Les banlieues ne sont pas populaires. In: ouvrage collectif (2006).

Neumann, Wolfgang (2006): Gesellschaftliche Integration gescheitert? Stadtpolitik in Frankreich vor Herausforderungen in einer neuen Dimension, abrufbar unter:



[http://www.dfi.de/de/veroeffentlichungen\\_afa.shtml](http://www.dfi.de/de/veroeffentlichungen_afa.shtml).

Noiriel, Gérard (1990): Workers in French Society in the 19th and 20th Centuries, New York; Oxford; München.

OECD (2006): Improving labour market performance in France, Economy department working papers N° 504, abrufbar unter: [www.oecd.org/eco/working\\_papers](http://www.oecd.org/eco/working_papers).

Offe, Claus (1984): Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie. In: Offe, Claus (1984): „Arbeitsgesellschaft“: Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven, Frankfurt/M.; New York.

Oswald-von-Nell-Breuning-Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik [Hg.] (1994): Solidarität am Standort Deutschland. Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Frankfurt/M.

Ouvrage collectif (2006): Une révolte en toute logique. Des banlieues en colère, novembre 2005, Lyon.

Polanyi, Karl (2004) [1944]: [The Great Transformation](#): Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt/M..

Rhein, Catherine (1998): Ségrégation résidentielle et parc de logements (1920-1990). In: Girault (1998): 195-217.

Rifkin, Jeremy (2004): das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Neue Konzepte für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/M.; New York.

Rozès, Stéphane (2003): Von der kommunistischen Hegemonie zum Vormarsch des Front National. In: Bischoff et al. (2003): 160-168.

Schmid, Bernhard (2004): Die 'Banlieue'-Problematik: Die französischen Trabantenstädte oder Die Ethnisierung des Sozialen. Abrufbar unter: <http://www.trend.infopartisan.net/trd1204/t031204.html>.

Schmid, Bernhard (2005): Zu den Unruhen in den französischen Banlieues, Hintergründe u. Auswirkungen. Abrufbar unter: [http://www.unrast-verlag.de/unrast\\_3\\_0\\_246.html](http://www.unrast-verlag.de/unrast_3_0_246.html).

Schüle, Klaus (1997): Paris. Vordergründe-Hintergründe-Abgründe, Grabenstädt.

Schüle, Klaus (2003): Paris. Die kulturelle Konstruktion der französischen Metropole, Opladen.

Silverman, Maxim (1994): Rassismus und Nation. Einwanderung und Krise des Nationalstaats in Frankreich, Berlin.

Sowerwine, Charles (1998): Inscription de classe et espace urbain. In: Girault (1998): 23-40.

Stébé, Jean-Marc (2002): La crise des banlieues, Paris.

Wacquant, Loïc (2007): Territoriale Stigmatisierung im Zeitalter fortgeschrittener Marginalität. In: Das Argument, Heft 3 / 2007, 49. Jahrgang, Nr. 271: 399-407.

Wieviorka, Michel (1992): La France raciste, Paris.

Wirtz, Rainer (1998): Widersetzlichkeiten, Excesse, Crawalle, Tumulte und Skandale. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815 – 1848, Baden-Baden.

ZUS (2005): Observatoire national des zones urbaines sensibles, Raport 2005, erstellt durch die Délégation interministérielle à la ville. Ohne Ortsangabe.

ZUS (2007): Observatoire national des zones urbaines sensibles, Raport 2006, erstellt durch die Délégation interministérielle à la ville. Ohne Ortsangabe.

ZUS-S (2006): Observatoire national des zones urbaines sensibles, synthèse du Raport 2006, erstellt durch die Délégation interministérielle à la ville. Ohne Ortsangabe.

## **Zeitungsartikel**

Berliner Zeitung, 22.06.2007: Axel Veiel: Linker Dickschädel.

Echanges n°99 (Winter 2001/02) : H.S. : De Cellatex à Moulinex, une explosion de violence sociale ?.

Eurozine 2006: Lagrange, Hugues / Estèbe, Philippe / Donzelot, Jacques / Jaillet,

Marie-Christine November nights, The geography of violence. Expertengespräch. Abrufbar unter: <http://www.eurozine.com/articles/2006-02-01-donzelot-en.html>.

Frankfurter Rundschau 13.11.2005: Wieviorka, Michel: Das republikanische Modell ist zerfallen, abrufbar unter: <http://www.france-mail-forum.de/dos/dos5/dos5meis.htm>.

Le Monde 10.11.2005: Davet, Stéphane / Lesprit, Bruno / Mortaigne, Véronique: Les cris du ghetto, abrufbar unter: <http://www.france-mail-forum.de/dos/dos5/dos5dave.htm>.

Le Monde 22.4.2007 : Lauer, Stéphane : PSA Peugeot-Citroën confronté à un cas de suicide.

Le Monde 2.2.2007 : Lauer, Stéphane : Le deuil au coeur de Renault.

Le monde diplomatique 13.7.2001: Beaud, Stéphane / Pialoux, Michel: Spur der Steine. Ausgabe Nr. 6495.

L' Humanité 5.11.2005: Alexandre Fache und Manuel Boucher: „L'insécurité, c'est une coproduction“.

Libération 3.11.2005: Blecher, Ludovic et al.: Une colère qui court au-delà de Clichy, abrufbar unter: <http://www.france-mail-forum.de/dos/dos5/dos5blec.htm>.

Libération 14.11. 2005: G. Lv. : „Pourquoi je casse les voitures de mes voisins“.

Spiegel 18/2007: Fichtner, Ullrich / Sandberg, Britta / Simons, Stefan: Glorreich am Abgrund, S. 118 -129.

Süddeutsche Zeitung 15.11.2005: Sassen, Saskia: Warum brennt Frankreich erst jetzt?. Die

amerikanische Soziologin Saskia Sassen über die Krawalle in den Vorstädten, Medien als Werkzeuge und die Waffen der Schwachen, S.15.

## VIII. Fazit

Der vorliegende Bericht „Integration und Politik in der multikulturellen Stadt“ hat sich mit Debatten, Konflikten und politischen Entwicklungen in durch Migration geprägten Städten auseinandergesetzt. Zwar ist es nur schwer möglich, aus den Ergebnissen der einzelnen Projektteile, ein Gesamtfazit zu ziehen. Dennoch lassen sich einige kapitelübergreifende Erkenntnisse hinsichtlich von Integrations- und Aushandlungsprozessen im Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen benennen.

So wird in allen Beiträgen darauf hingewiesen, dass Integration keine Einbahnstraße sei, dass es sich dabei also um einen Austausch zwischen Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft handelt bzw. handeln muss. Dies betonen zum Beispiel sämtliche Befragte des Kapitels „Parallelgesellschaft“. Sie kritisieren, dass die Mehrheitsgesellschaft nicht offen für Menschen mit ihr kulturell fremdem Hintergrund sei. Als politische Erkenntnis dieser wechselseitigen Verantwortung lässt sich durchaus die Initiierung des Berliner Islamforums deuten, welches zur Verständigung unterschiedlicher religiöser Gruppen in der Stadt beitragen sollte.

Vorurteile gegenüber vermeintlich anderer ethnischer Herkunft sind oftmals Grundlage für Auseinandersetzungen in der multikulturellen Stadt. Der Beitrag „Preußenpark“ behandelt die Kontroverse zwischen vor allem asiatischstämmigen Nutzern und Anwohnern eines kleinen Berliner Parks, ein Konflikt im öffentlichen Raum also, welcher nicht nur, aber auch auf den ethnischen Hintergrund der Beteiligten zurückzuführen ist.

Jedoch machen die Aussagen der Befragten des Kapitels „Parallelgesellschaft“ wie die Thesen des Beitrags „Genealogie des Zorns: Sozialer Protest in den französischen Vorstädten“ deutlich, dass die entscheidenden gesellschaftlichen Konflikte nicht ethnischer „Natur“ seien, sondern sozioökonomische Ursachen hätten. Die politische Unfähigkeit, dieser Tatsache Rechnung zu tragen, führte 2005 in den Pariser Banlieues zu Gewaltausbrüchen marginalisierter Jugendlicher. Die vordergründig unpolitische Gewalt sei also gar nicht unpolitisch.

Eine weitere und in diesem Zusammenhang letzte Erkenntnis der Untersuchungen lautet: Gerade bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund der zweiten und dritten Generation genügt nicht die herkömmliche Herangehensweise, ihren kulturellen Hintergrund als Erklärung für Integrations- bzw. Desintegrationsprozesse heranzuziehen, da ihre Lebensumstände stark durch transnationale Bezüge beeinflusst sind. Die im Teil „Kommunale Integrationskonzepte: Diversity?“ aufgezeigten politischen Tendenzen zur Anerkennung von diversen Lebenswelten sind als Versuch zu werten, diesem Umstand Rechnung zu tragen.

In dieser Arbeit sollte der Versuch unternommen werden, verschiedene Blickwinkel auf die

Konflikte und politischen Konzepte in multikulturellen Städten zu richten. Das diese Sichtweise nur ein Ausschnitt des breiten Forschungsfeldes sein konnte, versteht sich von selbst.